NEUES ROTES FORUM

4/71

Metalltarifrunde 71
Über die Kategorie „Arbeitslohn"
Südafrika als Nebenmetropole
Neue Mittelklassen und Proletariat
Naturerkenntnis und sozialistische Praxis
(Beitrag zur Diskussion Sohn-Rethelscher Theoreme)
Zur Gründung einer „KPD"

2. Jahrgang Oktober 1971 Preis 1,50 DM

impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage 6 000
Erscheint im Verlag: Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgerstr. 16
Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt, Werner Freund.
unter der Mitarbeit von: Brigitte Steinmüller, Jochen Noth, Bruno Fries
Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38, Tel.:06221/40812

Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum: 69 Heidelberg, Bahnhofstr.17, Tel.25167
Druck: Caro-Druck Heidelberg
Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Buchläden erhältlich
Im Abonnement 1,50 DM plus Porto

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

INHALT:

Metalltarifrunde 71 3
Aktionseinheit kommunistischer Organisationen in der Metalltarifrunde 5
Plattform der Aktionseinheit 10
Resolution vom 28.9.71 68

Til Damm
Über die Kategorie "Arbeitslohn" 12

Bernd Kalkum, Eduardo Ferreira
Der "Dialog" oder Südafrika als Nebenmetropole 31

Joscha Schmierer
Die neuen Mittelklassen und das Proletariat - Bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse 44

Harald Schwarzenberg
Naturerkenntnis und sozialistische Praxis - Beitrag zur Diskussion Sohn-Rethelscher Theoreme 57

Brief von Alfred Sohn-Rethel 65

Zwei, drei, viiiiele Parteien
Zur Gründung einer "KPD" in Westberlin 66

ERKLÄRUNG DES TRIKONT-VERLAGES:

Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der westdeutscheb Linken. Als Organ des SDS Heidelberg wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenministeriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinug sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont-Verlag, München

Druckfehlerberichtigung zu Heft 3/71

Im Hochschulteil der Programmatischen Erklärung muß es auf Seite 41, 2. Spalte, Zeile 16 v.u. natürlich heißen: "Kapitalistisch angewandt unterwirft sich die Maschine den (statt: dem) Menschen..."

Das Neue Rote Forum, Heft 3/71 ist wieder erhältlich.

Das nächste Heft - 5/71 - erscheint Anfang November

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITE
UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1Berlin 15, Lietzenburgerstr.99
Tel.:(0311) 883 25 53

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.:(0311) 313 99 83

Jürgens Buchladen
1Berlin 33, Königin-Luise-Str.40
Tel.:(0311) 769 16 25

AUF ANFORDERUNG SCHICKEN WIR UNSERE BUCHVERSANDLISTE

METALLTARIFRUNDE 1971

Die Analyse der ökonomischen Krisenentwicklung zur Einschätzung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den gegenwärtigen Tarifkämpfen greift dann zu kurz, wenn sie sich beschränkt auf die Untersuchung des Krisenzyklus der BRD, um gewissermaßen die Marktbedingungen der Ware Arbeitskraft realistisch zu beurteilen. Zwar ist die Analyse der Konjunktur notwendig, um die ökonomischen Kampfbedingungen einzuschätzen -Aufstellen und Durchsetzen konkreter Forderungen- aber die Aufgaben der Kommunisten bestehen darin, in der Unterstützung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den ökonomischen Kämpfen die politische Einheit der Arbeiterklasse zu propagieren. In der Präambel zur Plattform ist diese Aufgabe bestimmt.

"Diese Kampfbereitschaft im Lohnkampf blieb jedoch in den ideologischen Fesseln der Bourgeoisie befangen und steht gegenwärtig in Gefahr, der Allseitigkeit des Angriffs der Bourgeoisie zu erliegen, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten."
Diese Aufgabe kann nur auf Grundlage einer Analyse der allgemeinen Krisenentwicklung im Weltmaßstab, der Krise des Imperialismus angegangen werden. Nur von dieser Grundlage aus kann die pol.Entwicklung in der BRD so eingeschätzt werden, daß die politische Stoßrichtung der Abwehrfront korrekt bestimmt werden kann. So geht es u.E. nicht an, auf Grundlage einer Einschätzung über die Konjunkturentwicklung in der BRD die besondere Aktualität der faschistischen Gefahr und daraus die politische Stoßrichung der Abwehrfront als antifaschistischen Kampf zu bestimmen, wie es in dem Papier des KAB, Hamburg, "Zu einigen Punkten der Diskussion" (KAB Arbeiter Zeitung Nr. 9) erscheint.

Wir befinden uns derzeit in einer Phase der allgemeinen Auflösung der imperialistischen Machtkonstelation nach dem 2. Weltkrieg, deren Wesensmerkmal die imperialistische Vormachtstellung der USA war. Die Krise des US-Imperialismus, die politische und militärische Niederlage in Indochina und die ökonomische Krisenentwicklung des US-Kapitals sind der Ausgangspunkt dieser Entwicklung, die derzeit ihren forgeschrittensten Ausdruck in der Krise des Weltwährungssystems findet. Die Verbündeten sind von dieser Entwicklung einerseits betroffen, denn die Auswirkungen der Krise des US-Kapitals greifen auf die verbündeten imperialistischen Länder vermittels der Krise des bisher vom Dollar beherrschten Weltwährungssystem über.
Andererseits bedeutet die Krise des US-Imperialismus für sie die Chance und Notwendigkeit den eigenen Machtbereich gegenüber dem US-Imperialismus auszuweiten. Die Konkurrenz der Monopole im Weltmaßstab hat einerseits schon ruinöse Formen angenommen, wie sie z.B. für Stahl - und Chemieindustrie in dem Papier der SDA "Die ökonomische Situation in der BRD 1971 und ihre Auswirkungen auf die ausstehenden Tarifauseinandersetzungen" beschrieben wird, andererseits ist abzusehen, daß diese Konkurrenz nicht auf einen Schlag zum Desaster einer Weltwirschaftskrise führen muß, sondern zum Aufbau neuer zwischen den imperialistischen Staaten ausgehandelter Machtkonstellationen führen kann, die auch in der sog. Neuordnung des Weltwährungssystems angestrebt werden. Für die BRD zeichnet sich als Ergebnis dieser Entwicklung der Verlust einiger spezifischer Konkurrenzvorteile ab. Das Weltwirtschaftsinstitut in Kiel schreibt über die Auswirkungen der amerikanischen Einfuhrbeschränkungen, daß dadurch die Exportwirtschaft nicht abgewürgt werde, wie polemisch in Bezug auf die Tarifrunde von den Unternehmerverbänden argumentiert wird, daß aber durch den Verlust der bisherigen permanenten Unterbewertung der DM ein "Standortvorteil" verloren ginge, der langfristig zu einem weniger schnellen Wachstum führen müsse. Dies habe weitreichende Folgen für den Arbeitsmarkt, insofern die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte von einer Tendenz zunehmender Kapitalausfuhr, Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit niedrigerem Lohniveau abgelöst werde, was entsprechende Auswirkungen auf das inländische Lohnniveau haben wird. (Handelsblatt 30.8.)
Die Entwicklung der Formen der Expansion des BRD-Imperialismus vom Warenexport zum Kapitalexport hat vehement schon direkt nach der Krise von 1966/67 begleitet von einer ungeheuren Zunahme der Zentralisation und Konzentration des Kapitals begonnen.
Wie jedoch die neuen Konstellationen aussehen werden, ob eine europäische Währungsordnung durchgesetzt wird, oder ob sie an den Widersprüchen zwischen den europäischen imperialistischen Ländern scheitert, welche Widersprüche eine soche Konstellation aus sich entwickelt, das können wir nicht ausreichend beurteilen. Diese Analyse müssen wir leisten. Sicher ist, daß die Widersprüche und der imperialistische Konkurrenzkampf, zu welcher Konstellation er auch immer führt, auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen wird, daß die Arbeiterklasse sowohl ökonomisch als auch politisch außerordentlich verschärftem Druck ausgesetzt sein wird. Ob dies die faschistische Gefahr aktualisiert ist aber eine zweite Frage, die so allgemein nicht beantwortet werden kann, (1) etwa in einer Gleichung Krise = CDU/CSU Regierung, wie die Position des KAB Hamburg aber auch entspr. Aussagen in der Präambel der Plattform vom BKA, Freiburg kritisch bezeichnet wurde.
In der oben kritisierten Formel (Krise = CSU Regierung) kommt auch ein falsches Verständnis von der politischen Vermittlung der Interessen der Bourgeoisie über Wahlen und bürgerliche Parteien zum Ausdruck, als könne die Bourgeoisie oder das Monopolkapital beliebig Regierungen austauschen ohne Vermittlung in den Massen. Es ist deshalb auch wichtig zu untersuchen, in welcher Weise der politische Ausdruck der faschistischen Tendenzen mit der objektiven Entwicklung korrespondiert.

---

(1)
Es ist zur Zeit nicht anzunehmen, daß die Krise des Imperialismus sich aktuell so zuspitzt, daß die imperialistischen Widersprüche enge imperialistische Bündnisse wie z.B. die sog. europäische Integration ausschließen. Solche engen imperialistischen Bündnisse, wenn sie nicht auf reiner Unterordnung basieren, sind derzeit nicht unter faschistischen Formen der Diktatur einer nationalen Bourgeoisie möglich . Auf diesen Widerspruch hat u.E. richtig E. Mandel hingewiesen in "die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika".

Es ist nicht zu übersehen, daß die politische Form der faschistischen Strömungen derzeit noch geprägt ist durch die politische Konstellation nach dem 2. Weltkrieg, die zur Zeit in Auflösung begriffen ist. Am deutlichsten wird dies in der Auseinandersetzung um die sog. neue Ostpolitik der SPD Regierung. Gegen diese Politik gibt es in der Tat das, was die DKP das Rechtskartell nennt, das von der NPD und der CSU bis in die Mehrheit der CDU reicht. Als revisionistische Partei und auf Grund ihrer "Freundschaft zur Sowjetunion" aber kann die DKP weder die innere Widersprüchlichkeit noch den begrenzten Charakter des Rechtskartells sehen, und muß es als den aktuellen politischen Ausdruck der Herrschaft des Monopolkapitals bestimmen. Die Politik des Rechtskartells ist eine Politik der ideologischen Eindämmung gegen die Auswirkungen der Ostpolitik, die die Grundlage der antikommunistischen Ideologie der Nachkriegszeit in Frage stellt. Sie ist eine Verlegenheitspolitik gegenüber einer Politik, deren Ziele von Strauß und Schmidt in ziemlich gleichlautenden Worten als Aufweichung der sozialistischen Staaten Osteuropas und die Isolierung der DDR bestimmt worden war. War dies die vorläufig letzte Strategie einer letztlich militärischen Roll-Back-Strategie, so ist inzwischen auf Grund der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, der Krise des Imperialismus und der begrenzten Expansionsmöglichkeiten das ökonomische Eindringen, das in der ersten Strategie zunächst Mittel war, zum Hauptinteresse des Kapitals geworden, auch unter Verzicht auf die Formen der politischen Konfrontation, die die Nachkriegszeit bestimmten. (Natürlich ist die ökonomische Expansion immer das Hauptziel des Imperialismus, entscheidend aber hier die politische Vermittlung). Die Festigung des politischen Status quo gegenüber der SU ist, begründet aus der aktuellen Schwäche des Imperialismus, die sich derzeit auch in der Auflösung bzw. Neubestimmung des Paktssystems zeigt, zu einer Notwendigkeit für den Imperialismus geworden. Anders ist das Zusammenspiel zwischen Ostpolitik der SPD Regierung und den ehemal. Westalliierten nicht zu verstehen. Für die SU bedeutet die Sicherung der Ergebnisse des 2. Weltkriegs die politische Voraussetzung, um den "friedlichen Wettbewerb" zu organisieren, das heißt die Politik unterzuordnen der ökonomischen Expansion und der Aufnahme des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt.
Das heißt, daß die Widersprüche zwischen Imperialismus und SU zunehmend die Form imperialistischer Konkurrenz annehmen. Gegenüber dieser Entwicklung befindet sich die Politik, die sich als faschistische Tendenz im Rechtskartell (in dieser eingeschränkten Verwendung des Begriffs) sammelt auf verlorenem Posten. Der antifaschistische Kampf, gerät, wenn er sich an diesen Widersprüchen festmacht in die falsche Frontlinie der DKP-Politik.

Die Frage des antifaschistischen Kampfes wird in der Plattform noch in dem praktischen Zusammenhang behandelt, der sich aus der Tendenz ergibt, daß sich die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Erfahrungen in den ökonomischen Kämpfen von der SPD löst.
"Die Loslösung der Arbeiterklasse von der SPD in den ökonomischen Kämpfen führt nicht automatisch zur politischen Klarheit und zur selbständigen Klassenpolitik. So gilt es der von der Bourgeoisie betriebenen Desorientierung durch soziale Demagogie in Agitation und Propaganda entgegenzutreten." U.E. ist der Widerspruch zwischen Loslösung der Arbeiterklasse von ihren traditionellen Bindungen an die SPD auf Grund der Erfahrungen in den ökonomischen Kämpfen und der mangelnden Orientierung zu einer selbständigen Klassenpolitik nicht nur durch die Gefahr, der sozialen Demagogie der Bourgeoisie zu erliegen, bestimmt, sondern auch durch die Zwiespalt zwischen der arbeiterfeindlichen Politik der SPD und der Politik der SPD, die die Arbeiterklasse derzeit als Friedenspolitik begreifen muß. Genau diesen Widerspruch mach sich die DKP zunutze, und es muß offen gesagt werden, daß wir gegenüber der Politik der DKP, einerseits die ökonomischen Kämpfe gegen die SPD zu unterstützen andererseits die Friedenspolitik mit der SPD zu unterstützen (2), kein klares Konzept haben, daß sich einfach und überzeugend in der Agitation und Propaganda umsetzen liesse, ohne in die Plattheit der KPD/ML Argumentation zu verfallen, die schlicht von einem Bündnis von US-Imperialismus und SU-Imperialismus ausgeht.

Das heißt aber, daß die Politik der Kommunisten, auf allen Ebenen die Abwehrfront gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse zu errichten ein Anspruch ist, der derzeit nur in der Form politischer Aufklärung und Propaganda durchführbar ist, da kein einheitliches Konzept für diese Abwehrfront existiert. Der entscheidende Ausgangspunkt, um der sozialen Demagogie der Bourgeoisie zu begegnen, die "Arbeiterklasse über das Wesen ihres Klassenfeindes aufzuklären, die eigenen Klassenziele zu entwickeln und die Arbeiterklasse aus allen politischen und ideologischen Fesseln zu befreien, die sie bei der Verfolgung ihrer Klassenziele behindern", ist derzeit der gewerkschaftliche Kampf. In der Phase des Parteiaufbaus ist der gewerkschaftliche Kampf die Ebene, auf der der Abwehrkampf von der Arbeiterklasse geführt werden kann. Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse ist nicht deshalb die Ebene, von der aus der politische entwickelt werden muß, weil wir der Meinung wären, daß sich die politische Partei des Proletariats aus der gewerkschaftlichen Organisation entwickeln könne, sondern weil die Bildung der politischen Avantgardepartei des Proletariats Teil ist der Entwicklung der Arbeiterklasse zur Klasse gegenüber der Bougeoisie, zur Klasse, die der herrschenden Klasse als Partei gegenübertritt. Der Kampf um die Gewerkschaften als Klassenorganisationen ist derzeit der wirkliche politische Ausdruck der Entwicklung der Arbeiterklasse zur Partei, wie sie sich aus den Erfahrungen in den ökonomischen Kämpfen ergibt. Die Notwendigkeit des Aufbaus der proletarischen Avantgardeorganisation, der kommunistischen Partei, können die Kommunisten in der Arbeiterklasse nur vermitteln, wenn sie die wirklichen Kämpfe der Arbeiterklasse führen. Dies heißt nicht die Notwendigkeit der Beschränktheit des gewerkschaftlichen Kampfes zu verewigen, sondern diesen Kampf

---

(2)
Für die DKP erfolgt auf diese Weise ihre zynische Vermittlung von politischem und ökonomischem Kampf: Die Unterstützung der Ostpolitik, die dem Frieden dient, ermöglicht zugleich das Ostgeschäft, das die Arbeitsplätze und die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft sichert. Von daher ist auch klar, daß die Unterstützung der DKP in den ökonomischen Kämpfen nicht in prinzipiellem Gegensatz zur SPD-Politik steht, vielmehr die DKP eine bürgerliche linkskeynsianische Politik vertritt, wie sie auch in den Gewerkschaften stark vertreten wird.

politisch führen, als Kampf zweier Linien um die Gewerkschaften. Von daher kann auch der antifaschistische Kampf geführt werden gegen die faschistischen Tendenzen, die offen gegen die Gewerkschaften und gegen die Klassenorganisationen der Arbeiterklasse auftreten, d.h. gegen die faschistischen Tendenzen, die klar die Klassenposition des Faschismus offenlegen. Nicht vom abstrakt moralischen Standpunkt der Friedenspolitik aus, wie die DKP, den Faschismus bekämpfen, sondern ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse, wie sie sich gerade aus dem gewerkschaftlichen Kampferfahrungen bestimmen lassen. Aufzeigen den Zusammenhang zwischen den illegalen Aktionen der faschistischen Untergrundorganisationen gegen Gewerkschaftsbüros und ihrem legalen Ausdruck in den Parteien NPD,CSU ... Zeigen, daß der Faschismus die mit Gewalt erzwungene Form der Sozialpartnerschaft ist und daraus klar machen, warum die SPD keinen konsequent antifaschistischen Kampf führen kann und dieser auch nicht von einer Gewerkschaftslinie her aufgenommen werden kann, die sich an der Sozialpartnerschaft orientiert. Auf diese Weise kann die Aktualität der faschistischen Gefahr korrekt ohne die falsche Spekulation auf eine unmittelbare Veränderung der Form der Diktatur der Bourgeoisie in die offen faschistische Diktatur bestimmt werden, wozu der KB/ML Westberlin u.E. richtig sagt, daß die Bourgeoisie " auf absehbare Zeit die parlamentarische Form der bürgerlichen Diktatur nicht aufgeben wird und sich dennoch die zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und zur Zerschlagung kommunistischer Organisationen notwendigen staatlichen Unterdrückungsinstrumente schaffen wird."
(in KAB AZ Nr.9 S.14) Der KB/ML schließt daraus richtig, daß der antifaschistische Kampf sich einordnet in den "demokratischen Abwehrkampf der Arbeiterklasse als Element des sozialistischen Kampfes (der) von der Arbeiterklasse und den Kommunisten geführt werden" muß. (idem)

Dieser Kampf ist zugleich der Kampf um die Bündnispartner des Proletariats, vor allem die neuen lohnabhängigen Zwischenschichten, die , wie es der KAB/HH gegenüber dem KB/ML richtig hervorhebt, die potentielle soziale Basis des Faschismus sein können.

Aktionseinheit kommunistischer Organisationen in der Metalltarifrunde

Auf einer Konferenz in Hamburg Anfang August einigten sich einige kommunistische Organisationen auf eine gemeinsame Plattform für ihr Vorgehen in der Metalltarifrunde. Die wichtigsten Organisationen, die sich an der Hamburger Konferenz beteiligten waren: Arbeiterbasisgruppen München, SALZ-Hamburg, KB/ML-Westberlin, KAB-Hamburg, KB-Bremen und KB-Göttingen. Die ökonomischen Parolen der Aktionseinheit richten sich gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch das kapitalistische Lohnsystem und werden in der Parole " Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse" zusammengefasst. Die politischen Parolen richten sich gegen die Angriffe des kapitalistischen Staates auf die unabhängige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse und gegen die Agenten und die Ideologie der Bourgeoisie in den Gewerkschaften. Sie werden in der Parole zusammengefasst: "Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse". Die politischen Parolen gegen die Konzertierte Aktion und gegen die verschärfte Neuauflage des Adenauer-BVG beschränken sich auf solche Kampfziele, die sich direkt aus den Bedingungen des ökonomischen Kampfes ergeben. Diese inhaltliche Beschränkung der Parolen erklärt sich vor allem aus der Einschätzung der unmittelbar bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse als Abwehrkämpfe gegen den allseitigen Angriff der Kapitalistenklasse. Eine solche Einschätzung schließt aus, die revolutionäre Beseitigung der Diktatur der Bourgeoisie als unmittelbares Kampfziel zu propa-

Bücher des Wissens

Wilhelm Reich
Die sexuelle Revolution

Sexualität.
Theorien, Analysen, Materialien

Wilhelm Reich
Die sexuelle Revolution
»Bücher des Wissens«
Bd. 6093 DM 4,80
Eine der wichtigsten Arbeiten zur marxistischen Sexualwissenschaft: Das Fiasko der Sexualmoral, Die Institution der bürgerlichen Zwangsehe, Die »Aufhebung der Familie«, Probleme der kindlichen Sexualität, Sexualität im Sozialismus.

Die Entdeckung des Orgasmus
Die Funktion des Orgasmus
»Bücher des Wissens«
Bd. 6140 DM 5,80 (Januar '72)

Marxismus Psychoanalyse Sexpol
Hrsg. v. Hans Peter Gente
Originalausgabe. »Bücher des Wissens«
Bd. 1/6056 DM 5,80
Bd. 2/6072 (Frühjahr '72)

Reimut Reiche
Sexualität und Klassenkampf
»Bücher des Wissens«
Bd. 6082 DM 3,80

Fischer Taschenbuch Verlag

Sigmund Freud
Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie und verwandte Schriften
Ausw. u. Nachw. v. Alexand. Mitscherlich
»Bücher des Wissens«
Bd. 6044 DM 2,80

Anton-Andreas Guha
Sexualität und Pornographie.
Die organisierte Entmündigung
Illustrierte Originalausgabe.
»Bücher des Wissens«
Bd. 6153 DM 3,80 (Okt. '71)

Michael Balint
Die Urformen der Liebe und die Technik der Psychoanalyse
»Bücher des Wissens«
Bd. 1035 DM 4,80

gieren (1) und bestimmt als Tagesaufgabe "die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten" (Präambel).

Die Kommunistischen Gruppen (NRF) Heidelberg und Mannheim waren auf der ersten Hamburger Konferenz nicht anwesend. Sie schlossen sich jedoch trotz einiger wichtiger Kritikpunkte (2) nach Veröffentlichung der Plattform der Aktionseinheit an, weil sie die Notwendigkeit der organisierten Zusammenarbeit zwischen den lokal- und regionalarbeitenden kommunistischen Organisationen für wichtiger hielten als die bestehenden Differenzen und weil sie die Aktionseinheit als ein wichtiges Instrument der organisierten Auseinandersetzung um die kommunistische Linie in den gegenwärtigen ökonomischen Kämpfen in Westdeutschland und Westberlin betrachten.

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER AKTIONSEINHEIT

Nach Veröffentlichung der Forderungen der regionalen Tarifkommissionen der IG-Metall, kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen in der Aktionseinheit. Anlass für diese Auseinandersetzungen waren die unterschiedlichen Reaktionen der in der Aktionseinheit zusammengeschlossenen Organisationen auf die Festsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen durch die regionalen Tarifkommissionen. Zugrunde lagen diesen Auseinandersetzungen unterschiedliche Auffassungen über den Kampf um die Gewerkschaften und die Unbestimmtheit der Plattform in taktischen Fragen. In der Plattform wird eine 120.-DM-Forderung als vereinheitlichende Forderung bestimmt. Dann heißt es: "Sollten aus den Betrieben anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen". Das ist eine sehr allgemeine Formulierung, die zwei ganz verschiedene Situationen und Phasen des Tarifkampfes einfach durch ein "oder" miteinander gleichsetzt, obwohl es doch ein großer Unterschied ist, ob ein Vertrauensleutekörper oder eine Belegschaft eine richtige Forderung aufstellt oder die Gewerkschaftsführung eine kapitulantenhafte Forderung durchsetzt. Wenn also zwischen den in den Betrieben aufgestellten Forderungen und der

(1)
"Das Interesse der Arbeiterklasse an der sozialistischen Revolution, an der Diktatur des Proletariats, ist zweifellos ein objektives Interesse. Es muß daher unverzichtbarer Bestandteil der kommunistischen Propaganda sein. Es ist aber gegenwärtig kein von der Arbeiterklasse gefühltes oder ihnen kurzfristig fühlbar zu machendes subjektives Interesse. Es kann daher auch keine Verbindung zu den Massen vermitteln." KAB-Arbeiterzeitung, Nr.9, S.15

(2) In einer ersten Stellungnahme hieß es dazu:
"Genossen! Wir unterstützen die "Plattform über die Aufgaben der Kommunisten in der kommenden Metallrunde". Wir halten diese Plattform für eine geeignete Grundlage zur Vereinheitlichung der Praxis kommunistischer Gruppen bei den Lohnkämpfen im Herbst, und werden sie zusammen mit dieser kurzen Stellungnahme an die Gruppen weiterleiten, von denen wir annehmen, daß sie sich ebenfalls auf diese Grundlage stellen können. Diese Plattform leistet einen praktischen Beitrag in der Frage des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse und in der Frage einer korrekten Linie gegenüber der Gewerkschaft. Wir möchten zu einigen Punkten Stellung nehmen, nicht um das einheitliche Vorgehen in Frage zu stellen, sondern um einige Forderungen und Parolen zu konkretisieren, und um die Diskussion weiterzuführen.

Die zweite Parole "Mindestens 120DM für alle" haben wir als vereinheitlichende Forderung verstanden, die zusätzliche Anweisung, auch anderslautende Forderungen zu unterstützen, wenn sie aus den Betrieben herauskommen oder von der IGM in der Arbeiterklasse durchgesetzt werden, haben wir dahingehend verstanden, daß vereinheitlichende Forderungen wichtigste Voraussetzung eines einheitlichen Kampfes sind. Darunter fällt z.B. die Forderung nach Absicherung des 13.Monatsgehaltes.

Die zweite Parole kann u.E. ergänzt werden durch die Forderung nach einem einseitigem Kündigungsrecht der IGM im Falle von Preissteigerungen über 5% o.ä. Diese Forderung, die von den Hoesch-Vertrauensleuten aufgestellt wurde, ist auch geeignet der trotzkistischen Forderung nach automatischen Lohngleitklauseln entgegenzutreten.

In der Begründung des Punktes 4 scheint es uns notwendig zu sein, die Frage der kapitalistischen Krise zu konkretisieren in Bezug auf die Arbeitsplätze, insbesondere aufzuzeigen, daß die Arbeitsplätze nicht durch den Verzicht auf den Lohnkampf gesichert werden können. An dieser Frage kann auch die Ideologie der Sozialpartnerschaft angegriffen werden.

Die fünfte Parole muß u.E. ergänzt werden durch die Parole "Gegen Lohnleitlinienpolitik", weil dadurch die Bedeutung der konzertierten Aktion aufgezeigt werden kann.

zu Punkt 7: Jede politische Schichtung ist scharf anzugreifen. Eine ausführliche Diskussion haben wir über die Parole 8 und ihre Begründung geführt. Prinzipiell richtig scheint uns die klare Stoßrichtung gegen eine ultralinke Gewerkschaftslinie zu sein, haben jedoch Bedenken, ob diese Parole nicht Illusionen über die bestehenden Gewerkschaften und die Möglichkeiten ihrer Veränderungen unterstützt. Gerade die Enttäuschung dieser Illusionen kann zu einer Linie gegenüber den Gewerkschaften umschlagen, die auf eine Erneuerung des RGO-Kurses führt, wie er schon von einigen Zirkeln vertreten wird. Deshalb erscheint es uns notwendig, die Parole im Zusammenhang mit der Begründung der 4.Parole aufzustellen - falls sie in dieser Form aufgestellt wird.

Obwohl in der Agitation die Entlarvung der Politik der reaktionären Führung wichtigste Form der Aufklärung über die bestehenden Gewerkschaften ist, darf die Frage nicht auf die reaktionären Führer beschränkt werden. Vielmehr ist der Gegensatz von Führern und Mitgliedern als objektiver Klassengegensatz von Lohnleitlinienpolitik zur Profitsicherung und materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu betonen. Die Parole bleibt darüber hinaus auch unscharf gegenüber Parolen über die Revolutionierung der Gewerkschaften, die auf einer falschen Auffassung über die Aufgaben der Gewerkschaften basieren.

Zur weiteren praktischen Zusammenarbeit schlagen wir vor, daß während der Tarifkämpfe Informationen ausgetauscht werden.

Forderungen der weitgehend aus unkontrollierten bürgerlichen Arbeitervertretern zusammengesetzten Tarifkommissionen große Unterschiede bestehen, dann können unterschiedliche Meinungen darüber aufkommen, wann die Forderungen der "IGM-Führung" durchgesetzt ist. Das hängt u.a. auch davon ab, wie man die Tarifkommissionen generell einschätzt und diese Einschätzung kann sich wieder aus regionalen Unterschieden in der Zusammensetzung der Tarifkommissionen und den Kräfteverhältnissen zwischen bürgerlichen Arbeitervertretern und proletarischen Arbeiterführern ergeben. Wird die Zusammensetzung der Tarifkommission als Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der Arbeiterklasse verstanden oder spiegelt die Tarifkommission tatsächlich die Kräfteverhältnisse in den Belegschaften wider, dann kann ein Beschluß der Tarifkommission als Durchsetzung der Forderungen der "IGM-Führung" verstanden werden (obwohl natürlich gerade dann die Beschlüsse der Tarifkommission nicht schlicht mit den Forderungen der "IG M-Führung" gleichgesetzt werden können, sondern diese können sich nur soweit durchsetzen, wie es die Kräfteverhältnisse erlauben). Wird die Tarifkommission insgesamt als Teil der "IGM-Führung" verstanden, die auf die Kräfteverhältnisse in den Belegschaften höchstens indirekt reagiert, dann sind die Beschlüsse der Tarifkommission von vornherein identisch mit den Forderungen der IGM-Führung und als durchgesetzt können diese Forderungen erst gelten, wenn es den Belegschaften nachträglich nicht gelingt, die Forderungen umzustossen (was einem Mißtrauensantrag gegen die Tarifkommission gleichkäme). Die Formulierung in der Plattform ist in keiner Weise geeignet, die tatsächlichen taktischen Probleme während der ersten Phase der Tarifrunde, der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung, um die Forderungen zu lösen. Durch den unpräzisen Gebrauch des Begriffes "IGM-Führung" werdenzudem allemöglichen Differenzen verschleiert, die etwa der Einschätzung der Tarifkommission zugrundeliegen und durchaus grundsätzlicher Art sein können. So ist es auch kein Wunder, daß sich in der Aktionseinheit sofort große Widersprüche zeigten, als sie das erste Mal zu einer einheitlichen Reaktion gezwungen gewesen wäre: bei der Veröffentlichung der Beschlüsse der Tarifkommission. Hätte sich die Plattform nicht mit einem allgemeinen Satz begnügt und hätte sie sich statt mit einer allgemeinen Phrase von der "IGM-Führung" auf eine konkrete Analyse des Zustandekommens von gewerkschaftlichen Forderungen eingelassen, hätte sie die Tarifkommissionen konkret analysiert statt gar nicht zu erwähnen, und hätte sie die Bedeutung von Beschlüssen der Tarifkommission eingeschätzt, dann hätte die Plattform entweder klare taktische Richtlinien enthalten oder ihr Zustandekommen wäre von vornherein an offenen Differenzen in diesen wichtigen Fragen gescheitert.

Als die Tarifkommission Hamburg eine 10%-Forderung aufstellte, schrieb das SALZ-Hamburg in einem Rundbrief der Aktionseinheit:

"Die 10%-Forderung ist bisher nur in den Köpfen der 70 Mitglieder der Großen Tarifkommission, nicht jedoch im Bewußtsein der Hamburger Arbeiterschaft verankert. Die 10%-Forderung ist ein schwerer Betrug der Gewerkschaftsführung an der Arbeiterklasse. Wir werden ihr abgekartetes Spiel entsprechend in der Agitation aufzeigen. Für uns in Hamburg kommt es jetzt vor allem darauf an, die Kollegen zusammenzurufen und sie zur Ablehnung der 10%-Forderung zu veranlassen.

Obwohl in Hamburg, real eingeschätzt, kaum die Möglichkeit besteht, die IG-M-Führung von der 10%-Forderung abzubringen, sagen wir nicht, die 10% sind eine Mindestforderung. Wir stellen vielmehr die Forderungen von Hoesch, Klöckner, Siemens, u.a. dem gegenüber. Damit wollen wir den Hamburger Metallern Forderungen aufzeigen, die der kommenden Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Lage entgegenwirken und sie auf die Kampfbereitschaft der Kollegen in anderen Bezirken hinweisen.

Unsere Hauptagitationslinie richtet sich nicht gegen die 10%-Forderung, sondern wir wollen bei den Kollegen ehrliche Empörung wecken. Die 10%-Forderung tritt in den Hintergrund im Vergleich zur Entlarvung der Gewerkschaftsführung, der Politik der SPD-Regierung und deren Betrug an der Arbeiterklasse."

Auf diesen Rundbrief reagierten KBB und KBG mit einem provokatorischen Angriff auf SALZ-Hamburg und die Aktionseinheit, indem sie SALZ-Hamburg als Agentur derBourgeoisie denunzierten und eine Konferenz ohne SALZ-Hamburg einberiefen. Durch den Charakter des Angriffs wurde eine gründliche Diskussion in der Aktionseinheit über die taktischen Differenzen, die sich zwischen KBB und KBG auf der einen Seite und SALZ-Hamburg und KAB-Hamburgauf der anderen Seite ergaben, sehr erschwert. Statt genau zu untersuchen, ob sich hier prinzipielle Differenzen im Kampf um die Gewerkschaften zeigen, wurde sehr schnell mit Begriffen wie Linkssektierertum und Rechtsopportunismus hantiert. Wir meinen, daß sich hinter diesen taktischen Differenzen prinzipielle Differenzen verbergen, die allerdings noch herausgearbeitet werden müssen. Im Kern geht es um die richtige Konkretisierung der Parole: "Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse". Dabei scheint bei einigen kommunistischen Organisationen immer noch der Eindruck zu bestehen, der Kampf um die Gewerkschaften könne sich darauf beschränken, den Gewerkschaften gegenüber die proletarische Linie zu vertreten, statt in den Gewerkschaften den Kampf um die Durchsetzung der proletarischen Linie aufzunehmen.

Diese Gefahr zeigt sich in der Einstellung zu den Forderungen der Tarifkommissionen. Während KBB und KBG davon ausgehen, daß die Forderungen der Tarifkommissionen die Kräfteverhältnisse in den Gewerkschaften selbst dann widerspiegeln, wenn es den fortschrittlichen Kollegen nicht einmal gelungen ist, die Vorschläge der IG-Metall-Vorstände nach oben zu korrigieren, betrachten SALZ und KAB die Forderungen der Tarifkommissionen schlicht "politisch als Ergebnis der Lohnleitlinien und der Konzertierten Aktion". Daran ist aber doch nur soviel richtig, daß die Beschlüsse der Tarifkommissionen von den IGM-Vorständen als Schritt auf die Lohnleitlinien hin angestrebt wurden, und daß ihre arbeiterfeindlichen Manöver in den Tarifkommissionen nur selten auf Widerstand stießen. Aber wie vor den Beschlüssen der Tarifkommissionen die Front verlief zwischen SPD-Lohnleitlinienpolitikern, die mit möglichst niedrigen Forderungen in die Verhandlungen gehen wollten, und fortschrittlichen Kol-

legen, die ihre Forderungen an den Interessen der Arbeiter ausrichteten, so verläuft heute die Front zwischen denen, die von den Beschlüssen der Tarifkommissionen möglichst bald herunterkommen wollen, um im Rahmen der Lohnleitlinien abzuschließen, und denen, die um die 10 oder 11% kämpfen wollen. Können es sich die Kommunisten leisten, in diese Auseinandersetzung nur indirekt einzugreifen und auf die Propagierung der 10% oder 11% als Mindestforderung zu verzichten, oder müssen sie nicht vielmehr versuchen, auf der Basis dieser Forderungen als Mindestforderungen die Belegschaften zu vereinheitlichen, damit sie den doppelten Kampf gegen Lohnleitlinienpolitiker in den Gewerkschaften und Metallkapitalisten aufnehmen können? KAB und SALZ meinen:

"Der Begriff "Mindestforderung" ist nichts weiter als unsinnig und in seiner tatsächlichen Auswirkung sogar demagogisch, weil er falsche Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Tarifauseinandersetzungen weckt. (...) Denn die Propaganda der 10% als "Mindestforderung" muß im Ergebnis gerade zu Enttäuschung und Resignation beitragen, wenn diese "Mindestforderung" dann im Abschluß noch (erheblich?) unterschritten wird." (Rundbrief 8). In dieser Auffassung gehen KAB und SALZ von der Funktion aus, die die Forderungen der Tarifkommissionen in den Manövern und dem betrügerischen Kalkül der SPD-Lohnleitlinienpolitiker haben, übersehen aber völlig, daß diese Manöver und dieses Kalkül nur auf dem Boden der Forderungen der Tarifkommissionen durchbrochen werden können, indem wir klarmachen, daß die 11% höchstens den Reallohn halten, daß jeder Abstrich einen Rückgang des Reallohns bedeuten wird, und daß jedes Prozent über den Lohnleitlinien nur im Kampf durchgesetzt werden kann. Der reale Kampf der Belegschaften gegen das Kapital und gegen die Lohnleitlinienpolitiker in den eigenen Reihen wird auf Basis der Beschlüsse der Tarifkommissionen geführt werden. Es ist gerade unsere Aufgabe zu zeigen, daß die 11%-Forderung schon der Kompromiss zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse darstellt, deren Interessen in den Tarifkommissionen durch die Lohnleitpolitiker erfolgreich vertreten wurden. Nur auf dieser realen Basis des Kampfes gegen die Lohnleitlinienpolitiker wird es den Kommunisten gelingen, eine politische Propaganda zu entfalten gegen die staatliche Lohnpolitik. Diese Propaganda muß unsere Arbeit bestimmen, aber dies wird nicht möglich sein, wenn wir übersehen, daß die Front in den Gewerkschaften zwischen Vertretern der Lohnleitlinienpolitik und fortschrittlichen Kollegen derzeit durch die Auffassung der 11%-Forderung als Mindestforderung oder als ziemlich weit nach unten korrigierbares Verhandlungsangebot bestimmt wird. Wenn man diese Front aufzeigt, und zeigt, daß über den Erfolg der einen oder der anderen Seite der Kampf entscheidet, wieso weckt man dann Illusionen? Richtig ist allerdings die Kritik an der Tendenz, die 11% in den Vordergrund der Agitation und Propaganda zu stellen, statt ausgehend von den realten Kämpfen um die 11%, den Kampf gegen die Lohnleitlinien zu führen, und den Klassencharakter des Staates und der Politik der IGM-Führung zu entlarven. Die Auseinandersetzung um die Frage wie man sich gegenüber den Forderungen der Tarifkommissionen zu verhalten hat, zeigt deutlich, daß die Aktionseinheit zur Metalltarifrunde nicht in der Lage ist, einheitlich zu agieren, und daß die bestehenden Differenzen die sehr allgemeinen Formulierungen der Plattform immer wieder brechen werden. Der Diskussionsprozess zwischen den verschiedenen Organisationen, der durch die Aktionseinheit jedoch in Gang gekommen ist, wird wesentlich zur Ausarbeitung und Konkretisierung der kommunistischen Linie in der Gewerkschaftsfrage beitragen.

ANGRIFFE DER KPD/ML (ZB) AUF DIE AKTIONSEINHEIT

Die KPD/ML (ZB) hat die Bildung der Aktionseinheit, die sie als "Zirkelblock" bezeichnet, scharf angegriffen. Die KPD/ML (ZB) geht davon aus, daß das westdeutsche Proletariat derzeit nicht in Abwehrkämpfen gegen die allseitigen Angriffe des Kapitals begriffen ist, und daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, die allseitige Abwehrfront des Proletariats zu organisieren, sondern daß sich das westdeutsche Proletariat gegenwärtig auf einen schweren politischen Schlag gegen die Bourgeoisie vorbereitet. Diese Einschätzung wird einerseits mit der allgemeinen Tendenz zur Revolution in der Welt begründet und andererseits mit der Polarisierung in den Betrieben. Obwohl beides nicht zu bezweifeln ist, müssen wir sehen, daß derzeit noch keine größere Fraktion des westdeutschen Proletariats die Perspektive der Revolution entwickelt hat und die Polarisierung in den Betrieben keine zwischen Revolutionären und Reaktionären ist, sondern zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern und Lohnleitlinienpolitikern, zwischen gewerkschaftlichem Bewusstsein und Sozialpartnerschaftsideologie. Es ist ja gerade die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation, daß die Bourgeoisie einen allseitigen Angriff gegen die Arbeiterklasse vorbereitet und organisiert, während sich die Arbeiterklasse erst wieder der grundsätzlichen ökonomischen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und der Interessen des Kapitals bewusst wird, was seinen Ausdruck in dem Kampf um die Gewerkschaften findet, aber noch nicht in einer bewussten politischen Abwehr der Angriffe des Staates als geschäftsführendem Ausschuss der Bourgeoisie.

Die KPD/ML (ZB) propagiert in der Metalltarifrunde vor allem das "Vertrauen auf die eigene Kraft", ohne zu sehen, daß eine Bedingung für die eigene Kraft des Proletariats seine gewerkschaftliche Organisation ist, und daß die Kommunisten deshalb den Kampf um die Gewerkschaften unterstützen und anleiten müssen. Ohne gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse fehlt ihr selbst die Kraft, die ökonomischen Angriffe der Kapitalisten in der Krise abzuwehren. Wenn die KPD/ML (ZB) die Parole "Vertrauen auf die eigene Kraft" verbindet mit der Parole "Stärkt die KPD/ML", ohne den Kampf um die Gewerkschaften auch nur zu erwähnen, so betreibt sie eine linkssektiererische Politik, die an den gegenwärtigen Kämpfen der Arbeiterklasse vorbeigeht.

Die KPD/ML (ZB) hat die 15%-Forderung auf den Ecklohn von Lohngruppe 7 der Hoesch-Vertrauensleute zur Forderung der Partei erhoben und stellt diese Forderung als Forderung der Arbeiterklasse den Forderungen der anderen Betriebe (z.B. Klöckner-Bremen) gegenüber und verurteilt jede Abweichung von der 15%-

Forderung nach oben oder nach unten als Spaltung der Arbeiterklasse. Gegenüber den realen Entwicklungen in der Metalltarifrunde bleibt sie vorsätzlich blind und katapultiert sich selbstbewusst aus den realen Auseinandersetzungen hinaus. Als einige marxistisch-leninistische Gruppen, nachdem der Kampf gegen die Lohnleitlinienpolitik der Gewerkschaftsführung in der Phase vor Festlegung der gewerkschaftlichen Forderungen nicht zum Erfolg geführt hatten, die 11% als Mindestforderung propagierten, krähte die KPD/ML etwas von Spaltung der Arbeiterklasse, obwohl absehbar ist, daß die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und die Lohnleitlinienpolitik der SPD und der Gewerkschaftsspitze gerade auf Basis dieser 11%-Forderung führen wird. Statt die realen Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterstützen und nach Möglichkeit anzuleiten, propagiert die KPD/ML (ZB), ohne den Kampf um die Gewerkschaften auch nur zu erwähnen, das Vertrauen auf die eigene Kraft, eine Propaganda, die dann notwendig leer sein muß, wenn sie von der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse absieht.

Die gegenwärtigen ökonomischen Kämpfe sind von entscheidender Bedeutung für den Parteibildungsprozess des westdeutschen Proletariats. Das westdeutsche Proletariat wird sich in ihnen wieder der grundsätzlichen ökonomischen Gegensätzlichkeit seiner Interessen und der Interessen des Kapitals bewusst. Durch den offensichtlichen Eingriff des Staates in diese Kämpfe auf seiten der Bourgeoisie, bilden sich Keime des politischen Klassenbewusstseins heraus, die es den Kommunisten ermöglichen, eine allseitige politische Propaganda mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Klasse auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu entfalten. Der derzeit wichtigste Schritt dieser Vereinheitlichung ist der Kampf gegen die Lohnleitlinienpolitik und ihre Verankerung in den Gewerkschaften. In diesem Kampf, der wesentlich auch Kampf um die Gewerkschaften ist, müssen sich die Kommunisten als Avantgarde der Klasse bewähren, wenn sie den Marxismus-Leninismus in den Klassen verankern wollen.

B.B., J.S.

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

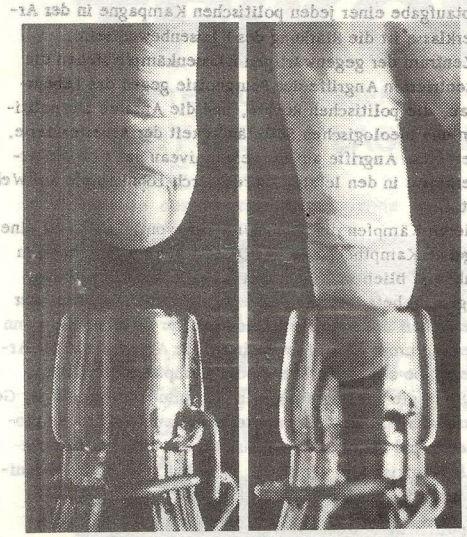
Aus dem Inhalt von Heft 4/71:

Chemielohnkampf - Urabstimmung und Streikrecht

- Forsthoff - Apologet des Kapitalismus
- Änderung des Verfassungsschutzgesetzes
- Westdeutsche Justiz - Handlanger der US-Rassenpolitik
- Stören Betriebsversammlungen den "Betriebsfrieden"?
- Demokratie in der Schule kann nicht sein

Probeheft und Abonnement (6Hefte im Jahr für DM 8.40 incl. Porto) bei: ROTE ROBE VERLAG
69 Heidelberg, Werrgasse 7, Tel: 43863

Achten Sie auf Reihe Hanser



Dylan Thomas, Abenteuer in Sachen Haut
Band 71. Ca. 5.80 DM

Wolf Wondratschek, Paul oder die Zerstörung eines Hörbeispiels
Hörspiele. Band 72. Ca. 7.80 DM

Richard Brautigan, Forellenfischen in Amerika
Roman. Band 73. Ca. 7.80 DM

Brecht-Chronik
Daten zu Leben und Werk. Zusammengestellt von Klaus Völker. Band 74. Ca. 7.80 DM

Helmut Ostermeyer, Strafunrecht
Von der Sinnlosigkeit unserer Strafjustiz.
Band 75. Ca. 7.80 DM

Christopher Caudwell, Bürgerliche Illusion und Wirklichkeit
Beiträge zur materialistischen Ästhetik.
Band 76. Ca. 12.80 DM

Uwe Brandner, Mutanten Milieu
Bericht aus dem Land Asphalt & Alphabet.
Band 77. Ca. 7.80 DM

Ulrike Prokop, Soziologie der Olympischen Spiele
Sport und Kapitalismus. Band 78. Ca. 7.80 DM

H. Afheldt/Ch. Potyka/Ph. Sonntag/ C. F. von Weizsäcker, Durch Kriegsverhütung zum Krieg?
Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung".
Band 79. Ca. 5.80 DM

Wolf Lepenies, Soziologische Anthropologie
Materialien. Band 80. Ca. 7.80 DM

Peter Klein, Francos zweite Inquisition
Spanien zwischen Folter und EWG.
Band 81. Ca. 7.80 DM

Pierre Hoffmann/Nikita Patellis, Demokratie als Nebenprodukt
Versuch einer öffentlichen Planung in München.
Band 82. Ca. 7.80 DM

Godard/Kritiker
Ausgewählte Kritiken und Aufsätze über Film (1950–1970). Band 83. Ca. 7.80 DM

Alfred Schmidt, Geschichte und Struktur
Fragen einer marxistischen Historik.
Band 84. Ca. 5.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Plattform

Präambel

Hauptaufgabe einer jeden politischen Kampagne in der Arbeiterklasse ist die Stärkung des Klassenbewußtseins.
Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebensniveau, die politischen Rechte, und die Ansätze zur politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse.
Gegen diese Angriffe auf ihr Lebensniveau hat sich die Arbeiterklasse in den letzten Jahren durch Lohnkämpfe zur Wehr gesetzt.
In diesen Kämpfen dokumentierte sich von Jahr zu Jahr eine steigende Kampfbereitschaft. Diese Kampfbereitschaft im Lohnkampf blieb jedoch in den ideologischen Fesseln der Bourgeoisie befangen und steht gegenwärtig in Gefahr, der Allseitigkeit des Angriffs der Bourgeoisie zu erliegen, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten.
Die Strategie der Bourgeoisie in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung, die Arbeiterklasse zu Kämpfen zu provozieren und in Niederlagen zu treiben, die Kampfbereitschaft langfristig zu zerstören, ist dabei von den Kommunisten besonders zu bekämpfen.

Das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse ist dadurch gekennzeichnet, daß angesichts der Angriffe der Bourgeoisie und der Steigerung der eigenen Kampfbereitschaft die Unzufriedenheit mit der SPD zugenommen hat.
Seitdem die SPD Regierungspartei ist, hat die Tendenz zur Lösung der Arbeiter von der Sozialdemokratie zugenommen. Eine SPD, die nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiterklasse fest an sich zu binden und von ökonomischen Kämpfen zurückzuhalten, ist aber für die Bourgeoisie als Regierungspartei uninteressant. Immer deutlicher setzen die Verbände der Kapitalisten auf die CDU/CSU. Gleichzeitig schaffen sie jetzt schon die Voraussetzung für eine terroristische Zerschlagung der sich wieder entwickelnden Arbeiterbewegung durch Notstandsgesetze und den Ausbau der Polizei einerseits, andererseits durch konsequente Unterdrückung sozialistischer und kommunistischer Organisationen, sowie durch zielstrebige Unterstützung faschistischer Organisationen.
Die Loslösung der Arbeiterklasse von der SPD in den ökonomischen Kämpfen führt nicht automatisch zur politischen Klarheit und zur selbständigen Klassenpolitik. So gilt es der von der Bourgeoisie betriebenen Desorientierung durch soziale Demagogie in Agitation und Propaganda entgegenzutreten.
Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifkämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie führen müssen und nicht die Hauptagitationslinie auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer richten dürfen.
Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse über das Wesen ihres Klassenfeindes aufzuklären, die eigenen Klassenziele zu entwickeln und die Arbeiterklasse aus allen politischen und ideologischen Fesseln zu befreien, die sie bei der Verfolgung ihrer Klassenziele behindern.
In der Tarifauseinandersetzung müssen wir umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie aufklären und die Arbeiterklasse nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorbereiten und diese organisieren.

Die Aufgaben der Kommunisten in der kommenden Metallrunde

1. Da die Aufstellung von Lohnforderungen von der IGM-Führung bewußt hinausgezögert wird, werden wir angesichts der Unklarheit und Zersplitterung der Belegschaften eine einheitliche Forderung in den Betrieben propagieren.

Eine solche Forderung muß nach unserer Einschätzung der Kräfteverhältnisse bei 120,- DM mehr im Monat liegen. Das entspricht je nach Region 12 - 15 % auf den Ecklohn. Sollten aus den Betrieben heraus anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen.

PAROLE

MINDESTENS 120.-DM FÜR ALLE

2. Um den tatsächlichen und unmittelbaren Interessen der Metallarbeiter gerecht zu werden, muß das Schwergewicht der Lohnforderung auf der Absicherung der Effektivlöhne liegen, und zwar in der konkreten Form einer entsprechenden Vorweganhebung. Auch dieser Punkt ist in seiner allgemeinen Form bereits Gegenstand der vorbereitenden Agitation und Propaganda.

PAROLE

ABSICHERUNG DER EFFEKTIFLÖHNE DURCH VORWEGANHEBUNG

3. Das Auslaufen der Lohnrahmentarifverträge setzt die Forderung nach Streichung der Leichtlohngruppen wieder auf die Tagesordnung.

WEG MIT DEN LEICHTLOHNGRUPPEN

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

GLEICHER LOHN FÜR MÄNNER UND FRAUEN

4. Das Vertreten dieser konkreten, an den Kapitalbewegungen orientierten Kampfziele+ einerseits und andererseits die Agitation und Propaganda, die die allgemeinen Lehren aus der ökonomischen und politischen Entwicklung in die Arbeiterklasse trägt, stellen für uns zwei Seiten ein und derselben Sache dar, die auch ein und demselben Ziel dienen.

+ Diese Formulierung ist inzwischen auf der 2. Konferenz der Aktionseinheit kritisiert worden, weil sie das Mißverständnis nähren könnte, die Forderungen der Arbeiterklasse sollten sich am Konjunkturverlauf orientieren. Daran war natürlich nicht gedacht. Gemeint war, daß die Kapitalbewegungen ein Faktor für die Einschätzung der Kräfteverhältnisse des Proletariats und der Kapitalistenklasse ist und daß diese Kräfteverhältnisse bei der Aufstellung von Forderungen zu berücksichtigen sind.

Die Agitation und Propaganda muß daher schwerpunktmäßig von der Frage der kapitalistischen Krisen, als Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus, ausgehen, die Frage der Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie systematisch vorantreiben, um auf die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie durch das Proletariat aus der heutigen konkreten Situation heraus hinzuzielen.

PAROLE

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

5. Einen Schwerpunkt muß demnach (auch bereits in der Phase der vorbereitenden Agitation und Propaganda) der Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie bilden und zwar in der konkreten Form der Forderung nach Austritt der Gewerkschaften aus der "Konzertierten Aktion", wie sie bereits von fortschrittlichen Gewerkschaftern mit immer mehr Nachdruck vertreten wird.

PAROLE

RAUS AUS DER KONZERTIERTEN AKTION

6. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse wird während des kommenden Herbstes nicht nur auf der Ebene des Lohnkampfes stattfinden. Zugleich mit den Tarifauseinandersetzungen steht die Verabschiedung des BVG im Bundestag an. Wir werden die politische Agitation und Propaganda gegen das BVG verstärkt auch während der Tarifrunde in die Arbeiterklasse tragen und versuchen, die einheitliche ökonomische und politische Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu erreichen.

PAROLE

KAMPF GEGEN DAS ARBEITERFEINDLICHE BVG

7. Wegen des zuungunsten des Proletariats verschobenen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist die volle Ausschöpfung der Kampfkraft der Arbeiter in der Metallindustrie zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen unbedingt und uneingeschränkt erforderlich. Die "Nadelstichtaktik" (punktuelle Bestreikung einzelner Betriebe), wie sie in den vergangenen Kämpfen der Chemiearbeiter von der IG-Chemie-Führung praktiziert wurde, ist weder geeignet, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen, noch trägt sie zur Vereinigung der Arbeiterklasse bei.
Wir werden aufgrund der Erfahrungen aus den Metallkämpfen 70 und den Chemiekämpfen 71 folgende konkrete Kampfformen in Betrieben und Gewerkschaften zu propagieren versuchen: Unser Ziel ist dabei, die Zersplitterung der Kampfkraft in zahlreichen Warnstreiks und regionalen Sonderbewegungen zu überwinden. D. h.:

- Bei Warnstreiks: Aufforderung zur Demonstration außerhalb der Betriebe
- Organisierung zentraler Kundgebungen durch die Gewerkschaften
- Durchsetzung von Urabstimmungen der Belegschaften über die Verhandlungsergebnisse der Tarifkommission
- Unterstützung der Verhandlungskommissionen durch Demonstrationen zu den Verhandlungslokalen, be-

Fortsetzung auf S.68 (Rückseite)

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk.
Neuerscheinung Herbst 71 ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 24

ARBEITERUNTERSUCHUNG UND KAPITALISTISCHE ORGANISATION DER PRODUKTION

QUADERNI ROSSI

Kapitalistischer Plan und Arbeiterklasse/Ziele und Methoden der Arbeiteruntersuchung/Aktionen gegen die kapitalistische Rationalisierung.
Neuerscheinung Herbst 71 ca. 150 Seiten ca. DM 8,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 26

USA: FARBIGE REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

Herausgeber: D. Peters

Die Organisierung des farbigen Fabrik- und Lumpenproletariats im Verhältnis zur weißen Arbeiterbewegung/Ghetto, Gangs und politische Organisierung/Programmatik der League
Neuerscheinung Herbst 71 ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 27

KONZEPTION DER PROLETARISCHEN PARTEI BEI LENIN

Avanguardia Operaia

Geschichte und Entwicklung der leninschen Parteikonzeption in ihrer ständigen Konfrontation mit der konkreten Klassenkampfpraxis. Die notwendige Verbindung von organisierter theoretischer und praktischer Arbeit.
Neuerscheinung Herbst 71 ca. 120 Seiten ca. DM 5,80

FASCHISMUS UND DIKTATUR

Nicos Poulantzas

Faschismus und Klassenkampf/Faschismus und Arbeiterklasse/Faschismus und Kleinbürgertum/Faschismus und Bauernschaft/Der faschistische Staat.
Neuerscheinung Spätherbst 71 ca. 400 Seiten ca. DM 24,—

THEORIE UND PRAXIS SOZIALISTISCHER PLANUNG

CHARLES BETTELHEIM

Zentralisierte oder dezentralisierte Entscheidung/Plan und Bedarfsbestimmung. Geld, Preis und Gewinn/Bestimmung der günstigsten Technik/Die Problematik des ökonomischen Gleichgewichts.
Neuerscheinung Herbst 71 ca. 400 Seiten ca. DM 20,—

ÜBER DIE KATEGORIE "ARBEITSLOHN"

I. Zur Rezeption der Kategorie Arbeitslohn
II. Der Arbeitslohn
  1. Arbeit - Arbeitskraft
  2. Der Wert der Arbeitskraft
  3. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft - Die Entstehung des Mehrwerts
  4. Die Verwandlung des Wertes der Arbeitskraft in den Wert der Arbeit
III. Die Grundlohnform Zeitlohn
IV. Die Grundlohnform Stücklohn
V. Der Akkordlohn
VI. Die Normfindungssysteme
  1. Taylor-System
  2. REFA-System
  3. Verfahren vorbestimmter Zeiten (MTM)
VII. Akkord-Teilungslöhne
  1. Halsey-Lohn
  2. Rowan-Lohn
  3. Halsey- und Rowan-Lohn als Akkord-Teilungslöhne
  4. Bonuslohn und Staffellohn
VIII. Die Entwicklung der Akkordentlohnung und die bürgerliche Kritik am Leistungslohn
IX. Prämienlohnsysteme im engeren Sinne
X. Analytische Arbeitsplatzbewertung
XI. Zusammenfassung

I. ZUR REZEPTION DER KATEGORIE ARBEITSLOHN

Wegen der zentralen Bedeutung der Kategorie Arbeitslohn ist diese in der letzten Zeit von Marxisten und von kommunistischen Gruppen ausführlich dargestellt worden, meistens mit dem Ziel, die Bedeutung des ökonomischen Kampfes für die Entfaltung von Klassenbewusstsein und für den politischen Kampf inhaltlich bestimmen zu können.

Die Darstellung von Müller/Neusüss ist als unklar und verschwommen zu bezeichnen: daß der eine Wertteil des Warenwerts eine doppelte Funktion erfüllt, nämlich "für den Kapitalisten variables Kapital, für den Arbeiter Einkommen (Lohn) ist", was sie "vereinfacht als 'Doppelcharakter des Lohns'" bezeichnen, - daraus schließen sie: "Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist schon in der Kategorie des Lohns enthalten ..." (1, S.36). (0)

Der Inhalt dieser Darstellung ist reichlich unklar - vermutlich bezieht sich der angegebene Widerspruch auf das Bestreben der Arbeiter, den Wert ihrer Arbeitskraft zu erhöhen, was aber von den Kapitalisten bekämpft wird, da der Wert der Arbeitskraft und der Mehrwert in umgekehrtem Verhältnis zueinander stehen; weshalb auch die Kapitalisten ihrerseits versuchen, den Mehrwert auf Kosten des Werts der Arbeitskraft zu erhöhen. Aus diesem Gegensatz auf der Ebene Mehrwert - Wert der Arbeitskraft einen spezifischen 'Doppelcharakter des Lohns' abzuleiten, der auch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital enthält, heißt, den spezifischen Charakter der (Erscheinungs-) Form des Arbeitslohns zu ignorieren. Demgegenüber betont Marx die "entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie" (2, S.562).

Die Wirkung jener Verwandlung von Wert der Arbeitskraft in Wert der Arbeit ist, daß "alle Arbeit ... als bezahlte Arbeit (erscheint)." "Die Form des Arbeitslohns löscht ... jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus." (a.a.O.)

In den meisten Veröffentlichungen zu unserem Thema wird diese Stelle von Marx zitiert und ihre Wichtigkeit für das Klassenbewusstsein der Arbeiter betont. Bei der Interpretation zeigt sich jedoch eine mangelhafte Rezeption. So schreibt die KPD-AO: "Damit dem Arbeiter dieser Sachverhalt" - (daß sich der Besitzer der Produktionsmittel das Produkt eines Teils des Arbeitstages unentgeltlich aneignet) - "nicht aufgeht, läßt sich der Kapitalist allerhand einfallen. Die verschiednen Lohnformen, in denen er Lohn ausbezahlt, verschleiern die unbezahlte Mehrarbeit ..." (4, S.2).

Nicht erst die konkreten Lohnformen, in denen der Lohn ausbezahlt wird, verschleiern die unbezahlte Mehrarbeit, sondern die zugrundeliegende Form des Arbeitslohns überhaupt (wovon die einzelnen Lohnformen erst abgeleitet sind). Der Unterschied ist insofern relevant, als eben nicht die bewusste Verschleierungsabsicht der Kapitalisten die Mehrarbeit als bezahlte erscheinen läßt, wie die KPD-AO behauptet, sondern die sich unabhängig von Willen und Bewusstsein der Beteiligten vollziehende Verwandlung des Werts der Arbeitskraft in den Wert der Arbeit, eine "Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihrer Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten" (5,S.839).

Marx hält es sogar für "natürlich, daß die wirklichen Produktionsagenten in diesen entfremdeten und irrationellen Formen von ... Arbeit - Arbeitslohn sich völlig zu Hause fühlen, denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich bewegen und womit sie täglich zu tun haben" (5, S.838).

(0) Die 1 vor der Seitenzahl bedeutet das Buch 1 in der Literaturliste am Ende des Artikels.

Es ist die Aufgabe der Wissenschaft, diese "Religion des Alltagslebens" aufzulösen. (1)

Die Art der Darstellung durch die KPD-AO hat durchaus politischen Charakter: kommt die Verschleierung der unbezahlten Mehrarbeit durch die Lohnformen durch die hinterlistige, täuschende Absicht der Kapitalisten zustande, dann müßte es genügen, diese Absicht zu entlarven, um die Arbeiter ihre Situation als schreiende Ungerechtigkeit und die dem Kapitalisten "einfallenden"Lohnformen als unverschämten Betrug erkennen zu lassen.

Geht man jedoch von der Marxschen Analyse der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten als gesellschaftlicher Verhältnisse aus, in deren verkehrtem Schein sich alle Produktionsagenten zu Hause fühlen, dann ist man gezwungen, die konkreten Widersprüche zu bestimmen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, den Schein der Verhältnisse zu durchbrechen und den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen. Dann ist aber auch klar, daß nicht die bloße Wiederholung richtiger Erkenntnisse und die Summierung entlarvender Agitation Klassenbewusstsein entwickeln, sondern das Anknüpfen wissenschaftlicher Erklärung und der darauf aufbauenden Agitation und Propaganda an objektiven und erfahrbaren Widersprüchen.

In der "Programmatischen Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum" wird richtig festgestellt, daß "durch die Lohnform der Bezahlung der Ware Arbeitskraft (die Ausbeutung) verschleiert ist" (6, S.34). Warum die Bezahlung der Ware Arbeitskraft in der Lohnform geschieht, wird jedoch nicht erklärt. Es wird vielmehr davon ausgegangen, daß die Lohnform dem Markt angehört und daß folglich das spontane Bewusstsein der Arbeiter, insofern es "dem Markt verhaftet bleibt", bürgerliches Bewusstsein ist; "insofern es sich dennoch gegen die Kapitalisten richtet ... enthält es die Möglichkeit, zum politischen Klassenbewusstsein weiterentwickelt zu werden." (6, S. 34).

Erst in der unmittelbaren Erfahrung des Produktionsprozesses als "Unterdrückung und Schinderei" kann der Arbeiter "die Mystifikation, die der kapitalistische Produktionsprozess durch den Markt erfährt, durchschauen ..." (6, S.34, Hervorhebung T.D.). Und: "Die bürgerliche Ideologie ist ein Ausdruck des Marktes ..." (a.a.O.) (ähnlich auch im Abschnitt "Zur Gewerkschaftsfrage": "Dies spontane Bewusstsein ... ist auf den Markt gerichtet ...") (6, S.27).

Diese Bestimmung der "Rechtsvorstellungen" der Arbeiter, der bürgerlichen Ideologie und der Mystifikation vom Markt her wäre nur richtig, wenn der Arbeitslohn unmittelbar der Preis der Arbeitskraft wäre, also auf dem Markt für die Arbeitskraft gezahlt würde.

Die spezifische Mystifikation des wahren Wesens des Arbeitslohns - eben Preis der Arbeitskraft zu sein - geschieht aber gerade durch die Verwandlung des Wertes der Arbeitskraft in den Wert der Arbeit, einer irrationellen verkehrten - gleichwohl existierenden - Erscheinungsform des zugrundeliegenden Wesens. Dabei ist zu beachten, daß durch diese Verwandlung der Lohn selbst zu einer vermittelnden Kategorie zwischen Zirkulation und Produktion wird, und als diese Vermittlungskategorie seine spezifische Verschleierungsfunktion erhält. Es ist dann nicht mehr ohne weiteres möglich, dem sich auf dem Markt bildenden bürgerlichen Bewusstsein der Arbeiter die unmittelbare Erfahrung der Unterdrückung und Schinderei in Produktionsprozess gegenüberzustellen.

Zwei Abstraktionsebenen sind hier zu unterscheiden: Analysiert man die wesentlichen Verhältnisse, dann sind der Wert der Arbeitskraft, sein Verhältnis zum Mehrwert und zum Wertprodukt zu bestimmen.

Auch den Tausch von Arbeitskraft gegen Geld auf dem Markt stellt Marx im 4. Kapitel des 1. Bandes des "Kapital" auf hoher Abstraktionsebene (d.h. z.B. unter Absehung der Verhältnisse, die sich durch die Lohnform ergeben) dar, um den Charkter der Arbeitskraft als Ware und die damit verbundenen wesentlichen Verhältnisse anschaulich zu machen: "Die Arbeitskraft ist verkauft, obgleich sie erst hinterher gezahlt wird. Für die reine Auffassung des Verhältnisses ist es jedoch nützlich, einstweilen vorauszusetzen, daß der Besitzer der Arbeitskraft mit ihrem Verkauf jedesmal auch sogleich den kontraktlich stipulierten Preis erhält." (2, S.188, Hervorhebung: T.D.)

Wenn Marx dagegen an anderer Stelle die Wichtigkeit der hier um der systematischen Darstellung willen bewußt vernachlässigten Tatsache der nachträglichen Bezahlung betont, dann wird deutlich, daß das ökonomische Bewusstsein der Arbeiter nicht vorrangig mit der Mystifikation durch den Markt erklärt werden kann: "Da der Arbeiter ... seinen Arbeitslohn erst nach Verrichtung der Arbeit erhält und ausserdem weiß, daß, was er dem Kapitalisten tatsächlich gibt, seine Arbeit ist, so erscheint ihm der Wert oder Preis seiner Arbeitskraft notwendigerweise als Preis oder Wert seiner Arbeit selbst." (7, S.134).

Marx hält diesen täuschenden Schein für das "unterscheidende Merkmal der Lohnarbeit gegenüber anderen historischen Formen der Arbeit" (a.a.O.).

Kommen wir nun zu der zweiten Ebene: Nach der Charakterisierung der Arbeitskraft als Ware (auf dem Markt) behandelt Marx im Kapital die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerts und schließlich den Arbeitslohn. Jetzt, nachdem das Geheimnis des Arbeitslohns als Erscheinungsform des Preises der Arbeitskraft enthüllt ist und einige notwendige Schritte im Gang der Darstellung gemacht worden sind, geht es darum, "die Notwendigkeit, die raison d'être dieser Erscheinungsform" (2, S.562) zu erklären, also vom abstrakten Wesen her die konkrete Erscheinung.

"Das entscheidend wichtige 'Werk der Wissenschaft' ist also, die 'Vermittlungen', die 'Mittelglieder' zu finden, die von dem Wesen zum konkreten Phänomen führen, da ohne diese Mittelglieder die Theorie, d.h. das 'Wesen' der Dinge im Widerspruch zur konkreten Wirklichkeit stünde." (8, S.88).

So wichtig die Wiederentdeckung solcher ökonomischer Gesetzmäßigkeiten wie die des Wertes der Arbeitskraft als Wesen des Arbeitslohns auch für das Bewusstsein sozialistischer Studenten war, so bleibt die bloße Reproduktion dieser Erkenntnis eine dogmatische Phrase,

---

(1) Der klassischen Ökonomie rechnet es Marx als großes Verdienst an, jene "Religion des Alltagslebens" aufgelöst zu haben, wobei sie aber in der von ihr "kritisch aufgelösten Welt des Scheins befangen" blieb.

wenn es nicht gelingt, die konkreten Erscheinungsformen und die Widersprüche zwischen Wirklichkeit und wissenschaftlicher Theorie in ihrem Zusammenhang durch das Auffinden der 'Zwischenglieder' aus der Theorie zu erklären. Die Betonung der Wichtigkeit der Formunterschiede durch Marx und sein Vorwurf gegen die Ökonomen sollten uns vor dem Fehler bewahren, bei der bloßen Behauptung des abstrakten Wesens stehenzubleiben: "Der Arbeitslohn nimmt selbst wieder mannigfache Formen an, ein Umstand, nicht erkennbar aus den ökonomischen Kompendien, die in ihrer brutalen Interessiertheit für den Stoff jeden Formunterschied vernachlässigen." (2, S.567).

II. DER ARBEITSLOHN

1. ARBEIT - ARBEITSKRAFT

Die klassische Ökonomie hatte richtig herausgefunden, daß der Wert durch die Arbeit bestimmt ist. Sie verwickelte sich jedoch in Widersprüche, weil sie einerseits von einem natürlichen Wert der Arbeit ausging, um so dem Wertgesetz zu entsprechen, andererseits aber die Entstehung des Mehrwerts zu erklären versuchte. Woher aber sollte der Mehrwert kommen, wenn alle Waren zu ihren Werten getauscht werden?

Diese Schwierigkeit, an der die Ricardosche Schule um 1830 (neben einer anderen) scheiterte, löste Marx durch eine entscheidende wissenschaftliche Entdeckung: Wenn der Wert durch die Arbeit bestimmt ist, dann kann die Arbeit selbst keinen Wert haben. In der Tat verkauft der Arbeiter nicht das Ergebnis seiner Tätigkeit - dann würde er als gleichberechtigter Warenbesitzer auf dem Markt auftreten - sondern sein Vermögen, Arbeit zu leisten, also seine Arbeitskraft. Durch diese Entdeckung der Arbeitskraft als bloßes Arbeitsvermögen im Unterschied zur Arbeit wurde es möglich, die Entstehung des Mehrwerts ohne Verletzung des Wertgesetzes zu erklären.

"Die Arbeit ist das Maß des Werts. Nun hat aber die lebendige Arbeit im Austausch mit dem Kapital einen geringern Wert als die vergegenständlichte Arbeit, gegen die sie ausgetauscht wird. Der Arbeitslohn, der Wert eines bestimmten Quantums lebendiger Arbeit, ist stets geringer als der Wert des Produkts, das von diesem selben Quantum lebendiger Arbeit erzeugt wird, oder worin dieses sich darstellt. Die Frage ist in dieser Fassung in der Tat unlöslich. Sie ist von Marx richtig gestellt und damit beantwortet worden. Es ist nicht die Arbeit, die einen Wert hat. Als wertschaffende Tätigkeit kann sie ebensowenig einen besondren Wert haben, wie die Schwere ein besondres Gewicht, die Wärme eine besondre Temperatur, die Elektrizität eine besondre Stromstärke. Es ist nicht die Arbeit, die als Ware gekauft und verkauft wird, sondern die Arbeitskraft. Sobald sie Ware wird, richtet sich ihr Wert nach der in ihr, als einem gesellschaftlichen Produkt, verkörperten Arbeit, ist er gleich der zu ihrer Produktion und Reproduktion gesellschaftlich nötigen Arbeit. Der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft auf Grund dieses ihres Werts widerspricht also keineswegs dem ökonomischen Wertgesetz." (9, S.25).

2. DER WERT DER ARBEITSKRAFT

"Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit" (2, S.184). Die Wertbestimmung der Arbeitskraft weist jedoch auf Grund des besonderen Charakters dieser Ware, deren Träger lebendige Menschen sind, die sich nicht von ihr trennen lassen - einige Besonderheiten auf: In den Wert der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel - deren Zusammensetzung selbst von den klimatischen, historischen und kulturellen Bedingungen abhängt - gehen auch die Arbeit zur Ausbildung eines spezifischen und entwickelten Arbeitsvermögens (also Erziehungs- und Bildungskosten) und der Wert der Lebensmittel der 'Ersatzmänner' - der Arbeiterkinder - ein (damit die Reproduktion der Ware Arbeitskraft auch über eine Generation hinaus gesichert ist - also die Kosten der Reproduktion der Arbeiter als Klasse.) Der Wert der Arbeitskraft enthält also neben dem physischen Existenzminimum noch ein historisches und moralisches Element (im Gegensatz zu allen anderen Waren), was gemeinhin durch den Begriff "traditioneller Lebensstandard" ausgedrückt wird.

Veränderungen im Wert der Arbeitskraft sind bedingt durch Veränderungen im Wert der notwendigen Lebensmittel in dem eben bestimmten weiteren Sinn des Wortes.

3. DER GEBRAUCHSWERT DER ARBEITSKRAFT - DIE ENTSTEHUNG DES MEHRWERTS

Mit dem Verkauf der Arbeitskraft hat sie für den Arbeiter prinzipiell ihren Wert realisiert, und der Kapitalist hat durch den Kauf das Recht erworben, die Arbeitskraft für eine festgelegte Zeit zu verwenden, zu 'konsumieren'. Die Konsumtion, d.h. die Realisierung des Gebrauchswertes hat nichts mehr mit Kauf und Verkauf zu tun. Was der Käufer mit der Ware anstellt, ist dem Verkäufer völlig gleichgültig, für ihn galt es nur, den Wert der Ware zu realisieren. Das Recht des Käufers auf uneingeschränkten Konsum der gekauften Ware nimmt natürlich auch der Kapitalist bezüglich der Arbeitskraft für sich in Anspruch. Es ist sein "gutes", durch die Gesetze des Marktes begründetes Recht.

Aber der Arbeiter ist freier Lohnarbeiter und nicht Sklave: er verkauft nicht sich selbst, sondern nur seine Arbeitskraft und diese folglich nur für eine bestimmte Zeit. Er muß seine Arbeitskraft stets neu verkaufen und muß sie zu diesem Zweck in normaler Güte anbieten, um ihren Wert realisieren zu können. Der Arbeiter muß sich also - was sich wiederum aus den Gesetzen des Marktes ergab - gegen übermäßige Konsumtion seiner Arbeitskraft durch den Kapitalisten wehren, um seine Arbeitskraft in normaler Güte zu erhalten.

Hier ergibt sich auf dem Boden des Lohnsystems ein fundamentaler Widerspruch, der - da er auf gleichen Rechten beruht - nur durch Gewalt entschieden werden kann. (Vgl. 2, S.247-49). Dieser gewaltsame Konflikt erwächst dem Lohnsystem selbst und kann ohne Aufhebung der Gesetzmäßigkeiten dieses Systems nicht dauerhaft vermieden werden. In Erscheinung tritt dieser Konflikt meistens so, daß die Arbeiter für die steigende Ausbeutung eine Kompensation durch höheren Lohn fordern, um den Wert ihrer Arbeitskraft zu realisieren.

Welche Bedeutung hat nun aber die Konsumtion der Arbeitskraft?
Schon A. Smith war es gelungen, hinter das Geheimnis der Mehrwertproduktion zu kommen: er fasste den Mehrwert als Surplusarbeit auf, als "Überschuß der verrichteten Arbeit und in der Ware realisierten Arbeit über die bezahlte Arbeit hinaus, die ihr Äquivalent im Salair erhalten hat ..." (10, S.53).

Zunächst fällt dem Kapitalisten das gesamte Arbeitsergebnis - beispielsweise eines achtstündigen Arbeitstages anheim. Es sind dies eben Waren, deren Wert durch die acht Stunden Arbeit bestimmt ist. Der so von dem Arbeiter geschaffene Wert gehört also insgesamt dem Kapitalisten und steht in keinem inneren, notwendigen Verhältnis zum Wert der Arbeitskraft, die der Kapitalist kaufen muß, bevor er überhaupt mit der Produktion beginnen kann.

Der Kapitalist als Funktionär des Kapitals ist an einer Verwertung des vorgeschossenen Kapitals interessiert, also nicht schlechthin an der wertbildenden Fähigkeit der Arbeitskraft, sondern an ihrer Fähigkeit, über den eigenen Wert hinaus wertbildend zu wirken: so hat ein Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft z.B. in vier Stunden reproduziert, d.h. den Wert seiner notwendigen Lebensmittel im weiteren Sinne, womit der Kapitalist sein für den Ankauf der Arbeitskraft eingesetztes Kapital (variables Kapital) wieder ersetzt bekommen hat. Indem der Kapitalist nun die Arbeitskraft über den Punkt der Reproduktion des Wertes der Arbeitskraft hinaus wirken läßt, kann der Kapitalist sich Mehrwert aneignen, leistet der Arbeiter unbezahlte Arbeit (weitere 4 Stunden). Der Ursprung des Mehrwerts liegt also in der Aneignung fremder, unbezahlter Arbeit.

Gemäß seiner Funktion versucht der Kapitalist ständig, den Anteil der unbezahlten Arbeit zu erhöhen, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit insgesamt oder sei es durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit (in der der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft reproduziert).

Prinzipiell stehen also Wert der Arbeitskraft und Mehrwert als Ausdruck notwendiger und Mehrarbeit in umgekehrtem Verhältnis zueinander, folglich stehen sich auch Arbeiter und Kapitalist als Personifikationen der beiden ökonomischen Kategorien feindlich gegenüber. (Wie sich dieses Verhältnis unter Einfluss der verschiedenen Methoden zur Gewinnung des Mehrwerts gestaltet, darauf werden wir noch zurückkommen.)

4. DIE VERWANDLUNG DES WERTES DER ARBEITSKRAFT IN DEN WERT DER ARBEIT

Wir haben bisher von einigen wichtigen Punkten abgesehen. Bekanntlich ist es ja nicht so, daß der Arbeiter dem Kapitalisten vorrechnet, was er und seine Familie zum Leben brauchen, und danach sein Lohn festgesetzt wird, unabhängig davon, wielange er in der Fabrik für den Kapitalisten arbeitet und mit welchem Ergebnis. Der Lohn wird anders festgesetzt, was wir uns an folgendem Beispiel verdeutlichen können.

Der Tageswert der Arbeitskraft ist auf eine bestimmte Tätigkeitsdauer im Leben des Arbeiters berechnet. Nehmen wir an, der Tageswert der Arbeitskraft, also der Wert der durchschnittlich pro Tag notwendigen Lebensmittel im weiteren Sinne, beträgt 40,- DM. Diese 40,- DM sind der Geldausdruck eines Werts, worin sich 4 Arbeitsstunden darstellen. Bekommt der Arbeiter 40,-DM, so erhält er den Wert seiner während 8 Stunden funktionierenden Arbeitskraft. Der Tageswert der Arbeitskraft (40,-DM) wird als Wert der Tagesarbeit, also als Wert von 8 Stunden ausgedrückt. Es heißt nun: der achtstündige Arbeitstag hat einen Wert von 40,-DM.

"Der Wert der Arbeitskraft bestimmt so den Wert der Arbeit oder, in Geld ausgedrückt, ihren notwendigen Preis." (2, S.561).
Wir hatten die 40,- DM - den Tageswert der Arbeitskraft - als Geldausdruck eines Werts, worin sich 4 Arbeitsstunden darstellen, bezeichnet. Da der Arbeiter aber 8 Stunden für den Kapitalisten wirken muß, erzeugt er ein Wertprodukt von 80,- DM, denn das Wertprodukt ist nicht von dem Wert der Arbeitskraft abhängig, sondern von der Zeitdauer ihrer Funktion. Nach 4 Stunden hat der Arbeiter den Wert seiner Lebensmittel reproduziert, er könnte nach Hause gehen; das Ergebnis der restlichen 4 Stunden kommt allein dem Kapitalisten zugute.

Indem der Tageswert der Arbeitskraft - 40,-DM - als Wert des achtstündigen Arbeitstages ausgedrückt wird, erhält man das merkwürdige Ergebnis, daß die achtstündige Arbeit, die einen Wert von 80,- DM schafft, einen Wert von 40,- DM besitzt.

Dieses merkwürdige Ergebnis drückt aber nichts anderes aus, als daß der Wert von 40,- DM, worin sich der bezahlte - vierstündige - Teil des achtstündigen Arbeitstages darstellt, als Wert oder Preis des achtstündigen Gesamtarbeitstages erscheint, welcher 4 unbezahlte Stunden enthält. (2, S. 561f.) "Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit." (2, S.562)

Wir haben eingehend die Herausbildung der Kategorie "Wert der Arbeit", also die Verwandlung des Wertes der Arbeitskraft in den Wert der Arbeit verfolgt, weil dieser Vorgang in den eingangs aufgeführten Veröffentlichungen nicht beachtet wird. In einem anderen Aufsatz wird zwar darauf eingegangen, daß der Arbeitslohn erst durch Verwandlung aus dem Wert der Arbeitskraft entstehen kann, jedoch wird diese Verwandlung fälschlicherweise als "Verwandlung des Werts der Arbeitskraft in ihren Preis" (2) charakterisiert. Die Verwandlung der Werte in Preise behandelt Marx erst im

---

(2) Das vollständige Zitat lautet: "Bekanntlich wird mit der Verwandlung des Werts der Arbeitskraft in ihren Preis, das heißt mit dem kapitalistischen (!) Arbeitslohn, der Anschein erweckt, es werde die Arbeit bezahlt - und nicht die Arbeitskraft."

3. Band des "Kapital", während im 1. noch der Analyse wesentlicher, zugrundeliegender Verhältnisse wegen vorausgesetzt wird, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden, so daß der Preis nichts anderes ist als der Geldausdruck des Werts. So gibt Marx selbst an - im Gegensatz zu Groß/Gutermuth -, daß er untersuchen will, "wie Wert und Preise der Arbeitskraft sich in ihrer verwandelten Form als Arbeitslohn darstellen" (2, S.561), also als "Wert und Preis der Arbeit" (2, S.564) (Hervorhebungen: T.D.) (3).

Nachdem wir diesen Schritt im Prinzip ausführlich erläutert haben, können wir uns nun auf dieser Basis der Analyse der konkreten Lohnformen zuwenden.

III. DIE GRUNDLOHNFORM ZEITLOHN

Hat sich erst einmal die Gewohnheit, den Tageswert der Arbeitskraft durch den Wert der Tagesarbeit auszudrücken, in den Hirnen der Produktionsagenten festgesetzt, so ist die Basis gegeben für die weitere Verselbständigung der an sich irrationellen, imaginären Form des Arbeitslohns als Wert der Arbeit: indem man den durchschnittlichen Tageswert der Arbeitskraft (in unserem Beispiel 40,- DM) durch die Stundenzahl des durchschnittlichen Arbeitstages (8 Stunden) dividiert (40:8), erhält man den Preis der Arbeitsstunde (5,- DM). Dieser dient als Einheitsmaß für den Preis der Arbeit.

Preis der Arbeit und Tages-, Wochen- oder Monatslohn können sich unabhängig voneinander bewegen: bei Verlängerung der Arbeitszeit steigt der Lohn, während der Preis der Arbeit gleichbleibt. Nimmt statt der extensiven Größe der Arbeit (Zeit) ihre intensive Größe (Arbeitsaufwand oder höhere Geschwindigkeit) zu, dann kann der Preis der Arbeit bei konstantem Tageslohn sinken. "Es gibt also von der Schmälerung des nominellen Tages- oder Wochenlohns unabhängige Methoden zur Herabsetzung des Preises der Arbeit." (2, S.567).

Die Behauptung, "Der Arbeiter ist hauptsächlich an der Höhe des Arbeitslohns interessiert" (N.W. Senior, zit. nach 2, S.567), erweist sich somit als Unternehmer-Propaganda, bei der der Wunsch Vater des Gedanken ist, der Wunsch nämlich, die Arbeiter möchten am Preis der Arbeit, also an dem, was sie geben, nicht interessiert sein, wenn ihre nominelle Lohnhöhe gleichbleibt.

Demgegenüber stellt auch M. Dobb in seiner Untersuchung "Der Lohn" fest: "Nicht der Verdienst ist das Maß für den Nutzen, den der Arbeiter erzielt, sondern der Verdienst im Verhältnis zur geleisteten Arbeit, zu seiner Verausgabung physischer Energie oder seiner körperlichen Abnützung." (13, S.56).

Marx fasst die Beziehung zwischen Menge der geleisteten Arbeit, Preis der Arbeit und Arbeitslohn so zusammen: "Als allgemeines Gesetz aber folgt: Ist die Quantität der Tages-, Wochenarbeit usw. gegeben, so hängt der Tages- oder Wochenlohn vom Preis der Arbeit ab, der selbst variiert, entweder mit dem Wert der Arbeitskraft oder den Abweichungen ihres Preises von ihrem Werte. Ist dagegen der Preis der Arbeit gegeben, so hängt der Tages- oder Wochenlohn von der Quantität der Tages- oder Wochenarbeit ab. Die Maßeinheit des Zeitlohns, der Preis der Arbeitsstunde, ist der Quotient des Tageswerts der Arbeitskraft, dividiert durch die Stundenzahl des gewohnheitsmäßigen Arbeitstags." (2, S.567).

Für die Kapitalisten war der Zeitlohn ein willkommenes Instrument, um die Arbeiter nur für die Stunden zu entlohnen, in denen sie sie arbeiten ließen. Für den Arbeiter heißt das, daß er bei schlechter Konjunktur- oder Auftragslage, also geringerer als der Durchschnittsarbeitszeit den Wert seiner Arbeitskraft gar nicht realisieren kann, weil er nicht genug Lohn für die notwendigen Lebensmittel bekommt. "Wird der Stundenlohn in der Weise fixiert, daß der Kapitalist sich nicht zur Zahlung eines Tages- oder Wochenlohns verpflichtet, sondern nur zur Zahlung der Arbeitsstunden, während derer es ihm beliebt, den Arbeiter zu beschäftigen, so kann er ihn unter der Zeit beschäftigen, die der Schätzung des Stundenlohns oder der Maßeinheit für den Preis der Arbeit ursprünglich zugrundeliegt. Da diese Maßeinheit bestimmt ist durch die Proportion: Tageswert der Arbeitskraft / Arbeitstag von gegebener Stundenzahl, verliert sie natürlich allen Sinn, sobald der Arbeitstag aufhört, eine bestimmte Stundenzahl zu zählen. Der Zusammenhang zwischen der bezahlten und unbezahlten Arbeit wird aufgehoben. Der Kapitalist kann jetzt ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit aus dem Arbeiter herausschlagen, ohne ihm die zu seiner Selbsterhaltung notwendige Arbeitszeit einzuräumen." (2, S.568).

Auf der anderen Seite hat sich schon vor der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages die Gewohnheit herausgebildet, die Arbeit über eine bestimmte "Normalarbeitszeit" hinaus als "Überzeit" einzustufen, die auch Extrazahlung erfordert. Es hat sich damit nur durchgesetzt, daß die Arbeitskraft überproportional zur Dauer ihrer Funktion verschleißt, womit auch der (Tages-) Wert der Arbeitskraft erheblich steigt. Die Extrazahlung entsprach kaum je und entspricht nicht dem erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft. (4).

Häufig war und ist der Lohn für die Normalarbeitszeit so niedrig, daß der Arbeiter gezwungen war (ist), "freiwillig" Überstunden zu leisten, um über den höheren Preis der Arbeit während der Überstunden überhaupt erst einen genügenden Lohn zu erhalten.

"Zunächst folgt aus dem Gesetz: 'Bei gegebenem Preis der Arbeit hängt der Tages- oder Wochenlohn von der Quantität der gelieferten Arbeit ab', daß, je niedriger der Preis der Arbeit, desto größer das Arbeitsquantum sein muß oder desto länger der Arbeitstag, damit der Arbeiter auch nur einen kümmerlichen Durchschnittslohn sichre. Die Niedrigkeit des Arbeitspreises wirkt hier als Sporn zur Verlängerung der Arbeitszeit." (2, S.570). Der Kapitalist konnte mit Hilfe des Zeitlohns "jede Regelmäßigkeit der Beschäftigung vernichten und ganz nach Bequemlichkeit, Willkür und augenblicklichem Interesse die ungeheuerste Überarbeit mit relativer oder gänzlicher Arbeitslosigkeit abwechseln lassen." (2, S.568).

---

(3) Die falsche Darstellung von Groß/Gutermuth findet sich auch schon in: 12, S.417, Stichwort "Lohn" und S. 19. Stichwort "Akkordlohn".

(4) Die höheren Überstundensätze heute - 25-50% - sind Ausdruck der höheren Intensität der Arbeit, wobei zu bezweifeln bleibt, ob der durch die höhere Intensität weiter gesteigerte Verschleiß durch diese Sätze auch nur annähernd kompensiert wird.

Solches Vorgehen mußte natürlich den Widerstand der Arbeiter hervorrufen: 1860 wehrten sich die Londoner Bauarbeiter mit einem großen Streik gegen die Einführung des Zeitlohns, was Marx als "rationellen Aufstand" anerkannte. Marx bescheinigte den Bauarbeitern "ganz richtige Kritik des Sachverhältnisses" (2,570), wenn sie sich mit ihren Forderungen genau gegen jene Punkte wandten, die die Einführung des Zeitlohns für die Kapitalisten so interessant machten; sie wollten den Zeitlohn nur unter zwei Bedingungen akzeptieren: "1. daß mit dem Preis der Arbeitsstunde ein Normalarbeitstag von resp. 9 und 10 Stunden festgesetzt werde und der Preis für die Stunde des zehnstündigen Arbeitstags größer sei als für die des neunstündigen; 2. daß jede Stunde über den Normaltag hinaus als Überzeit verhältnismäßig höher bezahlt werde." (2, S. 570).

Der willkürlichen Verkürzung und Verlängerung des Arbeitstags mit Hilfe des Zeitlohns - solchem Unfug bereitet die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags ein Ende, "obgleich natürlich nicht der aus Konkurrenz der Maschinerie, Wechsel in der Qualität der angewandten Arbeiter, partiellen und allgemeinen Krisen entspringenden Unterbeschäftigung." (2, S.568).

Mit der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstags ist prinzipiell das Ende der Möglichkeit zur Erhöhung des absoluten Mehrwerts gekommen; damit verliert die Lohnform Zeitlohn ihre Attraktivität für die Kapitalisten; während für die Methoden zur Gewinnung des relativen Mehrwerts zunächst der Stücklohn als adäquate Lohnform erscheint.

IV. DIE GRUNDLOHNFORM STÜCKLOHN

An dem Wesen des Arbeitslohns ändert sich durch die Zahlungsform "Stücklohn" nichts.

Beim Zeitlohn dient als Einheit des Preises der Arbeit der Preis einer Arbeitsstunde, den man erhält, indem man den Tageswert der Arbeitskraft durch die durchschnittliche Anzahl der täglichen Arbeitsstunden teilt. Die Arbeit wird also an ihrer Zeitdauer gemessen, "beim Stücklohn am Produktenquantum, worin Arbeit während bestimmter Zeitdauer verdichtet. Der Preis der Arbeitszeit selbst ist schließlich bestimmt durch die Gleichung: Wert der Tagesarbeit = Tageswert der Arbeitskraft. Der Stücklohn ist also nur eine modifizierte Form des Zeitlohns". (2, S.576).

Tatsächlich wird der auf das einzelne Produkt bezogene Preis der Arbeit berechnet nach folgenden Formeln: Tageswert der Arbeitskraft / tagesdurchschnittliche Stückzahl, oder (schon vom Preis ausgehend): Preis der Arbeitsstunde / stundendurchschnittliche Stückzahl.

Wie der Zeitlohn basiert der Stücklohn auf der irrationalen verkehrten Erscheinungsform des "Wertes der Arbeit". "Der Stücklohn drückt unmittelbar in der Tat kein Wertverhältnis aus. Es handelt sich nicht darum, den Wert des Stückes durch die in ihm verkörperte Arbeitszeit zu messen, sondern umgekehrt die vom Arbeiter verausgabte Arbeit durch die Zahl der von ihm produzierten Stücke." (2, S.576). So mag beispielsweise ein Produkt einen Wert von 10,- DM haben als Verkörperung einer Arbeitsstunde, während es dem Arbeiter über die Berechnung des Wertes der Arbeit im Stücklohn mit 5,- DM gutgeschrieben wird.

Als Besonderheiten des Stücklohns führt Marx auf:

a) "Die Qualität der Arbeit ist hier durch das Werk selbst kontrolliert, da das durchschnittliche Güte besitzen muß, soll der Stückpreis voll bezahlt werden." (2,S.576)
b) Die durchschnittliche Intensität der Arbeit ist gewährleistet. Der Kapitalist besitzt einen Maßstab für die durchschnittliche Intensität der Arbeit: "Nur Arbeitszeit, die sich in einem vorher bestimmten und erfahrungsmäßig festgesetzten Warenquantum verkörpert, gilt als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und wird als solche bezahlt." (2, S.576).
c) Aus beiden Gründen (Kontrolle von Qualität und Intensität der Arbeit durch die Form des Arbeitslohns) kann der Kapitalist Aufseher und Kontrolleure sparen.
d) Das persönliche Interesse an einer höheren Stückzahl, also an größerer Anspannung der eigenen Arbeitskraft, erleichtert es dem Kapitalisten, die höhere Intensität zum Durchschnittsmaßstab zu nehmen.
e) Ebenso hat der Arbeiter ein persönliches Interesse daran, den Arbeitstag zu verlängern, um einen höheren Tages- oder Wochenlohn zu erlangen - wie beim Zeitlohn. Wird dort die Überzeit extra bezahlt, so tritt hier - bei konstanten Stücksätzen - mit der Verlängerung des Arbeitstages eine erheblich stärkere Senkung im Preis der Arbeit auf.
f) Der größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, erweckt im Arbeiter das Gefühl der Freiheit, Selbständigkeit, etc.
g) Der Stücklohn fördert die Konkurrenz unter den Arbeitern: Differenzen nach Geschick, Kraft, Ausdauer schlagen sich im Lohn nieder.
h) Der Kapitalist muß die Zahl der Arbeitskräfte nicht exakt kalkulieren, fehlende Arbeit geht zu Lasten der Stücklohnarbeiter. (Vgl.: 2, S.576-79 und: 14, S.74f.).

Indem die Aufsicht und Kontrolle durch den Arbeitslohn wahrgenommen wird, bildet der Stücklohn die Grundlage für besondere Formen der Ausbeutung: 1. für die Hausarbeit, die Lohnarbeit ohne die entsprechende unmittelbare Vergesellschaftung der Arbeit durch den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte im Fabriksystem darstellt; 2. für Unterverpachtung von Arbeit durch das Zwischentreten von Parasiten zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter (heute besonders die "Sklavenhändler", die aus der Vermietung von ausländischen Arbeitern ihren außergewöhnlich hohen Profit schlagen); 3. für den Abschluß eines Vertrages über eine bestimmte Stückzahl zwischen Kapitalist und Hauptarbeiter (auf dem Bau: Polier, im Bergbau: Steiger), wobei der Hauptarbeiter selbst für die Hilfsarbeiter und deren Entlohnung zu sorgen hat (daraus hat sich im Bergbau die spezifische Form des Gedingelohns entwickelt). "Die Exploitation der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelst der Exploitation des Arbeiters durch den Arbeiter." (2, S.577).

Marx bezeichnet den Stücklohn als "die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns" (5), weil er sich erst mit der eigentlichen Manufakturperiode erheblich ausdehnt: "(er dient) in der Sturm- und Drangperiode der großen Industrie, namentlich von 1797 -1815, ... als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung des Arbeitslohns." (2, S.580). Er existierte freilich schon erheblich früher, z.B. wird er neben dem Zeitlohn offiziell in den französischen und englischen Ar-

(5) Wir werden im folgenden sehen, wieweit wir diese Aussage heute einschränken müssen.

beiterstatuten des 14. Jahrhunderts aufgeführt. (6)

Mit der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstags wird der Stücklohn "in den dem Fabrikgesetz unterworfenen Werkstätten ... allgemeine Regel, weil das Kapital dort den Arbeitstag nur noch intensiv ausweiten kann." (2, S.581).

In einem Bericht der (in England) staatlich eingesetzten Fabrikinspektoren (1858) wird vermutet, daß 4/5 aller Fabrikarbeiter nach Stücklohn bezahlt werden (a.a.O.).

Die Vorteile des Stücklohns liegen vor allem für den Kapitalisten in der Einsparung von Aufsicht und Kontrolle, in der Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern und in der Erleichterung der Erhöhung des Intensitätsgrades. Ein Nachteil - höhere Zahlung bei höherer Leistung gegenüber dem Zeitlöhner - stellt sich bei näherem Hinsehen als nur scheinbar heraus: entspricht doch der überdurchschnittlichen Leistung und Bezahlung des einen Arbeiters die unterdurchschnittliche Leistung und Bezahlung eines anderen, so daß die Lohnkosten des Kapitalisten durchaus den Durchschnittslohnkosten der Branche entsprechen werden.

Und selbst im Falle eines durchschnittlichen Steigens des des Arbeitslohns bei steigender Leistung entspricht dem höheren Arbeitslohn durchaus eine größere Masse des von dem Arbeiter gelieferten Mehrwerts, wobei also die Proportion zwischen Arbeitslohn und Mehrwert gleichbleibt.

Der Stücklohn hat jedoch auch einen Haken, der eng mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit (als einer Methode zur Erhöhung des relativen Mehrwerts, neben der Intensifikation) verbunden ist:
Höhere Produktivität der Arbeit heißt ja, daß das einzelne Produktenquantum weniger Arbeitszeit enthält. Also muß auch im gleichen Maße der Stücklohn sinken, der der "Preisausdruck einer bestimmten Arbeitszeit" ist (obwohl damit kein Wertverhältnis gegeben ist). "Der Stücklohn wird in demselben Verhältnis heruntergesetzt, worin die Zahl der während derselben Zeit produzierten Stücke wächst, also die auf dasselbe Stück verwandte Arbeitszeit abnimmt. Dieser Wechsel des Stücklohns, soweit rein nominell, ruft beständige Kämpfe zwischen Kapitalist und Arbeiter hervor. Entweder weil der Kapitalist den Vorwand benutzt, um wirklich den Preis der Arbeit herabzusetzen, oder weil die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit von gesteigerter Intensität derselben begleitet ist. Oder weil der Arbeiter den Schein des Stücklohns, als ob ihm sein Produkt gezahlt werde und nicht seine Arbeitskraft, ernst nimmt und sich daher gegen eine Lohnherabsetzung sträubt, welcher die Herabsetzung im Verkaufspreis der Ware nicht entspricht." (2, S.581f.).

Der letzte von Marx angesprochene Punkt trifft dann nicht zu, wenn die höhere Produktivität durch verbesserte Maschinerie oder vermehrten Einsatz von Maschinerie - weil begleitet von höherem Kapitalaufwand - bedingt ist: würde unter dieser Voraussetzung der Arbeiter den Schein des Stücklohns ernst nehmen, so könnte der Kapitalist ihn auch davon überzeugen, daß mit der verbesserten Maschinerie und dem höheren Kapitalaufwand des Kapitalisten der Anteil des Arbeiters am Produkt gesunken sei, er sich also mit einem geringeren, aber durchaus 'gerechten' Stücklohn zufrieden geben müsse. Der Arbeiter kann sich nun aber auf diese Argumentation des Kapitalisten nicht einlassen, wenn die Stücklohnverringerung nicht eine entsprechende Preissenkung des Produkts zur Folge hat und wenn dieses Produkt nicht in den unmittelbaren Kreis der Lebensmittel des Arbeiters eingeht. (7)

Der Arbeiter ist gezwungen, den Wert seiner Arbeitskraft zu realisieren, deshalb muß er sich gegen Stücklohnsenkungen wehren.

Der Kapitalist ist im Einzelfall durch die Aussicht auf Extraprofit motiviert, im allgemeinen durch die Konkurrenz gezwungen, die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen. Diese drückt sich-verallgemeinert- in einer steigenden organischen Zusammensetzung aus und führt zum Fall der Durchschnittsprofitrate, welcher u.a. durch Erhöhung der Intensität gebremst werden kann. (Vgl. die kurze Darstellung dieses Zusammenhangs in: 14, S.13 - 21). Abgesehen vom unmittelbaren Interesse des Einzelkapitalisten, seinen Profit durch Intensifikation (also durch verschärfte Ausbeutung seiner Arbeit) zu erhöhen, besteht also auch noch ein allgemeines Interesse der Kapitalistenklasse an der Intensifikation, nämlich um dem Fall der Durchschnittsprofitrate entgegenzuwirken. Diese widersprüchlichen Interessen erzeugen notwendig Auseinandersetzungen, die sich meist am Stücklohn festmachen und bei den Arbeitern den Schein des Stücklohns selbst durchbrechen.

Die Schwierigkeiten beim Herabsetzen des Stücklohns und die teilweise Durchbrechung seiner ideologischen Funktion lassen den Stücklohn bei den Kapitalisten erheblich an Attraktivität einbüßen: "Wo aber bestimmter Stücklohn sich seit langem traditionell befestigt hatte und seine Herabsetzung daher besondere Schwierigkeiten bot, flüchteten die Meister ausnahmsweise auch zu seiner gewaltsamen Verwandlung in Zeitlohn. Hiergegen z.B. 1860 großer strike unter den Bandwebern von Coventry." (2, S.579).

---

(6) Die ökonomische Kategorie des Preises der Arbeit als Grundlage des Arbeitslohns muß schon um die Zeitwende ausgebildet gewesen sein: in der Bibel wird im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg vorausgesetzt, daß die Arbeiter - obgleich vermutlich Tagelöhner - sich über gleiche Bezahlung bei unterschiedlicher Arbeitszeit empören, sich also am Preis der Arbeit - hier der Arbeitsstunde - orientieren; ein Gleichnis, das im übrigen die kapitalistische Logik insofern sprengt, als es die Bezahlung des Tageswerts der Arbeitskraft durch den Kapitalisten - unabhängig von der tatsächlichen Arbeitszeit -als eine besondere Gerechtigkeit feiert, das Beharren der Arbeiter auf einer differenzierten Entlohnung entsprechend der unterschiedlichen Verausgabung von Arbeit als Neid denunziert;(Matthäus 20, 1-15).

(7) entfällt

9980
HEIDELBERGER
VOLKSBANK
Rechtshilfefonds

Zu welchen Schwierigkeiten der Versuch des Kapitalisten führt, das durch den Anreiz des Stücklohns erreichte Niveau der Intensität zum neuen Durchschnittsniveau zu machen, schildert M. Dobb: "Ein Umstand, der mehr als alle anderen zu einer Opposition der Gewerkschaften gegen die Erfolgsentlohnung geführt hat, war die Erscheinung des Lohndrückens, nämlich die Verringerung des Satzes, nach dem die Akkordarbeit entlohnt wird, sobald die Arbeiter nach dem Akkordsystem arbeiten und durch den Anreiz höherer Verdienste zu höherem Arbeitstempo angereizt wurden ... Der Arbeiter betrachtet derartige Fälle naturgemäß als Beweis dafür, daß das Hauptanliegen bei der Einführung des Systems darin zu suchen ist, ihn zu einem rascheren Tempo zu verführen und dann durch Herabsetzung des Entlohnungssatzes um den Erfolg zu prellen. Der Unternehmer seinerseits führt zur Rechtfertigung an, daß es außerordentlich schwierig ist, von vornherein einen Satz festzulegen, der für diese Arbeit auch dann 'wirtschaftlich' ist, wenn ein höheres Produktionsniveau erreicht wird. Werden die Sätze zunächst zu niedrig festgelegt, wird sich Unzufriedenheit einschleichen, weil die Verdienstrelation der Akkord- und Zeitlohnarbeiter nicht genügend groß ist, um die ersteren für ihre größere Anstrengung zu entschädigen,

während bei einem zu hohen Satz, der die Lohnkosten der Produktion steigert, der Unternehmer vor der Wahl steht, entweder den Satz in der Folge zu senken oder einige seiner Leute zu entlassen. In dieser Schwierigkeit liegt der besondere Anreiz zur Durchführung von "Zeit-Bewegungs-" Studien als Grundlage für die Lohnsatzbemessung." (13, S.58f.)

Die "Zeit- und Bewegungs-Studien" sind eine Modifizierung, die die Nachteile des Stücklohns für den Kapitalisten beheben sollen.

Eine andere Modifizierung betrifft die lineare Steigerung des Lohns entsprechend der Stückzahl, also die konstanten Stücksätze. Hier wurden kompliziertere Lohnsysteme ausgeklügelt, "bei denen das Entgelt für vermehrte Arbeit zunächst hoch ist, aber nicht proportional der Leistung ansteigt. Damit sinkt der Satz automatisch mit wachsender Produktion." (13, S.60).

Dieser Akkordlohn wird zur allgemeinen Kategorie, innerhalb derer der Stücklohn insofern ein Sonderfall ist, als er von dem gleichen Stücklohnsatz - egal bei welcher Leistungshöhe - ausgeht.

Wir haben die Marxsche Analyse des Zeit- und Stücklohns ausführlich wiedergegeben, weil darin die ökonomische und ideologische Bedeutung der konkreten Erscheinungsform des Arbeitslohns und der Auswirkungen seiner Formveränderungen, sowie ansatzweise eine Schilderung der Reaktion der Arbeiter herausgearbeitet wird. Für die weitere Entwicklung der Lohnformen ist eine marxistische Analyse noch kaum geleistet. Wir müssen uns daher und wegen des nur mangelhaft aufgearbeiteten Materials auf eine vorläufige Einschätzung beschränken.

V. DER AKKORDLOHN

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei klar formuliert, was unter Akkordlohn im Folgenden verstanden wird: jede Lohnform, bei der die Höhe des Lohns mit der an der Stückzahl (Mengeneinheit) oder Stückzeit gemessenen unterschiedlichen Arbeitsleistungen variiert, unabhängig von der Art der Beziehung der beiden Größen: direkt proportional, unter- oder überproportional. Der Stücklohn ist dann der Sonderfall, bei dem der Lohn direkt proportional zur Stückzahl variiert.

Bei dieser Bestimmung des Akkordlohns gehen wir von der Funktion aus, die diese Lohnform für den Kapitalisten hat: den Arbeiter durch einen in Aussicht gestellten höheren Lohn zu einer vermehrten Verausgabung seiner Arbeitskraft zu bewegen, ihn zur Produktion einer größeren Stückzahl in der gleichen Zeit oder der gleichen Stückzahl in kürzerer Zeit anzureizen, also durch Intensifikation die Ausbeutung zu verschärfen.

Bei den bürgerlichen Ökonomen, die eben nicht von einer Analyse des Charakters des gesamten Produktionsprozesses ausgehen, sich vielmehr mit der bloßen Abgrenzung der verschiedenen Lohnformen herumschlagen, für die ihnen deshalb auch die inhaltlichen Kriterien fehlen, herrscht denn auch in der Frage der Klassifikation der Lohnformen heillose Konfusion (vgl. etwa die verschiedenen Klassifikationsversuche bei: 15, S.195-247) : so setzt Kosiol schlichtweg Stücklohn und Akkordlohn gleich (vgl.: 15, S.249) und bezeichnet auf Grund seiner Fixierung auf "leistungsgerechte" Lohnformen eindeutige Akkordlohnformen als Prämienlöhne (15, S.125).

Die Entwicklung des Akkordlohns ist wesentlich durch die fortschreitende Mechanisierung und Arbeitsteilung bedingt: der Arbeiter muß immer einfachere Verrichtungen ausführen und immer mehr Stücke pro Zeiteinheit herstellen. Um die Intensität kontrollieren zu können, mußte der Kapitalist nun im Einzelnen festlegen, in welcher Zeit eine bestimmte Stückzahl zu produzieren ist.

Nach wie vor geht er dabei von dem Wert der Arbeit als Preis der Arbeitsstunde aus und berechnet den Stücklohnsatz nach der durchschnittlichen Stückzahl pro Stunde. Aber darin besteht mit der Verkürzung der Zeiten pro Stück gerade die Schwierigkeit, bloßes Schätzen genügt nicht mehr, die Stunde des Zeitnehmers schlägt, der mit der Stopuhr die Leistung des Arbeiters messen und zur Grundlage der Vorgabezeit machen soll.

Wie zunächst bei Zeitlohn und Stücklohn, so versucht auch jetzt das Kapital mit Hilfe der technisch notwendig gewordenen Erweiterung des Akkordlohns um die Vorgabezeiten die Löhne zu kürzen und die Intensität zu erhöhen, zumal die Ermittlung der Vorgabezeiten benutzt wird, um den Arbeitern vorzumachen, ihre Löhne seien jetzt objektiv bestimmt und nur noch von ihrer Leistung abhängig, nicht aber durch solidarischen Kampf zu erhöhen.

Die Entwicklung der Verfahren zur Vorgabezeitermittlung ist abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und vom Grad der Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik und ermöglicht andererseits eine weitere Differenzierung des Akkordlohns und seine Anpassung an neue Bedingungen, wobei der Anstoß zur Weiterentwicklung der Lohnformen aus dem Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten erwächst.

Aber die komplizierteren Methoden der Vorgabezeitermittlung setzen selbst wieder eine gewisse Umformung des Stücklohns voraus:
Wir haben oben den Stücklohn in seiner reinen Form entwickelt, d.h. als verwandelte Form des Zeitlohns:

$$\frac{\text{Preis der Arbeitsstunde}}{\text{durchschnittl. Stückzahl pro Stunde}} = \text{Preis des Stücks}.$$

Dem Arbeiter ist hier unmittelbar der Geldbetrag für eine bestimmte Leistung vorgegeben. Bei Mehrleistung kennt er unmittelbar auch seinen Mehrverdienst. Deshalb bezeichnet man diese einfache Form des Akkordlohns als Geldakkord.

Beim Zeitakkord hingegen wird dem Arbeiter nicht der Geldbetrag pro Stück vorgegeben, sondern die Zeit pro Stück, die er einhalten muß, um den normalen Akkordlohn zu erhalten:
Bei der Berechnung des Zeitakkords teilt sich der einfache Rechengang beim Geldakkord in zwei Schritte: 1. wird der Preis der Arbeitsstunde auf den Preis der Arbeitsminute umgerechnet, z.B. 5,- DM : 60 = 0,0833 DM oder 8,33 Pf., wodurch man den Minutenfaktor erhält; 2. aus der durchschnittlichen Stückzahl pro Stunde errechnet man die notwendige Zeit pro Stück, also: 10 Stück in 1 Stunde - 60 Min. : 10 (Stück) = 6 Min. pro Stück = Vorgabezeit.

Schafft der Arbeiter nun 12 Stück in einer Stunde, unterschreitet er also die Vorgabezeit, so werden ihm die zusätzlichen 2 Stück in Form der Vorgabezeit gutgeschrieben, also 2 x 6 Min. = 12 Min.; es wird so getan, als habe der Arbeiter statt 60 Min. 72 Min. lang die durchschnittliche Stückzahl produziert. Sein Lohn wird schließlich berechnet, indem die (fiktiven) Akkordminuten (72) mit dem Minutenfaktor multipliziert werden: 72 x 8,33 Pf. = rd. 6,- DM.

Der Zeitakkord hat gegenüber dem Geldakkord für den Kapitalisten folgende Vorteile:
1. Der Arbeiter weiß in jedem Moment, welche Zeit er einhalten muß, um mit der Vorgabezeit seinen Normallohn zu erhalten. Der Zeitdruck verschärft sich.
2. Bei Lohnerhöhungen braucht nur der Minutenfaktor geändert zu werden, die Vorgabezeit bleibt gleich. Wegen dieser Trennung von Lohnsatz und Vorgabezeit erleichtertder Zeitakkord Tarifverhandlungen. (15, S.70).

Diese Vorteile werden für den Kapitalisten erst da richtig wirksam, wo durch die Arbeitsteilung die Tätigkeit des Arbeiters auf wenige Handgriffe beschränkt ist, die er bei Massenfertigung in kurzer Zeit ständig wiederholen muß. Der Minutenzeiger der Werkstattuhr peitscht ihn vorwärts. Der Zeitakkord wird zu einem besonderen Instrument der Intensifikation.

Der Stundenverdienst bei Akkordlöhnern ergibt sich aus der Formel:

$$\text{Preis der Arbeitsstunde} = \frac{\text{Vorgabezeit}}{\text{Ist - Zeit}} \quad . \quad (8)$$

Daraus folgt, daß der Stundenverdienst proportional zur Verkürzung der tatsächlich aufgewandten Arbeitszeit steigt. Andererseits erhöhen sich auch die Lohnkosten des Kapitalisten proportional zur Stückzahl je Zeiteinheit. Wird nun die Vorgabezeit (bzw. der Geldakkord) relativ hoch angesetzt, kann also der Arbeiter die Norm leicht überschreiten, dann steigen die Lohnkosten, ohne daß die Intensität sonderlich steigt. Einen solchen Fall versucht der Kapitalist zu vermeiden, und wenn er einmal eingetreten ist, wird er die Vorgabezeit verringern. Setzt er aber die Vorgabezeit zu niedrig an, so daß der Arbeiter sie kaum erreicht, schwindet für den Arbeiter auch der Anreiz zur intensiveren Anspannung seiner Arbeitskraft.

Beim Zeitakkord ist es für den Kapitalisten äußerst wichtig, die Vorgabezeit genau zu ermitteln, d.h. eben, daß sie noch einen Leistungsanreiz bietet, aber doch auch nicht zu hohe Verdienste ermöglicht. Die Vorgabezeiten sind also der neuralgische Punkt des Zeitakkords für den Kapitalisten. Demnach ist es auch kein Wunder, daß die Kapitalisten die raffiniertesten Methoden zur Vorgabezeitermittlung entwickelten und entwickeln ließen.

VI. DIE NORMFINDUNGSSYSTEME

1. TAYLOR-SYSTEM

Im Taylor-System, das "durch straffste Zeitausnutzung, durch technische Vervollkommnung der Fertigung, durch sorgfältig ausgeklügelte Lohnstaffelung und durch rationelle Organisation des ganzen Betriebes" (16, S.31f.) zu einem sprunghaften Anstieg der Intensität und der Produktivkraft der Arbeit führt, spielten Zeitaufnahme und Bewegungsstudie die Hauptrolle. Die Bewegungsstudie dient der Ausschaltung "überflüssiger Bewegungen und Tätigkeiten" und der Festlegung des "one best way" einer Tätigkeit. Bei der Zeitaufnahme wurde über einen kurzen Zeitraum hinweg die benötigte Arbeitszeit eines der besten Arbeiter gestoppt. Die so ermittelte Zeit wurde nun für alle Arbeiter als Zeitvorgabe verbindlich gemacht.

Es ist klar, daß nicht einmal die besten Arbeiter das zeitweise hohe Tempo auf die Dauer durchhalten konnten, geschweige denn die Arbeiter mit durchschnittlichem Tempo.

Überall wo das Taylor-System eingeführt wurde, regte sich heftiger Widerstand der Arbeiter und Gewerkschaften (9), so daß sich selbst Regierungen veranlaßt sahen, Untersuchungskommissionen einzusetzen; die Hoxie-Kommission in den USA kritisierte das Taylor-System nach seinen psychologischen, menschlichen und sozialen Auswirkungen (z.B. Verhinderung der Solidarisierung der Arbeiter untereinander) und bezweifelte den in Anspruch genommenen wissenschaftlichen Charakter der Zeitaufnahme (16, 36). Die Arbeiter von Renault forderten im Dezember 1912, daß der Arbeiter, an dem die Zeitaufnahme vorgenommen wird, unter den gleichen Bedingungen arbeiten muß, wie alle anderen auch, sonst wären die ermittelten Zeiten nicht auf alle anwendbar. (16, S.37).

Nach dem Bericht einer belgischen (ministeriellen) Untersuchungskommission reagierten die Arbeiter (in den USA) mit "mißtrauische(r) Feindseligkeit" und "willentliche(r) Leistungsbeschränkung" (16, S.262).

---

(8) Es ist zu berücksichtigen, daß wegen der höheren Intensität der Akkordarbeit von den Gewerkschaften ein rund 15%iger Zuschlag zum tariflichen Grundlohn durchgesetzt werden konnte; Grundlohn plus Akkordzulage ergeben den Akkordrichtsatz, auf den der Preis der Arbeitsstunde bei Akkordarbeitern zu beziehen ist.

(9) Vgl. S. Gompers," The effect of industrial combinations on labor conditions", in: The Annals of the American Academie of Political and Social Science, Juli 1912; Gompers war damals Präsident der American Federation of Labor - AFL, der nach Berufen gegliederten Facharbeitergewerkschaft.

2. REFA-SYSTEM

In Deutschland wurden Zeitstudien in größerem Maßstab nach dem I. Weltkrieg angewandt, um die durch zeitweilige Zugeständnisse an die Arbeiterklasse nach der Novemberrevolution geschwächte Position der Kapitalisten ökonomisch über die Intensifikation der Arbeit wieder zu stärken. Solche Maßnahmen wurden von zentralen Organisationen propagiert und vermittelt, zunächst von dem 1921 gegründeten "Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit" (heute: "Rationalisierungskuratorium der Wirtschaft"), dann - im Hinblick auf Zeitstudien - von dem "Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung" (1924) (später: "Reichsausschuß für Arbeitsstudien", 1945 verboten, heute: "Verband für Arbeitsstudien - REFA e.V.").

Das REFA-System beruht in Ansätzen und Zielen auf dem Taylor-System. Durch eine Aufgliederung verschiedener Zeiten (Rüstzeit, Grundzeit, Verteilzeit und weitere Untergliederungen) wird das Aufspüren und Beseitigen der vom Arbeiter erwirtschafteten Verschnaufpausen erleichtert. Die Poren des Arbeitstages verdichten sich wiederum.

Untrennbar verknüpft ist hiermit die Beseitigung von tatsächlich überflüssigen Bewegungen, was an sich die Arbeit erleichtern könnte, unter kapitalistischen Bedingungen zwar auch immer dem Kapitalisten zugute kommt, nicht aber dem Arbeiter, der aufgrund der Intensifikation von Erleichterungen selten etwas spürt.

Der Widerstand der Arbeiter gegen das Taylor-System hatte immerhin erreicht, daß bei REFA heute nicht mehr von der einmaligen Leistung eines besonders guten Arbeiters ausgegangen wird: es wird berücksichtigt, daß die ermittelte Durchschnittszeit nicht auf Dauer geleistet werden kann. So bezieht man die ermittelte Durchschnittsleistung auf eine niedrigere, angenommene "Normalleistung", die die Höhe jener Leistung angeben soll, "die von einem Arbeitenden bei zureichender Eignung, in voller Geübtheit, nach Einarbeitung und Gewöhnung, sowie bei befriedigendem, auf die Dauer ohne Gesundheitsschädigung durchhaltbarem Kräfteeinsatz erbracht werden kann" (15, S.42); ähnlich auch die Definition der Gewerkschaften und bei REFA.

Der Sinn der "Normalleistung" liegt darin, daß sie jene fiktive Norm ist, die noch von dem größten Teil der Arbeiter erreicht wird, also gerade keine Durchschnittsgröße ist (was Kosiol fälschlicherweise angibt; 15,S.81f.), bei der jeweils ein gleicher Teil darüber und darunter liegen würde. *a)

Die Aufgabe des REFA-Mannes besteht nun bei der Zeitaufnahme auch darin, das Verhältnis der tatsächlichen Leistung zur fiktiven Normalleistung zu schätzen, dieses Verhältnis ist der Leistungsgrad. Beispiel: durchschnittliche Gehgeschwindigkeit: 6 km/h; Normalleistung, unter der nach Versuchen nur wenige bleiben: 4,5 km/h; Leistungsgrad bei Durchschnittsleistung: $\frac{6\text{km/h}}{4{,}5\text{km/h}} = 133\%$

(Leistungsgrad bei Normalleistung = 100%)

Die Treffsicherheit des REFA-Mannes beim Schätzen des Leistungsgrades ist durch seine Erfahrung und durch seine Abhängigkeit vom Kapitalisten bestimmt. Der Bezug auf die Normalleistung bedeutet eine gewisse Verbesserung für den Akkordarbeiter gegenüber der Willkür des Taylor-Systems, das die Leistungen der besten Arbeiter zur Norm erhob. Wurde es für die Kapitalisten schwieriger, Intensitätssteigerungen mittels Zeitaufnahmen rigoros durchzusetzen, weil die Arbeiter ihren Widerstand darauf eingerichtet hatten, so entwickelten die Kapitalisten die Normfindung (Ermittlung der Vorgabezeiten) weiter: durch Elementarzeitverfahren oder Verfahren vorbestimmter Zeiten.

3. VERFAHREN VORBESTIMMTER ZEITEN (MTM)

Die Elementarzeitverfahren gehen auf F.B. Gilbreth zurück, der im Anschluß an Taylor mit Hilfe von Bewegungsstudien verschiedene Arbeitsvorgänge auf gemeinsame Elemente untersuchte (und 18 verschiedene klassifizierte); weil diese Elemente der Arbeitsvorgänge nur Bruchteile von Sekunden dauerten, genügte die Stoppuhr des Taylor-Systems nicht mehr: Gilbreth setzte die Filmkamera für Bewegungsstudien ein. Die 18 als Therbligs bezeichneten (aus der Umkehrung des Namens gebildet) Elemente sind: Suchen, Finden, Auswählen, Greifen, Transportieren, in Lage bringen, Zusammenfügen, Gebrauchen, Auseinandernehmen, Prüfen, Vorrichten, Loslassen, Hinlangen, Halten, Ausruhen, unvermeidbare und vermeidbare Verzögerung, Überlegen. Hier knüpften die Mikrobewegungsstudien und die Systeme vorbestimmter Zeiten (Elementarzeitverfahren) an.

Das verbreitetste System vorbestimmter Zeiten: MTM - Methods Time Measurement - wurde 1940-44 von H.B. Maynard entwickelt und nach 1948 veröffentlicht. Es teilte die Grundbewegungen in 8 Hand- und Fingerbewegungen, 9 Körper-, Bein- und Fußbewegungen und 2 Blickfunktionen und maß diese ursprünglich nach der Anzahl der Filmbilder (16 Stück pro Sekunde). Später wurde die Einheit (1MTU) auf 0,000 01 Stunden = 0,036 Sek. abgerundet. Das Material über die Ermittlung der angeblich unter allen Bedingungen gleichen Zeiten für jene Grundbewegungen wird in Panzerschränken verwahrt und ist somit kritischen Blicken entzogen.

Doch haben Paralleluntersuchungen den Mythos der Wissenschaftlichkeit und Allgemeingültigkeit der Elementarzeiten zerstört: Es ergaben sich Abweichungen bis zu 100 % zu den MTM-Zeiten! Selbst das Kapitalistenblatt "Wirtschaftswoche" gibt zu: "Versuche zeigten jedoch, daß die einzelnen Elemente eines Arbeitsvorganges nicht als voneinander unabhängige Einheiten mit konstantem Zeitwert betrachtet werden dürfen", und schließt daraus: "Also können Systeme vorbestimmter Zeiten in der heute vorliegenden Form kaum zur Vorgabezeitermittlung - und damit zur Lohnfindung - eingesetzt werden." (17, S.38).

---

a) Der tatsächliche Sinn der Normalleistung liegt darin, die "Rentabilität" des Betriebes - d.h. mindestens das Erreichen der Durchschnittsprofitrate - zu gewährleisten. Dies geht aus folgendem klar hervor:
"Der untere Grenzwert des optimalen Leistungsbereiches wird von betriebswirtschaftlich-praktischen Gesichtspunkten aus bestimmt, weniger von der menschlichen Leistungskapazität. Die Vorgabezeit, die auf diesem Wert aufbaut, verlangt vom Arbeitenden eine befriedigende Leistung im Sinne einer normalen Leistung."
(Kupke, E, Beiträge zur Frage des Leistungsgrades und der Vorgabezeit, München 1951, S.39) (Red.)

Die "Wirtschaftswoche" empfiehlt die Systeme vorbestimmter Zeiten dann aber als Hilfe bei der Arbeitsgestaltung und bei der Planung neuer Produkte nach Kostengesichtspunkten, die bei Massenfertigung folgende Effekte erzielen sollen: Leistungsverdichtung, Bewegungsvereinfachung, Kraftverminderung je Stück, Vereinfachung von Montagevorgängen. Dezent wird empfohlen, auch "die Folgen für die Arbeitnehmer zu berücksichtigen", die "in mehrfacher Hinsicht betroffen" sind: "1) Arbeitsplätze und Arbeitsinhalte ändern sich, 2) der Ausstoß an den neugestalteten Arbeitsplätzen steigt, 3) die Eingruppierung in den Lohn- und Gehaltssystemen wird wesentlich beeinflußt, 4) in die Beziehungen zwischen abgeforderten Leistungen und Verdienstmöglichkeiten wird nachhaltig eingegriffen, 5) der Arbeitskräftebedarf wird verringert." (17, S.39).

Solch deutliche Hinweise auf Lohnabbau und Entlassungen finden sich bei Propagandisten für die Praxis der Kapitalisten, nicht aber in der apologetischen und schönfärberischen Literatur bürgerlicher Wissenschaftler, in der brutale Ausbeutung allenfalls einer unsachgemäßen Anwendung der an sich gerechten Lohnformen zugeschrieben wird.

Trotz der Kritik der "Wirtschaftswoche" wird MTM auch zur Vorgabezeitermittlung beispielsweise von folgenden Firmen in Westberlin angewandt: Krupp-Rudow, Siemens, AEG-Telefunken, SEL, Bosch, NCR, DeTeWe (nach: Initiativkollektiv, Ausschuß I, Arbeitsplatzbewertung).

Daß die Kapitalisten selbst nicht an die "ewigen" Elementarzeiten glauben, zeigt die Existenz von Formeln zur automatischen Kürzung der Vorgabezeiten bis auf 40% der MTM-Zeitwerte für bestimmte Bewegungen (14, S.102). Das Work-Factor-System (WF) ähnelt dem MTM-System; jedoch wurden seine Zeiten aus den Durchschnittsleistungen bei Akkordarbeitern entwickelt (MTM: bei Zeitlohnarbeitern), und als Einheit wurde 0,000 1 Min. gewählt.

Die Systeme MTA (Motion Time Analysis), BMT (Basic Motion Time) und DMT (Dimensional Motion Time) sind in der Bundesrepublik nicht von Bedeutung. (10).

Die Systeme vorbestimmter Zeiten lohnen sich für die Kapitalisten besonders bei Massenfertigung, räumlich wenig ausgedehnter Produkte, also besonders in der Elektroindustrie.
Die Kapitalisten sind solange an diesen Systemen interessiert, wie sie damit die Intensität der Arbeit steigern können und den Widerstand der Arbeiter zurückhalten können. Die Ausbeutung mit Hilfe der Systeme vorbestimmter Zeiten ist dort am größten, wo sich die Arbeiter kaum organisieren oder wo sie keinen solidarischen Widerstand leisten: bei den Frauen in der Elektroindustrie (vgl. 18, bes. S. 97f.).

VII. AKKORD-TEILUNGSLÖHNE

Aber trotz aller Anstrengungen der Kapitalisten, die Vorgabezeiten zu "objektivieren", rief schon immer und ruft noch der Versuch, neue Vorgabezeiten festzusetzen, den Widerstand der Arbeiter hervor, z.B. wurde Anfang 1964 über erfolgreiche kurze Streiks der Arbeiter gegen Akkordkürzungen bei den Kieler Howaldtswerken AG, im Zahnradbau der Mannheimer Firmen Deere-Lanz und in der Wilhelmshütte der Warsteiner Eisenwerke berichtet (nach: 19, S.273).

Schon frühzeitig suchten daher die Kapitalisten nach neuen Formen, um die Nachteile des Zeitakkords aufzufangen: sie zahlten den Arbeitern bei Mehrleistung nicht mehr proportional mehr Lohn, sondern unterproportional, d.h. bei Mehrleistung erhält der Arbeiter nur noch einen Teil der eingesparten Zeit angerechnet.

Prinzipiell besteht auch die Möglichkeit überproportionaler Entlohnung der Mehrleistung. Eine solche Entlohnung wird aber die Ausnahme bilden, z.B. wenn sich der Kapitalist durch eine günstige Marktlage Extraprofite erhofft (11) oder wenn für eine relativ steigende Leistung der geistige und körperliche Kräfteaufwand erheblich stärker ansteigt, also z.B. die Bergleute nur eine überproportionale Entlohnung der Mehrleistung als leistungsgerecht empfanden. Da die überproportionale Entlohnung aber die Ausnahme darstellt, behandeln wir im folgenden nur die unterproportionale Entlohnung der Mehrleistung. (12).

Durch unterproportionale Entlohnung von Mehrleistung werden insbesondere die Nachteile zu großzügig kalkulierter Vorgabezeiten für den Kapitalisten gemildert, denn dem Arbeiter kommt ja nur eine Teil seiner Mehrarbeit zugute. Allerdings sinkt damit auch der Anreiz zu höherer Leistung. So setzt sich hiermit nur durch, daß der Arbeitslohn im Prinzip Preis der Arbeitskraft ist, und daß jede Steigerung der Arbeitsleistung eigentlich dem Kapitalisten als zusätzlicher Mehrwert zufließt. Die Intensifikation ist eine Methode zur Erhöhung des relativen Mehrwerts. Durch das reale Dazwischentreten der an sich irrealen Kategorie "Preis der Arbeit" wird dieser Vorgang modifiziert. Zwar ist der Wert der Arbeit langfristig durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt, aber der Marktpreis

(10) In der DDR wird MTM angewandt; (12, S.441).

(11) Vgl. etwa den allmählichen Übergang von überproportionaler zu unterproportionaler Entlohnung der Mehrleistung in einem Betrieb der westdeutschen Stahlindustrie nach dem 2. Weltkrieg: "Noch in den ersten Jahren nach der Währungsreform verlief die Prämienkurve überproportional, d.h. einer bestimmten Produktionszunahme entsprache eine prozentual größere Lohnerhöhung. 1951 wurde die direkte Proportionalität erreicht. Unter den 1955/56 eingeführten Abkommen erfordert eine Lohnsteigerung von 10% bereits eine fast doppelt so hohe Produktionszunahme." (20, S.186).

(12) Kosiol, der in idealistischer Manier von einem nicht näher begründeten Prinzip der "Äquivalenz von Lohn und Leistung (Äquivalenzprinzip)" (15, S.7) ausgeht, wobei diese Äquivalenz aber "nach ihrem ökonomischen Wert für die Unternehmung" (15, S.21), also für den Einzelbetrieb beurteilt wird, hat erhebliche Schwierigkeiten, solche Lohnformen noch als leistungsgerecht zu verkaufen. Unter der Kritik Gutenbergs an "nur teilweise(r) Partizipation der Arbeiter an Mehrleistungen" (zit. nach: 15, S.102) windet sich Kosiol, um den offensichtlichen Widerspruch der Wirklichkeit zu seinem "Äquivalenzprinzip" zu vertuschen; er erwidert, "daß grundsätzlich jede Arbeitsleistung eine ihrem besonderen Leistungscharakter entsprechende Lohnform verlangt", daß nicht nur "eine der Leistungsmenge proportionale Entlohnung angemessen und leistungsgerecht sei" und daß Formen unterproportionaler Entlohnung von Mehrleistungen "ebenso gerechte wie wirkungsvolle Leistungslöhne sein können." (15, S. 103).

der Arbeit bildet sich historisch durch die Auseinandersetzung zwischen Arbeiter und Kapitalist, wodurch eine zeitweilige Übereinkunft darüber erzielt wird, was beide Seiten gerade als "gerechten" Preis der Arbeit ansehen. Erst auf diesem Hintergrund gewinnt die Kategorie Mehrleistung ihren Sinn und ist die Entlohnung der Mehrleistung entsprechend dem Preis der Arbeit "gerecht".

Aber die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung diktieren dem einzelnen Kapitalisten die Bedingungen seines Handelns. Sie zwingen ihn zur Erhöhung des (relativen) Mehrwerts, was er durch vermehrte Anwendung von Maschinerie und vor allem durch Intensifikation der Arbeit erreicht. Erhebt er die bisherige überdurchschnittliche Intensität zum neuen Durchschnittsmaß (Verkürzung der Vorgabezeiten), so senkt er praktisch den Preis der Arbeit. Der Kapitalist bricht also den eben noch mit dem Arbeiter geschlossenen Waffenstillstand, der mit der Übereinkunft über den "gerechten" Preis der Arbeit eingeleitet wurde, - und muß ihn brechen. Die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung zwingen ihn dazu, ständig den relativen Mehrwert zu erhöhen und damit ständig neue Bedingungen zu setzen, für das, was unter "gerechtem" Preis der Arbeit verstanden werden kann.

Die unterproportionale Entlohnung der "Mehrleistung" verletzt zwar das Gefühl für den als gerecht empfundenen Preis der Arbeit, sie entspringt aber durchaus, wie andere Vorgehensweisen, der Notwendigkeit für das Kapital, den relativen Mehrwert zu erhöhen, und ist daher auf der Basis kapitalistischer Produktion gerecht. (13)

1. HALSEY-LOHN

Der Halsey-Lohn wurde ursprünglich als Ersatz für den Stücklohn eingeführt (USA 1890, nach 13, S.60), um den Widerstand der Arbeiter gegen das Akkorddrücken der Kapitalisten, d.h. gegen die Intensifikation durch Erheben der überdurchschnittlichen Leistung zur neuen Norm zu vermeiden (14).

Wird die vorgegebene Zeit - von 10 Stunden - unterschritten - mit 7 Stunden -, so erhält der Arbeiter zusätzlich zum Stundenlohn ein Drittel der im Vergleich zur Norm eingesparten Arbeitszeit bezahlt - 1/3 von 3 Stunden = 1 Stunde (13, S.60); beim Towne-Lohn waren es 2/3 (15, S.294) und bei dem in England von Weir eingeführten Halsey-System die Hälfte (Halsey-Weir-System) (13, S.60).

2. ROWAN-LOHN

Bei dem Rowan-Lohn (1898 in Glasgow eingeführt: 13, S.60) wird der zusätzliche leistungsabhängige Lohn nicht für einen bestimmten Teil der eingesparten Zeit gezahlt, sondern für einen bestimmten Teil der tatsächlichen Arbeitszeit und zwar im Verhältnis der eingesparten Zeit zur Norm, also: 8 Stunden Ist-Zeit zu 10 Stunden Norm = 2 Stunden eingespart; 2 Std. (gespart) : 10 Std. (Norm) = 1,6 Std. (zusätzlich entlohnt) : 8 Std. Ist-Zeit.

Der Sinn dieser Berechnung liegt darin, daß bei größeren Zeiteinsparungen der Anteil des Arbeiters an seiner Mehrleistung sinkt, während bei nur leichter Unterbietung der Norm der Lohnanreiz stärker ist als beim Halsey-Lohn. Fehler beim Schätzen der Vorgabezeiten wirken sich also nicht in Richtung auf eine ausnahmsweise günstige Entlohnung des Arbeiters aus. Deshalb hatte der Rowan-Lohn seine Funktion für den Kapitalisten hauptsächlich in den Zeiten, in denen die Normen nur geschätzt wurden und leicht und hoch übererfüllt werden konnten (12, S.528) und hat sie noch in modifizierter Form für die Branchen und Betriebe, in denen eine exakte Vorgabezeit-Kalkulation nicht möglich ist. (15)

3. HALSEY- UND ROWAN-LOHN ALS AKKORD-TEILUNGSLÖHNE

Die spezifische Form des Halsey- und des Rowan-Lohnes erweckt auf den ersten Blick den Eindruck, als handele es sich dabei eigentlich nur um eine Modifikation des Zeitlohns, bei der der Arbeiter zusätzlich zum Stundenlohn noch ein "Prämie" für Zeiteinsparung erhält. So rangieren jene beiden Lohnformen auch bei bürgerlichen Wissenschaftlern und in der Praxis häufig unter "Prämiensystemen" (13, S.60) oder unter "Prämienzeitlöhnen" (15, S. 161).

Wir haben gezeigt, wie sich Geld- und Zeitakkord aus dem einfachen Stücklohn entwickeln. Die Tatsache, daß nur ein Teil des Akkords ausbezahlt wird, ändert nichts daran, daß Halsey- und Rowan-Lohn zwar durch unterproportionale Bezahlung der Mehrleistung und durch die Form des Zeitakkords verwandelte Formen des Akkordlohns sind, aber im Prinzip eben auf dem Stücklohn und nicht auf dem Zeitlohn beruhn. Wir nenen sie daher Akkord-Teilungs-Löhne.

Die Form der Berechnung: Stundenlohnsatz + Prämie hat jedoch die Vorstellung von einem modifizierten Zeitlohn befestigt. Der Bezeichnung Prämie kommt dabei eine wichtige verschleiernde Funktion zu: Sie verschleiert die unterproportionale Entlohnung der Mehrleistung des Arbeiters. In Wirklichkeit steckt sich der Kapitalist eine zusätzliche Prämie auf diese Mehrleistung ein.

Ob nun die Akkord-Teilungs-Löhne auf Stück-(Geld-) oder Zeitakkordbasis berechnet werden, ändert wiederum nichts an ihrem Wesen, wohl aber an der spezifischen Höhe der zusätzlichen Entlohnung der Mehrleistung im Verhältnis zu den Lohnkosten des Kapitalisten. Hier sind verschiedene Variationen möglich.

4. BONUSLOHN UND STAFFELLOHN

Eine besondere Variante der Akkord-Teilungslöhne entsteht dadurch, daß eine zusätzliche Entlohnung einmalig

---

(13) Dieser Widerspruch schlägt sich unbewußt in Formulierungen Kosiols nieder - siehe obige Anmerkung -, wenn er gegenüber dem moralischen Gerechtigkeitsgefühl Gutenbergs darauf besteht, daß der Zwang zur Erhöhung des relativen Mehrwerts den Gerechtigkeitsbegriff in diesem Zusammenhang mitkonstituieren muß.

(14) Kosiol sieht die Akkorddrückerei als "im wesentlichen beseitigt" an (15, S.100), und gibt damit ein Beispiel, wie das apologetische Interesse bürgerlicher Ökonomen zur Leugnung handfester Tatsachen führt.

(15) Ein Beispiel für den bewussten Einsatz einer Lohnform mit geringem Anstieg der "Prämie" bei Einführung der Leistungsentlohnung, bei der noch keine Erfahrung mit den Vorgabezeiten vorliegen, bringt Lutz: die Lohnexperten ließen "absichtlich die Prämie so gering steigen, um erst einmal zu sehen, 'wohin die Reise geht'". (20, S.182).

nur bei Erreichen eines bestimmten Pensums (Norm) gezahlt wird. Dobb beschreibt dieses von Gantt entwickelte System so: "Unter dem Gantt-System ist der Erfolg" - d.h. die Norm - "so hoch geschraubt wie auf das Doppelte der üblichen Produktion, und die Prämie beträgt 40 bis 50% des Lohnes.
Die Arbeiter, die die Norm nicht erreichen, erhalten keinen zusätzlichen Verdienst. Das Ganze erinnert an das Verfahren, dem Esel eine Karotte von die Schnauze zu halten: Der Esel wird die Karotte kaum erwischen, aber sein Tempo wird dennoch beschleunigt." (13, S.61).

Weil bei diesem Verfahren die Prämie nur für eine bestimmte Leistung gezahlt wird, nennt man es Bonuslohn. Allerdings liegt der Zweck, die Intensität der Arbeit enorm zu steigern, ohne das es in den meisten Fällen zu entsprechendem Mehrverdienst kommt, so sehr auf der Hand, daß diese Durchsichtigkeit den Widerstand der Arbeiter unmittelbar hervorrief und deshalb in dieser Form kaum brauchbar war. Der allzu grobe Bonuslohn mußte verfeinert werden: Man ging zur Staffelung der "Prämien" über, d.h. es wurden jeweils feste "Prämien" für das Erreichen eines bestimmten Prozentsatzes einer Zeit- oder Stückmenge festgelegt.

Im Unterschied zum Gantt-System, das für die Erfüllung der festgelegten Leistung eine Prämie zwischen 10 und 33% vorsieht (nach: 12, S.291), berechnet Emerson schon bei 67 bis 100% der Leistung eine nach einem Bonusplan ansteigende Prämie. (16). "Das Emerson-System ... legt auch einen bestimmten Erfolg" - d.h. eine bestimmte Norm - "fest, der jedoch gewöhnlich nicht so streng ist, da er auf den durchschnittlichen Arbeiter zugeschnitten ist, und die Prämie ist entsprechend geringer und danach abgestuft, wie nahe der Arbeiter dem Erfolg kommt. Die 'Karotten' sind hier weniger groß und saftig, aber der Esel bekommt sie öfter." (13, S.61f.).

Das von F.W. Taylor 1884 eingeführte Lohnverfahren gehört zu den gestaffelten Akkord-Teilungslöhnen (kurz: Staffellöhnen), basiert jedoch auf dem Stückakkord und hat zwei verschiedene Akkordsätze, einen bei Erreichen der hohen Leistungsnorm und einen bei Nichterreichen. Im letzteren Falle findet ganz offen durch den niedrigen Akkordlohnsatz eine Lohnkürzung und Bezahlung unter dem Zeitlohnsatz statt - im Gegensatz zu allen übrigen Akkordlohnformen (15, S.176) (17).

Durch die extreme Schlechterstellung des normalen Arbeiters der unter der festgesetzten Leistung bleibt, übte Taylor einen starken ökonomischen Druck zur Intensifikation aus. Im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen des von Taylor propagierten Systems "wissenschaftlicher Betriebsführung" legte er damit einen Grundstein für den Aufstieg des amerikanischen Kapitalismus auf Kosten der amerikanischen Arbeiter.

Zu erwähnen ist noch der sogen. Gruppenakkord, der vor allem dort angewandt wird, wo der Anteil des Einzelnen an der Leistung kaum bestimmt werden kann, der Kapitalist aber trotzdem auf einen Leistungsanreiz für die Arbeiter nicht verzichten will. Auch der Gruppenakkord kann in den Formen der Akkord-Teilungs-Löhne, also als nur teilweise Entlohnung der Mehrleistung gezahlt werden, wie bei dem Priestman-System, das 1917 bei der Firma Priestman in Hull für Nietgruppen an Kesseln eingeführt wurde. (13, S.61).

VIII. DIE ENTWICKLUNG DER AKKORDENTLOHNUNG UND DIE BÜRGERLICHE KRITIK AM LEISTUNGSLOHN

Bevor wir die weitere Entwicklung der Lohnformen analysieren, ist ein kurzer Rückblick notwendig:
Die aus dem Stücklohn hervorgegangenen Lohnformen hatten für ihre Entwicklung bestimmte soziale und ökonomische Voraussetzungen. Je mehr sich einerseits die Arbeiter organisierten, um den Wert ihrer Arbeitskraft zu realisieren, um soziale Schutzmaßnahmen wie Arbeitslosen-, Unfall- und Altersversicherung durchzusetzen, sowie die Verkürzung der Arbeitszeit, - je mehr sich andererseits die Massenproduktion entwickelt, desto mehr sieht sich das Kapital gezwungen, den Produktionsprozess systematisch zu organisieren. Diese Organisation des Produktionsprozesses bedeutet eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Ausschaltung überflüssiger Arbeitsgänge, Verbesserung der Maschinerie und des Materials und durch Planung des Arbeitsablaufs; sie bedeutet aber gleichzeitig eine Erhöhung der Intensität durch stärkere Arbeitsteilung, Wegfall von Zwischenzeiten, Erhöhung der Maschinengeschwindigkeiten, und neue Lohnsysteme.

Die angedeuteten sozialen und ökonomischen Veränderungen sind Teil der Entwicklung zum Monopolkapitalismus, der mit Hilfe von Planung und Organisation versucht, seiner inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, dadurch aber nur neue Widersprüche hervorbringt.

Die Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte durch vermehrte Planung und Organisation kann im Kapitalismus nur partiell und widersprüchlich bleiben, weil diese gesellschaftlichen Produktivkräfte in die Fesseln beschränkter Verwertungsverhältnisse geschlagen werden. Deshalb führt die wissenschaftliche Arbeitsorganisation auch zur Intensifikation, zum Raubbau an den Arbeitskräften. Es ist auch kein Wunder, daß die in die-

(16) Vgl. die sogenannte Programm-Prämienentlohnung bei HDW Kiel - Howaldtswerke-Deutsche Werft - und bei Klöckner in Bremen (21, S.22ff.).

(17) Kosiol ist ganz begeistert, eine Stelle gefunden zu haben, wo sein Äquivalenzprinzip angewandt werden kann: er fordert im Anschluss an Taylor die Ausdehnung der Lohnkürzung bei Nichterreichen der Norm auf sämtliche Lohnformen, sobald durch "einwandtfreie Zeitstudien" "exakte Normalgrößenermittlung" möglich ist. Er propagiert damit Lohnabbau, denn die Arbeiter haben es ja durchgesetzt, daß wegen der höheren Intensität der Arbeit der Akkordrichtsatz über dem Zeitlohnsatz liegt. Kosiol legt damit den Mantel wissenschaftlicher Unschuld ab, den er sich an anderen Stellen gern umhängt, um den Verdacht zu vermeiden, im Dienste der Kapitalisten zu stehen. Dann stellt er die saubere, gesunde, rein technische Lohnform ihrer brutalen Anwendung gegenüber, mit der er nichts zu tun haben will: "Wenn die Gegner (des Taylor-Systems, T.D.) ... auf die Brutalität und Härte der Taylorschen Lohnmethoden hingewiesen haben, die zu einer rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiter führe, so trifft dies eine Anwendungsweise, die nicht von gesunden betriebswirtschaftlichen (!) Gesichtspunkten ausgeht, sondern privatwirtschaftlichen, rein egoistischen (!) Bestrebungen folgt." (15, S. 180).

sem Zusammenhang entstehende Arbeitswissenschaft bis heute fast ausschließlich vom Interesse des Kapitals an "wissenschaftlicher Schweißauspressung" zur Erhöhung des Mehrwerts bestimmt ist. (18)

Aber die "wissenschaftliche Arbeitsorganisation" rief solch heftigen Widerstand der Arbeiter hervor, daß selbst eine US-Regierungskommission zu einer negativen Einschätzung des Taylor-Systems gelangte.

Das Taylor-System baute wesentlich auf der Voraussetzung der Zusammenarbeit von Arbeitern und Kapitalisten auf, eine Voraussetzung, die es mit Zuckerbrot (Prämie) und Peitsche (Kontrollen, niedrige Grundlöhne) durchzusetzen versuchte, die es aber gerade dadurch notwendig zerschlug. Der Widerstand der Arbeiter machte das Suchen nach neuen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsleistung notwendig. Ende der Zwanziger Jahre entdeckten Wissenschaftler, daß die Steigerung der Arbeitsleistung nicht nur vom Lohn abhängt, sondern auch von den "zwischenmenschlichen Beziehungen", vom "Faktor Mensch" und seinen "Gruppenbeziehungen". (Siehe: F.J. Roethlisberger/W.J. Dickson: Management and the Worker, Cambridge, Mass. 1939). Eine weitere neue bürgerliche Teilwissenschaft - die Industrie- und Betriebssoziologie - nahm hier ihren entscheidenden Ausgangspunkt und lieferte den Kapitalisten Rezepte, wie durch Verbesserung des "Arbeitsklimas", der "human relations" eine höhere Arbeitsleistung erzielt werden könne. (19)

Bürgerliche Soziologen und Arbeitswissenschaftler der Taylor-Zeit hatten noch klar den Akkordlohn verteidigt. So rechtfertigte Max Weber "Akkordlohnchancen und Kündigungsgefahr" als notwendig, um "in der kapitalistischen Erwerbsordnung ... die Arbeitswilligkeit" des Arbeiters hervorzubringen (24, S.113). Ähnlich propagiert auch 1929 der Arbeitspsychologe Poppelreuter die Disziplinierung der Arbeiter für den Verwertungsprozess, wenngleich er die Notwendigkeit andeutet, auch andere Faktoren als nur den Akkord zu berücksichtigen: "Es liegt nicht in der Natur des Menschen, seine Arbeiten mit Bezug auf den optimalen Wirkungsgrad zu tun. Rationelles Arbeiten ist erst das Produkt ausdrücklicher, u.U. mühsamer Disziplinierung, ja letzten Endes erst das Ergebnis einer zivilisatorischen Entwicklung der letzten technischen Jahrzehnte ... Man trifft deshalb den Kern der menschlichen Rationalisierung, wenn man als die Aufgabe bezeichnet: planmäßige Überwindung der in der Natur des Menschen liegenden irrationalen Faktoren zur Herbeiführung eines erhöhten Wirkungsgrades." (Poppelreuter, Arbeitspsychologische Leitsätze für den Zeitnehmer, zit. nach: 25, S.566).

Mit der Orientierung der Soziologie an den "menschlichen" Problemen im Industriebetrieb wird der Akkordlohn relativiert, stärker auf psychologische und ideologische Einwirkungen auf den Arbeiter zwecks Leistungssteigerung hingewiesen und die "Mannigfaltigkeit möglicher Willensmotivationen" zur Leistungssteigerung betont. (Theodor Litt, Das Zeitalter der Organisation, 1954, zit. nach: 25, S.572).

Die einseitige Ausrichtung des Leistungsanreizes auf den Akkordlohn wird nunmehr Taylor zum Vorwurf gemacht: Er sei von der "orthodoxen Wirtschaftstheorie" ausgegangen, nach der "der Mensch ein zweckrational denkendes Wesen, dem es vor allem um die Maximierung seiner wirtschaftlichen Vorteile gehe", sei. Diese Theorie habe direkt zur Entwicklung des Stücklohn-Akkordsystems geführt. (26, S.12) (20).

In den Fünfziger Jahren sprach B. Lutz gar von einer "Krise der Leistungsentlohnung" und bezeichnete den Leistungslohn als "Relikt aus der Frühzeit der Industrialisierung". (20, S.220)

Der Übereifer, den Kapitalisten die Rezepte der Soziologen und Psychologen als die besten, sanftesten und humansten zur Steigerung der Arbeitsleistung anzupreisen (21), führt in der Soziologie sogar dazu, den Akkordlohn zu denunzieren. Vor allem B. Lutz schießt über das Ziel hinaus, wenn er der Leistungsentlohnung einen Zwangscharakter zuschreibt: "Der Zwangscharakter der Leistungsentlohnung mag sachlicher und subtiler als der Druck antreibender Vorgesetzter sein - er ist trotzdem nicht zu übersehen." (20, S.242).

---

(18) "Die Montage erfordert zu ihrer Mechanisierung und Automatisierung wegen der sehr speziellen hier benötigten Funktionen einen großen technischen Aufwand. Jeder Montageautomat ist eine Spezialmaschine, die nur sehr geringe Anpassungsfähigkeit besitzt. Der Mensch ist dagegen sehr viel flexibler einsetzbar. Zum anderen haben die Studien der menschlichen Bewegungen bei Montagearbeiten, der Anatomie, Anthropometrie und der sensumotorischen Fertigkeiten in jüngster Zeit zu einer erheblichen Steigerung der menschlichen Montageleistung geführt, indem die Bewegungsfolge verdichtet und die Bewegungsschwierigkeit reduziert wurde. Erst wenn alle Möglichkeiten der arbeitstechnischen Rationalisierung ausgeschöpft sind (maximale Bewegungsverdichtung), lohnt sich ein Übergehen zur Mechanisierung." (22, S. 241).

(19) Der bürgerliche Ökonom W. Baldamus wirft der Betriebssoziologie vor, "den Standpunkt der Unternehmer, Manager und Arbeitgeber zu vertreten", weil in ihr durchweg die Fragen "dem Gesichtspunkt der Produktivitätssteigerung untergeordnet" werden und " auch wenn es um solche Dinge geht wie etwa 'Arbeitsfrieden', 'Effizienz', informelle Organisation', 'Betriebsklima', 'Zufriedenheit des Arbeiters', ... die bestmögliche Sicherung des Produktionserfolges vorausgesetzt" werden. (23, S.9-11).

(20) Weder wurde der Stücklohn von Taylor entwickelt, noch vertrat er jene Ansicht; er griff sogar seiner Zeit voraus, als er die Intentionen der späteren "human-relations-Bewegung" als Aufgabe formulierte: "Wenn die Betriebsleiter auch nur einige Aussicht haben wollen, die volle Kraft ihrer Arbeiter für sich zu interessieren, so müssen sie ihnen einen besondren Ansporn geben ... Vor allem aber sollte mit diesem besonderen Ansporn die persönliche Wertschätzung des Arbeiters und die enge Fühlungnahme mit ihm Hand in Hand gehen. Letzteres kann nur der Ausdruck eines ehrlichen und warmen Interesses an der Wohlfahrt der Untergebenen sein." (F. W. Taylor, Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, 1913, zit. nach: 25, S.573).

(21) W.F. Whyte propagiert Gewinnbeteiligung und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften als effektive Mittel zur Überwindung der Klassenwidersprüche im Betrieb: der Kapitalist hätte dann die Möglichkeit, Macht, neu zu verstehen "als die Fähigkeit ..., die Dinge so, wie man sie sich wünscht, getan zu bekommen." (26, S. 257, Hervorhebung im Original).

Dabei "übersieht" Lutz, dass es den Kampf der Arbeiter gegen den Akkord schon immer gegeben hat, daß der Kampf um den Lohn durch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital hervorgerufen wird und nicht mit der Veränderung der Lohnformen verschwindet, daß es keine besondere "Krise der Leistungsentlohnung" gibt, allenfalls eine solche des Akkordlohns, und auch diese Krise gibt es seit dem vorigen Jahrhundert, und daß schließlich die Kapitalisten gern den "Zwangscharakter der Leistungsentlohnung" zur Erhöhung ihrer Profite anwenden, wo es ihnen die Lage auf dem Arbeitsmarkt oder mangelnder Organisationsgrad und Kampfbereitschaft der Arbeiter gestatten (vgl. 18). Hinter der bürgerlichen Kritik des Leistungslohns liegt jedoch ein Anstoß in der Wirklichkeit, den man mit Einschränkungen als "Krise des Akkordlohns" bezeichnen könnte. Diese Erscheinung ist durch verschiedene Faktoren verursacht:

"- Die mit fortschreitender Mechanisierung und Arbeitsteilung verbundene Verkürzung der Zeiten für einen einzelnen Arbeitsgang erfordert komplizierte Verfahren zur Ermittlung der Vorgabezeiten.
- Der Einsatz besserer und teuerer Maschinen zwingt den einzelnen Kapitalisten, seinen Profit auf Kosten der Löhne zu halten oder sogar zu erhöhen. Über Normerhöhungen versucht er, Lohnkürzungen durchzusetzen, wogegen sich die Arbeiter wehren. So wird der Schein der wissenschaftlichen Ermittlung der Vorgabezeiten und damit der Lohnhöhe brüchig und erfüllt seine ideologische Funktion nicht mehr. Der Einfluß des Arbeiters auf das Ergebnis seiner Arbeit nimmt ab. Die maschinen- oder prozessgebundene Abhängigkeit verstärkt sich. (22)
- Die Akkordberechnung wird so kompliziert, daß der Arbeiter nicht mehr die Richtigkeit seines ausgezahlten Lohnes überprüfen, geschweige denn seinen (Monats-) Endlohn vorausberechnen kann.
- Die ungleiche Entwicklung in der Mechanisierung führt zu weiterer Differenzierung der Arbeitsplätze. Der Akkordlohn bietet keine Möglichkeit, diese Differenzierung zu berücksichtigen und den Arbeitern das Gefühl ungerechter Bezahlung zu nehmen." (14, S.79f.)

Kurz: Durch die Zunahme der maschinengebundenen Zeiten sinkt der Einfluss des Arbeiters auf den mengenmässigen Ausstoß und damit die stimulierende Wirkung des Akkordlohns; mit der Abnahme der lebendigen Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozess, mit Mechanisierung und Automatisierung wird der Schein des Lohnes als Preis der Arbeit auch von dieser Seite her brüchig. (11, S.20).

Während die Soziologen noch über die "Krise der Leistungsentlohnung" lamentierten, hatten die Kapitalisten schon neue Lohnformen entwickeln lassen, um die Nachteile des Akkordlohns zu vermeiden: die Analytische Arbeitsplatzbewertung und die Prämiensysteme (im engeren Sinne), wobei letztere zumindest teilweise am Prinzip der Leistungsentlohnung festhalten.

IX. PRÄMIENLOHNSYSTEME IM ENGEREN SINNE

Bei den Prämiensystemen handelt es sich z.T. noch um Leistungsentlohnung, z.T. aber werden Faktoren berücksichtigt, die mit der erbrachten mengenmäßigen Leistung nichts mehr zu tun haben. Wir bezeichnen hier nur solche Lohnformen als Prämienlohnsysteme, die neben der Quantität auch die Qualität des Produkts und/oder den "Arbeitseinsatz" des Arbeiters als Kriterien bei der Lohnberechnung heranziehen. (Nicht aber solche, bei denen unterproportionale Entlohnung von Mehrleistung stattfindet = Akkord-Teilungslohn.)

Für die Merkmale "Arbeitsergebnis" (Menge), "Arbeitsausführung" (Güte) und "Arbeitseinsatz" (Persönlichkeit) werden Punkte vergeben, wobei die höchste erreichbare Punktzahl - und damit maximal erreichbare Lohnhöhe - festgelegt ist. Die Leistungsbeurteilung findet im Vergleich zum Akkordlohn relativ selten statt: viertel- oder halbjährlich, und ermöglicht dadurch dem Arbeiter einen relativ konstanten Lohn, dem Kapitalisten die Einbeziehung relativ konstanter Lohnkosten in die Planung.

Solche Prämiensysteme vereinfachen die Lohnberechnung erheblich, schließen andrerseits Vorgabezeiten nicht aus, wobei dann aber die jeweilige Normerfüllung oder -nichterfüllung sich nicht unmittelbar in einer Veränderung der Lohnhöhe niederschlägt. Beschränkt sich das Nichterfüllen der Norm nicht auf eine Ausnahme, dann kann der Kapitalist eine Neubeurteilung vornehmen.

Die Einführung der Persönlichkeitsbewertung (bei dem Kriterium "Arbeitseinsatz") zielt vor allem darauf, das "Verantwortungsgefühl" des Arbeiters zu stärken, ihn angesichts der hohen Investitionen in Anlagen und Maschinen dazu zu bewegen, kostspielige Beschädigungen und Stilstandszeiten zu vermeiden oder schnellstens zu beseitigen. Bedeutet das Kapitalverhältnis die Herrschaft der toten, vergegenständlichten Arbeit (Maschinen) über die lebendige (Arbeitskraft), so kann der Versuch letztlich nicht gelingen, dem Arbeiter das Verhalten des Kapitalisten gegenüber den Produktionsmitteln anzuerziehen, auch nicht durch ökonomischen Druck.

Andererseits öffnet die Einführung der Persönlichkeitsbewertung der Vorgesetztenwillkür Tor und Tür und stärkt die Kommandogewalt des Kapitals. Es ist bezeichnend, daß gerade in den imperialistischen Ländern mit großer industrieller Reservearmee (USA, England) die Persönlichkeitsbewertung durch das Prämienlohnsystem MDW (Measured Daywork) sich stark ausgebreitet hat, während in der BRD die Gewerkschaften z.T. die Einführung der Persönlichkeitsbewertung blockiert haben, z.T. versucht haben, die Persönlichkeitsbewertung in ihrer Bedeutung für die Prämienentlohnung zu reduzieren. (23)

Auf welches Glatteis sich die Gewerkschaften bei der Zustimmung zur Persönlichkeitsbewertung begeben, zeigen die markigen Loblieder eines amerikanischen Industrieberaters auf das MDW-System:
"Leute, die der Menge zuliebe minderwertige Qualität produzieren, periodische Blaumacher und unverträgliche

(22) Die entgegengesetzte Meinung vertritt B. Lutz, wobei er allerdings den Fehler macht, die Ergebnisse einer empirischen Studie vorschnell zu verallgemeinern; die Unzweckmäßigkeit der Leistungsentlohnung leitet er aus sozialen Gründen ab; (20, S.241).

(23) Vgl. Betriebsvereinbarung bei Osram, Westberlin: Arbeitsergebnis - 20 Punkte, Arbeitsausführung - 10 Punkte, Arbeitseinsatz - 4 Punkte; Kategorien für Arbeitseinsatz: Selbständigkeit, Zuverlässigkeit, universelle Einsetzbarkeit, erforderliche Anleitung bzw. Aufsicht; (nach: 14, S. 105).

Gesellen werden aus MDW betreibenden Unternehmen ausgesondert."
"Die Leute arbeiten zuverlässiger und mit mehr Freude, weil sie wissen, daß nicht nur die Menge ihrer geleisteten Arbeit bewertet wird, sondern auch menschliche Qualitäten belohnt werden."
"Die Arbeiter gewinnen wieder mehr Interesse am Arbeitsplatz und am Arbeitgeber. Da ihre Zuverlässigkeit eine Rolle in der Bezahlung spielt, können Sie damit rechnen, daß Ihre Arbeiter weniger private Erledigungen während der Arbeitszeit durchführen und nicht wegen eines abgebrochenen Fingernagels zuhause bleiben. Stänkerer, die ewig über ihre Vorgeordneten räsonieren, ohne selbst bessere Vorschläge zu haben, oder Neurotiker, die Dinge wie die Rückseite des Eisernen Vorhanges preisen (ohne selbst dorthin gehen zu wollen), werden vom Unternehmen ausgeschlossen." (27, -)

Da die Persönlichkeitsbewertung die Konkurrenz unter den Arbeitern und die Macht der Vorgesetzten erhöht, muß die Antwort der Arbeiter in der Verhinderung, bzw. Zersetzung jeder Art von Persönlichkeitsbewertung bestehen.

X. ANALYTISCHE ARBEITSPLATZBEWERTUNG

Die Analytische Arbeitsplatzbewertung geht nicht mehr von einer bestimmten Arbeitsmenge aus, sondern erhebt die Arbeitsschwierigkeit zur Bewertungsgrundlage für die Lohnfindung, womit vor allem der Differenzierung der Arbeitsplätze Rechnung getragen und den Arbeitern das Gefühl vermittelt werden soll, entsprechend der Arbeitsschwierigkeit gerecht entlohnt zu werden, denn die mit zunehmender Mechanisierung abnehmende Möglichkeit des Arbeiters, den Produktionsausstoß der Maschinen oder Anlagen noch zu variieren, wirkt der Illusion leistungsgerechter Entlohnung verstärkt entgegen.*b)

Die Arbeitsschwierigkeit wird nicht als ganze bewertet, sondern gegliedert nach einzelnen Merkmalen (analytisches Vorgehen);diese ca. 20 Merkmale sind vier Merkmalgruppen zugeordnet: Können, Belastung, Verantwortung, Umgebungseinflüsse. Die geschätzte Wertzahl für jedes Merkmal wird mit den festgelegten Wichtefaktor des Merkmals multipliziert. Die Wertzahl des Arbeitsplatzes erhält man, indem man die gewichteten Merkmals-Wertzahlen zusammenzählt und durch 10 teilt.

Die Analytische Arbeitsplatzbewertung ist in der BRD*c) vor allem in der Stahlindustrie verbreitet (in den USA in dieser Branche seit 1947); sie dient zur Bestimmung des Grundlohns und kann mit zusätzlicher Leistungsentlohnung kombiniert werden. (24).

Wie immer bei der Einführung neuer Lohnformen versuchen die Kapitalisten, dem Lohnkampf der Arbeiter die Spitze zu brechen, indem sie propagieren, daß nunmehr eine objektive, wissenschaftliche Lohnfindung möglich sei. Wie wenig die konkrete Lohnhöhe mit den Arbeitswerten zu tun hat, zeigt das Verhalten der Kapitalisten selbst: Bei Verhandlungen zum Manteltarifvertrag beispielsweise berechnen sie die Vorschläge der Gewerkschaften und ihre eigenen zur Staffelung der Arbeitswert- und damit Lohngruppen erst einmal in Lohnkosten um, ehe sie weiterverhandeln.

Auch bei einem früheren Versuch der Einführung der Analytischen Arbeitsplatzbewertung in der südkalifornischen Flugzeugindustrie 1943 (durch den National War Labor Board) pfiff man sehr schnell auf die "objektiven", "wissenschaftlich" ermittelten Werte: Um für den expandierenden Industriezweig und speziell für besonders unangenehme Tätigkeiten genügend Arbeiter zu finden, wurden die Merkmale Arbeitsbedingungen und Arbeitsgefährdung am stärksten gewichtet und zusätzlich alle anderen Faktoren nachträglich höher bewertet, damit der Lohn auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Anreizfunktion ausüben konnte. (28, S.86).

---

(24) "Die betriebliche Lohnvereinbarung unter Verwendung der analytischen Arbeitsbewertung bildet die Grundlage und den Ausgang für gerechte Leistungslöhne, die auf dem Lohn bei Normalleistungen aufbauen müssen." (H. Euler/ H. Stevens, Die analytische Arbeitsbewertung als Hilfsmittel zur Bestimmung der Arbeitsschwierigkeit, Düsseldorf 1954^3, S. 85, zit. nach: 28, S.76).

b) Die Arbeitsschwierigkeiten werden von den "Anforderungen des Arbeitsplatzes" abgeleitet. Können, Belastung, Verantwortung, Umgebungseinflüsse werden als Anforderungsarten bezeichnet. Dies hat insofern eine Bedeutung, als die Ideologie des "gerechten Leistungslohnes" nicht einfach schwindet, sondern sich wandelt in die Ideologie des "sachlich bedingten, anforderungsgerechten" Lohns. Im Anforderungsbegriff wird gerade die "Herrschaft der vergegenständlichten Arbeit über die lebendige", als Erscheinungsform des Kapitalverhältnisses, verschleiert.
Die Ideologie der "objektiven Anforderungen des Arbeitsprozesses" ist wohl noch schwerer zu durchschauen, als die des "gerechten" Leistungslohns. Erst auf dieser ideologischen Grundlage kann die analytische Arbeitsplatzbewertung wirksames Instrument der Konfliktvermeidungsstrategie des Kapitals sein. (Red)

c) Sie wurde in Deutschland während des Faschismus (40er Jahre) als Lohngruppenkatalog Eisen-Metall (LKEM) in den Rüstungsbetrieben eingeführt. Gründe für die Einführung waren: 1. Die Entwicklung neuer Produktionstechniken; 2. dadurch (und natürlich auch kriegsbedingt) entstand ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften); 3. um Lohnsenkungen durchzusetzen; 4. um den Arbeitsmarkt zu beeinflussen (hochqualifizierte Arbeitskräfte leisteten unqualifizierte Schwerarbeit, die besser bezahlt worden war).
Diese Gründe zählen auch jetzt noch für die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung. Daraus und aus der außerordentlichen Flexibilität (vgl. Gewichtung) ist ihre wachsende Bedeutung für das Kapital, als Lohnfindungs-(Teil-) system zu folgern. (Red.)

d) Hier zeigt sich, daß der Verf. des Artikels der "Objektivität" der bürgerlichen Arbeitswissenschaft aufgesessen ist. Bei Euler und Stevens erscheinen nämlich Wertigkeit und Gewichtung als technisches bzw. theoretisches Problem. Andere Arbeitswissenschaftler (Keller, 1949; Hundt 1965) haben die Gewichtung als sozialpolitische Frage aufgewiesen, und nicht als ein Problem der Arbeitswissenschaften, die die Gewichtung nur technisch als Wertigkeit der Anfordernugsmerkmale umsetzt. Die Gewichtung bzw. die Wertigkeit ist der integrale Bestandteil der AAB, wo die Interessen des Kapitals - entsprechend den sich verändernden Bedingungen- unmittelbar einfließen. Durch sie →

Auch bei der Analytischen Arbeitsplatzbewertung wird der Lohn durch den in dem Wert der Arbeit ausgedrückten Wert der Arbeitskraft bestimmt. Nur ist nicht mehr das produzierte Quantum der Maßstab, auf den der Wert der Arbeit (also auch der Arbeitsstunde) bezogen wird, sondern verschiedene Arbeitsschwierigkeitsmerkmale, deren geschätzte "Werte" im Durchschnitt des Betriebes auch nur zu bestimmten Lohnsätzen führen.

Die mit Mechanisierung und Automatisierung häufig einhergehende Abnahme schwerer körperlicher Arbeit nutzt der Kapitalist zu Neu- = Minderbewertungen von Arbeitsplätzen; Erleichterung der Arbeit, sofern sie nicht durch Intensivierung wieder aufgehoben wird, schlägt sich für die Arbeiter in Lohnabbau nieder. Dagegen kann der Kapitalist seine Mechanisierungskosten teilweise über Lohnrückstufungen auf die Arbeiter abwälzen.

Ein anderer Punkt betrifft die Dequalifizierung der Facharbeiter: Die Mechanisierung erfordert immer häufiger den Wechsel der Arbeitsplätze, die Anpassung an neue technische Bedingungen und entwertet konkrete Fertigkeiten gelernter Arbeiter. Mußte der Kapitalist bisher dem gelernten Arbeiter den Facharbeiter-Lohn zahlen, unabhängig davon, ob er die Ausbildung für seine Tätigkeit überhaupt benötigt, so kann er nun die Dequalifizierung eines Teils der Facharbeiter wiederum in klingende Münze, also Lohnabbau, verwandeln, denn die Ausbildung ist bei der Analytischen Arbeitsplatzbewertung nur noch ein Bewertungsmerkmal unter vielen. So sank die Gewichtung des Könnens von 41% bei Systemen, die vor 1954 eingeführt wurden, auf 27,6% bei Systemen, die nach 1965 eingeführt wurden, wie sich aus einer Untersuchung von 60 Arbeitsbewertungssystemen ergab. (25)

Verzichtet die Analytische Arbeitsplatzbewertung völlig auf einen Leistungsanreiz und zielt vor allem auf Vermeidung von Reibereien um die Lohndifferenzen, so wird andererseits zunehmend versucht, den Leistungsanreiz durch die Entlohnung entsprechend der individuellen Leistung durch eine Beteiligung am Gewinn abzulösen.*e) Das bedeutet, daß ein Teil des Lohnes in Form des Unternehmergewinns ausgezahlt wird, um so dem Arbeiter das Gefühl des Mitunternehmers zu geben und ihn zu einer profitorientierten Arbeitseinstellung zu bewegen. Das Interesse des Kapitals an der verschärften Ausbeutung der Arbeiter soll so zum Eigeninteresse der Arbeiter gemacht werden, was aufgrund der konkreten Widersprüche zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten auf die Dauer wiederum nicht gelingen kann.
Die Form der Gewinnbeteiligung gehört allerdings nicht mehr in den Rahmen dieses Artikels, da sie den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wert der Arbeit verlassen hat.

Über das hier behandelte Problem hinaus, wie sich der Wert der Arbeitskraft in den Wert der Arbeit verwandelt und wie sich dieser in bestimmten Lohnformen niederschlägt, wären bei der Untersuchung des Arbeitslohns noch wichtige andere Probleme zu entwickeln: die Aufspaltung der Löhne, die Kluft zwischen Tarif- und Effektivlöhnen, die Lohndifferenzen, die Rolle des Staates bei der Umverteilung der Löhne, staatliche Einkommenspolitik; Löhne, Preise, Profite. Alle diese mit der Kategorie "Arbeitslohn" verknüpften Probleme bedürfen noch einer gründlichen Bearbeitung, um konkret angeben zu können, wo und wie Verbindungen zwischen ökonomischem und politisch-revolutionärem Kampf herzustellen sind.

XI. ZUSAMMENFASSUNG

Wir haben dargestellt, welche Ausprägungen die jeweiligen Lohnformen mit der Veränderung der Produktions- und Verwertungsbedingungen erfahren. Die Einführung neuer Leistungs-Lohnsysteme hatte bisher im Wesentlichen drei Funktionen: zum einen durch Anreize die Intensität und damit den relativen Mehrwert zu erhöhen, zum andern diese verschärfte Ausbeutung durch den Anschein zu verschleiern, als bekäme der Arbeiter einen leistungsgerechten Lohn, als bekäme er seine zusätzliche Verausgabung von Arbeitskraft bezahlt, und zum dritten die Konkurrenz unter den Arbeitern zu erhöhen.

Die beiden ersten Funktionen schließen sich gegenseitig aus: Wo das Kapital die eine Funktion in den Vordergrund rückt, behindert es die andere (wobei die Lohnform diesen Widerspruch aufheben soll).

Für den einzelnen Kapitalisten sind die Löhne ein Kostenfaktor, der aufgrund des Konkurrenzdrucks so niedrig wie möglich gehalten werden muß. Indem er so solidarische Abwehrreaktionen der Arbeiter hervorruft, löst er selbst Tendenzen aus, die der dritten Funktion entgegenwirken.

Heute kommt z.T. noch die Funktion hinzu, wegen der hohen Investitionskosten den Arbeitern eine unternehmerische Haltung gegenüber den Produktionsmitteln anzugewöhnen. Dieser Funktion wird entgegengewirkt durch die Diskrepanz zwischen riesigen Investitionssummen und

---

(25) Die Gewichtung der Verantwortung stieg von 22% auf 31,2%, die der Umgebungseinflüsse sank um 9%. (11, S.22).

→ wird die AAB erst zu dem technischen Verfahren, das nicht nur präzise bestimmt, was an qualifiziertem Arbeitsvermögen der Kapitalist bei gegebener und sich verändernder technologischer Struktur der Maschinerie gerade anwendet, sondern auch die Situation des Arbeitsmarktes reflektiert. Bei einem Mangel an entsprechen qualifiziertem Arbeitsvermögen versucht der Kapitalist durch Veränderung der Gewichtung in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sich Vorteile zu verschaffen, da die Gesamtsumme des variablen Kapitals sich dadurch nicht verändert, sondern nur die Lohnstruktur. (Red.)

e) Dies ist in zweifacher Hinsicht nicht ganz richtig:
1. Ist in der Differenzierung unter der Belegschaft, die in der AAB als unterschiedliche Wertigkeit der Arbeit ausgedrückt wird, die Illusion des Aufstieges angelegt. Bei "guter Erfüllung der Anforderungen" am Arbeitsplatz kann ein besserer Arbeitsplatz (z.B. mit mehr Verantwortung) in Aussicht gestellt werden, und die Konkurrenz unter den Arbeitern wird so erhöht.
2. Die analytische Arbeitsbewertung wird ergänzt durch das Prämienlohnsystem der "persönlichen" Bewertung, wodurch unmittelbar ein Leistungsanreiz gesetzt wird.
Viele Arbeitswissenschaftler definieren die analytische Arbeitsbewertung auch als eine Kombination von analytischer Arbeitsplatzbewertung und persönlicher (bzw. Leistungsverhaltens-) Bewertung. Letzteres Prämiensystem ist eine in Punktwerte umgesetzte Personalbeurteilung durch den jeweiligen Vorgesetzten. Der DGB lehnt die persönliche Bewertung ab. (Red.)

der Verweigerung von im Verhältnis zu jenen Investitionssummen geringen Lohnerhöhungen.

Die Arbeiter wissen aus Erfahrung, daß die Kapitalisten insbesondere mit der Einführung neuer Lohnsysteme Lohnkürzungen verbinden oder wenigstens vorbereiten. Durch diese Erfahrung mißtrauisch gemacht und so den Kapitalisten realistisch einschätzend, haben sich die Arbeiter immer wieder gegen die Einführung neuer Lohnsysteme gewehrt; zumal sie unter dem alten System jeweils Wege und Möglichkeiten gefunden hatten, die Absichten der Kapitalisten teilweise zu unterlaufen (Akkordbremsen).

Der Kampf bei der Einführung neuer Lohnsysteme ist jedoch in noch engerem Sinne ein defensiver Kampf als der ökonomische Kampf überhaupt: Geht es doch in der Regel nicht darum, die Einführung neuer Lohnsysteme zu verhindern, sondern Absicherungen gegen die Angriffe des Kapitals zu erkämpfen und so die mit der Einführung neuer Lohnsysteme vom Kapitalisten verbundenen Absichten in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse weitgehend unwirksam zu machen.

Aufgabe der Kommunisten in diesen Abwehrkämpfen ist es, die spezifische Funktion des jeweils zur Einführung anstehenden Lohnsystems zu analysieren, den Kampf der Arbeiter durch klare und begrenzte Forderungen zur Abwehr von Angriffen des Kapitals zu stärken und den Arbeitern die Beschränktheit eines solchen isolierten Abwehrkampfes, die Notwendigkeit der Aufhebung des Lohnsystems über die Eroberung der politischen Gewalt, der Staatsmacht, zu erklären.

Til Damm

LITERATURANGABEN:

1 MÜLLER, Wolfgang/ NEUSÜSS, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 1, Westberlin/Erlangen 1971, S.7-70, Nachdruck aus: Sozialistische Politik 6/7, 1970.

2 MARX, Karl: Das Kapital - Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Berlin-DDR 1968, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED; (=MEW 23).

3 entfällt

4 KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS - AUFBAUORGANISATION: Zur Gewerkschaftsfrage, in: Rote Presse Korrespondenz Nr. 109/110, 1971, S. 1-14.

5 MARX, Karl: Das Kapital - Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, hrsg. vom Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Berlin-DDR 1966; (=MEW 25).

6 PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNG DER GRUPPE NEUES ROTES FORUM, in: Neues Rotes Forum 3/1971.

7 MARX, Karl: Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, Berlin-DDR 1968, S. 101-152.

8 GROSSMANN, Henryk: "Die Wert-Preis-Transformation bei Marx und das Krisenproblem", in: Grossmann, H. Aufsätze zur Methode und Krisentheorie bei Karl Marx, S. 87-116, Nachdruck aus: Zeitschrift für Sozialforschung I, 1932 Leipzig, S. 55-84.

9 ENGELS, Friedrich: Vorwort, in: Karl Marx, Das Kapital - Kritik der politischen Ökonomie, Zweiter Band, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin-DDR 1966; (=MEW 24), S.7-26.

10 MARX, Karl: Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des "Kapitals") - Erster Teil, in MEW 26.1, Berlin-DDR 1965.

11 GROSS, Johanna/ GUTERMUTH, Rolf: Neue Widersprüche im kapitalistischen Lohnsystem, in: DWI-Berichte, 1970 Heft 11, S.19-26.

12 LEXIKON DER WIRTSCHAFT - ARBEIT, Berlin-DDR 1969.

13 DOBB, Maurice: Der Lohn, Frankfurt/M 1970.

14 NEUE LOHNFORMEN IM KAPITALISMUS, hrsg. vom Arbeitskreis für Analytische Arbeitsbewertung, (Westberlin 1970.

15 KOSIOL, Erich: Leistungsgerechte Entlohnung, Wiesbaden 1962, 2. Aufl. der "Theorie der Lohnstruktur".

16 FRIEDMANN, Georges: Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln 1962.

17 RATIONELLER MIT "MTM" UND "WF", in: Wirtschaftswoche - Der Volkswirt 112/1971.

18 SCHNEIDER, Peter: Die Frauen bei Bosch, in Kursbuch 21, 1970.

19 NEUE METHODEN ZUR STEIGERUNG DER ARBEITSINTENSITÄT IN DER WESTDEUTSCHEN INDUSTRIE, in: DWI-Berichte, 1965.

20 LUTZ, Burkhart: Mechanisierungsgrad und Entlohnungsform, Soziologische Untersuchung in der Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt auf Wunsch der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/M 1958.

21 NEUE FORM DER IGM-POLITIK: PROGRAMM-PRÄMIENENTLOHNUNG, in: Arbeiterpolitik 3-4/1971.

22 WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ASPEKTE DES TECHNISCHEN WANDELS IN DER BRD - ERSTER BAND: 7 Berichte, Kurzfassung der Ergebnisse, Frankfurt/M 1970 (Forschungsprojekt des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) e.V.).

23 BALDAMUS, Wilhelm: Der gerechte Lohn - Eine industriesoziologische Analyse, Berlin 1960, Reihe: Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 53.

24 WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, hrsg. vom Johannes Winckelmann, Erster Halbband, Tübingen 1956.

25 FÜRSTENBERG, Friedrich: Die soziale Funktion der Leistungsanreize (incentives) im Industriebetrieb, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 7. Jahrgang 1955, Köln und Opladen, S.558-573.

26 WHYTE, William Foote (u.a.): Lohn und Leistung, Köln und Opladen 1958.

27 WALLNER, J.M.: Zerfall des Akkordsystems? - Ein Wort an Arbeitgeber und Vorgesetzte, in: Technische Rundschau Nr. 49/1965.

28 FÜRSTENBERG, Friedrich: Probleme der Lohnstruktur - Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Lohnunterschiede, Tübingen 1958.

29 ALTVATER, Elmar, NEUSÜSS, Christel: Lohnfetisch und Lohnkampf, Manuskript 1971.

30 ARNDT, Erich: Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, Tübingen 1957.

31 EULER, Hans/ STEVENS, Hans: Die analytische Arbeitsbewertung als Hilfsmittel zur Bestimmung der Arbeitsschwierigkeit, Düsseldorf 1954[3] (überarbeitet: 1965[4]).

32 FUNKE, Hans-Joachim: Die Differenzierung der Lohnformen im westdeutschen Kapitalismus seit 1950, Dipl.-Arbeit im Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, Westberlin 1971.

33 HORNÉ, Alfred (Hrsg.): Gibt es einen gerechten Lohn? Frankfurt/M 1965.

34 LUTZ, Burkhart: Der Leistungslohn als betriebliches Herrschaftsinstrument, in: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages: "Soziologie und moderne Gesellschaft", hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Stuttgart 1959.

35 NEULOH, Otto / WIEDEMANN, Herbert: Arbeiter und technischer Fortschritt - Untersuchungen in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie über die Anforderungselemente technischer Neuerungen und die Reaktionen der Arbeiter, Reihe: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 776, Köln und Opladen 1960, bes. S. 198-217.

36 DAS REFA-BUCH - BAND 2: ZEITVORGABE, München 1955[5].

37 DAS REFA-BUCH - BAND 3: METHODISCHE GRUNDLAGEN DER ANALYTISCHEN ARBEITSBEWERTUNG, München 1965.

SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 41 Postfach 270
Tel.: 0311 - 851 11 13
Pschk. Berlin -W 62010

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,–.

SOPO 11 (Juni 71) enthält u.a. auf 120 Seiten

P. Boccara	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus
D. Klein	Imperialistische Zukunftsforschung im staatsmonopolistischen Kapitalismus
W. Erdmann	Klassenkämpfe und Volkswirtschaft in der Türkei
Bericht	IMSF-Tagung "Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften

SOPO 12 (Juli 71) enthält u.a. auf 112 Seiten:

J. Bischoff	Materielle und geistige Produktion (Sohn-Rethel-Kritik)
W. Roth	Sozialistische Politik in Italien
L. Peter	Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse.
U. Garling u.a.	Intelligenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus
Projekt Klassenanalyse	Aufgaben kommunistischer Intellektueller
T. Müller/H. Schäfer	Bemerkungen zu "Sozialstaatsillusion" in SOPO 6/7.
Bericht	Arbeitskreis "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus".

SOPO 13 erscheint Anfang Oktober 71 und enthält voraussichtlich

W.M. Breuer	Warenproduktion und Sozialismus
H. Behrens	Bildungssystem der DDR
L. Peter	Streik bei Renault
H. Ley/T. Müller	Technik und Gesellschaftsstruktur
N.A. Aitow	Klassenstruktur der sozialistischen Länder
A. Sohn-Rethel	Antwort auf J. Bischoff
Dokumentation	Auszüge aus vier Reden von Fidel Castro

DER »DIALOG« oder SÜDAFRIKA ALS NEBENMETROPOLE

Einleitung: Imperialismus und Befreiungsbewegungen in Australafrika

Teil 1 : SÜDAFRIKA ALS WIRTSCHAFTSMACHT

1. Ökonomische Aspekte der Apartheid
2. Die Nationalpartei und das Staatskapital
3. Die Handelsbeziehungen der SAR mit den imperialistischen Staaten
4. Die Investitionen der Metropolen
5. Die Expansion des südafrikanischen Kapitals

Teil 2 : "DER DIALOG" UND DIE AFRIKANISCHEN STAATEN

1. Vorteile für wen?
2. Die Initiative Houphouet-Boignys
3. Die Geschichte der OAU
4. Die Konferenz von Addis Abeba

Einleitung: IMPERIALISMUS UND BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN AUSTRALAFRIKA

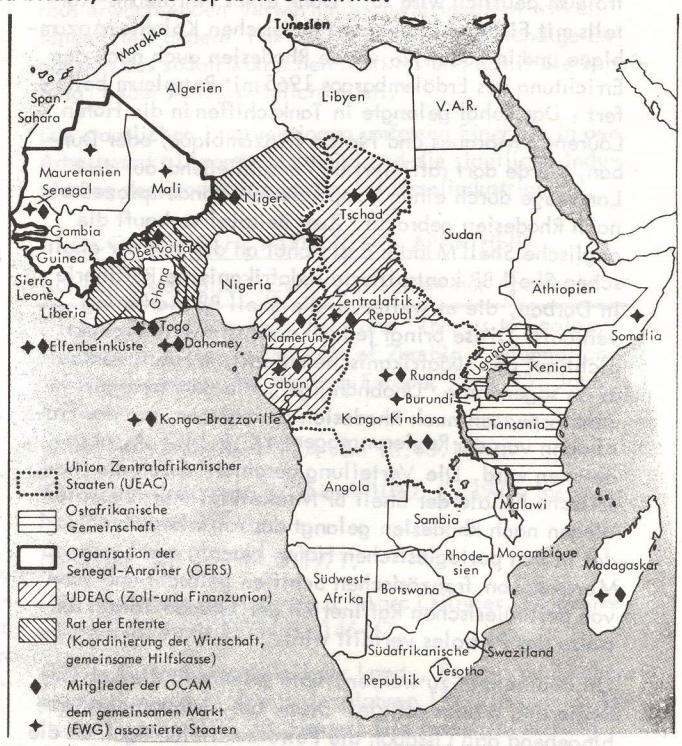
Der Prozess der "Entkolonialisierung" hat in Afrika zu einem für die westlichen Industrieländer befriedigenden Ergebnis geführt: einerseits ist es gelungen, im südlichen Afrika einen Block weißer Minderheitsregierungen aufrechtzuerhalten, andererseits haben die meisten der neuen afrikanischen Staaten den neokolonialistischen Weg eingeschlagen, bei dem ihre Wirtschaft weiterhin unter der Kontrolle der ehemaligen Kolonialmächte verbleibt. Auch solche westlichen Länder, die erst verhältnismäßig spät in die Expansionsphase eintraten, z.B. die BRD, fanden den Zugang zu den Neokolonien, ebenso wie die USA, die nunmehr besonderes Interesse an Afrika zeigen, nachdem sie keine sichere Kapitalverwertungsmöglichkeit mehr in Südostasien finden.

Die Veränderung der politischen Lage im Nahen Osten hat zudem dazu geführt, daß der afrikanische Kontinent sich als doppelte Lösung anbot: nachdem das Öl des Nahost gefährdet ist, sollen neue Quellen in Afrika die westlichen Industrieländer mit Öl versorgen. Gleichzeitig soll eine kontrollierte afrikanische Küste die Benutzung der - nach der Schließung des Suezkanals strategisch wichtigen - Kap Route garantieren, die die Verbindung mit Asien und Australien herstellt.

Es existiert jedoch ein Faktor, der-neben der Verschärfung der politischen Kämpfe in den unabhängigen Staaten Afrikas- diesen status quo stört : die Entstehung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und die Effizienz ihrer Tätigkeit beunruhigen, besonders in der letzen Zeit, die imperialistischen Mächte. Die eindeutig anti-imperialistische Haltung der MPLA in Angola, der FRELIMO in Mozambique und der PAIGC in Guinea-Bissau stellt eine Alternative zu der neokolonialistischen Lösung dar, die andere afrikanische Völker dazu veranlassen könnte, politisch bewußter zu werden (1), was bedeuten würde, daß sie nicht länger bereit wären, die Funktion billiger Rohstoff- und Arbeitskraftlieferanten zu übernehmen. Unabhängig von diesem unerwünschten "schlechten Beispiel" würde ein Sieg der MPLA und der FRELIMO aber auch unmittelbar eine Zerstörung des weißen Blocks im südlichen Afrika zur Folge haben, und damit eine Bedrohung des Hauptwächters des Imperialismus, d.h. der Republik Südafrikas, darstellen; denn die Stabilität Südafrikas hängt entscheidend davon ab, ob es isoliert wird oder ob es mit Rhodesien, den portugiesischen Kolonien und Malawi einen Block bilden kann.

Es ist nur zu verständlich, wenn nun der Versuch unternommen wird, die Entwicklung und Stärkung der Befreiungsbewegungen zu verhindern. Alle vom Imperialismus wirtschaftlich und politisch beherrschten Regierungen Afrikas werden aufgerufen, sich in einer Front zusammenzuschließen; damit soll eine Kluft zu den restlichen Staaten Afrikas geschaffen und somit eine Minderung der Unterstützung der Befreiungsbewegungen erreicht werden.

Folgerichtig soll diese Front sich um den stärksten und stabilsten Partner der imperialistischen Länder in Afrika bilden, um die Republik Südafrika.



(1) Basil Davidson, Die Befreiung Guineas, Frankfurt 1970, S. 218ff.

In diesem Licht ist der Wandel in der Haltung der westlichen Industrieländer gegenüber Australafrika zu sehen und der Druck bzw. die diplomatischen Anstrengungen zugunsten eines Dialogs zwischen den afrikanischen Staaten und Südafrika zu verstehen.

In den letzen Jahren ist deutlich geworden, daß die imperialistischen Länder eine Politik der Stärkung des weißen Blocks in Australafrika betreiben. Am Beispiel der Embargos gegenüber Rhodesien und Südafrika wird diese Tatsache besonders leicht ersichtlich.

Im Zuge der antikolonialistischen Bewegung Ende der Fünfziger/Anfang der Sechziger Jahre war es möglich gewesen, in den internationalen Organisationen Sanktionen gegen die Apartheidpolitik Südafrikas durchzusetzen, vor allem das Waffenembargo im Jahre 1962. Diese änderten jedoch nichts daran, daß massive ausländische Investitionen nach Südafrika flossen und die verschiedenen westlichen Industrieländer weiterhin einen -zwar von der Öffentlichkeit zum Teil abgeschimmten, aber lebhaften- Handel mit Südafrika trieben, mit dem Ergebnis, daß sich der Außenhandel Südafrikas von 1962 bis 1968 verdoppelte. Daß hier eine Unterstützung durch die imperialistischen Länder vorliegt, ist unbezweifelbar, wenn man bedenkt, daß die Exporte Südafrikas zu 75 % nach England, USA, Japan und an die EWG gehen und daß England, die USA, die BRD und Japan im Jahre 1966 62 % der Importe nach Südafrika bestritten. -Für die militärische Ausrüstung sorgte vor allem Frankreich, mit dessen Hilfe Südafrika unter anderem den wichtigen Stützpunkt im Caprivi-Zipfel baute und dem Südafrika in den Jahren von 1964 bis 1970 Militärausrüstung im Wert von 1,517 Mill. Francs abkaufte. (2)

Eine ähnliche Tendenz ist bei den Sanktionen gegenüber Rhodesien festzustellen, was besonders am Beispiel Petroleum deutlich wird (3) : Dank eines Petroleums-Kartells mit Filialen in der portugiesischen Kolonie Mozambique und in Südafrika wurde Rhodesien auch nach der Errichtung des Erdölembargos 1965 mit Petroleum beliefert : Das Rohöl gelangte in Tankschiffen in die Häfen Lourenço Marques und Nalca (Mozambique) oder Durban, wurde dort raffiniert und anschließend auf dem Landwege durch einen komplizierten Handelsprozeß bis nach Rhodesien gebracht. Zum Beispiel verkauft die englische Shell Middle East Rohöl an die von der englischen Shell BP kontrollierte südafrikanische Raffinerie in Durban, die es weiter an die Shell BP Marketing verkauft. Diese bringt jedoch das raffinierte Produkt nicht auf den südafrikanischen Markt, sondern verkauft es an sogenannte "Unabhängige", die den Transport in Tanklastwagen nach Rhodesien garantieren, wo das Erdöl dann von der Regierungsagentur C.E.N.T.A. abgenommen wird. Die Verteilung geschieht durch die rhodesische Filiale der Shell BP Marketing. Auf ähnlichen Wegen nach Rhodesien gelangt das raffinierte Erdöl, das in den portugiesischen Häfen Nacala und Lourenço Marques von französischen Schiffen gelöscht und dann von portugiesischen Raffinerien der Gruppe Total Française des Pétroles verteilt wird.

Um den Schein zu wahren, übte seinerzeit die Labour-Regierung Wilson offiziell Druck auf Lissabon aus, dahingehend daß Lissabon die Petroleumlieferungen an die "Rebellen" in Rhodesien einstellen solle, und drohte, die bereits den mozambikanischen Hafen Beira umfassende Blockade auch auf Lourenço Marques auszudehnen. Als Südafrika, das einen großen Teil seines Außenhandels über Lourenço Marques abwickelt, für diesen Fall mit Gegenmaßnahmen, z.B. Einstellung des Goldverkaufs an England, drohte, zog sich England zurück. Dies kann nur als eine Farce betrachtet werden, denn eine reale Drohung war ja nicht vorhanden : wie sollte Südafrika England an Goldkäufen hindern, wenn England jederzeit in den USA oder von den schweizerischen Banken Gold bekommen konnte. Eine richtige Komödie wird daraus, wenn man weiß, daß die Labour-Regierung in der gleichen Zeit -allerdings ohne Kenntnis der Öffentlichkeit- 9.000t Chrom von Rhodesien kaufte. (4)

Wir haben gesehen, daß die Unterstützung des weißen Blocks im südlichen Afrika durch die westlichen Industrieländer immer mit einer gewissen Vorsicht gewährt wurde, sei es auf Umwegen, sei es ohne Kenntnis der Öffentlichkeit. Erst in der letzen Zeit, unter dem Zeichen einer Politik der Vernichtung der Befreiungsbewegungen in Australafrika, gingen die imperialistischen Länder zu einer offenen Politik der Unterstützung der dortigen Minderheitsregierungen über ; was bisher mit einer gewissen "Verschämtheit" geschah, wird nunmehr offen und allen sichtbar betrieben. Auf der im Januar 1971 in Singapur abgehaltenen Konferenz der Premierminister der Commonwealthländer verkündete Großbritannien, es werde das Waffenembargo gegenüber Südafrika beenden; Frankreich plant in den Jahren 1970 bis 1974 die Rüstungslieferungen an Südafrika auf 1 Mrd. Francs zu erhöhen. (5)

Auch Rhodesien gegenüber ist England bereit, seine Beziehungen zu normalisieren. Anläßlich der NATO-Konferenz in Lissabon beteuerte das englische Außenministerium, Sir Alec Douglas Home werde dort nicht mit dem inoffiziellen rhodesischen Botschafter in Lissabon, Oberstleutnant Knox, zusammentreffen. Tatsächlich nahm er jedoch über portugiesische Mittelsmänner Kontakt mit Knox auf und konnte ihm versichern, die Regierung Heath werde den Sanktionen gegen Rhodesien ein Ende setzen, sobald das Problem des britischen EWG-Beitritts gelöst sei. (6) Dieser Schritt würde gleichzeitig bedeuten, daß Portugal die Möglichkeit erhält, die Pipeline Beira-Umtali, die seit der Errichtung des Erdölembargos gegen Rhodesien im Jahre 1965 stillliegt, wieder zu eröffnen. Der Verkehr des Hafens Beira ist seit 1965 von 4,3 auf 2,8 Mill. t gesunken.

Aber auch auf andere Weise erhält Portugal in seinen Kolonien Unterstützung: nicht nur, daß die Industrieländer der westlichen Welt nach gewissem Zögern nun-

---

(2) F. Chenu, Difficile Naissance ... , in: Temps Modernes, no. 36/1970, S. 911 und: Le Monde vom 29.8. 1970.

(3) Siehe hierzu: Aquino Bragança, Londres a choisi, in: Africasia no.45, Juli/August 1971.

(4) Sunday Times vom 27.2.1966.

(5) Le Monde vom 28.8.1970. Für eine detaillierte Darstellung der französischen Waffenlieferungen an Südafrika siehe: Sechaba, London, Vol. 5, no.7 vom Juli 1971.

(6) Aquino Bragança, Londres a choisi, in: Africasia no. 45, Juli/August 1971.

mehr in erhöhtem Ausmaß in den portugiesischen Kolonien investieren, auch die rein militärische Unterstützung hat zugenommen. Seit Mai 1970 benutzt die portugiesische Luftwaffe in Angola die gleichen Entlaubungsmittel und Herbizide, die die USA in Vietnam einsetzen (7). Es Handelt sich um :

- 2,4-D (2,4 Dichlorphenoxyessigsäure)
- 2,4,5T (2,4,5 Trichlorphenoxyessigsäure)
- Kakodylsäure
- Picloram (von der Dow Chemical Company unter dem Handelsnamen Tordon hergestellt).

die alle die verheerendsten Wirkungen nicht nur auf Pflanzen, sondern auch auf Tiere und Menschen haben. (8)

Die USA exportierten im Jahre 1969 Giftstoffe dieser Art im Wert von rund 24. 000 Pfund Sterling nach Portugal 1970 wurden in elf Monaten bereits Importe dieser Art im Wert von 95. 000 Pfund Sterling registriert. In einem UNO-Bericht heißt es, daß nach Aussage eines Zeugen diese auch in Vietnam verwandten Kampfstoffe aus der Bundesrepublik stammen : " Dr. Anna Wilson berichtete der Gruppe (dem 5-köpfigen Untersuchungsausschuß der UNO - Anm. der Verf.), daß sie die von den Portugiesen verwandten Chemikalien auf ihre Zusammensetzung hin untersucht habe ; sie sagte aus, daß diese Chemikalien aus der BRD stammten." (9) Daß in der Bundesrepublik tatsächlich Kräfte zugunsten einer offeneren Unterstützung des weißen Blocks in Australafrika vorhanden sind, kam deutlich zum Ausdruck, als Franz J. Strauß während einer Reise, die er im April und Mai dieses Jahres nach Südafrika und in die portugiesischen Kolonien unternahm, Südafrika Waffenlieferungen versprach, sobald die CDU an die Macht käme. (10)

Für alle imperialistischen Länder sprach der Präsident der Vereinigten Staaten, als er feststellte, sein Land werde es nicht dulden, daß die Minderheitsregierungen im südlichen Afrika mit Gewalt gestürzt würden. " Im Hinblick auf diese Haltung sieht der amerikanische Soziologe I. Wallerstein in Australafrika eine Wiederholung des Vietnamkrieges voraus, bei der die USA den Hauptmotor im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen darstellen. Dieser langwierige Krieg im südlichen Afrika könnte die Fundamente des Weltsystems in bisher nicht erreichtem Ausmaß bedrohen". (11)

1965 betonte der amerikanische Oberst Donald Humphries "the moral responsibility of Western countries to help the nations of Africa find a peaceful African solution to the colonial and racial problems". Hier, wie in allen anderen Fällen, spricht der Imperialismus von Frieden, liefert aber Waffen ! Die Bildung wirtschaftlicher Brücken zwischen Schwarz und Weiß in einem kontrollierten Afrika dient der Intensivierung des Einflusses der westlichen Industrieländer in diesem Kontinent mittels multinationaler Konzerne, für deren Finanzkraft die "Weiße Macht" in Australafrika eine wichtige Rolle spielt.

Für das Verständnis der im folgenden dargestellten Bemühungen, die die imperialistischen Länder und einige afrikanische Staaten in den letzten Monaten zugunsten des Zustandekommens eines Dialogs zwischen Afrika und den weißen Minderheitsregierungen in Australafrika unternommen haben, ist es erforderlich, zuerst auf den Stellenwert der südafrikanischen Wirtschaft innerhalb des imperialistischen Lagers und in Afrika einzugehen.

TEIL 1 : SÜDAFRIKA ALS WIRTSCHAFTSMACHT

Es ist bezeichnend für Südafrika, wie schnell die Kapitalisierung des Landes vorangetrieben wurde, daß die kapitalistische Entwicklung zu einer Industrialisierung führte und daß die SAR heute als einziger afrikanischer Staat über eine Schwerindustrie verfügt. (12). Diese Entwicklung wurde vor allem von 3 Faktoren begünstigt, erstens von den reichen Vorkommen an Bodenschätzen, die auch historisch schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt zur Kapitalisierung des Landes führten; zweitens von der damit verbundenen Verfilzung der südafrikanischen Bourgeoisie mit dem internationalen Kapital und schließlich von dem hohen Grad direkter staatlicher Interventionen in dem Produktionsbereich.

Über die Bedeutung Südafrikas als Rohstofflieferant und Investitionsfeld der imperialistischen Länder wird noch zu sprechen sein; die SAR verfügt über einen wesentlichen Teil der Mineralienvorräte der kapitalistischen Welt. Die Abhängigkeit der Metropolen von den Rohstoffimporten aus der Dritten Welt und den Halbmetropolen (wie der SAR) steigt ständig. Die Ursache dafür liegt einmal in dem Gebrauchswertcharakter der Waren; die Rohstoffe der Dritten Welt sind für die Reproduktion der Metropolen lebensnotwendig. Zum anderen bietet sich die Möglichkeit, relativ überschüssiges Kapital zu exportieren und in der SAR zu einer überdurchschnittlichen Profitrate anzulegen. Hinzu kommt, daß die Verkaufspreise der südafrikanischen Rohstoffe wegen extrem niedriger Produktionskosten sehr niedrig sind und damit, da sie in die Produktion von Waren eingehen, die Profite zusätzlich indirekt steigern. Die überdurchschnittliche Profitrate und wachsende Profitmasse erhöhen zwar wiederum die Menge des relativ überschüssigen Kapitals, doch den daraus erwachsenden Verwertungsschwierigkeiten wirken tendenziell andere Faktoren entgegen: die ständige Expansion des südafrikanischen Marktes und damit die Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten.

Die staatlichen Interventionen umfassen Eingriffe in den Arbeitsmarkt (Apartheidpolitik) und die staatliche Induzierung der Produktion in den Schlüsselindustrien.

1. ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER APARTHEID

Auf den ersten Blick scheint das System der Apartheid

(7) The Economist, Feb. 1971 und "Threats to Ecology of Southern Africa", Republic of Zambia - Information and Tourist Bureau for Western Europe, Rom, 23. Juni 1971.

(8) Kommuniqué der MPLA vom 13.10.1970.

(9) UNO-Dokument E/CN. 4/1050, S. 197f. in: AIB Nr. 8, August 1971.

(10) Die Zeit vom 14.5.1971.

(11) in: Mário de Andrade u. Marc Ollivier, La guerre en Angola, Paris 1971, S. 146-47.

(12) z.B. sank der Anteil der Land-, Forst- und Fischereiproduktion von 21,6% in den Jahren 1917/18 auf 11,8% in den Jahren 1937/38 (Hamer, Die Industrialisierung Südafrikas seit dem zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1964, S. 5 und Industrialization ..., a.a.O., S.9).

"der institutionalisierte Ausdruck eines Rassen-Antagonismus" zu sein (13). In Wirklichkeit ist aber die Apartheid nur ein besonderes System der Ausbeutung,"das es den Afrikanern unmöglich macht, etwas anderes als billige Arbeitskräfte zu sein" und das ihnen die Bedingungen aufzwingt,"zu denen sie ihre Arbeit auf dem 'Markt'" anbieten müssen (14). Diese Bedingungen sind so repressiv, daß die Löhne nicht einmal die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ermöglichen. Das durchschnittliche Familieneinkommen betrug 1966 in Johannesburg R 46, 31 (= 239 DM), während das Existenzminimum der gleichen Familie R 55,57 (= 287 DM) betrug (15).

Während die Schwarzen 68% der Bevölkerung (und 60% aller Erwerbspersonen) stellten, die Weißen dagegen nur 19,2% (23,2%) entfielen auf die Schwarzen nur 18, 8% des gesamten Volkseinkommens bzw. 74% auf die weiße Bevölkerung. (16)

Das beständige Herunterdrücken des Arbeitslohns unter den Wert der Arbeitskraft war eine der wichtigsten Ursachen für die rasche Kapitalakkumulation der SAR. Gestützt durch einen entsprechenden juristischen Überbau, der die Abschaffung des "doppelt freien" Arbeiters bedeutete , und die Spaltung der Arbeiterklasse in ein verelendetes schwarzes und ein korrumpiertes weißes Proletariat, konnte die ungeheure Akkumulation von Kapital relativ ungestört vorangetrieben werden.

Die Spaltung der Arbeiterklasse basiert auf dem faschistischen Bündnis der Bourgeoisie mit den weißen Arbeitern, denen die "qualifizierten" und hochbezahlten Jobs vorbehalten bleiben, und die zumeist leitende oder anleitende Funktionen ausüben. Allein die drohende Konkurrenz der schwarzen Arbeiter genügte bislang, die Masse des weißen Proletariats fest an die Bourgeoisie zu ketten. Unterstützt wird die Abhängigkeit von einer rassistischen Ideologie (17).

Die Spaltung der Arbeiterklasse birgt aber einen dauernden Widerspruch in sich, den das Kapital nicht ohne eine folgenschwere Änderung seines Verhältnisses zum weißen Teil der Arbeiterklasse überbrücken kann. Kapitalakkumulation bedeutet im allgemeinen nicht nur Akkumulation von vergegenständlichtem Kapital, sondern auch von lebendigem Kapital, d.h. von Arbeitskräften. Will die Bourgeoisie nicht die Privilegien weißer Arbeiter drastisch abbauen, ist sie auf die Immigration weißer Arbeiter angewiesen. Der Zustrom weißer Arbeiter ist aber keineswegs ausreichend, so daß immer mehr schwarze Arbeiter beschäftigt werden müssen und zwar auch in Jobs, die bisher ausschließlich Weißen vorbehalten waren. Daher nehmen ständig die Konfliktmöglichkeiten zwischen dem Kapital und dem privilegierten Teil der Arbeiterklasse zu. Die zunehmende Beschäftigung von Schwarzen stößt aber nicht nur auf diese Weise auf ihre Grenzen. Hinzu tritt, daß ein Großteil der Schwarzen nur weniger produktive Arbeit leisten kann, weil sie systematisch von allen Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung ausgeschlossen sind.

Der Anteil der Weißen an den in der Industrie Beschäftigten sank beständig von 35% im Jahre 1935 auf 26% im Jahre 1956 und ca. 23-24% im Jahre 1969 (18). Diese Entwicklung weicht die Grundlage des Bündnisses auf und gefährdet die privilegierte Stellung des weißen Proletariats.

Die augenblickliche Regierungspartei versucht, dieser Tendenz durch eine permanent wachsende Diskriminierung des schwarzen Proletariats zu begegnen, während die Oppositionspartei die Kapitalinteressen an mehr Facharbeitern in den Vordergrund stellt und zu einer Lockerung der Apartheidsgesetze neigt; dieser Weg würde aber unmittelbar wieder den Klassengegensatz zwischen den weißen Proletariern und der Bourgeoisie verschärfen. Zu welcher Taktik sich auch immer die Bourgeoisie entschließen wird, sie wird nur über die besondere Ausprägung des Grundwiderspruchs entscheiden, nicht aber über seine Lösung. Denn die Alternative ist die: entweder Verschärfung der Apartheid, der Ausbeutung der Schwarzen, was aber die Befürchtungen der Bourgeoisie über eine Revolution, die "zum schrecklichsten Blutvergießen" (19) führen könnte, und ein antikapitalistisches Südafrika verstärkt; oder aber Lockerung der Apartheid und Entprivilegisierung des weißen Proletariats, was die Gefahr einer Vereinigung der weißen und schwarzen Arbeiterklasse heraufbeschwört. Dieser Konflikt wird in der bürgerlichen Presse nur noch verzerrt als Zielkonflikt möglicher Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts wiedergegeben. So schreibt das Handelsblatt:
"Hinsichtlich der weiteren Wirtschaftspolitik stehen sich zwei Ansichten gegenüber: die eine, die für verstärkte Zulassung und höhere Bezahlung afrikanischer Arbeitskräfte, vor allem aber für Aufhebung der Kreditrestriktionen eintritt und die andere - die Regierungsseite - die ein langsameres Wachstum, geordnete Eingliederung (!) der schwarzen Arbeitskräfte, Kreditbeschränkungen auch auf Kosten von Profiten für richtig hält" (20).

Die beiden großen Parteien sind sich wohl einig darüber, daß die Privilegierung der weißen Arbeiter ein Ende nehmen muß. Meinungsverschiedenheiten gibt es nur darüber, in welcher Form dies geschehen soll.

2. DIE NATIONALPARTEI UND DAS STAATSKAPITAL

Die Interessengegensätze der beiden derzeit größten Parteien, der Nationalpartei und der Oppositionspartei Vereinigte Partei, wurden historisch geprägt durch den Kon-

(13) Unit on Apartheid, Industrialization, foreign Capital und forced Labour in South Africa, New York, 1970, S. 25, 28.

(14) ebenda, S.36.

(15) A. Hepple, Workers under Apartheid, London 1969, in: Industrialization ..., a.a.O., S.17.

(16) Industrialization ..., a.a.O., S.13/15.

(17) Vgl. auch: Bonn-Pretoria, Berlin DDR 1967; die Verfasser weisen nach, daß wesentliche Elemente der heutigen Apartheidsideologie und -praxis von den Nationalsozialisten übernommen wurden.

(18) Quellen: Union Statistics For Fifty Years (149), Tab. 6-7, bzw.: BfA-Mitteilungen, Weltwirtschaft zur Jahresmitte Südafrika 1970, Okt. 70, S.3.

(19) So der Erzbischof von Canterbury auf einer Konferenz der Anglikanischen Kirche in Nairobi (Kenia), FR. 23.2. 1971.

(20) Handelsblatt vom 2. Dez. 1970, "Südafrika muß den Boom zügeln".

flikt zwischen dem burischen Farmerkapital und dem englischen Industriekapital. Das Farmerkapital war in hohem Maße auf Zwangsarbeit angewiesen. Der wichtigster Exportartikel war Wolle. Wolle ist aber auf dem Weltmarkt stark schwankenden Preisen unterworfen (21), die zum Bankrott vieler Farmer führten. Agrarkrisen hatten im Laufe der Zeit ein ständig wachsendes weißes Proletariat geschaffen, das sich in den Ballungszentren der Industrie ansiedelte. Dieses Proletariat versuchte in den zwanziger Jahren in Arbeitskämpfen Privilegien gegenüber den Schwarzen durchzusetzen. Die Nationalpartei verbündete sich mit ihnen, indem sie ihre Forderungen unterstützte. Das Ziel dieser Partei war die Unabhängigkeit vom englischen Kapital und damit verbunden der Austritt aus dem Commonwealth. 1924 errang die Nationalpartei unter Führung von General Hertzog, der 1912 aus dem ersten südafrikanischen Kabinett "wegen seines glühenden anti-britischen Nationalismus" (22) entlassen worden war, einen ersten Wahlsieg.

Die Nationalpartei hatte damit die politische Macht errungen, jedoch nicht die ökonomische. Zwar vertrat sie den Großteil des Farmerkapitals, aber das englische Kapital war weitaus stärker (23). Diesem Mangel versuchte man nun mit Hilfe des Staatsapparates abzuhelfen. 1928 wurde die South African Iron and Steel Industrial Corporation Ltd. (Iscor) auf Grund eines Gutachtens einer Kommission der "Gutehoffnungshütte" durch Gesetz gegründet, und sie nahm 1934 die Produktion auf (24). Später wurden noch die beiden Tochtergesellschaften AMCOR und USCO ins Leben gerufen. ISCOR-Stahlwerke erwiesen sich als ein wichtiger Grundstock für die Industrialisierung Südafrikas und vor allem für die nach 39 - unter der Vereinigten Partei - einsetzende Rüstungsproduktion (25). Als 1948 die Nationalpartei wieder die politische Macht errang, wurden neue, unter staatlicher Kontrolle stehende Gesellschaften wie die SASOL (Chemie), gegründet. Die SASOL wurde unter maßgeblicher Beteiligung deutschen Kapitals gebaut. "Anfängliche Hindernisse von US- und Britischen Chemie- und Öl-Trusts wurden mit Hilfe von Verbindungen der Deutschen Bank mit einem internationalen Finanz-Konsortium und durch den Einschluß von Lizenzen der Kellog Company, New York, überwunden. Die Experten kamen aus Deutschland, einschließlich der Giftgas-Spezialisten und Raketen-Treibstoff Spezialisten. Dr. Felix Prentzel, Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, fungierte als Organisator, Berater und als Verbindungsmann." (26). Heute ist die SASOL das größte Einzelunternehmen der chemischen Industrie. Ebenfalls zu diesem Sektor gehört die KOP, bei der die südafrikanische Regierung "eine glückliche Hand bewies ..., als sie bei Kriegsende das Kampfgaswerk "Klipfountein Organic Products" (KOP) in eines der größten Desinfektionsmittelwerke der Welt umwandelte." (27). Wie schnell die Produktion derartiger Unternehmen wieder umgestellt werden kann, dürfte hinreichend bekannt sein.

Die "Phosphate Development Corporation Ltd" (FOSCOR), ein weiteres Staatsunternehmen, deckt fast den gesamten Bedarf des Landes an Phosphor.

Auf die schon erwähnte ISCOR entfällt heute 77% (28) der südafrikanischen Stahlerzeugung. Da dieses Unternehmen vom Bergbau, der die Arbeiter mit äußerst niedrigen Löhnen abspeist, bis hin zu den Walzwerken, über alle notwendigen Produktionsmittel verfügt, gehören ihre Stahlpreise zu den niedrigsten der Welt.

Außer mit der Gutenhoffnungshütte und Demag arbeitet ISCOR auch eng mit den Farbwerken Hoechst AG zusammen, mit denen sie 1968 die Heavy Media Materials Ltd (29), und mit Klöckner, mit der sie die S.A.Kloeckner Ltd. gründete (30).

Größter Elktrizitätslieferant ist die staatliche "Electricity Supply Commission" Escom, die 80% des südafrikanischen Energiebedarfs deckt. Die AEG lieferte 1965 Generatoren für weit über 100 Millionen DM an die Escom. (31). 1965 vermittelte die Deutsche Bank eine 50 Mio. DM-Anleihe (32). In diesem Jahr erhielt die Steinmüller GmbH für die Lieferung von Dampferzeugern einen Auftrag in der Höhe von 350 Mio. DM (33).

Die Industrial Development Corporation Ltd. (IDC) hat die Aufgabe, "die Gründung von neuen und die Entwicklung von existierenden Unternehmen zu fördern" (34).

---

(21) Die folgende Tabelle zeigt die Preisentwicklung für Wolle für die Zeit nach dem ersten Weltkrieg:

Jahr	1920	1921	1922	1924	1926
Preis d/lb:	29,30	7,90	11,93	20,40	13,93

1929	1930	1931	1932	1933
11,81	7,36	6,40	4,20	4,20

Quelle:
K. Blank, Die Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und Deutschland, Bonn 58, S.13.

(22) M. Benson, The Struggle For Birthright, London 1966, S.28.

(23) Diese Einschätzung ist nicht ganz genau. Eines der größten Industrieunternehmen der SAR, die Ruperts Rembrandt Group (heute über 25% Beteiligung an der Brinkmann AG in Bremen) gehört zum "Burenkapital".

(24) E. Hamer, die Industrialisierung Südafrikas, a.a.O., S. 58.

(25) Hertzog trat am 4.9. 1939 vom Amt des Ministerpräsidenten zurück, weil das Parlament eine Neutralitätserklärung für das Deutsche Reich ablehnte; sein Nachfolger, der proenglische General Smuts, erklärte Deutschland den Krieg.

(26) Bonn-Pretoria, a.a.O., S.22.

(27) E. Hamer, a.a.O., S.62.

(28) Außenhandelsblätter der Commerzbank, Nr. 12/70, S.3.

(29) South Africa, Barclays Bank, London, Sept. 69, S.49.

(30) Rand Daily Mail, 24. Okt. 1966. Über die drei großen deutschen Banken wurde zudem dieses Jahr eine 100 Mio. DM Schuldverschreibung auf den Markt gebracht. Vgl. Handelsblatt, Anzeige, datiert vom 25.5.71, und: Handelsblatt vom 29.9.70.

(31) Monatsbericht aus Südafrika, hrsg. von der SAR-Botschaft in der BRD.

(32) Daily Mail, 1.10.65.

(33) Handelsblatt, 19.1.71.

(34) South Africa, a.a.O., S.50.

Inzwischen wurden schon Gesuche mit einer Gesamthöhe von R 689 (ca. 3,62 Mrd. DM) (35) genehmigt. U.a. unterstützte sie die SASOL und die FOSCOR.

Der Staat ist damit zum wichtigsten Investor geworden. Mehr als die Hälfte der Investitionen wurden in letzter Zeit von ihm getätigt. Sie wuchsen zwischen 1961 und 68 um 308%, während die privaten Investitionen nur um 84% zunahmen (36). Daraus läßt sich aber nicht schließen, daß dem privaten Kapital die Verfügung über einen zunehmenden Teil der Produktionsmittel verschlossen bliebe. Im Gegenteil, der riesige Kapitalbedarf kann nur über den Kapitalmarkt des internationalen Finanzkapitals gedeckt werden. Die staatliche Tätigkeit erstreckt sich hier vor allem auf die Gründung einer besonderen Form der Aktiengesellschaft, die im Gegensatz zu den privaten Gesellschaften die Anteilscheine "unter der unwiderruflichen und unbedingten Garantie der Republik Südafrika" (37) ausgibt. Damit werden eventuelle Mißerfolge "vergesellschaftet" auf Kosten der Arbeiterklasse und der gesamten Kapitalistenklasse. Nur auf diese Weise war es möglich, das internationale Kapital zu bewegen, in die Erschließung der Schlüsselindustrie mit ihrem hohen Kapitalbedarf zu investieren. Diese Verfilzung des "staatlichen" Kapitals mit dem Finanzkapital konnte nicht ohne Folgen auf die bisherige Feindschaft der "Nationalpartei" mit dem englischen Kapital bleiben: "In den vergangenen Jahren haben Realisten an der Spitze der Angol-American Corporation und anderer Oppenheimer-Unternehmen ihre eigenen Schlüsse gezogen und ließen führende Repräsentanten des Buren- und Staatskapitals zu den 'Boards of Directors' der alten Trusts zu; sie verstärken ständig die Kooperation". (38). Mit ISCOR kam die Anglo-American zu einem Agreement. "Die Deutsche Bank unter Abs unterstützte ISCOR in einer solchen Transaktion mit Oppenheimer durch die Garantie eines 5o Mio. DM Kredits". (39).

Das große staatliche Engagement war eine der Ursachen für die ungewöhnlich schnell e kapitalistische Entwicklung Südafrikas. Die Abhängigkeit der SAR von den Metropolen hat sich aber nicht gelockert. Sie ist auf die Importe bestimmter Waren angewiesen und wird von den Monopolen der Metropolen beherrscht. Seine Bedeutung für die imperialistischen Länder wächst beständig, nicht nur als Rohstofflieferant, sondern vor allem als Stützpunkt für die kapitalistische Eroberung Afrikas und als Garant eines kapitalistischen Afrikas.

3. DIE HANDELSBEZIEHUNGEN DER SAR MIT DEN IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Für die Entwicklung der südafrikanischen Wirtschaft war die Entdeckung der Goldfelder am Witwatersrand in den Jahren 1885-87 von überragender Bedeutung. Das englische Kapital finanzierte die Ausbeutung der Goldvorkommen. Schon 1926 betrug der südafrikanische Anteil an der Weltproduktion 51% (40). Bedeutendster Goldproduzent ist die Anglo-American Corporation Group, die hauptsächlich in der Hand englischen und amerikanischen Kapitals ist.

Die Rentabilität der Goldminen wird entscheidend durch den offiziellen Goldpreis (von 35 Dollar pro Feinunze Gold) des IWF bestimmt. Erst mit der Spaltung des Goldmarktes und einem neuen Abkommen mit dem IWF (41) hoffte Südafrika seinen Spielraum für Goldverkäufe zu erweitern. Doch fand weder die immer wieder vorgetragene Forderung nach einer Erhöhung des offiziellen Goldpreises im Vertrag mit dem IWF seinen Niederschlag, noch bildete sich auf dem freien Goldmarkt ein höherer Preis heraus. Nicht zuletzt führte die faktische Fixierung des Goldpreises zu einem Sinken der Profite; hinzu kommt noch, daß in vielen Minen die Ausbeutung durch den fortschreitenden Abbau erschwert wird oder daß die Vorräte völlig abgebaut sind. Die Goldförderung geht daher mehr und mehr zurück zugunsten der Uranförderung. Die Anwendung des Urans für militärische Zwecke und die Tatsache, daß die Kernkraftwerke seit Mitte der 60er Jahre in der Lage sind, rentabel zu arbeiten, rükken die Urangewinnung in den Mittelpunkt strategisch-politischer sowie wirtschaftlicher Interessen (42).

Der Anteil Südafrikas an der Urangesamtproduktion der westlichen Welt beträgt ca. 20% (43). Die gesicherten Vorkommen mit einem Preis von weniger als 10 Dollar betragen fast 25% der F unde der kapitalistischen Welt (44).

Südafrika exportiert an Mineralien weiterhin Schmuck- und Industriediamanten, Vanadium, Titan, Eisen-, Blei-, Zink- und Chromerze, Kupfer und Platin. Die Vorräte an Titan und Vandium im "Transvaaler Bushveld" zählen zu den größten der Welt. Der Durchschnittsgehalt der abgebauten Eisenerze gehört mit 60 bis 65% zu den höchsten der Welt (zum Vergleich: BRD, 30%). Die Kohlenvorräte machen mit 75 Mrd. geschätzen Tonnen 80% der bekannten Reserven Afrikas aus. Der Anteil aller mineralischen Rohstoffe am Gesamtexport betrug zwischen 1957-66 durchschnittlich über 25 % (45), wobei allerdings eine sinkende Tendenz festzustellen ist.

Die SAR steht heute an 19. Stelle (ohne Gold) der Welthandelsländer und an 16. Stelle mit Gold (47). Die stark expandierende Wirtschaft, die eine der höchsten Wachs-

---

(35) Ebenda, S.50.

(36) Handelsblatt, Anzeige datiert vom 25.5.71.

(37) BSA-Mitteilungen, März 70, Weltwirtschaft am Jahreswechsel Südafria, S.2.

(38) Bonn-Pretoria, a.a.O., S.19.

(39) Ebenda, S.21.

(40) Vgl. Blank, a.a.O., S.21.

(41) Handelsblatt vom 8.9.70 und BfA-Mitteilungen, März 1970, Weltwirtschaft am Jahreswechsel - Südafrika, S.2.

(42) Zu den westdeutschen Interessen an der Urangewinnung, besonders in Namibia, das südafrikanischer Kontrolle untersteht, siehe: Eduardo Ferreira, Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie - Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals, in: Neues Rotes Forum 2/71.

(43) Bonn-Pretoria, a.a.O., S.10.

(44) Ressources d'Uranium - estimations rêvisées, déc.67.

(45) Industrialization ..., a.a.O., S.48.

(46) entfällt

(47) BfA-Mitteilungen, Kurzmerkblatt Südafrika, Juni 70, S.4.

tumsraten der Welt aufzeigt (48), schuf den größten afrikanischen Markt für die Waren der imperialistischen Staaten. Der Anteil der Exporte des United Kingdom nach SA am Gesamtexport betrug 1968 etwa 4,1%, der der USA ca. 1,3%, BRD ca. 1,4%, Japan 1,3%, Italien 1,1% (49). Für die BRD heißt das, daßdie Exporte nach SA etwa die gleiche Höhe wie nach Japan erreichten (50).

Die einheimische Produktion deckt nur 44% des Bedarfs an Fertigwaren. In besonderem Maße ist die SAR auf den Import von Investitionsgütern angewiesen (ca. 50% der Importe; der Anteil der Konsumprodukte macht nur 6-8% aus). Betrachtet man nur den Aussenhandel mit den imperialistischen Industriestaaten, weist er eine für die Länder der Dritten Welt typische Struktur auf: Die Importe bestehen zum größten Teil aus Investitionsgütern, während Rohstoffe und arbeitsintensive Fertigwaren den Hauptbestandteil der Exporte ausmachen (51).

Der Export der SAR betrug im Jahre 1968 nach dem United Kingdom ca. 32 % (EFTA 33%), in das übrige Afrika 16,5%, nach Japan 14%, USA 7%, BRD 7% (EWG 18%) (52). Würden die Statistiken entgegen den südafrikanischen Geflogenheiten nicht nach Käuferländern, sondern nach Verbrauchsländern geordnet, läge der Prozentsatz für die BRD bei 13% (53). Bei den Importen liegt das United Kingdom mit ca. 24% der südafrikanischen Importe an der Spitze, gefolgt von den USA (18%), der BRD (13,5%), dem übrigen Afrika (6,5%) und Japan (6%).

Die Leistungsbilanz (Exporte von Gütern und Dienstleistungen minus Importe) weist seit Jahren ein Defizit auf, sofern man die Goldexporte außer Betracht läßt. Die Defizite konnten bis 1963 durch den Goldexport ausgeglichen werden, dessen Anteil am Gesamtexport 1968 über 51% betrug; jedoch sinkt seine Bedeutung wegen des schnelleren Wachstums anderer Exportindustrien. Diese Defizite entstanden, obwohl die SA-Industrie viele Importwaren durch einheimische Produkte substituieren konnte. Dieser langfristige Trend wurde aber mehr als kompensiert durch zwei andere Faktoren. Auf der einen Seite benötigte die Industrie infolge der hohen Akkumulationsrate hochwertige Investitionsgüter, die in SA noch nicht produziert werden. Auf der anderen Seite schafft die große Wachstumsrate der SAR-Wirtschaft einen ständig wachsenden Bedarf an Importwaren. Verschärfend tritt noch die Abhängigkeit von Importen an Rohstoffen und Energie hinzu. In den 10 Jahren zwischen 1957 und 1966 hat sich ihr Anteil an den Importen von 9,1% auf 13% erhöht (54). Über 15% der Energieversorgung müssen bereits importiert werden (55).

4. DIE INVESTITIONEN DER METROPOLEN

Größter Kapitalexporteur ist England seit Ende des 19. Jahrhunderts nach der Entdeckung von riesigen Rohstoffvorkommen an Gold und Diamanten, womit die kapitalistische Ausbeutung großen Stils begann. Im Jahre 1899 zog England seine Truppen aus dem mittleren Osten zusammen, um seine Kapitalinteressen gegen die burischen Unabhängigkeitsbestrebungen durchzusetzen. Diesen ersten imperialistischen Krieg im Süden Afrikas verloren die Buren.

1902 erhielten im Frieden von Vereeniging die burischen Republiken den Status von Kronkolonien (56). Damit war der Teil Afrikas mit den größten Rohstoffschätzen vorläufig fest in der Hand Englands. Nachdem 1910 die Südafrikanische Republik proklamiert wurde und den Status eines Dominions erhielt, konnten auch die anderen imperialistischen Staaten Kapital nach SA exportieren. Am stärksten engagierte sich fortan das amerikanische Kapital, daß 1917 vor allem über die Anglo-American Corporation of SA zunehmenden Einfluß auf die Wirtschaft nahm.

Im einzelnen verteilte sich der Kapitalexport der wichtigsten Länder auf (57):

	United Kingdom			USA			Frankreich			Schweiz			BRD		
	pr	st	ges	pr	st	ges	pr	st	ges	pr	st	ges	pr	st	ges
1964	53,9	6,8	60,7	10,8	1,1	11,1	5,4	0,2	5,6	3,7	0,8	4,4	-	-	-
1965	51,6	7,3	58,9	10,2	1,6	11,8	5,0	0,8	5,9	3,6	1,0	4,6	-	-	-
1966	50,4	6,8	57,3	11,8	1,3	13,1	4,8	0,5	5,2	3,4	0,9	4,3	2,5	0,5	3,0

pr = privat, st = staatlich, ges = gesamt

(48) Sie betrug zwischen 62 - 69 durchschnittlich 9,9% nominal und real 5,8 % (in Preisen von 1958). Vgl.: Industrialization ..., a.a.O., S.7.

(49) Vgl.: Industrialization ..., a.a.O., S. 57.

(50) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Feb. 70, S. 66.

(51) Ein anderes Bild ergibt die Struktur des südafrikanischen Außenhandels mit der Dritten Welt. Die SAR exportiert nach diesen Ländern zu einem großen Teil Fertigwaren und importiert Rohstoffe und -produkte.

(52) Nach: Industrialization ..., a.a.O., S.54/55.

(53) Ein bedeutender Teil der SAR-Exporte für die BRD wird also über Drittländer abgewickelt.

(54) Industrialization ..., a.a.O., S.49.

(55) Ebenda, S.41. Vgl. auch: Eduardo Ferreira, Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien, Rotes Forum 3/70 und Namibia ..., Neues Rotes Forum 2/71.

(56) Afrika, von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Frankfurt/M, 1966, S.194 f.

(57) Industrialization ..., a.a.O., S. 70. Die Daten für die BRD für die Jahre 64/65 sind nicht verfügbar.

Die Bedeutung der BRD als Kapitalexportland ist damit wesentlich geringer als die des Handelslandes. Tatsächlich liegen aber die Investitionen höher als dies die offiziellen Statistiken erkennen lassen. Eine der Ursachen dafür liegt, wie G. Windrath von der 'Commerz Bank' erklärte, in der besonderen Geschäftspolitik deutscher Banken, den größten Teil ihres ausländischen Geschäfts über ausländische Banken, wie etwa die Société Financière pour les Pays d'Outre-Mer (SFOM) in Genf, abzuwickeln (58). Hinzu kommt, daß deutsche Industrieunternehmen und Banken (59) einen Teil ihrer Investitionen über ausländische Holdings, Tocher- und Beteiligungsgesellschaften tätigen. Außerdem werden bei Verkauf von Investitonsgütern Kredite gewährt, die nach einer gewissen Zeit in stille Teilhaberschaften (silent partnerships) umgewandelt werden. Da nur ein geringer Teil des südafrikanischen Handelsbilanzdefizits mit der BRD durch den Goldexport ausgeglichen werden kann, läßt sich ungefähr der durch den Warenkredit versteckte Kapitalexport abschätzen (60). Aber selbst bei Berücksichtigung dieser Zahlen bliebe der Anteil der BRD verglichen mit dem Kapitalexport der USA oder gar Englands gering.

Die Profitraten der südafrikanischen Industrie gehören zu den höchsten der Welt. Verwendet man das Verhältnis des Ertrages einer Direktinvestition zu dieser Investition selbst als Indikator für die Profitrate, so zeigt sich, daß das US-Kapital in der Südafrikanischen Republik zeitweise bis zu 100% höhere Profitraten produziert als in den USA selbst: (Tabelle 2)

Die entsprechenden Erträge für englisches Kapital betrugen (61):

	1960	1961	1962	1963	1964	1965
SAR	10,3	10,4	12,1	12,9	14,8	12,1
in der ganzen Welt	8,2	7,4	7,6	8,1	8,5	8,4

Eine vergleichbare Statistik wird in der BRD nicht veröffentlicht. Nach den Worten des Geschäftsführers der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, Dr. Fischer, soll aber die Ertragsrate 20% betragen (62). Die Volkswagenwerke in Südafrika zahlten in den letzten Jahren regelmäßig eine Dividende von 30%, 1968 und 1969 betrug sie sogar 45% (63).

5. DIE EXPANSION DES SÜDAFRIKANISCHEN KAPITALS

Mit zunehmender Kapitalakkumulation stößt in der SAR das Kapital auf die Grenzen des inneren Marktes. Der raschen "Entwicklung" wirkt hemmend, wie in jedem kapitalistischen Land, die mangelnde Kaufkraft der Lohnabhängigen entgegen. Die Errichtung immer neuer Produktionskapazitäten führt zu einer ständig steigenden Masse an Gebrauchswerten, die sich an einem gewissen Punkt im nationalen Rahmen nur noch absetzen läßt, wenn die effektive Nachfrage der Arbeiterklasse erhöht wird. Höhere Löhne senken unweigerlich die Profitrate, solange die steigenden Lohnkosten nicht durch höhere Warenpreise kompensiert werden können. Diese Möglichkeit, nämlich die Preise zu erhöhen, ohne die reale Kaufkraft der Lohnabhängigen zu stärken, steht nur einzelnen Kapitalisten, nicht aber der gesamten Kapitalistenklasse zur Verfügung; denn die gleichmäßige Erhöhung aller Preise einschließlich des Preises der Arbeitskraft ändert die Verteilung des Gesamtprodukts zwischen Arbeit und Kapital nicht, und damit läßt sie auch die reale Kaufkraft der Lohnabhängigen unberührt. In dieser Situation senkt jede zusätzliche Anlage von Kapital die Rentabilität des Gesamtkapitals. So verstanden ist der Markt "zu klein".

Es ist eine Erscheinungsform des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital und daher auch kein spezifisch südafrikanisches Problem, das durch die besonders niedrigen Löhne der Schwarzen entsteht (64). Die Angleichung der Löhne der Schwarzen würde den Widerspruch nicht lösen, sondern wahrscheinlich nur zum Bankrott vieler Kapitalisten führen (65). Den mit der Krise erfolgenden Zusammenbruch

(58) Bonn-Pretoria, a.a.O., S.14.

(59) So haben sich die Deutsche Bank und Degussa zusammen mit amerikanischen Firmen an der Ausbeutung der Kupferlager in Palaborwa mit einem Kredit beteiligt. Vgl.: Industriekurier, Sonderausgabe, Südafrika, 23.3.1966.

(60) Vgl.: Bonn-Pretoria, S.18. Die Verfasser schätzen die tatsächlichen Investitionen auf mindestens das Doppelte der offiziellen Angaben. Vgl. dazu auch: Industrialization ..., a.a.O., S.59 Note 129 und S.60 Note 137.

(61) Frankfurter Rundschau vom 25.5.68, "Südafrika lockt".

(62) Diese hohen Renditen sind ein wichtiger Faktor für die engl. Zahlungsbilanz. Während England zwischen 1964 und 66 jährlich nur 37 Mio. Pfund in SA investierte, waren die Erträge im entsprechenden Zeitraum 60 Mio. Pfund. Quelle: U.K. Board of Trade Journal, 19.7.68.

(63) Industriekurier, Sonderausgabe, Südafrika, 19.2.70.

(64) Wie das etwa in dem Bericht "Industrialization ...," a.a.O., und in anderen Schriften behauptet wird. Im übrigen ist die private Konsumquote (Anteil des privaten Konsums am Bruttossozialprodukt) der BRD mit ca. 54% im Jahr 1969 wesentlich geringer als in der SAR mit 61,6%; zudem sinkt sie ständig. Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Aug. 71, S.63 und: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, Sept. 70.

(65) Allerdings soll hier nicht die Möglichkeit einer Angleichung der Löhne auf lange Sicht bestritten werden.

→

Tabelle 2 : Ertragsraten von Direktinvestitionen 1960-68, in %:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
SAR	17,5	19,5	19,9	20,0	18,6	19,1	20,6	19,2	17,2
in der ganzen Welt	10,9	11,0	11,4	11,3	11,4	11,1	10,4	10,1	10,8

Quelle: United States Department of Commerce, Survey of Current Business.

kann das Kapital aber solange vor sich herschieben, als es die nationalen Grenzen verläßt und profitable Anlagen im Ausland findet. Die notwendige Folge ist aber beschleunigte Expansion; denn billige Rohstoffimporte erhöhen die inländischen Profite und zusammen mit den im Ausland erzielten drängen sie nach weiteren Anlagemöglichkeiten.

Der sich verstärkende Expanisonsdrang des Kapitals aus Südafrika, sowohl in der Form des Waren- als auch des Geldkapitals, ist daher Ausdruck der Krise des südafrikanischen Systems. Aber es ist dadurch keinesfalls geschwächt worden. Die brutale Repression der schwarzen Arbeiter und das Bündnis mit den weißen Arbeitern konnten bislang keine ernsthafte Bedrohung für die herrschende Klasse darstellen. Potenziert wird die Macht des südafrikanischen Kapitals noch dadurch, daß hinter ihm das internationale Finanzkapital steht und Südafrika als einzig verläßlichen Garant für die prokapitalistische und neokolonialistische Entwicklung Afrikas betrachtet.

Insbesondere für die USA steigt die Bedeutung Afrikas. In dem Maße, wie das US-Kapital in seinen früheren Hochburgen in Lateiamerika und Asien an Boden verliert, bzw. die Unsicherheit zunimmt, investierten die USA in Afrika.

Während das US-Kapital 1959 2,8% seiner im Ausland angelegten Direktinvestitionen in Afrika anlegte, machten die Erträge nur 0,9% der im Ausland erzielten Gesamterträge aus. 1968, als 4,1% des Kapitals angelegt wurde, waren die Erträge bereits auf 9,6% der Gesamterträge gestiegen (66).

Südafrika fällt damit die Aufgabe zu, das internationale Finanzkapital in Afrika militärisch und ökonomisch zu unterstützen. Nahziel ist "die schrittweise Integration der Einzelterritorien in einen gemeinsamen Markt im südlichen Afrika", mit dem Bestreben, "den Aufbau von Konkurrenzindustrien in Nachbarländern zu verhindern" (67). Allein die Warenexporte nach dem übrigen Afrika stiegen zwischen 1964 und 1968 um über 120%. Für seine Industriewaren entwickelt sich Afrika zum wichtigsten Handelspartner: 1968 nahm Afrika 63,3% der exportierten Chemieerzeugnisse, 81,8% der exportierten Maschinen und Transportausrüstung ab; ein Großteil ging nach Rhodesien, Sambia und Mozambique (68).

TEIL 2: DER "DIALOG" UND DIE AFRIKANISCHEN STAATEN

1. Vorteile für wen ?

Afrika, das jahrhundertelang von Europa ausgebeutet wurde, ist jetzt auch vom Süden bedroht. Die imperialistischen Länder betrieben zur Aufrechterhaltung der Kontrolle eine "Politik der Putsche" - siehe Ghana, Sierra Leone und kürzlich Guinea. (65) Südafrika ersetzt diese nun durch eine geschmeidigere Politik, bei der es einzelne afrikanische Staaten zum Zwecke einer "friedlichen Kooperation" herausgreift, die sog. "outgoing policy".

1967 verabschiedete das südafrikanische Parlament eine Resolution : " It approves the course taken by the government towards friendly coexistence and fruitful cooperation with the countries of Afrika, with special stress on the fact that the Republic can make a big contribution to the economic and technical development of Africa and help to raise the standard of living of Africans." (70) Dies mag einige afrikanische Führer zu der Überzeugung verleitet haben, daß sich hier eine Möglichkeit anbahnt, die schwierigen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Staaten zu lösen. Abgesehen von der moralischen Fragwürdigkeit einer solchen Zusammenarbeit, da ja jede Hilfe von seiten Südafrikas aus der hochrationalisierten und extremen Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft kommt, stellt sich die Frage, inwieweit die afrikanischen Staaten, die Beziehungen mit Südafrika eingehen, daraus einen Vorteil haben können. Die neue Politik Südafrikas ist nicht die Folge einer "Besinnung" oder eines echten Wandels in seiner Einstellung, sondern das Ergbnis der bereits beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes : Gegen Mitte der Fünfziger Jahre stellte Südafrika kein Agrar- und Rohstoffland mehr dar, sondern war bereits zu einem exportierenden Industriestaat geworden. Der Binnenmarkt war nicht mehr in der Lage, die der Produktionskapazität des Landes entsprechende Gütermenge abzunehmen.

Südafrika stand sich also vor der Alternative entweder eine intensive Expansion zu betreiben, die die gesamte Bevölkerung einbezieht, d.h. zwar mit der klassischen Diskriminierung des modernen Kapitalismus aber ohne Rassendiskriminierung, oder aber eine extensive Expansion imperialistischer Art durchzuführen, die Märkte im Ausland voraussetzt. Die erste Möglichkeit impliziert allerdings den Verzicht auf alle Vorteile, die aus dem jetzigen Apartheidsystem für die weiße Minderheit entstehen, wozu diese sich nicht bereitfindet. Es bleibt Südafrika also nur die zweite Möglichkeit.

Das Bedürfnis Südafrikas nach einer solchen Expansion, die ihm neue Absatzmärkte im Ausland schafft, spiegelt sich in den Anstrengungen Südafrikas zugunsten der Errichtung des Southern Africa Common Market (SACOM). Und unter diesem Aspekt ist auch die neue Politik Südafrikas gegenüber den anderen afrikanischen Staaten zu sehen, die es "Dialog" nennt.

Daß Zusammenarbeit mit Südafrika den afrikanischen Staaten zwar evtl. kurzfristig wirtschaftliche Vorteile

---

→ 65

Das Kapital nimmt eine sinkende Profitrate hin, sofern sie durch die wachsende Profitmasse kompensiert wird. Die Kaufkraft der Massen kann in diesem Prozess eventuell sowohl absolut als auch relativ zunehmen, aber die damit einhergende Beschleunigung der Akkumulation hebt durch die Schaffung neuer Produktionskapazitäten diese Tendenz der Verringerung der Verwertungsschwierigkeiten auf.

(66) Industrialization, a.a.O., S.86 und 88.

(67) R. Tetzlaff, Transnationale und Internationale Interessenpolitik in Süd-Ostafrika, Manuskript, 1971, S.25.

(68) Industrialization ..., S.95 ff.

(69) siehe: E. Ferreira, Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea, in: Neues Rotes Forum 3/70, Heidelberg 1970.

(70) Sechaba, a.a.O., S.11.

bringt, langfristig aber zu einer Verarmung und Abhängigkeit der Partnerländer führt, zeigen die Beispiele der Nachbarländer Südafrikas. (71) Das südafrikanische Kapital fließt nur in die extraktiven Industrien oder in strategisch wichtige Projekte dieser Nachbarländer und nicht in die Transformationsindustrien, damit die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß diese Länder als Konkurrenten Südafrikas auf dem Markt erscheinen. So wurde südafrikanisches Privatkapital in die Kupferbergwerke von Sambia, die Eisenbergwerke von Swaziland, in Rhodesien in Kohle, Gold und Chrom, in Angola in Gold, Diamanten und Eisen und in Botswanaland in Diamanten, Kupfer und Nickel investiert. Eine Ausnahme macht das Projekt einer Düngemittelfabrik in Malawi - allerdings besitzt die Firma Optichem das Monopol für den Import aller Düngemittel und diese werden von ihrer Holding Company in Südafrika geliefert.

Es kommt dazu, daß die Investitionen in den meisten Fällen mit der Auflage gekoppelt werden, daß in den Projekten nur südafrikanische Produkte benutzt werden dürfen: so wurde die Eisenbahnlinie von Nacala (Mozambique) nach Malawi von der Roberts Construction of South Africa gebaut, mit Stahl, der aus Südafrika geliefert wurde.

In Anbetracht der Tatsache, daß Südafrika fast völlig autark ist, was Rohstoffe anbetrifft, können die afrikanischen Staaten auch nicht damit rechnen, mit ihren Rohstoffexporten nach Südafrika wesentliche Gewinne zu erzielen. Diese Situation zeigt deutlich, daß der Wille Südafrikas zur Kontaktaufnahme mit anderen afrikanischen Ländern nicht seiner Hilfsbereitschaft entspringt, sondern nur darauf abzielt, für sich Vorteile daraus zu ziehen. Auch auf anderen Sektoren lassen sich einseitige Vorteile erkennen, z.B. stammten 1967 242.265 der 368.381 in den Gold-und Kohlebergwerken beschäftigten Arbeiter aus den Nachbarländern Südafrikas. (72)

Was Südafrika von der Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Staaten erwartet, schrieb die südafrikanische Zeitung Johannesburg Star: " Given enough capital investments, technical assistance and trade pacts, the South African government will be in a position to affect African policies as effectively as the French have done in French West Africa." (73)

Daß Südafrika über die nötige militärische Macht verfügt, um seine Pläne für Afrika abzusichern, ist ausreichend bekannt und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Die Präsenz südafrikanischer Truppen in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique, seiner Luftwaffe in Rhodesien und die Existenz südafrikanischer Militärstützpunkte in Malawi sprechen in diesem Zusammenhang eine beredte Sprache. (74)

Damit gewinnen wir ein Bild der Gesamtstrategie Südafrikas: Verfolgung eines möglichst geschmeidigen politischen Kurses, wirtschaftliche Durchdringung Afrikas und militärische Absicherung der Einflußsphäre.

2. Die Initiative Houphouet-Boignys

Der erste Schritt, den Südafrika unternahm, den afrikanischen Boden für das Zustandekommen eines "Dialogs" vorzubereiten, war ein Angriff Vorsters auf Kaunda. Vorster behauptete, Kaunda habe insgeheim Kontakt mit Südafrika im Sinne einer Annäherung aufgenommen. Kaunda widerlegte dies, indem er seine Korrespondenz mit Vorster veröffentlichte. Da Kaunda als einer der prominentesten Verfechter des unabhängigen Afrika gilt, hatte diese Diffamierungsattacke am Vorabend der Houphouet-Initiative dazu dienen sollen, unentschlossene afrikanische Staaten zum Dialog zu bewegen. Eine besonders starke Wirkung versprach man sich von dieser Aktion deshalb, weil Kaunda damals die Präsidentschaft der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) inne hatte. Ein besonderes Interesse an der Diskreditierung Kaundas hat Südafrikas jedoch vor allem deshalb, weil Sambia neben Tansania heute der einzige afrikanische Staat ist, der den Befreiungsbewegungen von Rhodesien, Südafrika, Namibia und der portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique logistische Hilfe gewähren.

Der zweite Schritt bestand in der "Anwerbung" des Präsidenten der Elfenbeinküste Houphouet-Boigny. Im Rahmen seiner Politik, einzelne afrikanische Staaten herauszugreifen und sie sich auf dem Wege der Zusammenarbeit gefügig zu machen, war es Südafrika, zusammen mit Portugal, gelungen, Malawi völlig unter seine Kontrolle zu bekommen. Es wäre also zu erwarten gewesen, daß der malawische Ministerpräsident dazu ausersehen würde, den Brückenschlag zwischen Südafrika und den anderen afrikanischen Staaten zu propagieren. Doch der Mißkredit, in den Banda wegen seiner Unterwürfigkeit Portugal und Südafrika gegenüber geraten war, hatte es als ratsam scheinen lassen, einen anderen Vermittler auszusuchen. Die Wahl fiel auf Houphouet-Boigny, der sich dann schon im November vergangenen Jahres für einen Dialog aussprach. Bei dieser Suche nach einem geeigneten Vermittler hatte besonders Frankreich Südafrika erheblich geholfen, speziell durch ständige Konsultationen zwischen Pretoria, Abidjain und Paris. Diese waren durch die Aktivität des südafrikanischen Botschafters in Paris, Burger, zustande gekommen. Burger hatte eine lebhafte Lobby in den Botschaften des Rates der Entente (75) geschaffen, wo er die Unterstützung des Präsidenten Pompidou genoß; Vermittlerrolle dabei spielte der Franzose Jacques Foccart, mächtiger Generalsekretär für afrikanische Angelegenheiten. (76) So wie er bereits die Türen Madagaskars für Südafrika geöffnet hatte, so versuchte Foccart jetzt "Französisch-Afrika" für Pretoria zu gewinnen. Madagaskar, das in den letzten Jahren mehr und mehr unter südafrikanischen Einfluß gerät, leistete ebenfalls seinen Beitrag zu der Annäherung Südafrikas an das französisch sprechende Afrika. Dies erwies sich übrigens als lukrativ: Südafrika gewährte Madagaskar eine Anleihe in Höhe von

---

(71) Siehe hierzu: Ben Turok, The Battle for the Middle Ground, in: Sechaba, London, vol.5, no7, Juli 1971.

(72) M. Horrell, A survey of race relations in South Africa, 1968, Johannesburg 1969, S. 104 in: R. Tetzlaff, a.a.O.

(73) Sechaba, a.a.O., S.12.

(74) Zu der Militärstrategie Südafrikas siehe E. Ferreira, "Evolution und Kontinuität" in der Kolonialstrategie Portugals, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, no.7/71.

(75) Die Mitgliedsstatten des Rates der Entente sind Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Dahome, Togo.

(76) The Observer vom 25.4.71.

1,3 Mill. Pfund Sterling mit einer Laufzeit von 25 Jahren .(77)

Madagaskar hat sich inzwischen nicht nur wegen dieser Hilfeleistung als wichtiger Partner für Südafrika erwiesen, sondern als strategisch wichtig erwiesen. Dies gilt besonders, seitdem das Projekt eines Trockendocks in der Buchtvon Narinda in der Diskussion ist, das von westdeutschen, portugiesischen, japanischen (Japan hat eine Anleihe in Höhe von 4,2 Mill. Pfund Sterling für dieses Projekt angeboten) und südafrikanischen Firmen gebaut werden soll. Seit der Schließung des Suezkanals passieren täglich 20 Supertanker den Mozambiquekanal, jedoch existiert vom Persischen Golf bis nach Portugal kein Trockendock für solche Tanker. Das geplante Trokkendock soll die gleiche Kapazität haben wie das portugiesische Dock Lisnave, das das größte Trockendock der Welt ist. (78)

Die diplomatische Initiative zugunsten eines afrikanischen Dialogs mit Südafrika war erfolgreich. Im April dieses Jahres erklärte Hophonët-Boigny: " Das unabhängige Afrika ist nicht in der Lage, das Regime in Pretoria und die portugiesische Armee militärisch zu besiegen. Nachdem die UNO so lange Jahre Südafrika verurteilt hat, reicht man uns jetzt von offizieller Seite die Hand. Ergreifen wir sie ! ... Der südafrikanischen Regierung muß von außen geholfen werden, ihre Innenpolitik zu ändern." (79) Allerdings war es auch nicht erforderlich, daß Südafrika große Anstrengungen unternahm, um noch andere Länder für sich zu gewinnen : Die Vorstellung, daß diese Initiative zugunsten eines Dialogs mit den weißen Minderheitsregimes und das Echo, das sie fand, einen Bruch in der afrikanischen Front gegen Kolonialismus und Imperialismus herbeiführten, entspricht nicht der Wirklichkeit im heutigen Afrika, denn in der Tat existiert keine solche Einheit, die es zu brechen galt.

So fördert der Präsident Malawis, Hastings Banda, die Auswanderung malawischer Arbeitskräfte in die südafrikanischen Arbeitslager, die eine verblüffende Ähnlichkeit mit Konzentrationslagern aufweisen. Wie Banda so verhielten sich mehr oder weniger deutlich zahlreiche afrikanische Staatsoberhäupter, die, auf eine privilegierte Schicht gestützt, die Funktion des ehemaligen Fremdherrschers übernahmen und eine Diktatur gegen das Volk errichteten, mit dem sie sich während des Unabhängigkeitskampfes verbündet hatten. Konsequent teilten die neuen Herren die Vorteile ihrer Machtposition mit den ehemaligen Kolonisatoren, die weiterhin die Wirtschaft des Landes kontrollieren. Der nationale Befreiungskampf blieb unvollendet. - Allerdings ist dies keineswegs nur ein afrikanisches Phänomen.- Diejenigen unter den afrikanischen Führern, die versucht haben, die Revolution im Sinne eines Klassenkampfes bis zu Ende zu führen, wurden bisher entweder ausgeschaltet oder derart isoliert, daß ihr Aktionsradius sehr beschränkt blieb. Ein typisches Beispiel in diesem Zusammenhang ist Kwame Nkrumah. Jüngste Beispiele sind die Angriffe gegen Uganda, Guinea und Sierra Leone.

Da also in der Tat ein einheitlicher gegen die weiße Herrschaft gerichteter afrikanischer Block nicht existiert, sondern nur eine Fiktion ist, ist es nicht verwunderlich, daß bald mehrere afrikanische Regierungen sich positiv zu der Aufnahme des Dialogs mit Südafrika und auch Portugal äußerten. Zuerst Banda, der schon lange enge Beziehungen mit beiden Ländern unterhalten hatte ; dann Tsiranana in Madagaskar, Busia in Ghana und Bokassa in der Zentralafrikanischen Republik. General Amin, der vor kurzem in Uganda die Macht übernahm, schloß sich ihnen an und Senghor im Senegal äußerte sich zwar vorsichtiger, aber dennoch zugunsten des Dialogs.

3. Die Geschichte der OAU

Die Nichtexistenz einer "afrikanischen Einheit" kommt in der Geschichte der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) deutlich zum Ausdruck, ebenso wie der Wille zur Befreiung Afrikas bei einigen afrikanischen Ländern, bzw. der Mangel an diesem Willen bei anderen. (80)

1961 schienen sich die Fronten in Afrika polarisiert zu haben, die "Gruppe von Casablanca" wurde als die Avant-Garde eines revolutionären Afrikas betrachtet, während die "Gruppe Monrovia" eine reformistische prowestliche Haltung vertrat. Das absehbare Ende des Algerienkrieges, die Erfolge der Mau-mau in Kenia, die bevorstehende Befreiung von Tanganjika und Sansibar, die Unabhängigkeit Nigerias und die Ausweitung des Befreiungskampfes auf die portugiesischen Kolonien hatten in dieser Zeit eine Wendung in der Kolonialgeschichte gebracht.

1963 tagten in Addis Abeba zum ersten Male -wenn man von vorangegangenen Treffen einzelner weniger unabhängiger Länder absieht- die Staatschefs eines zu Unabhängigkeit gelangten Afrika. Zu dieser Zeit schien das Kolonialproblem bewältigt zu sein mit zwei Ausnahmen : dem Fortbestand der portugiesischen Kolonien plus den weißen Minderheitsregierungen im südlichen Afrika und der Frage, welche Haltung den ehemaligen Kolonialherren und ihren Interessen in Afrika gegenüber eingenommen werden sollte. Es stellte sich in Addis Abeba heraus, daß es nicht möglich war, für dieses zweite Problem eine gemeinsame Ideologie zu finden. Noch mehr : viele afrikanische Staaten bestanden auf der Nichtfixierung jeglicher Ideologie in dieser Frage, was bekanntlich einem Einverständnis mit der herrschenden Ideologie gleichkommt. An diesem Punkt wäre die Addis Abeba-Konferenz gescheitert, wenn der erste Punkt -die weiße Herrschaft in Australafrika- nicht gewesen wäre. Man konzentrierte sich also auf die heftige Kritik an dem direkten Kolonialismus, und zwar nicht unbedingt deshalb, weil alle unabhängigen afrikanischen Staaten dieser Überzeugung waren, sondern weil durch diese gemeinsame Kritik an den weißen Minderheitsregimes das Gesicht der sonst zum Scheitern verurteilten Konferenz gewahrt werden konnte -ein Ausweg übrigens, der schon oft die Ohnmacht panafrikanischer Konferenzen zu verschleiern geholfen hatte.

---

(77) The Times vom 20.11.70.

(78) African Development (UK), Mai 1971.

(79) Deutsche Volkszeitung vom 20.5.71.

(80) Zu diesem Thema siehe Jacques Vigne, OAU, ni unité ni libération, in: Africasia no. 43 Juni/Juli 71.

Um diesen verbalen antikolonialistischen Erklärungen der Gründungskonferenz der OAU Glaubwürdigkeit zu verleihen, wurde ein "Befreiungskomitee" (die Gruppe der elf) gegründet, das die Aufgabe hatte, die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen zu koordinieren. Den Umständen seiner Entstehung entsprechend war dieses Komitee dazu verurteilt, zu sterben oder völlig ineffizient zu sein.

Es ist nur zu verständlich, daß die Regierungen der Neokolonien nicht bereit -und wohl auch nicht in der Lage- sind, verbale Erklärungen in die Tat umzusetzen, wenn dies den Interessen ihrer "Beschützer", der ehemaligen Kolonialherren, zuwiderläuft. Eine effektive Unterstützung der Befreiungsbewegungen würde für diese Staaten bedeuten, daß sie sich -zwar auf dem Umweg über die Befreiungsbewegungen, aber dennoch- mit Gewalt gegen die erheben, deren Interessen sie eigentlich in Afrika vertreten und die die Basis ihrer Macht darstellen. Nur sehr wenigen Staatschefs ist es gelungen, einen Ausweg aus diesem Widerspruch zu finden und die Befreiungsbewegungen tatsächlich zu unterstützen. Nur 6 der 41 Mitgliedsstaaten der OAU haben bisher ihren Beitrag für das Befriungs

Befreiungskomitee vollständig geleistet, unter ihnen Ghana, das 250.000 Pfund Sterling zahlte. Angesichts der Ineffizienz des Befreiungskomitees zogen es einige Staaten, wie Algerien, vor, ihre Unterstützung den Befreiungsbewegungen direkt zu gewähren.

Allerdings ist das Befreiungskomitee nicht nur inaktiv, es unternimmt auch zuweilen Schritte, die der Entwicklung des Befreiungskampfes entgegenstehen, wie eine seiner ersten Entscheidung, nämlich die Anerkennung der provisorischen angolanischen Regierung Hoden Roberto (GRAE), die ein Hindernis für die Tätigkeit der MPLA in Angola darstellte. Erst vor einigen Monaten hat das Komitee diese Anerkennung revidiert.

Es überrascht daher nicht sehr, wenn in der letzten Zeit in der OAU Stimmen laut werden, die meinen, der Befreiungskrieg in den portugiesischen Kolonien führe zu nichts, die Apartheid werde im Zuge der kapitalistischen Entwicklung von allein zusammenbrechen, Portugal werde aufgrund des internationalen Druckes den Status der Kolonien von sich aus ändern, was Afrika für seine Entwicklung brauche, sei Frieden, und daher sei eine Verständigung mit den weißen Minderheitsregierungen in Australafrika geboten.

4. Die Konferenz von Addis Abeba

Die 9. Konferenz der OAU in Addis Abeba im Juni dieses Jahres brachte auf den ersten Blick überraschende Ergebnisse : Sie verurteilte eindeutig den Versuch eines Dialogs mit Südafrika. Es sei jedoch gleich bemerkt, daß die logische Konsequenz dieser Entscheidung, nämlich die Konkretisierung der Maßnahmen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen, nicht gezogen wurde.

Das Ergebnis dieser Konferenz darf allerdings nicht über die Situation in Afrika hinwegtäuschen. Mit welcher Vorsicht an das Problem herangegangen wurde, zeigt sich schon allein darin, daß nur 10 Staatschefs persönlich da waren, die anderen ließen sich vertreten, Uganda und die Zentralafrikanische Republik nahmen nicht teil. Dies ist das Ergebnis äußerst reger diplomatischer Aktivität seitens Südafrikas und der Elfenbeinküste. Deutlich war jedoch, das Boigny in die Isolierung gedrängt wurde, als er das Problem des Dialogs aus der Tagesordnung streichen wollte. Um so isolierter, als seine natürlichen Alliierten, die anderen Mitgliedstaaten des Rates der Entente, Niger, Obervolta, Dahomé und Togo, in diesem Punkt Boigny, dem Führer des Rates der Entente, nicht folgen wollten. Vor der Debatte des Ministerrats waren 15 oder 16 Staaten bereit gewesen, sich für den Dialog auszusprechen, bei der Diskussion selbst waren es jedoch nur noch 4, die sowieso bereits eng mit Südafrika alliiert sind, die für den Dialog plädierten, nämlich Malawi, Lesotho, Swaziland und Madagskar. Die Resolution über eine eindeutige Verurteilung des Dialogs und zugunsten einer stärkeren Unterstützung der Befreiungsbewegungen wurde mit 27 gegen 4 Stimmen angenommen, Dahomé und Niger enthielten sich der Stimme. Einige Tage später wurde dieselbe Resolution in der Sitzung der Staatschefs mit 23 gegen 6 Stimmen angenommen, bei 5 Enthaltungen. Die Enthaltungen kamen von den 4 Staaten der Entente Niger, Obervolta, Dahomé und Togo sowie jetzt auch Swaziland, die Gegenstimmen von Madagaskar, Lesotho und Malawi sowie Elfenbeinküste, Gabun und Mauritius. Allerdings ist es eventuell voreilig, optimistische Schlüsse aus dem Ergebnis der diesjährigen Addis Abeba-Konferenz ziehen zu wollen. Viele der Staatschefs, die sich gegen den Dialog ausgesprochen haben, wären keineswegs gegen eine Verständigung mit Südafrika oder sogar mit Portugal, und noch weniger wären sie für eine Unterstützung der Befreiungsbewegungen, sobald sie feststellen könnten, daß die Stimmung in Afrika zugunsten eines Dialogs umgeschlagen ist. Der zu schnelle Umschwung ihrer Meinung während der Konferenz deutet in diese Richtung, ebenso die Tatsache, daß keine konkreten Maßnahmen für eine effektive Unterstützung der Befreiungsbewegungen beschlossen wurden.

Auf der anderen Seite ist jedoch die Entwicklung der Befreiungsbewegungen und die Radikalisierung ihrer politischen Einstellung ein nicht zu unterschätzendes Moment im politischen Leben Afrikas. Die Befreiungsbewegungen

12 **Ch. Bettelheim**
Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen
Zur Theorie der Übergangsgesellschaft
156 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

25 **P. L. Lavrov**
Die Pariser Kommune (18.3.1871)
Vorwort Klaus Meschkat
192 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

20 **Sozialistisches Jahrbuch 1**
Über die Organisation des Befreiungskampfes
Wissenschaftl. Revolution und Imperialismus / Beginn der Black Power / Die CSSR und die sowjet. Strategie / u. a.
272 Seiten DM 8.50 (Abo: 7.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

23 **Sozialistisches Jahrbuch 2**
Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung
Korsch: Warum ich Marxist bin / Sweezy/Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne / Gorz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewiki. 244 S. DM 8.50 (Abo: 7.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

haben die Phase der Gewaltlosigkeit überschritten und haben sich behauptet (81): es ist den Befreiungskomitees heute nicht mehr möglich Holden Robertos (GRAE) anzuerkennen oder etwa wegen der Existenz einer FLING mit Sitz in Senegal die PAIGC nicht anerkennen zu wollen.

Dennoch verbergen die Befreiungsbewegungen in Australafrika nicht ihre Unruhe. Seit Jahrzehnten können sie mit eigenen Augen verfolgen, wie alle, die sich in Afrika für eine tatsächliche Befreiung engagierten, systematisch ausgeschaltet wurden und werden. Samora Machel, Präsident der FRELIMO, gibt zu: "... eine Gefahr besteht und sie ist ernst: Die Drohung einer Desintegration der Befreiungsbewegungen. Wir wissen nicht, wo dieser Dialog hinführen könnte, aber wir sehen schon die Zeit kommen, wo man einen ähnlichen Dialog mit Portugal vorschlagen wird. Was Südafrika betrifft, so existiert dort eine Bewegung, der African National Congress. Warum macht Südafrika keinen Dialog mit dieser Bewegung? Wir sehen keine Möglichkeit eines Dialogs mit einem Feind, der keine andere Sprache als die der Waffen kennt." (82). Die MPLA äußerte sich in einem Kommunique zu den Plänen eines Dialogs: "Die Initiative, die man Präsident Boigny zuschreibt, bedeutet, wenn sie realisiert wird, die totale Mißachtung des Willens der kämpfenden Völker Afrikas, für die der Krieg der höchste Ausdruck des Opfers ist, das die Völker dieses Kontinents für unsere gemeinsame Befreiung bringen." (83).

Einige afrikanische Staatschefs mögen für den Dialog sein. Die afrikanischen Völker verstehen jedoch den Sinn eines solchen Manövers und werden es nicht zulassen, daß auf den Versuch, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren, jetzt eine versteckte Liquidierung der Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique, Rhodesien, Südafrika und Namibia folgt.

Bernd Kalkum und Eduardo Ferreira
Komitee Südliches Afrika, Heidelberg
Spendenkonto: 29940 Volksbank HD

(81) Samora Machel, Le Zambèze est franchi, in: Africasia, no.46, Aug. 71.

(82) Basil Davidson, Die Söldner des Imperialismus, in: WUS nachrichten, Bonn, no.2/3, 1970.

(83) Kommuniqué der MPLA vom 8.11.1970.

die 5. okt KARL BERGERS COMPANY
die 12. okt JAN HUYDTS TRIO / AMSTERDAM
die 19. okt CONTACT _ TRIO / ESSEN
die 26. okt. BERND KOEPPEN UNIT / FREE MUSIC

die 2. nov PETER KOWALT QUINTETT
die 9. nov ACTION 71
die 16. nov EMTIDI / BERLIN
die 23. nov. SEELOW / CREATIVE POP-JAZZ
die 30. nov. MICHEL PILZ TRIO

die 7. dez. SELDON BLEED
die 14. dez. STAUDAMM
die 21. dez. ASSOCIATION
die 28. dez. FREDERIC RABOLD CREW / STUTTGART

Konzertbeginn jeweils 20.30

CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

Die neuen Mittelklassen und das Proletariat – Bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse

Bei dem hier abgedruckten Artikel handelt es sich um die veränderte Fassung eines internen Diskussionsbeitrages. Wir veröffentlichen den Artikel um die Diskussion der angeschnittenen Fragen vorwärts zu treiben. Der Artikel behandelt manche Fragen summarisch, er führt keine Kritik des bürgerlichen Begriffs der Mittelklasse durch und setzt sich nicht ausdrücklich mit der marxistischen Literatur zu den angesprochenen Fragen auseinander (Mauke, Steiner, Behrens etc.). Auch die theoretischen und politischen Konsequenzen für die Kritik des Revisionismus werden nicht ausdrücklich gezogen; die eigentliche These des Artikels ist, daß mit der DKP die neuen Mittelklassen ihre Klassenpartei gefunden haben. Diese These wird aber nur am Ende angedeutet. Auch werden die gewonnenen Ergebnisse nicht kritisch auf die revisionistischen Staaten angewandt.
Die Analyse der Mittelklassen wird nicht konkret durch geführt, was größere empirische Untersuchungen voraussetzen würde. Die strategischen Konsequenzen für die proletarische Bündnispolitik im antifaschistischen Kampf und in der proletarischen Revolution werden nicht entwickelt. (Red.)

EINLEITUNG: DIE BISHERIGE DISKUSSION ÜBER DIE BEDEUTUNG DER KATEGORIE PRODUKTIVE UND UNPRODUKTIVE ARBEIT FÜR DIE KLASSENANALYSE.

Der Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" (1) war ein erster Versuch, den Klassencharakter der Studentenbewegung zu analysieren und historisch-materialistisch zu erklären. Der Artikel hatte zwei Stoßrichtungen: einerseits wandte er sich gegen jene Theoreme, die die Studenten als Kern einer "neuen Arbeiterklasse" verstanden und folgerichtig die Studentenbewegung zur Avantgarde der Arbeiterklasse erklärten; andererseits wandte er sich gegen Positionen, die ausgehend von der angeblichen Integration der Arbeiterklasse in die "spätkapitalistische Gesellschaft", den Gegensatz zwischen den emanzipatorischen Bedürfnissen des "Menschen" und den unterdrückerischen Interessen des autoritären Staates von der Peripherie der spätkapitalistischen Gesellschaft ausgehend zur Explosion bringen sollten. Beide Theoreme hatten der Studentenbewegung und ihren Sprechern dazu gedient, die partikularen Ziele der Studentenbewegung zu überhöhen und unmittelbar mit den Interessen der Gesellschaft in eins zu setzen. Sie waren subjektivistische Bemühungen, Form und Inhalt der Studentenbewegung als exemplarisch zu interpretieren. Demgegenüber versuchte der Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung", die Studentenbewegung objektiv im Rahmen des die bürgerliche Gesellschaft bestimmenden Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat zu analysieren und aus dieser Analyse politische Konsequenzen zu ziehen. Der Artikel war ebenso wie der Artikel von Hans-Jürgen Krahl "Wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse" (2) Teil der Auseinandersetzung innerhalb des SDS, der damals kurz vor seiner endgültigen Auflösung stand. In dieser Auflösungsphase war Hans-Jürgen Krahls Artikel der apologetische Versuch, die bisherigen Strategeme des SDS wissenschaftlich zu untermauern und die Avantgarderolle der Studentenbewegung dadurch aufrechtzuerhalten, daß er die wissenschaftliche Intelligenz kurzerhand zum "kollektiven Theoretiker" der Arbeiterbewegung erklärte. Indem der Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" die qualitative Differenz von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung hervorhob, war sein Ziel das gerade Gegenteil von Apologetik. Er war einer der ersten Versuche, mit den subjektivistischen Deutungen der Studentenbewegung und der eigenen Geschichte Schluß zu machen und die Aufgaben einer Organisation von sozialistischen Intellektuellen, des SDS, objektiv zu bestimmen, was vom Standpunkt der Studentenbewegung aus von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Die Auseinandersetzung innerhalb des SDS, für die die beiden genannten Artikel stehen, wurde nicht mehr im Rahmen des SDS fortgesetzt, wie überhaupt jede organisierte theoretische Auseinandersetzung im nationalen Rahmen mit der Auflösung des SDS zunächst aufhörte. Dementsprechend viel war zwar überall von der Notwendigkeit der Klassenanalyse die Rede, aber dabei blieb es auch im wesentlichen. Eine Ausnahme bildete die Diskussion über die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit in ihrer Bedeutung für die Klassenanalyse (3). Über den ursprünglichen Aus-

(1) Ursprünglich in: Rotes Forum 5/69, S. 5 - 14; vgl. dazu: Dressler, "Die Studentenbewegung als Krise der Bourgeoisie", Roter Kurs Sondernummer 1, Juni/Juli 1970.

(2) Ursprünglich in: Sozialistische Correspondenz - Info 25. Frankfurt/M 1969.

(3) Joachim Bischoff, Heiner Ganßmann, Gudrun Lümmel, G. Löhlein: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse", in SoPo 6/7, Juni 1970, S. 69-89.

→

gangspunkt, die Bestimmung des Verhältnisses von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung oder allgemeiner von Intelligenz und Proletariat, ist diese klassenanalytische Diskussion noch kaum hinausgekommen. Aber schon in dieser Frage zeigen sich die grundsätzlichen Differenzen zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Linie in der Klassenanalyse.

In dem Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" wurde der ökonomische Begriff des Proletariats aus der Formbestimmtheit seiner Arbeit als sich gegen Kapital austauschende und damit (im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise) produktive Arbeit entwickelt. Krahl dagegen hantiert in seinem Artikel mit einem völlig unbestimmten Begriff der produktiven Arbeit, der sich der vulgärökonomischen Auffassung, daß letztlich doch alle Arbeit der kapitalistischen Produktion dient, annähert. Entsprechend verwischt er den ökonomischen Begriff des Proletariats, zu dem schließlich die ganze wissenschaftliche Intelligenz gehört. Krahl behauptet, mit der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses würde der "Begriff der unmittelbaren Produzenten und damit der arbeitenden Klassen sich insgesamt verändert haben" (5). Der Begriff der "unmittelbaren Produzenten", womit Krahl offensichtlich den Begriff der produktiven Arbeiter meint, verändert sich aber keineswegs durch die Vergesellschaftung der Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess, und damit verändert sich auch nicht der Begriff der "arbeitenden Klasse", womit Krahl offensichtlich den Begriff des Proletariats meint, vielmehr "werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger unter den Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter und seinem Verwertungs- und Produktionsprozess überhaupt untergeordneter Arbeiter, einrangiert. (Soweit zitiert Krahl Marx richtig, den er aber falsch interpretiert - und die falsche Interpretation wird durch die Fortsetzung der Marx-Passage erst recht offenkundig:) Betrachtet man den Gesamtarbeiter, aus dem das Atelier besteht, so verwirklicht sich materialiter seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in einem Gesamtprodukt, das zugleich eine Gesamtmasse von Waren ist, wobei es ganz gleichgültig, ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der uns ein Glied dieses Gesamtarbeiters, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht. Dann aber: Die Tätigkeit dieses Gesamtarbeitsvermögens ist seine unmittelbar produktive Konsumtion durch das Kapital, d.h. also Selbstverwertungsprozess des Kapitals, unmittelbare Produktion von Mehrwert, und daher, (...), unmittelbare Verwandlung desselben in Kapital." (6). Verändert wird also keineswegs der Begriff der produktiven Arbeit (und des Proletariats als deren Träger), sondern unter diesen unveränderten Begriff werden mehr und mehr Funktionen des Arbeitsvermögens einrangiert, d.h., die Träger dieser Funktionen werden zu Proletariern, direkt vom Kapital ausgebeuteten Arbeitern, im Gegensatz zu jenem Teil der "arbeitenden Klasse", der unproduktiv arbeitet, d.h. vom Kapital nicht direkt ausgebeutet wird. Weil die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital zunehmend mehr Arbeiten dem Kapital unterwirft, höre, meint Krahl, die formelle Subsumtion, d.h. der Verkauf der Arbeitskraft an das Kapital, auf, Bedingung der Ausbeutung zu sein. Entsprechend und im Gegensatz zu Krahl: durch die reelle Subsumtion der Arbeit durch das Kapital, das heißt durch die industrielle, auf großer Stufenleiter erfolgende Ausbeutung der formell dem Kapital subsumierten Arbeit wird nicht "auch das unmittelbare Industrieproletariat immer mehr zum Moment im Gesamtarbeitsprozess", sondern (absolut) immer mehr Arbeiter werden zum Moment des industriell betriebenen kapitalistischen Produktionsprozesses, d.h. zu Teilen des Industrieproletariats.

Mit der Verwischung des ökonomischen Begriffs der produktiven Arbeit und des Proletariats zerstörte Krahl für sich selbst auch alle Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Klassenanalyse. Aber ein Apologet der Theoreme und des Führungsanspruchs der Studentenbewegung konnte an einer wissenschaftlichen Klassenanalyse auch kaum interessiert sein. Bischoff u.a. versuchten im Anschluß an die Kontroverse zwischen Krahl und mir, die sie als oberflächlich bezeichneten, die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse durch gründliche Rezeption der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie zu rekonstruieren. Bei ihrem Rekonstruktionsversuch, der ihnen den Vorwurf der Sterilität einbrachte (7), verzichteten sie allerdings darauf, den wesentlichen Zusammenhang zwischen dem Begriff der produktiven Arbeit und dem ökonomischen Begriff des Proletariats aufzuzeigen und umgingen damit auch den eigentlichen Streitpunkt. Für ihre Kritiker Hübner u.a. waren die Kategorien von produktiver und unproduktiver Arbeit von vornherein nur interessant für die Frage der Möglichkeiten der Ausbildung proletarischen Klassenbewusstseins. Sie fragten erst gar nicht nach der Bedeutung dieser Kategorien für die Klassenlage, sondern ergingen sich in psychologischen Überlegungen über die Möglichkeiten der Bildung proletarischen Klassenbewusstseins bei produktiven und unproduktiven Arbeitern, ohne auch bloß die Frage zu stellen, ob die unproduktiven Arbeiter objektiv ein Teil des Proletariats bilden (8). Bei Altvater/

Christoph Hübner, Ingrid Pilch, Lothar Riehn: "Bemerkungen zu dem Aufsatz über 'Produktive und unproduktive Arbeit ...' in SoPo 6/7", in: SoPo 8, Sept. 1970, S. 2 - 14.

Joachim Bischoff u.a.: "Mystifikation und Klassenbewusstsein, Replik zu der Kritik von Hübner, Pilch und Riehn", a.a.O., S. 15-45.

Elmar Altvater, F. Huisken: "Produktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Produktionsbedingungen des Kapitals", a.a.O., S.47-92.

"Einige Bemerkungen zur Diskussion um die Klassenanalyse in der SoPo", internes Diskussionspapier des KSB/Göttingen, später abgedruckt in: Roter Kurs Sondernummer 2.

(4) entfällt.

(5) Sozialistische Correspondenz-Info 25, S.7; Seite 6-7 enthalten die entscheidenden grundsätzlichen Fehler der Krahlschen Analyse; in: Krahl, "Konstitution und Klassenkampf", Frankfurt/M 1971, findet sich die entsprechende Passage auf Seite 333-335.

(6) Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt 1969, S.66.

(7) Hübner u.a., a.a.O., S.14.

(8) a.a.O., S.3, behaupten Hübner u.a. z.B., das Begriffspaar produktive und unproduktive Arbeit diene dazu, die je verschiedene funktionelle Bestimmtheit der Lohnarbeit im Rahmen der Kapitalverwertung darzustellen. Das ist falsch, unproduktive Arbeit findet ja gerade nicht "im Rahmen der Kapitalverwertung" statt.

Huisken geht die "Relativierung" der Kategorien produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse noch weiter: sie bezweifeln grundsätzlich die Bedeutung dieser Begriffe für die Klassenanalyse und lassen sie nur noch als Kategorien zur Analyse der Produktionsbedingungen des Kapitals gelten, und da sie, darin Hübner u.a. folgend sofort nach den Möglichkeiten der Ausbildung von Klassenbewusstsein suchen, ohne nach der Klassenlage zu fragen, erscheint ihnen die Hierarchisierung aller Arbeit in der monopolkapitalistischen Gesellschaft wichtiger als die Trennung dieser Arbeit in produktive und unproduktive (9).

In all diesen Artikeln(mit Ausnahme von Bischoff u.a.) wird mehr oder weniger ausdrücklich unterstellt, daß die Kategorie der produktiven Arbeit für die ökonomische Klassenbestimmung des Proletariats irrelevant ist und daß der ökonomische Begriff des Proletariats nicht durch die Kategorie der produktiven Arbeit, sondern durch die wesentlich weitergefasste Kategorie der "Lohnarbeit", losgelöst vom Kapitalverhältnis, bestimmt wird. Da produktive und unproduktive Arbeiter eben Arbeiter sind und die Gesamtheit dieser Arbeiter eben die Arbeiterklasse bildet, Proletariat und Arbeiterklasse aber bekanntlich dasselbe sind, sind die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit vielleicht wichtig für die Analyse des Klassenbewusstseins , aber nicht für die Analyse der Klassenlage . Dieser grundfalsche Ansatz der Klassenanalyse führt zu einer völligen Entleerung des ökonomischen Begriffs des Proletariats, und es ist natürlich kein Zufall, daß es DKP-Sympathisanten vorbehalten blieb, die groteske Konsequenz aus diesem falschen Ansatz zu ziehen. So polemisiert Lothar Peter gegen den Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" folgendermaßen: In begriffsloser Phobie gegen diejenige Intelligenzgruppe, die pejorativ als "Ideologen" etikettiert würde, werde die Arbeiterklasse auf ihren unmittelbar produktiven, Arbeit gegen Kapital tauschenden, mehrwerterzeugenden Teil reduziert, und das Kriterium der nicht entlohnten Mehrarbeit als übergreifende Bestimmung des Proletariats werde so unterschlagen . Die Ausdehnung des Sektors unproduktiver gesellschaftlicher Arbeit, die sich aus den Verwertungschwierigkeiten des Kapitals und aus dem immanent widersprüchlichen Charakter des sowohl an Monopolinteressen als auch politisch an ein Minimum öffentlicher Legitimation gebundenen bürgerlichen Status ableitet, lasse die forensische Unterscheidung von "produktiver Wissenschaft" und "Ideologie" für eine strategische Zuordnung der einzelnen Gruppen und Schichten des "Intelligenzproletariats" in der Perspektive des Klassenkampfes als verfehlt erscheinen. "Jenseits der Universität rechnen aber nicht nur die Teile der wissenschaftlichen Intelligenz objektiv zum Proletariat, die vom Standpunkt des Kapitals betrachtet produktiv arbeiten, sondern diejenigen, die insgesamt die Mehrarbeit leisten, gleichgültig, ob sie die Arbeit gegen Kapital oder Revenue zur unmittelbaren Konsumtion tauschen, und sofern sie weder mit Machtbefugnissen über Produktionsmittel ausgestattet sind, noch sich einen überdurchschnittlich hohen Anteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts aneignen, noch eine für die Erhaltung des Systems unerlässliche politische, administrative oder judikative Funktion ausüben." (SoPo 12, S. 80f.).

Hier ist der Boden marxistischer Klassenanalyse eindeutig verlassen, und an die Stelle ökonomischer Kategorien treten willkürliche und einander widersprechende Einschätzungen. Zunächst wird als übergreifende Bestimmung des Proletariats das Kriterium der "nicht entlohnten Mehrarbeit" genannt. Gemeint ist damit, daß in der kapitalistischen Produktionsweise die "Form der Arbeit als Lohnarbeit absolut" wird, und alle Tätigkeiten mit Ausnahme der Tätigkeit des Kapitalisten selbst "den Gesetzen, die den Preis der Lohnarbeit regeln", verfallen (10), d.h., daß ihre Bezahlung sich nach dem Wert der Arbeitskraft richtet. Marx hat diesen Punkt wiederholt entwickelt (11) und nicht versäumt, die apologetischen Manöver von allerlei Sykophanten der kapitalistischen Produktionsweise, die von diesem Punkt ausgingen, entschieden zurückzuweisen:

"Dieser Erscheinung nun, daß mit Entwicklung der kapitalistischen Produktion alle Dienste sich in Lohnarbeit verwandeln und alle ihre Verrichter sich in Lohnarbeiter verwandeln, sie also diesen Charakter mit dem produktiven Arbeiter gemein haben, gibt zur Verwechslung beider umso mehr Anlass, weil es eine die kapitalistische Produktion charakterisierende und durch sie selbst geschaffene Erscheinung ist. Andererseits gibt es den Apologeten Anlass, den produktiven Arbeiter weil er Lohnarbeiter ist, in einen Arbeiter zu verwandeln, der bloß seine Dienste (d.h. seine Arbeit als Gebrauchswert) gegen Geld austauscht. Damit wird dann glücklich über die differencia specifica dieses "produktiven Arbeiters" und der kapitalistischen Produktion - als einer Produktion von Mehrwert, als Selbstverwertungsprozess des Kapitals, dessen bloße sich einverleibte agency die lebendige Arbeit ist, hinweggeschlüpft. Ein Soldat ist Lohnarbeiter, Söldner, aber er ist deswegen kein produktiver Arbeiter." (12). Wer den Begriff des Proletariats auf den Charakter der Arbeit als Lohnarbeit reduziert und ihn vom Begriff der produktiven Arbeit trennt, begreift das Proletariat nicht mehr als polarischen Gegensatz des Kapitals und reduziert tendenziell das Kapital-

(9) Zur Kritik vgl. "Einige Bemerkungen ... ", Roter Kurs Sondernummer 2.

(10) Resultate ..., S.67.

(11) Schon im "Kommunistischen Manifest": "Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." (MEW 4, S.465). Aber wenn Marx auch damals schon die Verwandlung aller Tätigkeiten in Lohnarbeit konstatierte, so hat er natürlich auch schon im Manifest zwischen Lohnarbeitern in diesem Sinne und Proletariat begrifflich genau unterschieden und das Proletariat nicht als Lohnarbeiter im weiteren Sinn, sondern als produktive Arbeiter begrifflich entwickelt: "In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d.h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur solange leben, als sie Arbeit finden und die nur solange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt" (a.a.O.S. 468). Die Entwicklung des Begriffs Proletariat entspricht genau der im Kapital; vgl, vor allem: MEW 23, S.642, Anm. 70. Deshalb ist es auch falsch, wenn Martin Nicolaus, "Konkurrenz und Mehrwert", Berlin 1970, eine grundsätzliche Wendung in der Marxschen Klassenanalyse nach dem Manifest zu erkennen glaubt.

(12) Resultate ..., S.68.

verhältnis auf Erscheinungsformen, die es mit ganz anders bestimmten Produktionsweisen gemeinsam hat. Gleichzeitig wird der Begriff der unbezahlten Mehrarbeit, durch die Geld überhaupt erst zu Kapital wird, vom Kapitalverhältnis gelöst und aus dem Charakter der Arbeit als Lohnarbeit umgekehrt geschlossen, daß Lohnarbeit per se, losgelöst vom Kapitalverhältnis unbezahlte Mehrarbeit bedeute: dabei wird völlig übersehen, daß die unproduktiven Arbeiter zwar aus dem Produkt der unbezahlten Mehrarbeit der produktiven Arbeiter, des Proletariats, bezahlt werden, ihre eigne Arbeit aber gar nicht unter dem Zwangsverhältnis des Selbstverwertungsprozesses des Kapitals, der Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit stehen, weil ihre Arbeitskraft nicht wegen ihrer mehrwertheckenden Fähigkeit gekauft wird, sondern ausschließlich wegen ihres Gebrauchswerts. Daß die unproduktiven Arbeiter dennoch ebenfalls ständigen Angriffen auf den Preis ihrer Arbeit und den Wert ihrer Arbeitskraft ausgesetzt sind, erklärt sich also nicht aus dem Drang des Kapitals, ihnen unbezahlte Mehrarbeit auszupressen, sondern aus dem Drang des Kapitals, möglichst viel Geld in Kapital verwandeln zu können, um den produktiven Arbeitern unbezahlte Mehrarbeit abzupressen (13). Wer auf Grundlage der Tatsache, daß der Charakter der Arbeit als Lohnarbeit in der kapitalistischen Produktionsweise absolut wird, alle Lohnarbeiter zum Proletariat schlägt, übersieht mit der differencia specifica der kapitalistischen Produktionsweise auch die differencia specifica des Proletariats als der direkt durch das Kapital ausgebeuteten Klasse der Lohnarbeiter, die durch das Kapitalverhältnis als ausgebeutete Klasse ständig reproduziert wird und die durch ihre Arbeit das Kapitalverhältnis ständig reproduziert, die also in der kapitalistischen Produktionsweise der polarische Gegensatz des Kapital ist.

Wenn der Begriff des Proletariats nicht durch die ökonomische Kategorie der produktiven Arbeit bestimmt wird, sondern durch den Charakter der Arbeit als Lohnarbeit, die in der kapitalistischen Produktionsweise absolut ist, wenn der Begriff des Proletariats vom Begriff des Kapitals losgelöst wird, und damit alle Individuen, die irgendeine Tätigkeit gegen Bezahlung ausüben, zum Proletariat geschlagen werden, dann wird das Proletariat zum amorphen Sammelsurium, das von den Agenten der herrschenden Klasse nur graduell geschieden ist. Wenn unproduktive und produktive Arbeit als Lohnarbeit gleichgesetzt werden und Lohnarbeit, gleichgültig ob sie nach der Form W - G - W oder G - W - G ausgetauscht wird (14), gleichgesetzt wird als Arbeit, die sich wesentlich in notwendige und surplusarbeit aufteilt, so daß alle Arbeit, die überhaupt bezahlt wird, wesentlich aus bezahlter und unbezahlter Arbeit besteht, dann muß der so gewonnene Begriff des "Proletariats" durch von außen herangetragene Kriterien eingeschränkt werden, die diesen "Begriff" des Proletariats in Wahrheit wieder aufheben. Ausgeschlossen werden aus dem Begriff des Proletariats, der identisch ist mit allen Individuen, die ihre Arbeit als Lohnarbeit verrichten, jene Lohnarbeiter, die mit Machtbefugnissen über Produktionsmittel ausgestattet sind (gedacht ist wohl an Manager, Direktoren, etc.), sich einen überdurchschnittlichen Anteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts aneignen (!) und eine für die Erhaltung des Systems unerlässliche politische, administrative oder judikative Funktion ausüben. Zu all diesen einschränkenden Kriterien muß Lothar Peter nur greifen, weil er den Begriff des Proletariats von der Kategorie der produktiven Arbeit, d.h. kapitalproduzierenden Arbeit, getrennt und damit vom kapitalistischen Produktionsprozess losgelöst hat. Aber diese Kriterien sind auch in sich völlig willkürlich und unsinnig. Der verschwommene Begriff der "Macht"befugnisse über Produktionsmittel soll das ganze Leitungspersonal aus dem Proletariat ausschließen, obwohl das Leitungspersonal durchaus Teil des produktiven Gesamtarbeiters sein und ökonomisch unter den Begriff des Proletariats fallen kann. Das Kriterium des "überdurchschnittlichen Anteils" am gesellschaftlichen Mehrprodukt zeigt am deutlichsten, in welche Sackgasse die bürgerliche Linie in der Klassenanalyse führt: das Proletariat eignet sich dem Begriff nach weder einen durchschnittlichen noch einen unterdurchschnittlichen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts an, sondern produziert durch seine unbezahlte Mehrarbeit dieses gesellschaftliche Mehrprodukt, daß sich die Kapitalisten aneignen und unter ihre "retainers" aufteilen. Gesagt werden soll wohl, daß die "retainers", deren Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt in Geld ausgedrückt die durchschnittliche Lohnhöhe des Proletariats nicht übersteigt, selbst Proletarier sind. Das Ganze läuft dann auf den Unsinn hianus, daß die Einkommenshöhe über die Zugehörigkeit zum Proletariat entscheidet und daß jene Nichtproletarier, die verglichen mit dem Proletariat nicht viel mehr verdienen als das Proletariat, halt Proletarier sind. Ein Subalternbeamter ist ein Proletarier, ein Volksschullehrer vielleicht auch noch, beim Studienrat wird es schwierig und der Ministerialdirektor ist bestimmt kein Proletarier. An die Stelle klarer ökonomischer Kategorien ist der Rechenschieber getreten.

Das letzte einschränkende Kri terium ist erst recht unbrauch-

(13) D.h. keineswegs, daß der unproduktive Arbeiter nicht ebenfalls mehrArbeit leistet, als Arbeit zur Reproduktion seiner Arbeitskraft nötig ist. Das wird im allgemeinen durchaus der Fall sein. Aber diese Mehrarbeit ist nicht der Zweck des Kaufs seiner Arbeitskraft; sie ist nicht Bedingung der Produktion des Mehrwerts.

(14) "Es kann einerseits die erste Bedingung stattfinden, ohne daß die zweite stattfindet. Ein Arbeiter kann Lohnarbeiter, Taglöhner etc. sein. Es findet dies jedesmal statt, wenn das zweite Moment fehlt. Jeder produktive Arbeiter ist Lohnarbeiter, aber deswegen ist nicht jeder Lohnarbeiter produktiver Arbeiter. So oft die Arbeit gekauft wird, um als Gebrauchswert verzehrt zu werden, als Dienst, nicht um als lebendiger Faktor an die Stelle des Werts des variablen Kapitals zu treten, und dem kapitalistischen Produktionsprozess einverleibt zu werden, ist die Arbeit keine produktive Arbeit und der Lohnarbeiter kein produktiver Arbeiter. Seine Arbeit wird dann ihres Gebrauchswerts wegen, nicht als Tauschwert setzend, sie wird unproduktiv, nicht produktiv konsumiert. Der Kapitalist steht ihr daher nicht als Kapitalist, als Repräsentant des Kapitals gegenüber. Er tauscht sein Geld gegen sie als Revenu, nicht als Kapital aus. Ihre Konsumtion konstituiert nicht G-W-G', sondern W-G-W (letztres die Arbeit oder der Dienst selbst). Das Geld funktioniert hier nur als Zirkulationsmittel, nicht als Kapital.
So wenig die Waren, die der Kapitalist kauft zu seinem Privatkonsum, produktiv konsumiert werden, Faktoren des Kapitals werden, so wenig die Dienste, die er freiwillig oder gezwungen (beim Staat etc.) ihres Gebrauchswerts wegen, zu seiner Konsumtion kauft. Sie werden kein Faktor des Kapitals. Sie sind daher keine produktiven Arbeiten und ihre Träger keine produktiven Arbeiter."
(Resultate ..., S.66 f.)

bar, denn selbstverständlich ist die Funktion eines Subalternbeamten, so lange sie überhaupt "notwendig" ist, nicht weniger unerläßlich zur Erhaltung des Systems, als die Funktion eines Ministerialdirektors, und die Funktion eines Staatsanwalts nicht weniger unerläßlich als die des Generalstaatsanwalts; aber weil Lother Peter, getreu der revisionistischen Klassenanalyse, alle, die ihre Arbeit als Lohnarbeit, d.h. schlicht gegen Bezahlung verrichten, zum Proletariat geschlagen hat, muß er nun, um seiner "Klassenanalyse" ein Minimum an Plausibilität zu geben, versuchen, mit Kriterien, die aus dem Gebrauchswert der Tätigkeit gewonnen sind, Teile dieses "Proletariats" wieder auszuschließen. In solche Schwierigkeiten gerät notwendig eine Klassenanalyse, die vom Charakter der Arbeit als Lohnarbeit und von der Tatsache, daß im Kapitalismus die Bezahlung aller Tätigkeiten nach den Gesetzen der Lohnarbeit geregelt werden, ausgeht und die wesentliche Unterscheidung zwischen produktiver Arbeit, das heißt, der Arbeit, die sich unmittelbar mit Kapital austauscht, und zwischen unproduktiver Arbeit, die sich gegen Revenue, gegen Geld als Geld austauscht, als irrelevant beiseite schiebt, und damit den Begriff des Proletariats seiner ökonomischen Bestimmtheit beraubt und die differencia specifica des kapitalistischen Produktionsverhältnisses unterschlägt.

Um diese Schwierigkeiten zu vermeiden, werden in einem Papier des "Projekts Klassenanalyse" (15) Einschränkungen des Begriffs ganz fallengelassen und wird schlicht festgestellt: "Der weitaus größte und allein ausschlaggebende Teil der Intellektuellen ist objektiv ein Teil der Arbeiterklasse. Was ihn betrifft, gilt es, die tradierten Bewußtseinsformen aufzulösen, welche die Einsicht in diesen Zusammenhang großen Teilen der proletarischen Intelligenz noch verstellt. An die Stelle der Phrase von der Bündnispolitik mit den Intellektuellen muß die Herstellung der Einheit der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse als adäquate revolutionäre Taktik entwickelt werden." Lediglich die "selbstständigen 'freischaffenden' Kleinproduzenten", die im Besitz ihrer Produktionsmittel sind, Künstler, Juristen (gemeint sind wohl Rechtsanwälte), Architekten, Journalisten (!) etc. gehören zur Zwischenklasse der Kleinproduzenten. Aber sie werden zunehmend gegenüber der "proletarischen Intelligenz" gesellschaftlich und zahlenmäßig irrelevant. Zur proletarischen Intelligenz gehören:

a. Direkt unters Kapital subsumierte geistige Produzenten;
b. Im öffentlichen Dienst (Staat, gemeinnützige Verbände, etc.) beschäftigte Teil der Intelligenz, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben.

Von diesen unproduktiven, aber notwendigen Arbeiten, seien zu unterscheiden "alle Sorten von ideologischen und politischen Repräsentatnten der herrschenden Klasse"; aber dieser Unterschied ist offensichtlich nicht wesentlich, denn soweit diese betreffenden Tätigkeiten als Lohnarbeit vollzogen werden, gehören ihre Träger offensichtlich zum Proletariat. Sie werden in dieser Rubrik abgehandelt und es ist auch nicht einzusehen, wieso sie, da ihre Arbeit Lohnarbeit, nicht zum Proletariat gehören sollten. Das Proletariat sieht sich also plötzlich durch eine proletarische Intelligenz bereichert, die aus Staatsanwälten, Pfarrern und Gefängnisdirektoren besteht, wobei die revolutionäre Taktik darin besteht, die "Einsicht in diesen Zusammenhang" zu verbreiten und die "Herstellung der Einheit der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse "voranzutreiben". Da nach diesen Kriterien alle unselbständig Beschäftigten zum Proletariat geschlagen werden, wird in Zukunft zweifellos die Herstellung des antimonopolitischen Bündnisses gegenüber der Vereinheitlichung des Proletariats an Relevanz verlieren, denn die Arbeiterklasse ist offensichtlich selbst nichts als dieses Bündnis. Die revisionistische "Klassenanalyse" stellt den Rechtsopportunismus auf eine neue Basis.

I.

PRODUKTIVE ARBEIT ALS AUSDRUCK DES PRODUKTIONSVERHÄLTNISSES VON LOHNARBEIT UND KAPITAL (16)

Gegenüber den revisionistischen Versuchen, den Begriff der Lohnarbeit von der Kategorie der produktiven Arbeit zu trennen und so alle unselbständig Beschäftigten zu Proletarieren zu erklären, muß an dem wesentlichen Zusammenhang der Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn und der produktiven Arbeit festgehalten werden. In der Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses entwickelt Marx den das kapitalistische Produktionsverhältnis bestimmenden Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital und zeigt, daß die zuerst von Adam Smith als der kapitalistischen Produktionsweise adäquat entwickelte Kategorie der produktiven Arbeit "nur ein abkürzender Ausdruck ist für das ganze Verhältnis und Art und Weise, worin das Arbeitsvermögen im kapitalistischen Produktionsprozess figuriert" (Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1., S.371).

Der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses ist nicht die Produktion von bestimmten Gebrauchswerten oder von Waren, sondern die Produktion von Kapital, und in der kapitalistischen Produktionsweise ist nur die Arbeit, die Kapital produziert, produktive Arbeit. Produktive Arbeit, Kapital produzierende Arbeit, ist "Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn". Ihre Bestimmung ist "nicht genommen aus der stofflichen Bestimmung der Arbeit (weder der Natur ihres Produkts noch der Bestimmtheit der Arbeit als konkreter Arbeit), sondern aus der bestimmten gesellschaftlichen Form, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, worin sie sich verwirklicht". (Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1., S.127). Wer die "Lohnarbeit" von ihrer Eigenschaft, Kapital zu produzieren löst, nimmt dem Begriff der Lohnarbeit seinen wissenschaftlichen Sinn und abstrahiert von der gesellschaftlichen Form, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, worin sich die Lohnarbeit als polarischer Gegensatz des Kapitals verwirklicht: Lohnarbeit "im strikten ökonomischen Sinn" "ist kapitalsetzende, kapitalproduzierende Arbeit, d.h. lebendige Arbeit, die sowohl die gegenständlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung als Tätigkeit, wie die objektiven Momente ihres Daseins als Arbeitsvermögens, als fremde Mächte sich selbst gegenüber produziert, als für sich seiende, von ihr unabhängige Werte." (Grundrisse, S.367). Lohnarbeit im strikten Sinn ist also nicht einfach Arbeit, die gegen Bezahlung verrichtet wird, auch nicht dann, wenn diese Bezahlung nach den Gesetzen der Lohnarbeit vollzogen wird, sondern Arbeit, die Kapital produziert. "Austausch des Geldes als Revenu, als bloßes Zirkulationsmittel gegen lebendige Arbeit, kann nie das Geld als Kapital, daher nie die

(15) "Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen", in: SoPo 12, S.101-112.

Arbeit als Lohnarbeit im ökonomischen Sinn setzen" (a. a.O., S.371). "Es ist also nicht einfach Austausch vergegenständlichter Arbeit gegen lebendige ... , welcher Kapital und daher Lohnarbeit konstituiert, sondern Austausch vergegenständlichter Arbeit als Werts, an sich haltenden Werts gegen lebendige, als ihren Gebrauchswert, als Gebrauchswert nicht zu einem bestimmten, besondren Gebrauch oder Konsum, sondern Gebrauchswert für den Wert. Bei dem Austausch von Geld gegen Arbeit oder Dienst zu unmittelbarem Konsum findet immer wirklicher Austausch statt; daß auf beiden Seiten Arbeitsquanta sich austauschen, hat nur formelles Interesse, um die besonderen Nützlichkeitsformen an einander zu messen. Es betrifft nur die Form des Austausches; bildet aber nicht seinen Inhalt. Bei dem Austausch von Kapital gegen Arbeit ist der Wert nicht Messer für den Austausch zweier Gebrauchswerte, sondern der Inhalt des Austauschs selbst" (a.a.O. S. 372).

Wenn sich Arbeit oder Dienst gegen Revenue austauscht und dabei die Bezahlung der Arbeit oder des Dienstes analog zum Austausch von Kapital und Arbeit, und zum "eigentlichen Arbeitslohn" (Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1., S.380) vollzogen wird, d.h. daß sich die Bezahlung der Arbeit oder des Dienstes letztlich nach dem Wert der Arbeitskraft richtet, so ist das dem Inhalt des Austausches von Arbeit und Revenue äußerlich. Nicht das Arbeitskraft gekauft wird, um nicht nur ihren Wert zu reproduzieren, sondern darüber hinaus einen Mehrwert zu erzeugen ist Sinn und Zweck dieses Austausches, sondern der unmittelbare Konsum einer konkreten Arbeit oder eines konkreten Dienstes. Im Austausch zwischen Kapital und Arbeit dagegen ist der Inhalt des Tausches nicht der unmittelbare Konsum einer bestimmten Arbeit oder eines bestimmten Dienstes, vielmehr figuriert von vornherein das Arbeitsvermögen nur als Ware, "weil die Arbeit, die es leisten kann und sich zu leisten verpflichtet, größer ist als die Arbeit, die zur Reproduktion seines Arbeitsvermögens erheischt ist und sich daher in einem größeren Wert darstellt als der Wert des Arbeitsvermögens" (Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1.,S.373). Bei dem Austausch zwischen Kapital und Arbeit sind, wie die Analyse des Produktionsprozesses zeigt, zwei "wesentlich verschiedene, sogleich einander bedingende Momente zu unterscheiden":

"Erstens: Der erste Austausch zwischen Arbeit und Kapital ist ein formeller Prozess, worin das Kapital als Geld und das Arbeitsvermögen als Ware figuriert (...) Was hier unmittelbar verkauft wird, ist nicht eine Ware, worin sich die Arbeit bereits realisiert hat, sondern der Gebrauch des Arbeitsvermögens selbst, also faktisch die Arbeit selbst, da der use des Arbeitsvermögens seine action - Arbeit ist. (...) Es findet also unmittelbarer Austausch statt zwischen vergegenständlichter Arbeit und Arbeitsvermögen, das sich de facto auflöst in lebendige Arbeit; also zwischen vergegenständlichter Arbeit und lebendiger Arbeit. Das Salär - der Wert des Arbeitsvermögens - stellt sich daher dar, (...) als unmittelbarer Kaufpreis, Preis der Arbeit" (ebd.).

Dieses erste Moment des Austausches zwischen Kapital und Arbeit, in dem sich der Wert des Arbeitsvermögens, das gekauft wird, als unmittelbarer Kaufpreis, Preis der Arbeit darstellt, ist die Bedingung dafür, daß die Lohnform der Bezahlung des Werts der Arbeitskraft sich auch auf den Austausch von Arbeit gegen Revenue ausdehnen konnte und daß der Wert der Arbeitskraft als Lohn auch die Bezahlung der unproduktiven Arbeit regelt und so die Erscheinung der Lohnarbeit sich auf alle unselbständigen Arbeiten ausdehnte, obwohl sich diese keineswegs in derselben gesellschaftlichen Form wie die Lohnarbeit im strikt ökonomischen Sinn verwirklicht. Wird der Begriff der Lohnarbeit vom Begriff der produktiven Arbeit getrennt, dann bleibt er der Erscheinungsform des Preises der Arbeit verhaftet, die die wesentliche Differenz zwischen produktiver Arbeit und unproduktiver Arbeit verdeckt. Daß das Arbeitsvermögen durch das Kapital gekauft und bezahlt wird und nicht die Arbeit, ist für den Austausch zwischen Kapital und Arbeit wesentlich, nicht aber für den Austausch von Arbeit und Revenue, der sich zwar entsprechend den Gesetzen des Arbeitslohns regelt, aber einen ganz anderen Inhalt hat. Schon das erste Moment des Austausches von Arbeit und Kapital unterscheidet also die produktive Arbeit von der unproduktiven Arbeit, obwohl sich auch der Preis der unproduktiven Arbeit nach dem Wert der Arbeitskraft regelt.

"Zweitens: Das zweite Moment des Austauschs von Kapital und Arbeit hat in der Tat nichts mit dem ersten zu tun, ist streng genommen gar kein Austausch. (...) In dem zweiten Moment findet gar kein Austausch statt. (...) Der Geldbesitzer funktioniert jetzt als Kapitalist. Er konsumiert die Ware, die er gekauft hat, und der Arbeiter liefert sie, da der Gebrauch seines Arbeitsvermögens seine Arbeit selbst ist. Durch die frühe Transaktion ist die Arbeit selbst Teil des gegenständlichen Reichtums geworden. Der Arbeiter verrichtet sie, aber sie gehört dem Kapital und ist nur noch eine Funktion desselben. Sie geschieht daher direkt unter seiner Kontrolle und Direktion; und das Produkt, worin sie sich vergegenständlicht, ist die neue Gestalt, worin das Kapital erscheint und worin es sich vielmehr actu als Kapital verwirklicht. In diesem Prozess vergegenständlicht sich die Arbeit daher direkt, verwandelt sich unmittelbar in Kapital, nachdem sie bereits formell dem Kapital durch die erste Transaktion einverleibt ist. Und zwar verwandelt sich hier mehr Arbeit in Kapital, als früher Kapital im Ankauf des Arbeitsvermögens ausgelegt wurde. Es wird in diesem Prozess ein Teil unbezahlter Arbeit angeeignet, und nur dadurch verwandelt sich das Geld in Kapital. (...)

Der unmittelbare Austausch von Arbeit gegen Kapital bedeutet hier: erstens die unmittelbare Verwandlung der Arbeit in Kapital, (in einen) gegenständlichen Bestandteil des Kapitals im Produktionsprozess; zweitens den Austausch eines bestimmten Quantums vergegenständlichter Arbeit gegen dasselbe Quantum lebendiger Arbeit plus einem Surplusquantum lebendiger Arbeit, das ohne Austausch angeeignet wird.

Der Ausdruck, daß produktive Arbeit solche ist, die sich unmittelbar mit Kapital austauscht, umfasst alle diese Momente, und ist nur eine abgeleitete Formel dafür, daß es Arbeit ist, die Geld in Kapital verwandelt, die sich mit den Produktionsbedingungen als Kapital austauscht, sich also keineswegs zu ihnen als einfachen Produktionsbedingungen, die sich zu den Produktionsbedingungen nicht als Arbeit schlechthin, ohne spezifische soziale Bestimmtheit verhält.

Es schließt dies ein: 1. Das Verhältnis von Geld und Arbeitsvermögen gegeneinander, Kauf und Verkauf zwischen dem Geldbesitzer und dem Besitzer des Arbeitsvermögens; 2. die direkte Subsumtion der Arbeit unter das Kapital; 3. die reelle Verwandlung der Arbeit in Kapital im Pro-

duktionsprozess, oder, was dasselbe ist, die Schöpfung des Mehrwerts für das Kapital. Es findet zweierlei Austausch von Arbeit und Kapital statt. Der erste drückt bloß den Kauf des Arbeitsvermögens und daher actu der Arbeit und daher ihres Produkts aus. Der zweite die direkte Verwandlung lebendiger Arbeit in Kapital oder ihre Vergegenständlichung als Verwirklichung des Kapitals." (Theorien über den Mehrwert I, 26.1., S. 373-375).

Die formelle Einverleibung der Arbeit durch das Kapital durch den Austausch des Arbeitsvermögens mit dem Kapital als Geld und die direkte Subsumtion der Arbeit unter das Kapital und ihre Verwandlung in Kapital konstitutiert die Lohnarbeit im ökonomischen wissenschaftlichen Sinn. Lohnarbeit ist nicht Arbeit schlechthin, auch nicht einfach unselbständige abhängige Arbeit für andere, sondern kapitalproduzierende produktive Arbeit, d.h. Arbeit, die ihren eigenen Gegensatz ständig neu produziert. Genauso wenig wie Lohnarbeit im strikt ökonomischen, wissenschaftlichen Sinn einfach Arbeit schlechthin und auch nicht einfach unselbständige, abhängige Arbeit schlechthin ist, ist der Lohnarbeiter, der Proletarier im ökonomisch-wissenschaftlichen Sinn ein Arbeiter oder ein unselbständiger, abhängiger Arbeiter schlechthin; unter "'Proletarier' ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der 'Kapital' produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald für die Verwertungsbedürfnisse des 'Monsieur Kapital', wie Pecqueur diese Person nennt, überflüssig ist." (Kapital I, MEW 23, S. 642, Anm. 70). Deshalb ist es auch ein Pech und kein Glück, produktiver Arbeiter, d.h. Proletarier zu sein, wie Marx immer wieder feststellt. (z.B. Theorien über den Mehrwert I, S. 197). "Produktive Arbeit ist nur ein abkürzender Ausdruck für das ganz Verhältnis und Art und Weise, worin das Arbeitsvermögen im kapitalistischen Produktionsprozess figuriert. Die Unterscheidung von anderen Arten der Arbeit ist aber von der höchsten Wichtigkeit, da sie gerade die Formbestimmtheit der Arbeit ausdrückt, worauf die gesamte kapitalistische Produktionsweise und das Kapital selbst beruht.

Produktive Arbeit ist als solche - im System der kapitalistischen Produktion -, die Mehrwert für ihren employer produziert oder die die objektiven Arbeitsbedingungen in Kapital und ihre Besitzer in Kapitalisten verwandelt, also Arbeit, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert. Sprechen wir also von produktiver Arbeit, so sprechen wir von gesellschaftlich bestimmter Arbeit, Arbeit, die ein ganz bestimmtes Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer der Arbeit einschließt." (Theorien über den Mehrwert I, S. 371 f.) Beim Austausch zwischen Arbeit und Revenue stehen sich Verkäufer und Käufer "einfach als solche" gegenüber, hier aber "stehen sie sich als Kapital und Lohnarbeit gegenüber" (a.a.O., S.268). Produktive Arbeit als Lohnarbeit leisten zu müssen, konstituiert den Begriff des Proletariers. Lohnarbeit in dem Sinne, daß Arbeit für andere gegen Bezahlung verrichtet wird und daß diese Bezahlung sich nach dem Wert der Arbeitskraft reguliert, impliziert keineswegs das kapitalistische Produktionsverhältnis, und ihr Exponent war in höchst verschiedenen Gesellschaften immer wieder der Söldner. Den Begriff des Proletariats auf den des Söldners herunterzubringen ist das vergebliche Bemühen jener, die den ökonomisch-wissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit von der produktiven Arbeit trennen wollen und damit den "ganzen Unterschied der kapitalistischen und der nicht kapitalistischen Produktionsweise" beseitigen wollen. (Theorien über den Mehrwert III, 26.3., S.424 f.) (16a).

Die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit, die für den wissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit wesentlich ist, hat nichts mit der Unterscheidung von geistiger und körperlicher Arbeit, materieller oder immaterieller Produktion oder nützlicher und unnützlicher Arbeit zu tun. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und der reellen Subsumtion einer immer größeren Zahl von Arbeitszweigen unter das Kapital und der Herausbildung eines dem Kapital subsumierten gesellschaftlichen Gesamtarbeiters werden zunehmend auch geistige Arbeiten formell und reell unter das Kapital subsumiert, d.h. gegen Kapital ausgetauscht. Nicht ob eine Arbeit geistig oder körperlich ist, sondern ob sie in den kapitalistischen Produktionsprozess einbezogen ist oder nicht, entscheidet darüber, ob sie im wissenschaftlichen, strikt ökonomischen Sinn Lohnarbeit ist oder ob ihre Träger ökonomisch zum Proletariat gehören oder nicht:

"Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch di...

(16a) vgl. auch Grundrisse S.371 f:

In asiatischen Gesellschaften, wo der Monarch als der exklusive Besitzer des Landsurplusprodukts erscheint, entstehn ganze Städte, die au fond nichts als wandelnde Lager sind, durch den Austausch seiner Revenu mit den free hands, wie Steuart sie nennt. In diesem Verhältnis ist nichts von Lohnarbeit, obgleich es im Gegensatz zur Sklaverei und Leibeigenschaft stehen kann, nicht muß, denn unter verschiednen Formen der Gesamtorganisation der Arbeit wiederholt es sich immer. Sofern Geld diesen Austausch vermittelt, wird die Preisbestimmung auf beiden Seiten wichtig werden, aber für A nur, insofern als er den Gebrauchswert der Arbeit nicht zu teuer bezahlen will; nicht insofern es ihm um ihren Wert zu tun ist. Daß dieser Preis, ursprünglich mehr konventionell und traditionell, nach und nach ökonomisch bestimmt wird, erst durch Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr, schließlich durch die Produktionskosten, wodurch solche lebendige Dienste Verkaufende selbst hergestellt werden können, ändert am Wesen des Verhältnisses nichts, da nach wie vor die Preisbestimmung nur ein formelles Moment für den Austausch bloßer Gebrauchswerte bleibt. Diese Bestimmung selbst wird aber durch andre Verhältnisse, die allgemeinen, gleichsam hinter dem Rücken dieses besondren Austauschakts vor sich gehenden Gesetze und Selbstbestimmung der herrschenden Produktionsweise hervorgebracht. Eine der Formen, in denen zuerst in den alten Gemeinwesen diese Art der Besoldung erscheint, ist das Heerwesen. Der Sold des gemeinen Soldaten wird auch auf ein Minimum herabgesetzt — ist rein durch die Produktionskosten bestimmt, zu denen er verschafft werden kann. Wogegen er aber seine Dienstleistung austauscht, ist die Revenu des Staats, nicht Kapital.

In der bürgerlichen Gesellschaft selbst gehört in diese Rubrik aller Austausch persönlicher Dienstleistungen — auch Arbeit für persönlichen Konsum, Kochen, Nähen etc., Gartenarbeit etc., bis herauf zu den sämtlichen improduktiven Klassen, Staatsdiener, Ärzte, Advokaten, Gelehrte etc. — gegen Revenu in diese Kategorie. Alle menial servants etc. Alle diese Arbeiter, vom geringsten bis zum höchsten, vermitteln sich durch ihre Dienstleistungen — oft aufgezwungne — einen Anteil am Surplusprodukt, an der Revenu des Kapitalisten. Es fällt aber niemand ein zu denken, daß durch Austausch seiner Revenu gegen solche Dienstleistungen, d. h. durch seinen Privatkonsum, der Kapitalist sich als Kapital setzt. Er verausgabt vielmehr dadurch die Früchte seines Kapitals. Daß die Proportionen, in denen die Revenu sich austauscht gegen solche lebendige Arbeit, selbst durch die allgemeinen Produktionsgesetze bestimmt sind, ändert nichts an der Natur des Verhältnisses.

vgl. auch a.a.O., S.428.

Kopf- und Handarbeiten - oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andere Seite vorwiegt, - zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebensowenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist. Alle diese Personen sind nicht nur unmittelbar in der Produktion von materiellem Reichtum beschäftigt, sondern sie tauschen ihre Arbeit unmittelbar gegen das Geld als Kapital aus und reproduzieren daher unmittelbar ausser ihrem Salair einen Mehrwert für den Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht aus bezahlter Arbeit plus unbezahlter Surplusarbeit. (Theorien über den Mehrwert I, S.387).

Produktiver Arbeiter im Sinne des Kapitals ist jeder Teil dieser lebendigen Produktionsmaschine nur als einzelner, insofern seine Arbeit als Wert produzierend stets die Arbeit des Einzelnen bleibt, "nur allgemein ausgedrückt". "Die produktive Arbeit - als wertproduzierende Arbeit - steht dem Kapital daher stets als Arbeit des einzelnen Arbeitsvermögens, des vereinzelten Arbeiters gegenüber, welche gesellschaftlichen Kombinationen diese Arbeiter immer im Produktionsprozess eingehen mögen. Während so das Kapital dem Arbeiter gegenüber die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit, stellt die produktive Arbeit des Arbeiters dem Kapital gegenüber immer nur die Arbeit des vereinzelten Arbeiters dar". (a.a.O. S. 370).

Die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit erscheint als Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft des Kapitals, weil der Arbeiter im Lohnverhältnis dem Kapitalisten gegenüber vereinzelt wird. Im Lohnkampf schließen sich diese vereinzelten Arbeiter zusammen, um den Verkauf der Arbeitskraft zu ihrem Wert zu erzwingen, aber nur die Beseitigung des Lohnverhältnisses und die Aufhebung des Doppelcharakters des kapitalistischen Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozess beseitigt mit der Hülle des kapitalistischen Verwertungsprozesses die Spaltung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in vereinzelte produktive Arbeiter. Dies ist der Inhalt der sozialistischen Revolution, die damit die Grundlage für die Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit legt. Hat also die Kategorie der produktiven Arbeit mit der Trennung von Hand-und Kopfarbeit nur soviel gemein, daß deren Aufhebung nur nach Abschaffung der Lohnarbeit möglich ist, so ist die Kategorie der produktiven Arbeit auch gleichgültig gegenüber der Unterscheidung von materieller und immaterieller Produktion; wie sie überhaupt vom konkreten Charakter der Arbeit und vom stofflichen Charakter des Produkts abstrahiert. Ebensowenig ist produktive Arbeit unbedingt"nützlich" (im gesellschaftlichen Sinn) noch ist nützliche Arbeit unbedingt produktiv, oder nutzlose Arbeit unproduktiv. Die Arbeit des Nachtwächter ist nützlich aber unproduktiv, die Arbeit der Luxusproduzenten mag "nutzlos", aber im Sinne des Kapitals ausgesprochen produktiv sein.

Der Unterschied zwischen der Luxus- und Rüstungsindustrie auf der einen Seite und der Produktion von Konsumtions- und Produktionsmitteln hat mit der Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit nichts zu tun. Die Proletarier der Luxus- und Rüstungsindustrie produzieren genauso Wert und Mehrwert, d. h. Kapital wie ihre Klassengenossen in der übrigen Industrie. Der Unterschied liegt nur darin, daß ihre Produkte stofflich nicht als Kapital, weder als konstantes noch als variables fungieren können; (vgl. Th. ü. d. MW III, MEW 26,3, S.241 f)

Auch die Arbeit im ganzen Dienstleistungsbereich, soweit diese kapitalistisch betrieben wird, ist produktiv und die Träger dieser Arbeit sind Proletarier im strikt ökonomischen Sinn des Begriffs, denn ihre Arbeit tauscht sich gegen Kapital aus. Zwar werden diese Dienstleistungen dem kapitalistischen Unternehmer aus der "Revenue des Publikums" bezahlt, doch gilt dies von allen Produkten "soweit sie in die individuelle Konsumtion eingehen." (Anm. Th. ü. MW I, MEW 26,1 S.136) Die Produktion von Diensten kann also zunehmend unter das Kapital subsumiert werden, und die in diesem Bereich Tätigen werden in Proletarier verwandelt, "die ihr eigenes Salär ersetzen und einen Profit abwerfen" (a.a.O.,).

II.

DER MARXSCHE BEGRIFF DER MITTELKLASSE UND DIE KATEGORIE DER UNPRODUKTIVEN ARBEIT

Die beiden Hauptklassen der kapitalistischen Produktionsweise sind die Kapitalisten, die ihrem Begriff nach Nichtarbeiter sind und die Proletarier, die ihrem Begriff nach Kapital produzieren, produktive Arbeiter sind. In Bezug auf diese beiden Hauptklassen gibt es verschiedene "Mittelstufen" (Th. ü. d. MWII, MEW 26,2,S.563) oder Mittelklassen, die trotz ihrer Heterogenität gemeinsam haben, durch ihre Arbeit kein Kapital zu produzieren, d.h. durch ihre Arbeit nicht das Kapitalverhältnis zu reproduzieren.

Die traditionelle Mittelklasse der bürgerlichen Produktionsweise ist die Klasse der unmittelbaren Warenproduzenten aus deren Polarisierung Kapitalistenklasse und Proletariat erst hervorgehen, und die durch diese zunehmende Polarisierung vernichtet wird. Diese Klasse lebt vom Tausch ihrer Produkte, wobei der Zweck der Produktion und des Tausches die Konsumtion ist, selbst wenn die Produktion ganz für den Markt bestimmt ist. Auf diese Klasse privater Kleinproduzenten sind die Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise gar nicht anwendbar; doch gilt ihre Arbeit dem Kapital als unproduktiv; das Kapital unterwirft sich nach und nach diese Kleinproduzenten und verwandelt sie in produktive Arbeiter. Marx hat den notwendigen Untergang dieser selbständigen Produzenten vorausgesagt und diese wissenschaftliche Voraussage hat sich trotz aller revisionistischen und bürgerlichen Einwände voll bestätigt. (17).

Das Kapitalverhältnis selbst bringt jedoch neue Zwischenschichten, neue Mittelklassen zwischen Lohnarbeit und Kapital hervor, deren Charakteristika darin bestehen, vom Verkauf ihrer Arbeit zu leben, ohne diese Arbeit

(16) Vgl. zum Folgenden: "Ergänzungen und Korrekturen zu den ersten beiden Sondernummern des Roten Kurs," Roter Kurs Sondernummer 3, S.1-8.

(17) Vgl. Emil Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft,Leipzig 1932.

(18) entfällt

gegen Kapital auszutauschen. Das erste Charakteristikum, den Verkauf ihrer Arbeit, haben sie mit dem Proletariat gemeinsam:" Bei travailleurs productifs oder improductifs handelt es sich aber immer um Käufer und Verkäufer von Arbeit." (Th.ü.d.MW I, MEW 26, 1, S.260): aber der Zweck des Kaufes ihrer Arbeit, der Käufer ihrer Arbeit und der Inhalt des Tauschaktes ist wesentlich verschieden: einmal ist der Tauschakt Voraussetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses, dessen Zweck und Resultat Mehrwert ist, das andere Mal ist der kapitalistische Produktionsprozess und der in ihm produzierte Mehrwert Voraussetzung dafür, daß der Tauschakt überhaupt stattfinden kann. (Beleg: Th.ü.d.MW I, MEW26, 1, S.171)

Produktive Arbeit wird einzig gekauft wegen ihrer Fähigkeit Wert und Mehrwert zu produzieren. Unproduktive Arbeit "hat value, kostet daher ein Äquivalent, aber sie produziert keine value." (a.a.O., S.273)

Der Begriff des Proletariats wird konstituiert durch den Tausch seiner Arbeit gegen Kapital, d.h. den Verkauf seiner Arbeitskraft an das Kapital und die Einverleibung seiner Arbeit in das Kapital, die (formelle oder reelle) Subsumtion seiner Arbeit unter das Kapital. Die Mittelklasse dagegen tauscht ihre Arbeit gegen Revenue: ihre Arbeit ist weder formell noch reell dem Kapital subsumiert. Die Vernichtung des alten Mittelstandes, der selbständigen Kleinproduzenten, die Polarisierung der Gesellschaft in Kapitalistenklasse und Proletariat und die Ausbildung neuer Mittelklassen sind verschiedene, sich gegenseitig bedingende und keineswegs ausschließende Tendenzen in der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie sind Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Verwertungsbedingungen. In seiner Kritik an Ricardo hebt Marx gerade hervor, daß dieser die Vermehrung der Mittelklassen ebenso übersieht, wie er die widersprüchlichen Tendenzen des Kapitals, aus "möglichst wenig Arbeit" möglichst viel Mehrwert zu pressen und gleichzeitig die Gesamtmasse der angewandten Arbeit zu vergrößern, nur unzureichend erklären kann:

"Es sind zwei Tendenzen, die sich beständig durchkreuzen; möglichst wenig Arbeit anwenden, um dieselbe oder größere Quantität Waren, um dasselbe oder größre net produce, surplus value, net revenue zu produzieren; zweitens möglichst große Anzahl Arbeiter (obgleich möglichst wenig im Verhältnis zum Quantum der von ihnen produzierten Waren) anwenden, weil mit der Masse der angewandten Arbeit - auf einer gegebenen Stufe der Produktivkraft - die Masse der surplus value und der surplus produce wächst. Die eine Tendenz schmeißt die Arbeiter aufs Pflaster und macht population redundant, (Bevölkerung überzählig) die andere absorbiert sie wieder und erweitert die wages-slavery (Lohnsklaverei) absolut, so daß der Arbeiter stets schwankt in seinem Los und doch nie davon loskommt. Daher der Arbeiter die Entwicklung der Produktivkräfte seiner eigenen Arbeit als ihm feindlich, und mit Recht, betrachtet; andererseits der Kapitalist ihn als ein beständig aus der Produktion zu entfernendes Element behandelt. Dies sind die Widersprüche, worin sich R(icardo) in diesem Kapitel herumarbeitet. Was er vergißt hervorzuheben, die beständige Vermehrung der zwischen workmen auf der einen Seite, Kapitalist und landlord auf der andren Seite, in der Mitte stehenden und sich stets in größrem Umfang, großen Teils von der Revenue direkt fed (ernährenden) Mittelklassen, die als eine Last auf der working Unterlage lasten und die soziale Sicherheit und Macht der upper ten thousand vermehren." (MEW 26.2.; S.575f. vgl. Theorien ..., 26.1., S.189)

In seiner Polemik gegen Malthus entlarvt er den apologetischen Charakter der Malthusschen Hoffnung, "daß die Masse der classe moyenne wächst und das Proletariat (das arbeitende) einen immer geringeren Teil der Gesamtpopulation bildet (wenn es auch absolut wächst)", stellt aber fest, daß diese 'Hoffnung' durch die tatsächliche Entwicklung der kapitalistischen Produktionweise eingelöst wird:

"Dies ist in der Tat der Gang der Bourgeoisgesellschaft." (Th.ü.d.MW II, MEW 26.2 S.57)

In der imperialistischen Phase des Kapitalismus drückt sich dies aus in einem wachsenden staatlichen Verwaltungsapparat und der vermehrten Beschäftigung von unproduktiven Arbeitern durch die Monopole selber. Es ist eine wichtige Aufgabe marxistischer Klassenanalyse diese Mittelklassen und die Bündnismöglichkeiten des Proletariats mit diesen Mittelklassen zu analysieren, weil ihr politisches Verhalten im Klassenkampf zwischen Lohnarbeit und Kapital von entscheidender Bedeutung ist. Eine "marxistische" Klassenanlyse, die diese in sich selbst höchst heterogenen Mittelklassen zusammen mit dem Proletariat über einen Leisten schlägt und unter einen unwissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit zusammenfaßt, wird dazu selbstverständlich nicht in der Lage sein. Marx beschreibt in den "Theorien über den Mehrwert" einen hypothetischen Fall, in dem es durch die Entwicklung der Produktivkräfte so weit gekommen ist, "daß, wenn früher 2/3, jetzt nur 1/3 der Bevölkerung unmittelbar in der materiellen Produktion beteiligt. Früher lieferten 2/3 die Lebensmittel für 3/3, jetzt 1/3 für 3/3. Früher war 1/3 net revenue (im Unterschied von der Revenue des Arbeiters), jetzt 2/3. Vom (Klassen)gegensatz abgesehen, würde die Nation jetzt 1/3 ihrer Zeit zur unmittelbaren Produktion brauchen, wo sie früher 2/3 brauchten. Gleichmäßig verteilt, hätten alle 2/3 mehr Zeit für unproduktive Arbeit und Muße. Aber in der kapitalistische Produktion erscheint alles und ist alles gegensätzlich. Die Vorausnahme schließt nicht ein, daß die Bevölkerung stagnant sei. Denn wüchsen die 3/3, so wüchse auch das 1/3; der Masse nach könnte so eine immer größere Menschenzahl in der produktiven Arbeit beschäftigt sein. Aber relativ, proportionell zur ganzen Bevölkerung, wären es immer 50% weniger als zuvor. Diese 2/3 bestünden nunteils aus den Besitzern von Profit und Rente, teils aus den unproduktiven Arbeitern, (die auch der Konkurrenz wegen schlecht bezahlt), die ihnen die Revenue auffessen helfen und ihnen dagegen ein Äquivalent in services geben, oder aufdrängen wie die politischen unproduktiven Arbeiter. Es könnte angenommen werden, daß - mit Ausnahme des Bedientenpacks, der Soldaten, Matrosen, Polizisten, Subalternbeamten usw., Maitressen, Stallknechte, Clowns und Jongleurs- diese unproduktiven Arbeiter im Ganzen auf einer höheren Bildungsstufe stünden als früher die unproduktiven, und namentlich auch schlecht bezahlte Künstler, musici, Advokaten, Ärzte, Gelehrte, Schulmeister, Entdecker etc, sich vermehrt hätten." (Th.ü.d.MW I, MEW 26.1, S.189 f.)

Der hypothetische Fall beschreibt einigermaßen adäquat die Tendenzen zur Ausweitung der staatlichen Dienste im Imperialismus, die nicht kapitalistisch produziert werden, und die Entwicklung der Zusammensetzung der Staatsbediensteten, sowie den Druck auf ihr Lebensniveau der mit ihrer Vermehrung trotz besserer Ausbildung Hand in Hand

gehen kann. Gleichzeitig hält Marx die wesentliche Differenz dieser unproduktiven Arbeiter, die ihre Arbeit gegen Revenue austauschen (gleichgültig ob im Dienste des kapitalistischen Staates oder einzelner Kapitalisten) und Teil der Mittelklassen zwischen Lohnarbeit und Kapital bilden, zum Proletariat fest, weil die Formbestimmtheit ihrer Arbeit und das Resultat ihrer Arbeit wesentlich verschieden von der produktiven, kapitalsetzenden Arbeit des Proletariats sind, weil sich die unproduktiven Mittelklassen auf Grundlage verschärfter Ausbeutung des Proletariats bilden und deshalb nicht Teil des Proletariats bilden können. Für die Untersuchung der Bündnismöglichkeiten des Proletriats mit Teilen dieser Mittelklassen darf nicht nur die finanzielle Lebenslage, sondern muß vor allem auch der Gebrauchswert der Arbeit oder der Produkte der Arbeit der betreffenden Schichten analysiert werden. Da die unproduktive Arbeit wegen ihres Gebrauchswerts gekauft wird und der Gebrauchswert dieser Arbeiten meist viel geringeren Schwankungen unterworfen ist, haben große Teile der Mittelklassen im Gegensatz zum Proletriat notwendig ein sehr festes Berufsbild. Wenn die unproduktiven Arbeiter an diesem Berufsbild festhalten und ihre Stellung zum Kapitalismus und zum Sozialismus von diesem Berufsbild abhängig machen, dann sind das keineswegs nur überholte ideologische Bindungen an die Vergangenheit, denen keine reale ökonomische Basis entspricht, sondern dann ist das der Ausdruck ihrer ökonomischen Bestimmtheit, als Mittelklassen zwischen dem polarischen Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu existieren, das gilt natürlich nicht nur von jenen Schichten der Mittelklassen, deren derzeitige Position durch die sozialistische Revolution sofort radikal verändert würde (Staatsanwälte, Richter, alle Bediensteten des staatlichen Unterdrückungsapparates), sondern das gilt auch für solche Berufe wie Lehrer und Wissenschaftler, deren Position sich z.B. im Laufe der Proletarischen Kulturrevolution in China radikal verändert hat. Diese hat zusammen mit der Trennung von Hand- und Kopfarbeit gerade auch die Überbleibsel der kapitalistischen Arbeitsteilung in produktive und unproduktive Arbeit angegriffen. Genausowenig wie eine materialistische Klassenanalyse die Widersprüche zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern als Klassenwidersprüche zwischen Proletariat und Mittelklassen unterschlagen darf, genausowenig darf sie die Mittelklassen etwa im Rahmen eines antimonopolistischen Bündnisses pauschal als potentielle Bündnispartner betrachten, die bloß durch ideologische Verblendung davon abgehalten würden, sich auf die Seite des Proletariats zu schlagen. Die Widersprüche zwischen Proletariat und Mittelklassen als Widersprüche zwischen Klassen dürfen auch nicht entsprechend den Widersprüchen im Proletariat zwischen Arbeiteraristokratie und Arbeitermassen, auf Fragen der Privilegierung und Korruption reduziert werden. Das wäre ein durch und durch idealistisches Verfahren.

Die Bündnismöglichkeiten des Proletariats mit einzelnen Schichten der Mittelklassen müssen aus den allgemeinen Zusammenbruchstendenzen des Kapitals abgeleitet werden, d.h. letztlich aus dem tendenziellen Fall der Profitrate. Die ungeheure Steigerung der Produktivität im Kapitalismus haben die Ausdehnung der unproduktiven Mittelklassen überhaupt ökonomisch erst ermöglicht; sofern diese Entwicklung der Produktivkräfte aber die Grundlagen der Weiterproduktion selbst in Frage stellt, verschärfen sich nicht nur durch immer schärfere und ausgedehntere Krisen die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern reduzieren sich auch die Fähigkeiten des Kapitals und seines Staates, den Bedürfnissen der unproduktiven Mittelklassen zu entsprechen. Aus diesem Dilemma wird das Kapital immer wieder den faschistischen Ausweg suchen und durch hemmungslose Demagogie die Organisationen der Arbeiterklasse für die Krise verantwortlich machen und die unproduktiven Mittelklassen an sich ketten wollen. Diese Demagogie hat ihre potentielle Erfolgsgrundlage in der ökonomischen Bestimmtheit der Mittelklassen. Ökonomisch sind die neuen Mittelklassen durch die Formbestimmtheit ihrer Arbeit als unproduktive Arbeit, d.h. als Arbeit, die sich gegen Revenue und nicht gegen Kapital austauscht, bestimmt. Die Bezahlung ihrer Arbeit, ihr Lohn, reguliert sich nach den Produktions- und Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft. Das haben sie mit dem Proletariat gemeinsam. Aber ihre Arbeit reproduziert diese Reproduktionskosten nicht selbst und produziert darüber hinaus keinen Mehrwert, sondern die Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft werden aus der Revenue der unmittelbaren Produktionsagenten, dem Profit und dem Lohn erstattet: d.h. die Mittelklassen stehen ebenso wie das Proletariat im ständigen Kampf der Verteidigung des Wertes ihrer Arbeitskraft, aber dieser Kampf stellt sie nicht direkt dem Kapital gegenüber, sondern den Produktionsagenten überhaupt, die ihre Dienste meist über Steuer vermittelt bezahlen müssen. Der Kampf um den Wert der Arbeitskraft ist also für die unproduktiven Mittelklassen nicht die Keimform des Klassenkampfes gegen das Kapital, sondern der Kampf um ihren Anteil am Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses, gleichgültig ob das auf Kosten der Kapitalistenklasse oder des Proletariats geht. Es hängt von der Stärke des Proletariats und den Kräfteverhältnissen zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat ab, ob es gelingt, diese Kämpfe in den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat einzubeziehen oder nicht. Auf jeden Fall sind sie von sich aus genausowenig proletarische Klassenkämpfe wie die Mittelklassen Teile des Proletariats sind.

Wir haben bisher die Analyse im Wesentlichen auf die unproduktiven Arbeiter im Staatsdienst beschränkt und gezeigt, daß sie klassenmäßig durch die Formbestimmtheit ihrer Arbeit vom Proletariat wesentlich geschieden sind, auch wenn ihre Lebensbedingungen sich kaum von denen des Proletariats unterscheiden sollten. Dies gilt natürlich nur sofern der Staat nicht selbst als Kapitalist fungiert. Sofern der Staat als Kapitalist fungiert, steht ihm genauso wie dem privaten Kapital das Proletariat gegenüber, und sein Druck auf den Wert der Arbeitskraft erklärt sich damn nicht aus dem Bedürfnis Geld zu sparen, um anderweitig Arbeitskräfte durch das Kapital ausbeuten zu können, sondern direkt aus dem Zwang zur Akkumulation.

Wir müssen nun untersuchen, ob die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit auch geeignet sind, die Klassenlage der lohnabhängigen Zirkulationsagenten des Privatkapitals zu bestimmen, die einerseits keinen Mehrwert erzeugen, aber ihrem Kapitalisten Profit produzieren. Die lohnabhängigen Zirkulationsagenten haben mit dem Proletariat nicht nur gemeinsam, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen, sondern auch daß ihre Arbeit vom variablen Kapital des Kaufmanns oder Bankkapitalisten gekauft wird, "nicht von dem als Revenue verausgabten Geld", und daß sie daher auch nur gekauft werden nicht für Privatbedienung oder öffentliche Dienstleistungen, "sondern zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschossenen Kapitals" (Kapital III, S.303). Soweit also das Kaufmanns- und Bankkapital Lohnarbeiter beschäftigt, betrachtet es sie als produktive Arbeiter und behandelt sie als solche (vgl.

Kapital III., MEW 25, S.313). Auf diese Feststellung dürfen wir uns aber nicht beschränken, wenn wir die objektive Klassenlage analysieren wollen. Die lohnabhängigen Zirkulationsagenten stehen zwar ihrem individuellen Kaufmanns- oder Bankkapitalisten als produktive Arbeiter gegnüber und produzieren seinen Profit , aber sie produzieren nicht das Kapital als ihren Gegenpol, vielmehr produzieren sie den Profit ihres Kapitalisten gerade dadurch, daß sie es ihm ermöglichen seine Tätigkeit auszudehnen, d.h. seinen Profitanteil am Gesamtmehrwert zu vergrößern:

"Die Zirkulation ist ebenso notwendig bei der Warenproduktion wie die Produktion selbst, also die Zirkulationsagenten ebenso nötig wie die Produktionsagenten. Der Reproduktionsprozess schließt beide Funktionen des Kapitals ein , also auch die Notwendigkeit der Vertretung dieser Funktionen, sei es durch den Kapitalisten selbst, sei es durch den Lohnarbeiter, Agenten desselben. Dies ist aber ebensowenig ein Grund, die Zirkulationsagenten mit den Produktionsagenten zu verwechseln, als es ein Grund ist, die Funktion von Warenkapital und Geldkapital mit denen von produktivem Kapital zu verwechseln. Die Zirkulationsagenten müssen bezahlt werden durch die Produktionsagenten. Wenn aber Kapitalisten, die untereinander kaufen und verkaufen, durch diesen Akt weder Produkte noch Wert schaffen, so ändert sich das nicht , wenn der Umfang ihres Geschäfts sie befähigt und nötigt, diese Funktion auf andere abzuwälzen." (Kapital II, MEW 24, S.129) Die lohnabhängigen Zirkulationsagenten sind also, obwohl ihre Arbeit zum Zweck der Selbstverwertung des von ihrem Kapitalisten vorgeschossenen variablen Kapitals gekauft wird, vom Proletariat zu unterscheiden. Das Proletariat hat den Mehrwert erzeugt, dessen Umverteilung unter den Kapitalisten durch die Arbeit der Zirkualtionsagenten bewerkstelligt wird. Solange das Kaufmanns- und Bankkapital als vom Industriekapital verschieden betrachtet wird, d.h. so lange die Zirkulationstätigkeit keine Umverteilung unter den Kapitalisten bewirkt sondern nur Unkosten für den industriellen Kapitalisten, ist diese wesentliche Differenz noch leicht erkennbar. Die Auslagen für die kommerziellen Lohnarbeiter vermehren die Auslagen des industriellen Kapitalisten, die Masse des vorzuschiessenden Kapitals, ohne direkt den Mehrwert zu vermehren: "Das industrielle Kapital verhält sich also nicht in derselben Weise zu seinen kommerziellen wie zu seinen produktiven Lohnarbeitern. Je mehr von diesen letzteren bei sonst gleichbleibenden Umständen angewandt werden, umso massenhafter die Produktion, umso größer der Mehrwert oder Profit." (Kapital III, S.310). Je größer die Ausbeutung der produktiven Arbeiter und je größer das produzierte Warenkapital, desto größer die Zahl der benötigten lohnabhängigen Zirkulationsagenten. Neben die produktiven Arbeiter, das Proletariat und den Kapitalisten schiebt sich eine Schicht von Lohnabhängigen, die die Tätigkeit des Kapitalisten gegen Bezahlung verrichten. Die Bezahlung des lohnabhängigen Zirkulationsagenten richtet sich genau wie die des Proletariers nicht nach der geleisteten Arbeit, sondern nach dem Wert seiner Arbeitskraft. "Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft, soweit er, zum Teil unbezahlte, Arbeit verrichtet." (Kapital III, S. 311; vgl. Kapital II, S. 134). Insofern die lohnabhängigen Zirkulationsagenten kein Kapital produzieren, stehen sie nicht im polarischen Gegensatz zum Kapital. Da sie Tätigkeiten des Kapitalisten verrichten, wenn auch gegen Lohn, statt durch ihre Tätigkeit das Kapital zu produzieren, können sie auch nicht das Kapitalverhältnis als bloße, historisch bedingte Höhe ihrer Tätigkeit durchschauen. Von den unproduktiven Mittelklassen im privaten und öffentlichen Dienst unterscheiden sie sich dadurch, daß ihnen ein Privatkapitalist gegenübersteht, vom Proletariat unterscheiden sie sich dadurch, daß dieser Privatkapitalist nicht die Personifikation des von ihnen gesetzten Kapitals ist. Die breiten Massen der Zirkulationsagenten sind die engsten Verbündeten des Proletariats. Sie haben im Gegensatz zu einem großen Teil der anderen unproduktiven Arbeiter keine repressiven Bütteldienste zu erfüllen. Gleichzeitig aber ist ihr Bewusstsein notwendig auf Grund ihrer Tätigkeit besonders eng dem Markt verhaftet und damit der bürgerlichen Ideologie ausgeliefert. Die in der Zirkulation tätigen Arbeiter können am leichtesten ihren Lohnkampf mit dem des Proletariats verbinden, oft stehen sie demselben Kapitalisten unmittelbar gegenüber wie das Proletariat; das Proletariat wird in ihnen den engsten Bündnispartner im Kampf gegen das Kapital finden. Aber auch die breiten Massen im öffentlichen Dienst werden sich immer fester mit dem Proletariat verbinden, in dem Maße wie es dem Proletariat gelingt, die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zur kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen und die Widersprüche zwischen den neuen Mittelklassen und dem Proletariat richtig zu behandeln. Voraussetzung dafür ist eine richtige Analyse dieser Widersprüche und nicht die idealistische Propaganda der Einheit von Mittelklassen und Proletariat.

III.
ARBEITERKLASSE UND MITTELKLASSE IM MONOPOLKAPITALISMUS

Viele "linke" aber auch manche marxistisch-leninistische Gruppen kritisieren die "schematische Übernahme" der Kategorie des Volkes aus der Theorie der chinesischen Kommunisten und bestreiten ihren Wert für die Klassenanalyse der imperialistischen Staaten (19). Dieser Kritik liegt aber in Wirklichkeit eine schematische Auffassung der Klassenverhältnisse der monopolkapitalistischen Gesellschaft zugrunde. Nur wenn man lediglich die Polarisierung dieser Gesellschaft in Kapitalisten und Proletariat erkennt und nicht versteht, daß die Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen und vor allem monopolkapitalistischen Verhältnissen nicht nur die alte Mittelklasse der selbständigen Kleinproduzenten vernichtet, sondern auch neue Mittelklassen hervorbringt, nur wenn man den wirklichen Gang der bürgerlichen Gesellschaft nicht begreift und die relative Zunahme dieser Mittelklassen gegenüber dem Proletariat übersieht, kann man glauben in der Klassenanalyse und in der Ausarbeitung der revolutionären Strategie ohne den Begriff des Volkes auszukommen, und behaupten, die proletarische Revolution hätte in den imperialistischen Staaten nicht den Charakter einer Volksrevolution. Es ist

(19) vgl.z.B. "Proletarische Revolution und Volksrevolution (Zur ideologischen Auseinandersetzung mit der Roten Zelle Germanistik)" in: MLHG - Fachbereichsorgan der marxistisch-leninistischen Hochschulgruppe Germanistik, S.12-20; dort wird richtig die Bedeutung der neuen Mittelklasse hervorgehoben, aber in richtiger Abwehr von Fehlern der KPD-AO die Bedeutung des Begriffs Volk verkannt.

gerade auch die Aufgabe einer Klassenanalyse der monopolkapitalistischen Gesellschaften, in denen der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital neue Mittelklassen hervorgebracht hat, zu untersuchen, welche Klassen und Schichten zum Volk gehören, d.h. welche Schichten der Mittelklasse sich im proletarischen Klassenkampf nach und nach um das Proletariat sammeln werden, um dem Monopolkapital und seinem Staat einen entscheidenden Schlag zu versetzen. "Der Begriff 'Volk' hat in verschiedenen Staaten und in verschiedenen historischen Perioden eines jeden Staates verschiedene Bedeutung." (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, Peking 1967, S. 2). In der kapitalistischen Gesellschaft gehören die Klassen und Schichten zum Volk, die in keinem antagonistischen Widerspruch zum Proletariat, als der einzigen, selbständigen revolutionären Klasse stehen, und zunehmend in antagonistischen Widerspruch zum Kapital geraten. In der monopolkapitalistischen Gesellschaft gehören zum Volk: die Reste der alten Mittelklasse, d.h. die kleinen Bauern und Handwerker und große Teile der neuen Mittelklasse, sofern ihr Schicksal nicht unmittelbar mit der Herrschaft des Monopolkapitals verbunden ist: kleine, mittlere und höhere Beamte, sofern sie nicht privilegierte Herrschaftsfunktionen ausüben, der weitaus größte Teil der Zirkulations- und Verwaltungsagenten , die im Dienst und Sold des Privatkapitals stehen. Wie hier die Trennungslinie im einzelnen verlaufen wird, hängt von der Entfaltung des Klassenkampfes und der proletarischen Propaganda und der Vermittlung einer konkreten sozialistischen Perspektive in den alten und neuen Mittelklassen ab. Es ist ein durchaus müßiges Unterfangen, darüber weitläufige Spekulationen anzustellen. Voraussetzung für eine proletarische politische Propaganda in diesen Schichten ist jedoch, sich über die Klassendifferenz zwischen Mittelklasse und Proletariat im Klaren zu sein. Jene Ideologen, die entweder die Mittelklassen generell vernachlässigen und nur die zunehmende Polarisierung von Lohnarbeit und Kapital berücksichtigen oder die, indem sie den wissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit vom Kapitalverhältnis trennen, die neuen Mittelklassen als Teil des Proletariats betrachten, wollen das Proletariat entweder in die Isolation führen, d.h. vom übrigen Volk trennen, oder die Führung des Proletariats den Mittelklassen überantworten. Während der erste Weg in der Klassenanalyse immer wieder von radikalen Teilen der Arbeiterbewegung gegangen wurde, ist der zweite Weg die spezifische Ideologie der unproduktiven Mittelklassen, sofern sie sich einerseits ihrer vom Kapital unterschiedenen Interessen schon bewußt geworden sind, aber andererseits die Führung des Proletariats in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus noch nicht anerkennen wollen.

Joscha Schmierer

SANIERUNG FÜR WEN?

2., erweiterte Auflage Juli 1971
(352 S./ IBM-Schreibmaschinen-Satz/ DM 8,50)

Eine Textsammlung,
herausgegeben vom
Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit
Berlin-Kreuzberg

GEGEN SOZIALSTAATSOPPORTUNISMUS UND KONZERNPLANUNG

Mit Beiträgen von:
Wolfgang Müller (FU Berlin), Elisabeth Pfeil, Marc A. Fried, Herbert J. Gans, Redaktionskollektive der Zeitschrift LEVIATHAN (New York und San Francisco), Werner Hofmann, Joachim Schlandt, Ian Macdonald, SUPERMAN u. a.

- Die Textsammlung gibt einen Überblick über die sozialen Konsequenzen kapitalistisch betriebener Wohnungs- und Sanierungspolitik.
- Sie verdeutlicht den Beitrag bürgerlicher Sozialwissenschaften zur Durchführung technokratischer Reformen und liefert Material und Ansätze für eine Aufarbeitung der „städtischen Reform" im Rahmen der Klassenanalyse.
- Neben historischen Beispielen wie dem Wiener Arbeiter-Wohnungsbau der zwanziger Jahre und der Geschichte der Mietstreiks in Großbritannien vertieft die Textsammlung die Frage – von Politikern z. Zt. heraufbeschworen, von technokratisch orientierten Sozialwissenschaftlern heruntergespielt – inwiefern Stadtentwicklung und Stadtsanierung in der BRD in derselben Richtung verlaufen, wie seit geraumer Zeit in den USA: in Richtung auf eine Katastrophe städtischer Infrastruktur.
- Bei genauerer Kenntnis der Entwicklungstendenzen wird deutlich, daß stückweise Reformen darauf nicht die adäquate Antwort sind; daß der Angriff des Kapitals auf die Lebensbedingungen der Abhängigen vielmehr eine offensive proletarische Klassenpolitik notwendig macht.

ZU BEZIEHEN ÜBER:
die Buchläden des Verbandes des linken Buchhandels oder
direkt vom BÜRO FÜR STADTSANIERUNG UND SOZIALE ARBEIT
1 Berlin 36, Waldemarstr. 32
Postfach

DIE MEHRHEITSFRAKTION DER BISHERIGEN REDAKTIONSKONFERENZ DER SOPO GIBT EINE NEUE ZEITSCHRIFT

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

HERAUS. NR.1 ERSCHEINT AM 5. OKTOBER 1971. SCHWERPUNKTTHEMA: KRITIK DER THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS.

Bereits erschienen:

Sonderheft 1

1. Müller/Neusüss: Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital
2. Faßbinder: Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative
3. Erklärung der Redaktion zu den Auseinandersetzungen um die SOPO

100 Seiten 4,00 DM

Mitte September: Sonderheft 2

Heilmann/Rabehl: Die Legende von der Bolschewisierung der KPD (alle drei Teile, ca. 160 Seiten)

Probleme ... – Abo (4 Nr. im Jahr): 15,– DM inkl. Versandkosten. Einzelheft 4,– DM.
Verlag, Vertrieb, Anzeigen, Abos:
POLITLADEN GmbH
852 ERLANGEN
Hindenburgstr. 17

Marxistische Arbeiter-Schule · Schulungszeitschrift

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Duncker
Nr. 1/1 Sommer 1931 – Nr. 2/5 Sommer 1932

DER MARXIST

BLÄTTER DER MARXISTISCHEN ARBEITERSCHULE

Grundlegende Schulungsartikel über die Kernfragen des Marxismus. Zur wirtschaftlichen und politischen Lage. Wie lerne und unterrichte ich? Mitteilungen der MASCH.

6,00 DM
240 S.

Fünf Jahre nach der Eröffnung der ersten Marxistischen Arbeiterschule – 1926/27 in Berlin – gab es in Deutschland bereits in 30 Städten weitere „MASCH". Für die Werktätigen, die die trotzdem keine der zahllosen MASCH-Kurse besuchen konnten, sowie für den Selbstunterricht allein oder in Kollektiven, waren die zwei Reihen Marxistische Arbeiterschulung – „Politische Ökonomie" und „Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung" – in Heftform erschienen. In der letzten Periode der MASCH vor ihrer Zerschlagung durch den Faschismus erschien die Schulungszeitschrift DER MARXIST, die sich an die MASCH-Absolventen wandte, wie an alle Arbeiter, die die Lehren von Marx, Engels und Lenin kennenlernen wollten. Grundlegende Schulungsartikel und ständige Rubriken über die wirtschaftliche und politische Lage, über den Aufgabe in der Sowjetunion, über Methoden des Lernens und Unterrichtens prägten den Inhalt dieser Zeitschrift.

Das Politladenkollektiv in Erlangen hat daher nach den Reprintausgaben der beiden Kurse durch das vorliegende Buch auch die Schulungszeitschrift der MASCH wieder zugänglich gemacht.

Soeben erschienen!

DER MARXIST
Blätter der Marxistischen Arbeiterschule
Politladen-Reprint Nr. 11
Buchhandlung und Verlag
POLITLADEN GMBH
852 Erlangen, Hindenburgstraße 17

Naturerkenntnis und sozialistische Praxis

BEITRAG ZUR DISKUSSION RETHELSCHER THEOREME +

Sohn-Rethels Anstrengung des Begriffs verdankt sich praktischer Intention: sie gilt der Suche nach den Bedingungen der Vereinigung von Kopf-und Handarbeit. Diese Forderung gilt als " ein Postulat, das genuin dem Marxismus angehört" (1) und nach Marx den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus kennzeichnet. (2) Die Phase ihrer Verwirklichung liegt damit nach der sozialistischen Revolution, nach der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Eine Theorie zur Vereinigung von Kopf und Handarbeit betrifft daher die postrevolutionäre Phase: Sohn-Rethel besteht denn auch darauf, daß "die hier entwickelte Theorie über Kopf- und Handarbeit...als ein Beitrag zum Aufbau des Sozialismus nach der Revolution" (S.181) (3) zu lesen ist.

Anlaß und empirischer Ausgangspunkt des Sohn-Rethelschen postrevolutionären Beitrages ist die gesellschaftliche Situation in den sozialistischen Staaten, wo nach Sohn-Rethels Überzeugung, die Trennung von Kopf-und Handarbeit, damit aber die Herrschaft jener über diese andauere: "Wenn die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums nur dazu führt, die Verfügung über die produktive Organisation auf die Usurpatorenbürokratie zu übertragen, so ist damit für den Sozialismus wenig gewonnen." (S.170) Solange geistige von physischer Arbeit geschieden sei, müssen, so Sohn-Rethel, "die Träger der geistigen Tätigkeit die Befehlsgewalt über die Arbeiterschaft ausüben." (ibid.)

(1) vgl. Marx, Kritik des Gothaer Programms, Berlin 1963, S.24

(2) Frigga Haug : Alfred Sohn Rethels Revision des Marxismus, Das Argument, 65, S.320.

(3) Alfred Sohn-Rethel : Geistige und körperliche Arbeit, Frankfurt/M 1970, S.181 In folgenden beziehen sich die angegebenen Seitenzahlen -wenn nicht anders erwähnt - auf dieses Buch

Sohn-Rethel extrapoliert die Geltung seiner Theorie allerdings auch auf die vorrevolutionären kapitalistischen Gesellschaften, wo der Klassenkampf in erster Linie im Betrieb und durch Betriebseinnahme durch die Arbeiter entschieden werde. Der Kampf werde auch dort in erster Linie gegen das Management geführt : Eine revisionistische ökonomistische Auffassung mit eindeutig konvergenztheoretischen Elementen.

+ Alfred Sohn-Rethel hat mit einer kurzen, vom 23.6.71 datierten Stellungnahme auf unsere Vorbemerkung zu seinem Vortrag in Heidelberg ("Technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus", NRF 3/71, S.58ff.) geantwortet, die wir im folgenden abdrucken (S.65). Mit dem Beitrag von H.Schwarzenberg nehmen wir die Diskussion noch einmal auf und gehen ausführlicher auf die Sohn-Rethelschen Thesen insgesamt ein.

Wir hatten im letzten Heft in der ersten Vorbemerkung u.a. dagegen Stellung genommen, daß sich bestimmte Positionen hinter einem selbstgeschaffenen Mythos Sohn-Rethel verstecken, der ja "eines der bedeutendsten Werke des theoretischen Marxismus der letzten Jahre vorgelegt" haben soll. Wir nahmen damit lokale Auseinandersetzungen auf, in deren Verlauf die universitätsoffizielle Vortragsreihe des Studium Generale, in der außer Sohn-Rethel z.B. noch Mattick, Offe, Gorz und Deppe sprachen, von der sonst recht theorielosen Gruppe um den Heidelberger AStA zum Mittel dieses Versteckspiels gemacht werden sollte. In diesem Falle versuchte man, die mehr oder weniger offene Abkehr von jeder marxistischen Position schließlich dadurch als kritische Position auszugeben, indem gegenüber der NRF-Redaktion der Vorwurf erhoben wurde, sie packe "wieder einmal die geballte Autorität von Marx, Engels und Lenin auf den Tisch", + was in der Auseinandersetzung mit dem "bedeutendsten Theoretiker", der über Marx hinaus will, anscheinend als kompromittierend gilt.

Joachim Bischoff hat in der Neuen SoPo (SoPo 12, S.2 und 18) im Anschluß daran etwas krampfhaft versucht, durch den Austausch von Kritisierenden und Kritisierten die Stoßrichtung seiner Kritik an Sohn-Rethel auf alle diejenigen auszudehnen, die der "Publikationsstrategie" der Neuen SoPo, nämlich "den Prozeß der Hinwendung zur wirklichen Arbeiterbewegung (gemeint ist die SEW)...theoretisch einsichtig zu machen" (SoPo 11, S.5), in ihren Augen offensichtlich noch am ehesten im Wege stehen. Freilich ist B. doch dabei gezwungen, in seinen Fußnoten einiges auf den Kopf zu stellen, in falschen Zusammenhängen zu zitieren und uns Phrasen in den Mund zu legen ("der seit Jahren originellste Beitrag des Marxismus"), denen gerade unser Angriff galt. Deutlich zeigt sich auch in der durchscheinenden bloß apologetischen Einstellung gegenüber dem "realen Sozialismus", wie sehr diese Polemik gegen Sohn-Rethel (die weniger falsch ist, als daß sie an der eigentlichen Problematik vorbeigeht) in eigentlich revisionistischem Auftrage geschrieben worden ist. Allein die Tatsache, daß der Neuen SoPo jetzt die Aufgabe zugemessen wird - instrumentalisiert "im Vorfeld der kommunistischen Partei" (gemeint ist wieder SEW bzw. DKP) - als Kampfblatt dieser Partei in die Intelligenz hineinzuwirken und sie zur Hinwendung zu den 'Realitäten' zu veranlassen, kann erklären, warum sich B. - "im Vorfeld der Partei" - so am eigentlichen Sachverhalt vorbeistrampeln muß.

(+ vgl. "Nochmals: Sohn-Rethel", in: AStA-info Nr.122, Heidelberg, 29.6.71, S.5.) (Red.)

Sohn-Rethel konzediert der "Usurpatorenbürokratie" in der SU zwar, daß sie Anstrengungen unternehme, die direkten Produzenten zumindest auf betrieblicher Ebene an die selbständige Leitung heranzuführen: es "haben sich in der SU demokratisierende Tendenzen geltend gemacht, aber ebenso wie im Westen dienen diese... keineswegs der Ersetzung der Autorität der Fabrikdirektoren durch eine sozialistische der Arbeiter, sondern nur einer graduierten Anteilnahme der Arbeiter an der ersteren. Die Änderung auf die es ankommt, steht noch aus." (ibid.)

Dabei sind, so Sohn-Rethel, "Entfremdung der vergesellschafteten Arbeit von den Individuen, die sie leisten, ...und der Warencharakter ihrer Produkte, also die Notwendigkeit einer Marktökonomie nur zwei Seiten des selben Sachverhaltes." (S.173 f.) (4)

Dem möglichen Einwand, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte lasse eine Vereinigung von Kopf- und Handarbeit noch nicht zu, begegnet Sohn-Rethel mit der Feststellung, daß in China, "obwohl der Entwicklungsstand der Produktivkräfte noch nicht oder nur sporadisch der ist, der es ermöglicht, daß die Scheidung zwischen intellektueller und manueller Arbeit selbst verschwindet, ... das Verhältnis zwischen intellektuellen und manuellen Arbeitern auf eine Weise geregelt wird... die der Diktatur des Proletariats keinen Abbruch tut." (S.211) (5)

In der praktischen Absicht, die Bedingungen herauszufinden, die der fälligen Vereinigung von Kopf- und Handarbeit in der Phase des Sozialismus hinderlich bzw. förderlich sein könnten, geht Sohn-Rethel in der Geschichte bis zu dem Punkt zurück, wo sich seiner Ansicht nach erstmals die Kopf- von der Handarbeit emanzipiert hat. Seine Vermutung ist, daß im Charakter der Kopfarbeit und ihrer spezifischen Denkformen, wie sie sich vor allem in den exakten Naturwissenschaften herausgebildet hat, ein ideologisches Element auffinden lassen müsse, gemäß dem Marxschen Diktum, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme: in Bezug auf die Naturwissenschaft und ihre Denkformen hieße das, daß auch in ihnen der Klassencharakter der Gesellschaft niedergeschlagen hat.

In der griechischen Polis findet sich nach Sohn-Rethels Ansicht zum ersten Mal die klare Scheidung von Kopf- und Handarbeit. Sohn-Rethel untersucht nun die diese Gesellschaft synthetisierende und in Klassen differenzierende Struktur und findet sie in dem "actus purus" (Reinicke, Politikon) des Warentausches wieder. (6)
Dieser actus purus des Warentausches sei die einzige gesellschaftskonstituierende Struktur in der griechischen Polis und allen Gesellschaften, in deren Binnenbereich sich der Warentausch global ausgebreitet hat. Es sind Gesellschaften, deren spezifisches darin liegt, "daß sie keine Synthesen kraft der gesellschaftlichen Arbeit, sondern kraft des Warentausches sind, also vermöge der Aneignung der Arbeitsprodukte anderer." (S.69)
Sohn-Rethel nennt sie deshalb "Aneignungsgesellschaften". Der "Aneignungscharakter" "erklärt den Klassencharakter dieser Gesellschaften sowohl wie die Scheidung von geistiger und körperlicher Arbeit in ihnen." (ibid.)
Das "erklärt" bedeutet hier wohl einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Verkehrsweise und Klassenentstehung, zwischen Verkehrsweise und Emanzipation der Kopfarbeit von der Handarbeit, sowie die ideologische Formung des Begriffsinstrumentariums, der Kategorien der Kopfarbeiter. Die entscheidende Revision der Marxschen Gesellschaftsauffassung liegt in der Reduktion des Gesellschaftszusammenhanges auf die Tauschbeziehungen, die Aussparung der Produktionssphäre als materieller Basis der Gesellschaft: in den "Aneignungsgesellschaften" bleiben die Arbeiten private - der gesellschaftliche Zusammenhang wird einzig durch die Tauschrelation gestiftet: "Das gemeinsame Merkmal der Aneignungsgesellschaften ist eine gesellschaftliche Synthesis durch Tätigkeiten, die der Art nach verschieden und in der Zeit getrennt sind, von der die Aneignungsobjekte erzeugenden Arbeit" (S.94 f.).

Im folgenden wollen wir der Sohn-Rethelschen Argumentation nachgehen und untersuchen, ob seine Konzeption der "Aneignungsgesellschaft" als der Synthese kapitalistischer Gesellschaft allein durch die Tauschbeziehung die Revision der Marxschen Gesellschaftsauffassung legitimieren kann. Dazu bedarf es einer genauen Bestimmung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit im Kapitalismus. Sodann wird zu fragen sein, ob die Sohn-Rethelsche These von der allein vergesellschaftenden Kraft der Tauschbeziehungen auch triftig begründet, was sie zu leisten verspricht: aus den Tauschbeziehungen den "Klassencharakter...sowohl wie die Scheidung von geistiger und körperlicher Arbeit" zu erklären. Des weiteren ist zu fragen: leistet die Sohn-Rethelsche kritische Erkenntnistheorie des naturwissenschaftlichen Erkennens und seiner Denkformen den Nachweis der Ideologiehaftigkeit dieser Denkformen, aus der Sohn-Rethel ableiten will, "daß der herrschenden Klasse immer auch die spezielle Form von Geistesarbeit, die sie benötigt, zur Verfügung steht, obwohl doch die Träger dieser Arbeit nicht unmittelbar identisch sind mit den Inhabern und Nutznießern der Herrschaft". (aus dem Klappentext) Diese Frage kann m.E. im Rahmen der Bestimmung der Rolle der Naturwissenschaft als Produktivkraft geklärt werden. In diesem Zusammenhang muß dann die gesellschaftliche Rolle der technischen Intelligenz in der "kapitalistischen Aneignungsgesellschaft" und als möglicher Träger sozialistischer Praxis, wie sie sich Sohn-Rethel vorstellt, zum Gegenstand der Untersuchung werden.

Sohn-Rethel unterscheidet zwei Arten gesellschaftlicher "Synthesis": eine durch Arbeit und eine durch Tausch. Die "Produktionsgesellschaften" sind "Synthesen...

---

(4)
Zu der Frage der Marktökonomie in der SU, die unter anderem von Bettelheim schon ausführlicher behandelt wurde, nehmen weder Haug noch Bischoff Stellung. Sie entgehen dieser Peinlichkeit, indem sie sich darauf beschränken, Sohn-Rethels Revisionismus zu entlarven, mit der Hoffnung, auch alles andere damit ausgeräumt zu haben.

(5)
Sohn-Rethel liefert allerdings keine Belege für diese Behauptung. Überhaupt erscheint seine Berufung auf die chinesische Revolution ungerechtfertigt, vgl. NRF 3/71, S.58.

(6)
Es geht Sohn-Rethel nicht einfach darum, "wie ist Gesellschaft möglich", wie ihm Haug unterstellt. Es gibt für ihn verschiedene Gesellschaftssynthesen -so die "Produktionsgesellschaft", synthetisiert durch gesellschaftliche Arbeit.

kraft der gesellschaftlichen Arbeit." (S.69) "Wenn eine Gesellschaft durch den Arbeitszusammenhang im Produktionsprozeß die Form einer Synthesis erhält, also ihre bestimmende Ordnung direkt aus dem Arbeitsprozeß menschlicher Naturtätigkeit herleitet, so ist sie zum mindesten der Möglichkeit nach, klassenlos. Eine solche Gesellschaft kann ihrer Strukturbestimmtheit nach Produktionsgesellschaft genannt werden." (S.94)
Sind die "Produktionsgesellschaften" "Synthesen kraft der gesellschaftlichen Arbeit", so sind die kapitalistischen "Aneignungsgesellschaften": Synthesen "kraft des Warentausches...also vermöge der Funktionen wechselseitiger Aneignung der Arbeitsprodukte anderer." (S.69)
Zunächst fällt auf, daß Sohn-Rethel den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht als Totalität, als "organisches Ganzes" (Grundrisse S.20), sondern als "Synthese" begreift. Dieser Begriff hebt darauf ab, daß der "formale Nexus (der Gesellschaft) für eine andere Lösung als die aus der Arbeit" offen stehe. (S.189) Das tangiert den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit im Kapitalismus: nicht sie generiert, freilich mittelbar, den gesellschaftlichen Konnex, sondern nur noch die Tauschrelationen der Appropriateure: der Warentausch generiert die gesellschaftliche Synthesis.

Nun hatte schon Hegel den Kantschen Begriff der Synthesis kritisiert: "...der Ausdruck: Synthesis leitet leicht ...zur Vorstellung der äußerlichen Einheit und bloßen Verbindung von solchen, die an und für sich getrennt sind." (Logik II, S.227) Diese Kritik trifft m.E. auch für den Sohn-Rethelschen Versuch zu, Produktion und Zirkulation, gesellschaftliche Arbeit und private Aneignung nicht mehr als notwendige Momente der Totalität der kapitalistischen Gesellschaftsform zu fassen: der private und der gesellschaftliche Charakter der Arbeit erscheinen so als "äußerliche Einheit und bloße Verbindung von solchen, die an und für sich getrennt sind". Zugleich wird die historisch entstandene und strukturelle Notwendigkeit der spezifisch kapitalistischen Produktionsorganisation durch den Begriff der Synthesis tendenziell in Frage gestellt.

Marx betont den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit: "In Gesellschaft produzierende Individuen - daher gesellschaftlich bestimmte Produktion der Individuen ist natürlich der Ausgangspunkt." (Grundrisse S.1)
Bilden bei Sohn-Rethel in der "Aneignungsgesellschaft" die Appropriateure den sozialen Konnex, weil nur sie in der wechselseitigen Aneignung ihrer Produkte in Interaktion treten, so ist es zwar richtig, daß die "Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Produkte" und erst dort "die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erscheinen" (Kapital I, S.78), aber das heißt eben, daß im Austausch der spezifisch gesellschaftliche Charakter der Privatarbeiten erst erscheint, nämlich Waren produzierende Arbeit zu sein, was ihr Wesen im Kapitalismus ausmacht. Gesellschaftlicher Charakter der Privatarbeiten heißt, daß schon immer in und für Gesellschaft produziert wird, daß Bedürfnisse der Gesellschaft und Stand der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte den Gebrauchscharakter der Produkte und die zu ihrer Herstellung aufzuwendende Arbeit und Arbeitszeit bestimmen. Die Reduktion des sozialen Konnex auf die Tauschrelation, auf die Interaktion der Tauschenden allein, läßt außer acht, daß die Warenproduzenten bei der Produktion ihrer Produkte auch mit den direkten Produzenten interagieren - seien dies in der "klassischen Aneignungsgesellschaft" die Sklaven ("Sklav sein, und citizen sein, sind gesellschaftliche Bestimmungen." Grundrisse S.176) oder im Kapitalismus die Arbeiter.

Sohn Rethel versteht seinen Begriff "Aneignungsgesellschaft" als kritischen Begriff: das ist eben eine reduzierte Gesellschaft, eine solche, wo die Mitglieder nur über Warentausch in Kontakt treten. Aber die Setzung der Zirkulationssphäre als dominantes Moment der sozialen Totalität, die Reduktion des sozialen Konnex als durch die Tauschrelationen allein gestiftet, kommt in die Gefahr, Gesellschaft nurmehr soziologistisch von der Zirkulationssphäre her zu bestimmen. Sohn-Rethel ist freilich auf den Begriff der "Aneignungsgesellschaft" innerhalb seiner Argumentation verpflichtet: nur er kann die These stützen, daß es der Warentausch ist, der Gesellschaft synthetisiere, zur Trennung von Kopf- und Handarbeit führe und damit die spezifischen abstrakten Denkformen in Mathematik und Naturwissenschaft hervorbringe, die durch die "Realabstraktion des Tausches" generiert sind - nicht durch die Abstraktion von Arbeit.

Die Eliminierung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit in "Aneignungsgesellschaften" dient Sohn-Rethel dazu die historische Entstehung der abstrakten Denkformen in Mathematik und Naturwissenschaften aus der "Realabstraktion des Tausches", nicht aus der Abstraktion der Arbeit auf allgemein-menschliche herleiten zu können.
Bei Behandlung dieses Problems müssen m.E. zwei Aspekte auseinander gehalten werden. 1. Ist es möglich, daß die binnengesellschaftliche Ausbreitung des Warentausches und des Geldes die abstrakten Denkformen erzeugt hat; und 2. Ist es notwendig, deswegen "Tauschabstraktion" und "Arbeitsabstraktion" als konträr aufzufassen und sogar letztere für die frühen "Aneignungsgesellschaften" zu bestreiten? M.E. schließen sich "Arbeitsabstraktion" und "Tauschabstraktion" nicht aus, Sohn-Rethel aber nimmt deren Ausschließlichkeit zumindest für die "klassische Aneignungsgesellschaft" an - weil er glaubt, nur so die aus der Tauschabstraktion herzuleitende ideologische Abstraktheit der mathematischen und naturwissenschaftlichen Denkform und seine These von der "Aneignungsgesellschaft" kraft des Warentauschs stringent begründen zu können.

Die "Realabstraktion des Tausches" ist eine Verschränkung zweier Abstraktionen: Die erste ist "die Abstraktion, die der gesamten Warentransaktion in Form ihrer (raum-zeitlichen, H.Sch.) Isolierung...und Trennung von den Gebrauchsakten zugrunde liegt." Die zweite "spielt innerhalb der Transaktion in Gestalt der Aussonderung der Austauschbarkeitsform der Waren und ist Wirkung des gegeneinander privativen Solipsismus der tauschenden Individuen." (S.55). Dabei haftet die "Realabstraktion" am Akt des Tausches: das Bewußtsein der Transakteure spielt dabei keine Rolle: allein das Phänomen der Tauschhandlungen generiert im Bewußtsein der Tauschenden auf transzendentaler Ebene einen Schematismus, der abstrakte Denkformen generiert: "Aus der Begriffsspiegelung der Tauschabstraktion erwächst ...die Möglichkeit einer theoretischen Naturerkenntnis." (S.81)

So wird "durch die identische Gleichförmigkeit der Tauschabstraktion an allen Orten und zu allen Zeiten... erklärlich, daß die mathematische Naturerkenntnis, deren Denken sich völlig innerhalb der Tauschabstraktion bewegt, die Natur auf einen Kosmos... von gleichförmigen ...Naturgesetzen...reduziert..." (S.126/127).
Worin besteht nun der ideologische Charakter der mathematischen Naturerkenntnis? Er erklärt sich nach Sohn-Rethel aus dem Charakter der Tauschabstraktion: Wie in der "Realabstraktion des Tausches" von allem Bezug auf die in ihnen vergegenständlichte Arbeit von Ausgebeuteten und jeder Beziehung vom Gebrauchswert und Gebrauch der Waren abstrahiert wird (wohlgemerkt: allein im Tauschakt), und so der Klassencharakter der Gesellschaft den Tauschenden verborgen bleibt, so ist in der naturwissenschaftlichen Begriffsspiegelung der "Realabstraktion" gleichfalls Gesellschaft und Klassengegensatz, Gebrauch und Qualität der Waren getilgt! Die mit solch abstraktem Begriffsinstrumentarium arbeitende intellektuelle emanzipiert sich so von der Handarbeit, ist "ausschließlich der Natur als physischer Objektwelt...(und)mit dem Rücken der Gesellschaft zugewandt." (S.91) und kann so wirksam ein "unentbehrliches Hilfsmittel für die Herrschaft der kapitalbesitzenden Klassen" sein (S.82) . So wäre aus der naturwissenschaftlichen Denkform erklärt, "wie (es kommt), daß der herrschenden Klasse immer auch die spezielle Form von Geistesarbeit, die sie benötigt, zur Verfügung steht."

Es ist nun klar, weshalb Sohn-Rethel der "Arbeitsabstraktion"so wie er sie versteht , die "Tauschabstraktion" vorziehen muß: die Akzentuierung der "Tauschabstraktion" und die Eliminierung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit bedingen sich wechselseitig: Die "Arbeitsabstraktion" abstrahiert ja nicht von der Arbeit als Qualität, macht bloß die konkrete Arbeit zur allgemein-menschlichen Arbeit.
Der Tauschakt hingegen, die ihm eigene "Realabstraktion" garantiert nach Sohn-Rethel jene Abstraktheit, wie sie den naturwissenschaftlichen Denkformen anhaften und läßt zugleich jeden Bezug auf den Charakter der Arbeit als ausgebeuteter draußen. Bevor wir darangehen, zu fragen, worin denn nun der ideologische Charakter der mathematischen Naturerkenntnis hinsichtlich seiner Naturerkenntnis besteht, müssen wir uns kurz mit der These befassen, daß in früheren warenproduzierenden Gesellschaften nur "Tauschabstraktion" und nicht auch schon immer "Arbeitsabstraktion" a n s i c h stattfand. Denn wäre das richtig,würde es S.-Rethels Eliminierung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit in solchen Gesellschaften stützen.
Die "Wertgröße" der Waren ist es m.E., an der gezeigt werden kann, daß sie schon immer von der in den Waren enthaltenen Arbeiten bestimmt wurde. Der Wert ist ja das "terium comparationes des Warentauschs" : Der Wert ist eine Quantität, die eine Qualität mißt : Ergebnis der Messung ist die Wertgröße : Wertgröße wessen : welche Qualität wird denn da gemessen ? Rethels Bestreiten der "Arbeitsabstraktion" a n s i c h in antiken warenproduzierenden Gesellschaften kann nicht mehr sagen, welche Qualität in der Tauschgleichung eigentlich verglichen und in der Wertgröße gemessen wurde : diese muß dann rein konventionalistisch-subjektivistisch bestimmt werden. Marx sah selbst, daß z.B. Aristoteles unfähig war, das "tertium comparationes" der Tauschgleichung abstraktiv zu begreifen. Aristoteles konnte es daher bloß als konventionell festgesetztes "Ding an sich" begreifen. (7)

Marx hingegen erkennt klar, welches das "tertium comparationes" der Tauschgleichung ist : er betont, daß es die in den Waren vergegenständlichte Arbeit ist, die schon immer, wenn auch den Produzenten unbewußt, Wertsubstanz und Wertgröße dieser Waren bestimmt hat : im einzelnen führt er aus :
"Nehmen wir ... Waren, z.B. Weizen und Eisen. Welches immer ihr Austauschverhältnis, es ist stets darstellbar in einer Gleichung, worin ein gegebenes Quantum Weizen irgendeinem Quantum Eisen gleichgesetzt wird... Was besagt diese Gleichung ? Daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert... Beide sind also gleich einem Dritten, das ...weder das eine noch das andere ist. Jedes der beiden, soweit es Tauschwert, muß also auf dies Dritte reduzierbar sein..... Ebenso sind die Tauschwerte der Waren zu reduzieren auf ein Gemeinsames, wovon sie ein Mehr oder Minder darstellen. (Rethel paraphrasiert das bloß). Dies Gemeinsame kann nicht eine geometrische, physikalische, chemische oder sonstige natürliche Eigenschaft der Waren sein.... Andererseits ist es gerade die Abstraktion von den Gebrauchswerten, was das Austauschverhältnis der Waren... charakterisiert... Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten... mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten,...sie unterscheiden sich nicht länger,.. sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit. ... Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind die Werte -Warenwerte." (Kapital I, MEW 23, S.51)
Die Universalität der "Arbeitsabstraktion" "an sich" in warenproduzierenden Gesellschaften wird auch durch folgendes Marxsche Argument gestützt : "Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz usw." (Kapital I, S.55)
In warenproduzierenden Gesellschaften können in der Regel nur die Waren "zu Markte" gehen, die durch menschliche Arbeit allererst Gebrauchsform erhalten haben:deren Nutzbarmachung menschliche Arbeit gekostet hatte. Das wußten die Warenproduzenten aller Zeiten gut : im Warenp r e i s berechneten sie ihren Arbeitsaufwand und zumindest die Kosten der Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft bzw. die ihrer Sklaven.

S.-Rethel nimmt die Arbeit aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang heraus um Raum zu bekommen für seine These, daß es die "Aneignungsgesetze" sind, die zur völligen

---

(7)
Aristoteles konnte das "tertium comparationes" der Tauschgleichung noch nicht erfassen, wegen der wenig entwickelten Form der gesellschaftlichen Arbeit, die selbst noch an der konkreten Arbeit (Kunstfertigkeit) hing. Dies wurde erst möglich im Kapitalismus : "Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist." (Grundrisse, S.25)
Zugleich entspringt die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit "einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leitigkeit aus einer Arbeit in die andere übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist." (ibidem)

Trennung von Hand- und Kopfarbeit führen und daß zugleich die spezifische Abstraktheit der "Tauschabstraktion" die abstrakten Denkformen der mathematischen Naturerkenntnis hervorbringen. Wie sich S.-Rethel nun die Hervorbringung der von der Handarbeit emanzipierten Kopfarbeit vorstellt, wird m.E. nirgends ganz deutlich. Sie kann, so meine ich, nur hergeleitet werden aus der Tatsache, daß die im Zuge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entstandenen Teilung von Kopf- und Handarbeit in dem Maße zunahm, als sich die von der geistigen Arbeit gelieferten Resultate als brauchbar für die Produktion (oder Kriegsmaschinen) erwiesen - Marx und Engels hatten die Arbeitsteilung, auch die von Hand-und Kopfarbeit aus den Notwendigkeiten der Produktionssteigerung erklärt (Bevölkerungsvermehrung, Anwachsen und Differenzierung der gesellschaftlichen Bedürfnisse) : "Solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß lieferte, war Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnen des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittels einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen, und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden Bevorrechteten." (Antidühring, S.222)

Diese materialistische Erklärung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit aus der Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht es erst, die Bedingungen ihrer wirklichen Aufhebung in der sozialistischen Praxis anzugeben. Die Möglichkeit der Aufhebung der Scheidung von Hand-und Kopfarbeit wird von S.-Rethel innerhalb seiner Theorie bloß postuliert und scheinmaterialistisch durch Hinweis auf die angeblich immanente Entwicklung der Arbeitsorganisation (Taylorismus) "absichert" : das führt Rethel konsequent dazu, es bei moralischen Appellen an die direkten Produzenten bewenden zu lassen und Betriebsbesetzungen als d i e sozialistische Praxis zu artikulieren. Die Scheidung von Kopf-und Handarbeit ist also bei Marx und Engels aus Gründen der Produktivitätssteigerung erforderlich : Es war die Effizienz der rein geistigen Arbeit für die Entwicklung der Produktivkräfte, die zum Spezialistentum der geistigen Arbeit geführt hat : Zugleich war es eine Frage der Kosten der Entwicklung von effizienter Geistesarbeit, (der Wert der Wissenschaft, von dem Marx spricht) der zu solcher Scheidung beigetragen hat. Und es war der Klassencharakter von "Aneigungsgesellschaften", der solche Scheidung begünstigte : die Herrschenden sahen die Nützlichkeit solcher Kopfarbeit zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und sie hatten deshalb immer die "Form von Geistesarbeit, die sie benötigten, zur Verfügung", weil sie eben die Herrschenden waren, die solche Arbeit fördern und bezahlen konnten.

Aber es ist für Rethel nicht nur die Verwendung der mathematischen Naturerkenntnis im Dienste der herrschenden Klasse, was sie als herrschaftserhaltende bestimmt : es liegt in den Denkformen dieser Erkenntnis selbst etwas, was sie ideologisch macht.

Ich skizziere kurz die wichtigsten Argumente Rethels zur Stützung seines Ideologieverdachts der mathematischen Naturerkenntnis und werden mich sodann mit den m.E. wichtigsten Argumenten auseinandersetzen.

Die intellektuelle, von der Handarbeit emanzipierte Erkenntnis ist "ausschließlich der Natur als physischer Objektwelt zugewandt... mit dem Rücken der Gesellschaft zugewandt." (S.91) ein "unentbehrliches Hilfsmittel für die Herrschaft der ... kapitalbesitzenden Klassen" (S.82). Die vorgebliche Exakheit der Methoden und Aussagen ist nur Schein : die "mathematische Naturerkenntnis ...(reduziert).. die Natur auf einen Kosmos von gleichförmigen, in ihrer Widerholbarkeit unverbrüchlichen Naturgesetzen .. ein Bestreben ... das an der Unerfüllbarkeit der unterstellten Isolierungspostulate scheitert." (S.127)

Die Naturgesetze sind nicht "unverbrüchlich" und zeitlos : Der universelle Gültigkeitsanspruch naturwissenschaftlicher Aussagen ist falsch : die naturwissenschaftliche Wahrheit "ist zeitgebundene Wahrheit." (S.89)

Die der aristotelischen Erkenntnisauffassung als adäquatio rei et intellectus nachgebildete "Objektwahrheit ist...weniger als die halbe, weil die Wahrheit nur des gesonderten Intellekts, der die manuelle Arbeit, zu deren Ausbeutung er beihilft, noch mit Vergeßlichkeit straft." (S.87).

Alle diese Argumente können auf ihre Stichhaltigkeit nur im Zusammenhang damit bestimmt werden, welche Rolle die Wissenschaft im Leben der Gesellschaft und insbesondere des Kapitalismus einnimmt : von der Praxis her.

Zunächst die Frage der "Unverbrüchlichkeit" der Naturgesetze und der Überhistorizität mathematischer Naturerkenntnis :

Es ist klar, daß die Reproduktion der menschlichen Gattung, ihr Stoffwechsel mit der Natur der in gewisser Schwankungsbreite "Unverbrüchlichkeit" der Naturgesetze bedarf ; Die Natur und ihre relativ gleichförmigen Eigenschaften und Prozesse werden immer das Substrat der menschlichen Arbeit sein : Bei der Arbeit benutzt der Arbeiter "die mechanischen, physikalischen, chemischen Eigenschaften der Dinge, um sie als Machtmittel auf andere Dinge, seinem Zweck gemäß, wirken zu lassen". (S.194, Kapital I)

Der Vorwurf der Unhistorizität der mathematischen Naturerkenntnis, der dahin tendiert, die Naturgesetze als "lange Launen der Natur" (Nietzsche) aufzufassen, scheint mir deshalb irrelevant, weil eine Veränderung der Naturgesetze "in the long run" (Jahrmillionen) zwar wahrscheinlich, diese Veränderung aber dann "selbstredend" durch die dann zeitgenössische Wissenschaft erfaßt werden müßte, wollte sie sich noch erfolgreich reproduzieren.

Das wichtigste Argument, das Rethel gegen das mathematische Naturerkennen ins Feld führt, ist jedoch, diese Naturerkenntnis operiere mit dem Rücken der Gesellschaft zugewandt, in völliger Isolation von der Handarbeit. An dieser Gesellschaftsabgewandtheit der naturwissenschaftlichen Arbeit macht S.-Rethel seinen Vorwurf fest, ihre "Objektwahrheit" sei nur die halbe : sie gedenke nicht der gesellschaftlichen Genese ihrer Kategorien und abstrahiere von der manuellen Arbeit, zu deren Ausbeutung sie noch beihelfe.

Die These von der Gesellschaftsabgewandtheit der mathematischen Naturerkenntnis, ihrer Abstraktion von der manuellen Arbeit pointiert die in der Konzeption der Aneignungsgesellschaft" unterstellte Trennung von Produktion und Zirkulation und deren letztere Setzung als übergreifendes Moment der gesellschaftlichen Totalität : wie in der warenproduzierenden Gesellschaft die Arbeit als bloß Privates gesetzt ist und nur die Tauschrelationen den sozialen Konnex flechten, so ist es nun die Kopfarbeit, die allein -freilich angeblich in völliger Gesellschaftsvergessenheit- unmittelbar allgemeingültig, gül-

tig, weil sie von der Gesellschaft als solche anerkannt werden. Die manuelle Arbeit dagegen ist bis zum Monopolkapitalismus nur private.

Gültigkeit und Wahrheit sind nicht dasselbe. Die Gesellschaftsabgewandtheitder mathematischen Naturerkenntnis müßte auch den Wahrheitswert ihrer Aussagen tangieren. Rethel zeigt m.E. nirgends deutlich, wovon die "Unwahrhaftigkeit der mathematischen Naturerkenntnis zum Ausdruck kommt.

Die Schwierigkeit, in die S.-Rethel kommt, sucht er die "Unwahrhaftigkeit" der Aussagen der mathematischen Naturerkenntnis nachzuweisen rührt aus dem Axiom seiner Theorie her, daß in warenproduzierenden Gesellschaften nur der Konnex der Tauschrelationen die Gesellschaft "synthetisiere" : die Reduktion der warenproduzierenden Arbeit auf ihren privaten Charakter und die Bestimmung der Kopfarbeit als tendenziell synthetischer Arbeit, deren "Wahrheitscharakter" sich vornehmlich aus der "Gültigkeit", dem gesellschaftlichen Anerkanntsein ihrer Ergebnisse herleite verkennt den zwar arbeitsteilig organisierten oder in der Gesamtheit seiner Momente eine Totalität bildenden gesellschaftlichen Produktionsprozeß.

Wie Rethel dort nicht stringent mehr klären kann, was denn Wertsubstanz und Wertgröße der Waren bilde, weil er Arbeit als bloß private hypostasiert, so kann er jetzt die "Unwahrheit" der Aussagen der mathematischen Naturwissenschaften nicht mehr bestimmen, und nur den Vorwurf stehen lassen, die "Wahrheit" dieser Aussagen rühre bloß aus ihrer gesellschaftlichen "Gültigkeit", das heißt auf ihrer Anerkennung durch die Mitglieder der Gesellschaft her : naturwissenschaftliche Denkformen und Wahrheiten verdanken wie der Wert und die Wertgröße ihre "Gültigkeit" bloßer Konvention.

Aber die Naturwissenschaftler mögen gesellschaftsabgewandt arbeiten, ihre Arbeit und deren Ergebnisse sind schon immer auf die Produktion, damit aber auf die manuelle Arbeit bezogen. Das macht, die Naturwissenschaft ist Produktivkraft.

Und ihre Hypothesen haben sich in der technologischen Umsetzung in Produktionstechniken usw. zu bewähren ! Mag sie in ihrem Labor ausbrüten, was sie wolle : im Experiment und in der Produktion werden ihre "Schrullen" unbarmherziger Prüfung unterzogen. So sagt Engels richtig : "die schlagendste Widerlegung...aller...philosophischen Schrullen...die Praxis (ist), nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unserer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unseren Zwecken dienstbar werden lassen," (Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Ideologie, S.19 ff.Engels).

Die Naturwissenschaft, wie sie sich im Kapitalismus herausgebildet hat, leistet in der Entwicklung der Produktivkräfte eine Aneignung der Natur, wie sie erst die kapitalistische Gesellschaftsformation ermöglichen konnte : "Also Explorieren der ganzen Natur, um neue nützliche Eigenschaften der Dinge zu entdecken ;... Die Exploration der Erde nach allen Seiten, sowohl um neue brauchbare Gegenstände zu entdecken, wie neue Gebrauchseigenschaften der alten ; wie neue Eigenschaften derselben als Rohstoffe, etc. die Entwicklung der Naturwissenschaft daher zu ihrem höchsten Punkt." (Grundrisse S.312)

Das Kapital reißt alle Schranken nieder,"die die Entwicklung der Produktivkräfte... die Mannigfaltigkeit der Produktion und die Exploitation und den Austausch der Natur und Geisteskräfte hemmen." (ibidem S.313):"So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur". (ibidem S.313)

Die Naturwissenschaft als Produktivkraft dient der Aneignung der Natur : Daraus leitet sich "Gültigkeit" und die "Objektwahrheit" ihrer Aussagen ab. In diesem Sinne waren alle Gesellschaften "Aneigungsgesellschaften" auch die auf der Basis der Privatproduktion produzierenden : das neue Produktionsverfahren, das ein Privatproduzent entwickelte zu privatem Vorteil wurde kurz über lang Allgemeinbesitz : deshalb der "Wert der Wissenschaft" so unter seinem Wert, wie Marx sagt. Dies scheint mit ein weiteres stichhaltiges Argument gegen S.-Rethels Reduktion der Arbeit in "Aneigungsgesellschaften" auf bloß private. Experiment und erfolgreiche technologische Umsetzung empirisch-naturwiss. Hypothesen sind somit das Korrektiv der mathematischen Naturerkenntnis. Damit soll der Anteil des Subjekts, der Gesellschaft an den Begriffen mit denen sie Natur begreift nicht unterschätzt werden : es ist durchaus denkbar, daß die etablierte naturwissenschaftliche Theorie und Praxis ihre- vielleicht ideologischen Grenzen hat, Natur adäquat zu begreifen. Es ist denkbar, daß eine sozialistische Naturwissenschaft komplexere Erfahrung der Natur vermittelte, als es die bürgerliche vermag. Aber das steht noch aus.

Da wir aus Platz und Zeitgründen nicht auf den Lauf der Geschichte eingehen, wie er sich Rethel darstellt als Übergang von der "Aneigungsgesellschaft" zur "Produktionsgesellschaft", wollen wir zum Schluß darauf zu sprechen kommen, wie sich Rethel die Vereinigung von Kopf-und Handarbeit vorstellt : welche Praxis sie herbeiführen kann und wer sie durchzuführen hat. Die Vereinigung von Kopfarbeit und Handarbeit kann nur durch eine sozialistische Praxis verwirklicht werden.

Rethels Theorie der "geistigen und körperlichen Arbeit" wurde konzipiert in praktischer Absicht : Ausgehend von der Herrschaft der "Bürokratenklasse" in der SU war er ausgezogen mit dem Ziel, durch eine Erkenntnistheorie in ideologiekritischer Absicht das technokratische Denken aus den Angeln zu heben und damit Basis zu legen zur Beseitigung der "Bürokratenklasse" und Vereinigung von Kopf-und Handarbeit.

Es muß vorausgeschickt werden, daß nach Sohn-Rethel die gegenwärtige "kapitalistische Aneignungsgesellschaft" sich im Übergang zur sozialistischen "Produktionsgesellschaft" befindet : vor allem im Bereich der Produktion : "Es sind in der kapitalistischen "Aneignungsgesellschaft" die Grundlagen zu einer "Produktionsgesellschaft" herangewachsen, die "keinen Raum (mehr läßt) für Ausbeutung, ... antagonistische Klassenunterschiede und für die Scheidung von intellektueller und manueller Arbeit." (NRF, S.62)

In dieser Transformationsperiode verdeckt "die Herrschaft der Wert-und Profitkategorien im betriebsökonomischen Denken des Management... die Tatsache, daß seine ganze Anstrengung der Bewältigung einer andersgearteten Ökonomie gilt, einer im Arbeitsprozeß wurzelnden Ökonomie". (ibidem S.62)

Welche Möglichkeiten bieten sich nun unter der Bedingung der im Arbeitsprozeß wurzelnden Ökonomie für eine sozialistische Praxis und wer soll sie nach Sohn-Rethel durchführen ? Beginnen wir mit dem letzteren.

Sohn-Rethel hypostasiert vorab die Existenz einer neuen Arbeiterklasse: zu den direkten Produzenten gehören

heute "neben den Handarbeitern die Produktionsingenieure und Techniker, die Technologen und Wissenschaftler und nicht zuletzt auch deren Nawuchs, also die Studenten" (Sohn-Rethel S.157).
In den USA, wachsen, so Sohn-Rethel, Studenten und Arbeiter "in der zunehmend qualifizierten und differenzierten Klasse der direkten Produzenten zusammen." (ibidem S.209) (nach der "amerikanischen Statistik", deren Daten Sohn-Rethel kritiklos übernimmt, erstaunlich bei einem, der seine Haupfaufgabe in der Ideologiekritik bürgerlicher Wissenschaft sieht).
Zwar sind zugleich technische Intelligenz und Arbeiterschaft noch durch die "Wand (getrennt) die das kapitalistische Management zwischen ihnen aufrecht erhält". (NRF, S.64) Aber es sieht doch ganz so aus, als wüchsen Hand-und Kopfarbeit kraft der Gesetze der Produktion von selbst zusammen. Da muß man fragen, wozu denn die ganze Theorie von der "geistigen und körperlichen Arbeit"? Es muß an der "Wand" liegen : Zwar postuliert Sohn-Rethel, daß durch die "Vergesellschaftung der Arbeit" den direkten Produzenten die "Entfremdung ... in ihrer Vollendung durchsichtig wird" (S.157) aber das macht sie noch nicht zu Sozialisten. Wie soll dies geschehen?
Sohn-Rethel nennt die Bedingungen, die es der technischen Intelligenz und der Arbeiterschaft ermöglichen, nicht nur die Entfremdung zu durchschauen, sondern auch zu einer sozialistischen Praxis zu gelangen : Es sind alles Bedingungen die das Bewußtsein der "direkten Produzenten" betreffen : Für die wissenschaftlichen und technischen Produzenten setzt Sohn-Rethel fest : "Jedes Mitglied der technischen Intelligenz hat den Klassenkampf in der eigenen Brust auszutragen." (NRF, S.65)
Für die manuellen Arbeiter ist das nicht so einfach : ihnen werden "vom kapitalistischen Management...die verfälschenden Begriffe aufgedrängt...nämlich... Kategorien der Waren-und Profitökonomie" (NRF, S.64) aufgezwungen. Deshalb "bedarf es einer beträchlichen marxistischen Geistesanstrengung für die Arbeiter, um der objektiven gesellschaftlichen Funktionen ihrer Arbeit habhaft zu werden." (NRF, S.64)
An dieser Stelle muß kurz auf die S.-Rethelsche Auffassung von Ideologie eingegangen werden : einerseits ist "notwendig falsches Bewußtsein" objektiv hergeleitet -aus dem gesellschaftlichen Sein : "das Bewußtsein, welches genetisch notwendig ist, ist durch seine Genesis notwendig falsch. Seine Falschheit ist genetische Notwendigkeit." (S.204) Es hat "die Notwendigkeit immanenter logischer Stringenz gemäß den Normen seines eignen Wahrheitsbegriffs. Notwendiges falsches Bewußtsein kann also nicht immanent des Irrtums überführt werden". (ibidem)
Dieser hermetischen, wissenssoziologisch anmutenden Konzeption ideologischen Bewußtseins steht dann unvermittelt eine priestertrugsartige Ideologie gegenüber : solches klingt schon oben an, wo das Management den Arbeitern die "verfälschenden Begriffe...aufdrängt" und wird explizit dort, wo Sohn-Rethel die Demagogie der Faschisten erwähnt : Die Faschisten "benützen das falsche Bewußtsein, das dieMenschen zum Leben brauchen, weil ihre Nerven zu schwach sind (!), die Wahrheit zu ertragen..." (S.203) Hier scheint es so, als produzierten die "schwachen Nerven" das falsche Bewußtsein.
Hier muß gefragt werden wie denn die technische Intelligenz aus dem Zirkel ihres notwendig falschen Bewußtsein ausbrechen soll ? Es kann bei Beantwortung dieser Frage deutlich gemacht werden, was es damit auf sich hat, daß "der herrschenden Klasse immer auch die spezielle Form von Geistesarbeit... zur Verfügung steht, obwohl doch die Träger dieser Arbeit nicht unmittelbar identisch sind mit den Inhaber und Nutznießern der Macht" (Einband Sohn-Rethel) : Die "technische Intelligenz" war in einem gewissen Grad, immer, wenn nicht Inhaber, so doch im hierarchischen Produktionsprozeß Teilhaber und fast immer auch Nutznießer der Macht : in Lebensführung, Bildungsgrad und Freiheit von repressiver Arbeit : d.h.sie wurde vom Kapital besonders gut bezahlt. Auch die "technische Intelligenz" ist in ihrem Bewußtsein an materiellen Anreize gekettet...
Wie das Proletariat, durch den entmenschenden Produktionsprozeß schon "bürgerlicher Geistesanstrengung" tendenziell entwöhnt , zu "beträchlicher marxistischer Geistesanstrengung" fähig werden soll, verrät uns Sohn-Rethel nicht. (8)
Er postuliert einfach, daß die direkten Produzenten im taylorisierten Produktionsprozeß zu einer qualifizierten Arbeiterklasse zusammenwachsen, der die "Entfremdung.. durchsichtig" wird. (9)
Dann bedarf das Proletariat bloß noch einer "beträchlichen marxistischen Geistesanstrengung" und die technische Intelligenz eines siegreich bestandenen Klassenkampfes "in der Brust" : und es kommt von selbst zu jenen Betriebsbesetzungen in sozialistischer Absicht, die Sohn-Rethel nicht nur dem Proletariat sozialistischer Länder, sondern auch kapitalistischer Länder empfiehlt : Sohn-Rethel extrapoliert

(8)
Es ist schon ziemlich forsch, wenn Sohn-Rethel dem Proletariat empfiehlt, sich die in der Elektronentechnologie verdinglichte Wissenschaft "dienstbar" zu machen : Wenn er nicht bloß das Knopf-Drücken meint, dann kann er nicht übersehen, daß es lange Zeit braucht, bis das Proletariat sich auch theoretisch die "Elektronentechnologie" angeeignet hat.
Das Proletariat muß sich dazu die bürgerliche Naturwissenschaft aneignen : Daß in der "Elektronentechnologie", in der Schaltalgebra usw. die Denkformen der mathematischen Naturkenntnis vergegenständlicht sind und in Kraft bleiben, versteht sich von selbst.

(9)
Indem Sohn-Rethel die Vereinigung von Hand-und Kopfarbeit scheinmaterialistisch aus dem Produktionsprozeß herauswachsen läßt, läßt er unter der Hand auch das "technokratische Denken" der technischen Intelligenz verschwinden : Er unterstellt, daß die bürgerliche Wissenschaft selbst die "neue Logik" (Russell) nicht mehr ideologiekritisch hinterfragt. Damit verliert m.E. aber die ganze Theorie der "geistigen und körperlichen Arbeit" die intendierte kritische Spitze und somit ihre Legitimation.
Im übrigen ist zu fragen, wie eine Kritik des "technokratischen Denkens", die dort vor allem die Träger des "technokratischen Denkens", die Sohn-Rethel selbst zu den direkten Produzenten zählt, betreffen sollte, gerade die Herrschaft des Mangement "aus den Angeln" heben kann. Daß das "technokratische Denken" für die sozialistische Praxis der "technischen Intelligenz" letztlich für Sohn-Rethel nicht mehr relevant ist, zeigt sich m.E. deutlich an seinem nur mehr moralischen Appell an die "technische Intelligenz", den Klassenkampf "in der Brust" auszutragen.

ja konvergenztheoretisch seine Managertheorie auf die kapitalistischen Gesellschaften und sieht das Heil des Proletariats in Betriebsbesetzungen.
Sohn-Rethels Theorie über "geistige und körperliche Arbeit" mag in praktischer Absich konzipiert sein, für eine Praxis hier und jetzt liefert sie keinerlei Material. Weder was die USA, Westeuropa, aber auch was die sozialistischen Länder Osteuropas angeht, hat sich Sohn-Rethel die Mühe unterzogen, die Verhältnisse in ihrem "empirischen Sosein" zum Gegenstand der Analyse zu machen. Das aber wäre marxistische Analyse gewesen. Statt dessen hat er in einer Sprache, die nur er selbst als "klar und einfach gehalten" ansehen dürfte (da ja "nicht vergessen werden sollte, daß der Marxismus ja doch schließlich auch die Arbeiter angeht" S.11) eine subtile Ideologiekritik naturwissenschaftlicher Denkformen unternommen, von denen er selbst letztlich nur sagen kann, "daß jede andere Anwendung als auf die Natur nur einen Mißbrauch dieser Begriffe darstellen kann." (S.78)
Es ist zu fragen, weshalb Sohn-Rethels Buch einen solchen Anklang bei gewissen "linken Studenten" finden konnte, die doch vorgeben, an einer praktischen Veränderung der empirischen Verhältnisse "in ihrem Sosein" interessiert zu sein ? Mir scheint hierauf folgende Antwort die richtige :
1) Sohn-Rethel legt Nachdruck auf die Rolle der Studenten als revolutionäres Subjekt :
2) Die Sohn-Rethelsche Theorie gibt sich den Anschein, "tiefgründig" wesentliche Theoreme der Marxschen Theorie zu widerlegen (Primat der Produktion vor der Zirkulation, Wertbestimmung der Arbeit, usw.). So diente Sohn-Rethels Buch dazu, den Druck, den der Wahrheitsgehalt der marxschen Theorie auf das Denken Studenten bürgerlicher Provenienz ausübt, zu lindern. Die Tiefgründigkeit der Sohn-Rethelschen Theorie erleichterte es gewissen linken Studenten, ihre intellektuellen "Adel" dadurch bestätigt zu sehen, daß man diese Theorie "verstand": Marxismus schwer gemacht Der mit Verve, aber ohne empirische, vorgetragene Angriff auf die "Usurpatorenbürokratie" der "sozialistischen Nachbarstaaten" (Frigga Haug) schien diese Studenten vorab der empirischen Analyse der Verhältnisse dieser Nachbarstaaten in ihrem "Sosein" zu entheben.
3) Die Studenten mauserten sich in der Sohn-Rethelschen Theorie aber nicht bloß zum revolutionären Subjekt, sondern sie durften nach Sohn-Rethels Theorie ungestört fortfahren, ihren Marx, Adorno, Benjamin zu lesen, ohne Gedanken daran zu verschwenden, welcher praktischen Schritte es denn bedürfe, damit die Theorie zur materiellen Gewalt wird :
Da Sohn-Rethel ihnen versichert, daß sie mit den Arbeitern zu einer neuen qualitativen Arbeiterklasse zusammenwachsen würden, brauchen sie sich nur in den Produktionsprozeß zu integrieren : dort wird die "Entfremdung...durchsichtig" und fällt "der hochtechnisierte Produktionsprozeß" den Produzenten...sowieso mehr und mehr in die Hände" (S.209) : Marxismus leicht gemacht.
Das enthebt die linken Studenten alles in allem einer organisierten theoretischen Arbeit und beläßt sie zugleich in ihrer revolutionären Attitude unangefochten. Der Taylorismus bringts- der Sozialismus entsteht einfach dadurch, daß "bei der technischen Intelligenz Klarheit" herrscht...

ABSTRAKTE UND KONKRETE ARBEIT IN DER SOHN-RETHELSCHEN AUFFASSUNG

(Bemerkungen zu Sohn-Rethels Antwort)

In seinem Brief an die Redaktion des NRF verwendet Sohn-Rethel die Begriffe "abstrakte" und "konkrete" Arbeit in zweierlei Bedeutung. Er bestimmt einmal die vom Taylorismus von der Kopfarbeit "emanzipierte" Arbeit als abstrakte: "Die perfekte Abstraktheit der Taylorisierten Arbeit rührt daher, daß die Taylorisierung der letzte Schritt, das non plus ultra der Scheidung von Kopf-und Handarbeit ist." (s.u. S.65) Das ist nach Sohn-Rethel der im Spätkapitalismus vorherrschende Charakter der "abstrakten Arbeit".
Die zweite Version des Begriffes "abstrakte Arbeit" ist jene Art von Abstraktheit der individuellen Arbeit, wie sie nach Sohn-Rethel in der "kommunistischen Produktionsgesellschaft" vorkomme : Zwar sei die Einzelarbeit durch die Vereinigung von Hand-und Kopfarbeit konkrete Arbeit, aber "in dieser Konkretwerdung verliert jedoch die Arbeit keineswegs die abstrakten Formcharaktere, die zu ihrer Bestimmtheit als voll vergesellschaftete Arbeit gehören. Dieselbe Arbeit, die vom Standpunkt der Produzenten konkret ist, ist vom Standpunkt des globalen gesellschaftlichen Gesamtarbeiters abstrakt... Diese Abstraktheit der vergesellschafteten Arbeit, weit entfernt, im Gegensatz zu ihrer Konkretheit zu stehen, ist im Gegenteil die Bedingung ihrer Möglichkeit, insofern als die konkrete Arbeit nur innerhalb eines funktionsfähigen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges existieren kann." (s.u. S.65f)

Es kann vorweg gesagt werden, daß beide Sohn-Rethelschen Deutungen des Begriffspaares "abstrakte-konkrete Arbeit" eng zusammenhängen mit seiner Revision der Marxschen Warenanalyse, seiner Trennung "von Wertform und Arbeitsform" (S.36) das undialektische Trennen der beiden Seiten der Arbeit, nämlich gebrauchsschaffende, konkrete und nützliche Arbeit und zugleich wertschaffende, allgemein-menschliche Arbeit zu sein.
Die Fassung der auf manuelle Detailverrichtungen reduzierten "konkreten" Arbeit in der kapitalistischen Arbeitszerlegung als "abstrakte Arbeit", eine Fassung, wie sie bei Marx so nirgends vorkommt, stützt sich gleichwohl auf gewisse Betrachtungen von Marx über die Sinnentleerung der industriellen Arbeit der direkten Produzenten : so in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten, wo Marx von der "Verarmung und Entwesung der individuellen Tätigkeit durch die Teilung der Arbeit" spricht ; im Kapitel über die große Maschinerie im "Kapital" bemerkt Marx angelegentlich der Untersuchung der Folgen der Maschinenarbeit für die "konkrete Arbeit" der direkten Produzenten :
"Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. (Hervorhebung H.S.)" (Kapital I, S.446)
Ähnliche Stellen von Marx mag Sohn-Rethel im Sinne gehabt haben, als er die taylorisierte Arbeit der direkten Produzenten als "abstrakte Arbeit" bezeichnete. Er tat dies wohl in kritischer Intention : sie ist gerichtet gegen die fortdauernde Trennung von Hand- und Kopfarbeit

und, damit verbunden, der Herrschaft dieser über jene. Allerdings wird durch den unbedachten Gebrauch des marxschen Begriffes der "abstrakten Arbeit" dessen in umfassenderem Sinne kritischer Charakter verwässert: der Marxsche Begriff der abstrakten Arbeit richtet sich nämlich gegen die Reduktion der je individuellen Arbeit auf allgemeine wertschaffende im Kapitalismus schlechthin. Der Marxsche Begriff der "abstrakten Arbeit" ist so imstande, sowohl "körperliche" als auch "geistige" Arbeit in der ihnen durch Kapitalherrschaft aufgezwungenen Charakter, wertschöpfende, also warenproduzierende sein zu müssen -kritisch zu begreifen- und nicht nurdas: die Marxsche Konzeption "abstrakte Arbeit" bringt im systematischen Zusammenhang der Marxschen Theorie, zugleich den Lohnarbeitscharakter aller "konkreten Arbeit" auf den kritischen Begriff.

Die zweite Sohn-Rethelsche Auffassung von "abstrakter Arbeit" als der schon immer vorgegebenen Bezogenheit der "konkreten Arbeit" auf den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter scheint m.E. die Verwechslung mit dem Terminus "gesellschaftliche Arbeit" - in einer ihrer Bedeutungen- zugrunde zu liegen. Marx bestimmt den zwieschlächtigen Charakter der Privatarbeiten so:
"Sie müssen einerseits als bestimmte nützliche Arbeiten ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen und sich so als Glieder der Gesamtarbeit, des naturwüchsigen Systems der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, bewähren. Sie befriedigen andererseits nur die mannigfachen Bedürfnisse ihrer eigenen Produzenten, sofern jede nützliche Privatarbeit mit jeder andren nützlichen Art Privatarbeit austauschbar ist, also ihr gleichgilt. Die Gleichheit ...verschiedener Arbeiten kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschliche Arbeit, besitzen." (Kapital I, S.87/88)
Es erhellt sofort, daß die zweite Sohn-Rethelsche Fassung des Begriffes "Abstrakte Arbeit" mit dem hier zuerst dargestellten "gesellschaftlichen Charakter" der individuellen Arbeit sich deckt.
Es ist im Zusammenhang einer Kritik an der Sohn-Rethelschen Theorie von der "Aneignungsgesellschaft" vielleicht nicht unwichtig gerade seine zweite Version "Abstrakter Arbeit" auf ihre Genesis hin zu untersuchen.

Sohn-Rethel hatte, wie wir zuvor gezeigt haben, sowohl in der "klassischen Aneignungsgesellschaft", basierend auf Sklavenproduktion, als auch für die "kapitalistische Aneignungsgesellschaft" die soziale Synthesis einzig durch die Tauschbeziehungen der Warenbesitzer entstehen lassen, und mechanisch konkrete, gebrauchswertschaffende von der allgemeinen, gesellschaftlichen Seite der Arbeit getrennt. Wenn er jetzt konzediert, daß "die konkrete Arbeit nur innerhalb eines funktionsfähigen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs existieren kann" (s.u. S.), so bringt er hier die beiden Seiten der Privatarbeiten wieder in Zusammenhang, denn auch die "Aneignungsgesellschaften" stellen einen "funktionsfähigen Gesamtzusammenhang"dar. Ist dies richtig, so fällt die Sohn-Rethelsche Konzeption der"Aneignungsgesellschaft" als einzig durch Warentausch synthetisierte zusammen: auch sie ruht schon immer auf der Basis gesellschaftlicher, wenn auch privater Arbeiten.
Es mag sein, daß Sohn-Reihel diesen Widerspruch dunkel geahnt und sich nur dadurch zu helfen wußte, daß er schon immer gesellschaftlichen, als Gesellschaft erst ermöglichenden Charakter menschlicher Arbeit in "abstrakte Arbeit" umbenannte, von Revision zu Revision getrieben.

Harald Schwarzenberg

BRIEF VON ALFRED SOHN-RETHEL AN DIE REDAKTION DES NEUEN ROTEN FORUM

In meinem Vortrag komme ich im letzten Teil (S.65 im Spaltenumbruch) auf die Umwandlung zu sprechen, die mit der vergesellschafteten Arbeit vor sich geht, wenn sie aus dem Kapitalismus in den Sozialismus tritt. "Die Arbeiter hören auf, bloße Bediener ihrer Maschinen zu sein, sie werden zu Technikern und Ingenieuren, ...etc." Das bezieht sich auf den sozialistischen Aufbau in China und beschreibt offensichtlich die Verwandlung der abstrakten kapitalistischen in die konkrete socialistische Arbeit. Die Schaffung des Sozialismus und die Konkretmachung der vergesellschafteten Arbeit sind ein und derselbe Prozeß. Ich erfasse die Veränderungen in Begriffen der geistigen und körperlichen Arbeit und der Änderungen im Verhältnis beider. Die Abschaffung des Kapitalismus ist eine Sache der Eigentumsverhältnisse, aber der Aufbau des Sozialismus betrifft das Verhältnis von Hand und Kopf, die Substanz von Gesellschaft und Menschsein. Diese Begriffe geben den Zugang, um das Wesentliche in seiner Allgemeinheit und Anwendbarkeit auf alle modernen Länder und Entwicklungsstadien des "Übergangs" zu begreifen. Die perfekte Abstraktheit der taylorisierten Arbeit rührt daher, daß die Taylorisierung der letzte Schritt, das non plus ultra der Scheidung von Hand- und Kopfarbeit ist, die darin zum Endpunkt ihrer jahrtausendelangen Geschichte gelangt, der aber zugleich auch der Umbruchspunkt ist. Er stellt die Vergesellschaftung der Arbeit in einer Form her, die der Fortentwicklung der Aneignungs- (und Ausbeutungs-) Gesellschaft überhaupt ein Ende macht, wenn zwar in widersprüchlichster Weise, und die Voraussetzungen, nach der negativen Seite, für die Schaffung des Sozialismus, als "Produktionsgesellschaft" verstanden bereitstellt. Diese Schaffung, nach der positiven Seite des fortschreitenden Aufbaus gesehen, ist fortschreitende Liquidierung der Scheidung von Hand und Kopf, die zunehmende Absorbierung der geistigen Formen von Arbeit durch die Handarbeiter und direkten Produzenten. In dieser Konkretwerdung verliert jedoch die Arbeit keineswegs die abstrakten Formcharaktere, die zu ihrer Bestimmtheit als voll vergesellschaftete Arbeit gehören. Die selbe Arbeit, die vom Standpunkt der Produzenten konkret ist, ist vom Standpunkt des globalen gesellschaftlichen Gesamtarbeiters abstrakt. Der Gesamtarbeiter figuriert hier als das logische Subjekt der gesellschaftlichen Synthesis und daher auch der Planung der Produktionsgesellschaft, ebenfalls auch als das Subjekt der theoretischen und praktischen Naturbeherrschung im Ganzen und ihrer systematischen regulativen Einheit, die verschmilzt mit der Einheit der gesellschaftlichen Synthesis. Diese Abstraktheit der vergesellschafteten Arbeit, weit entfernt, im Gegensatz zu ihrer Konkretheit zu stehen, ist im Gegenteil die Bedingung ihrer Möglichkeit, inso-

fern als die konkrete Arbeit nur innerhalb eines funktionsfähigen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges existieren kann. Dieser Aspekt der Dinge, den ich unter dem Namen der "Theorie der gesellschaftlichen Synthesis" (dem Untertitel zu meinem Buch) zusammenfasse, bildet sich erst heraus im Zuge der formgenetischen Erklärung der Phänomene der separaten Geistesarbeit. Er tritt daher in seiner Eigenheit bei Marx noch wenig hervor, er enthält aber den Clou zu den spezifischen Formproblemen der sozialistischen und kommunistischen Ordnungen und soll deshalb nicht unterschätzt und vernachlässigt werden. Durch die ganze Geschichte hindurch ist die jeweilige Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Synthesis die Grundlage der gleichzeitigen gesellschaftlich gültigen und notwendigen Denkformen.

Was aber diese Korrelation der Konkretheit und Abstraktheit der vergesellschafteten Arbeit in der "gemeinschaftlichen Produktionsweise" (Grundrisse p.89) des Sozialismus zu verdecken geeignet ist, und sich auch mir noch lange verdunkelt hat, ist die Überschneidung mit der ganz andersartigen Abstraktheit der Arbeit aus Ursachen der Ausbeutung in ihrer monopolkapitalistischen Form. Diese Abstraktheit ist, wie bereits gesagt, Folge der zu ihrer extremsten Konsequenz getriebenen Scheidung von Kopf- und Handarbeit. Diese Abstraktheit ist aber durchaus nicht die ausschließliche Form und notwendige Bedingung der Vollvergesellschaftung der Arbeit. Sie ist diese Vergesellschaftungsform im Gegenteil in ihrer Entstellung und Entfremdung zur äußersten Antithese ihrer selbst, nämlich als Ausgeburt des Monopolkapitalismus in seiner maximalen Exploitation der Arbeit und unter der Fuchtel des Managements, das als die Barriere und Trennungswand gegenüber der Geistesarbeit in allen und jeglichen Formen agiert. Der Durchbruch durch diese Wand und die Absorption der Managementfunktionen ist es auch, womit der sozialistische Aufbau eigentlich beginnt (und der in der Sowjetunion bis heute nicht stattgefunden hat). Aber durch diese Befreiung aus der kapitalistischen Zwangsjacke büßt die manuelle Arbeit ihre vergesellschaftende Kraft nicht ein. Denn diese Kraft ist letztenendes verwurzelt im erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, zuerst in der Technologie der mechanischen Fließarbeit und alsdann fortentwickelt in der Elektronentechnologie. In dieser letzteren erfährt die Wissenschaft selbst eine willkommene Verdinglichung, durch die sie für die Arbeiter auf verkürztem Wege verfügbar und der Konkretisierung ihrer Arbeit dienstbar wird, ohne daß es der lebenslänglichen Geistesarbeit bedarf, die der bürgerlichen Wissenschaft zu ihrer Gloriole verhalf.--

Alfred Sohn-Rethel

ZWEI, DREI, VIIIELE PARTEIEN...?

Vor einigen Wochen haben erneut einige Leute eine "Kommunistische Partei" gegründet. Es handelt sich dabei um einen örtlichen Zirkel, der - aus der Studentenbewegung hervorgegangen - seit Anfang 1970 unter dem Namen "KPD-Aufbauorganisation" in Westberlin aktiv war. Die Gruppe ist der Meinung, in Zukunft "unter dem historisch einzig richtigen Namen" einer "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) firmieren zu müssen.

Wie entsteht die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse? Nach Meinung der Westberliner Gruppe "KPD" folgendermaßen: einige Studenten gründen eine "Aufbauorganisation" "nachdem Fragen der zukünftigen Berufstätigkeit von Studenten und der langfristigen politischen Verpflichtung geklärt sind" (gemeint ist die Westberliner akademische Diskussion über die "revolutionäre Berufsperspektive"). Diese Gruppe muß dann "die Kritik der Studentenbewegung und die Selbstkritik entfalten". Sie muß ihre Organisation "den Massen bekannt machen". Zu diesem Zweck wird sie "in ausgewählten Westberliner Fabriken" einige Studenten als "Untersuchungsgruppen" schicken, "deren erste Schritte darin bestehen, zu überprüfen, ob die Bedingung zur Aufnahme einer Untersuchungstätigkeit mit Hilfe der Klassenanalyse günstig sind oder nicht". Diese Studenten werden dann " durch persönlich zu führende Ermittlungsgespräche" mit den Arbeitskollegen "Voruntersuchungen führen". "Aus den Ergebnissen solcher Gespräche ist zu entnehmen, welche Arbeiter die Ausbeutung am stärksten erfahren ... Mit diesen Arbeitern ist die Zelle aufzubauen, wenn sie Mitglieder der KPD/AO geworden sind". Durch eine "Arbeiterschulung" machen dann die Studenten aus gewöhnlichen Arbeitern "Arbeiterkader". Ähnlich sollen "Zellen" in den Stadtteilen durch Studenten aufgebaut werden.

"Höchstes Ziel muß die Umwandlung der von Studenten und Intellektuellen geführten Organisation in eine proletarische Organisation sein", wobei der "Motor" dieser Umwandlung natürlich ebenfalls die Studenten sind. (Wiedergabe dieses Konzepts nach der vorläufigen Plattform der "KPD/AO" vom Feb. 1970).

Entsprechend dieser Konzeption heißt es jetzt in der Programmatischen Erklärung der "KPD": der Aufbau der Kommunistischen Partei ist heute die "Hauptaufgabe der besten Elemente des Proletariats und aller entschiedenen Marxisten-Leninisten aus den Reihen der revolutionären Intelligenz".

Hier spukt immer noch die Vorstellung, daß die "entschiedenen Marxisten-Leninisten", d.h. der "Kopf" der Bewegung von der "Intelligenz" gestellt werden müsse, während die Arbeiterklasse ihre "besten Elemente" beisteuert, sozusagen als schlagkräftige "Faust" der Bewegung.

STOP DEM GRÖßENWAHN!

An solchen "Parteien" herrscht bekanntlich kein Mangel, sondern eher schon ein Überfluß. Als sie 1970 die "KPD-Aufbauorganisation" gründete, schrieb die Gruppe in ihrer "Vorläufigen Plattform":

"Gegenwärtig kann noch keine revolutionäre Organisation den Anspruch erheben, sich KPD zu nennen. Denn das Prinzip der organisierten Klassenanalyse, die Verankerung der künftigen Partei in den Massen, nimmt gerade erst ihren Anfang. Die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung kann von uns nur dann erfolgversprechend in Angriff genommen werden, wenn wir die praktische Arbeit aufnehmen, die Organisation konsolidieren und auf der Grundlage einer eigenen politischen Erfahrung im Klassenkampf die Vereinheitlichung betreiben können."

Diese Sätze sind nunmehr "korrigiert" worden. In der "Programmatischen Erklärung der KPD" (abgedruckt: Rote Fahne, Juli 1971) heißt es, daß es falsch gewesen sei, sich nicht gleich "KPD" zu nennen, denn "es trifft nicht zu, daß die verschiedenen Etappen in der Stärkung und Reifung der Kommunistischen Partei sich jeweils in entsprechenden Namen niederschlagen." Trotz "falschen" Namens sei aber die Gruppe von ihrer Gründung im Februar 1970 an die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gewesen, denn, wie es in der "Programmatischen Erklärung der KPD" heißt, "die KPD-Aufbauorganisation hat vom Tage ihrer Gründung an ihre revolutionäre Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten des Volkes wahrgenommen."

Was es damit auf sich hat, kann getrost dem Urteil der Arbeiterklasse überlassen bleiben. Richtig ist es allerdings, wenn die Gruppe Anspruch auf eine gewisse "Kontinuität" erhebt. Denn der Größenwahn, der sich jetzt in der Benennung als "KPD" niedergeschlagen hat, war schon "vom Tage ihrer Gründung an" unverkennbar. Er zeigte sich bereits in der Benennung als "KPD-Aufbauorganisation", also im Anspruch eines örtlichen Westberliner (!) Zirkels, die Kommunistische Partei der westdeutschen (!) Arbeiterklasse aufzubauen.

Die Gruppe scheint zu keinem Zeitpunkt begriffen zu haben, worin die führende Rolle der Kommunistischen Partei besteht. Wird schon in der "Vorläufigen Plattform der KPD/AO" von der "Durchsetzung des Führungsanspruchs" gesprochen und wird dort als wesentliche Aufgabe bezeichnet, "die Organisation den Massen als führenden Kern der Bewegung bekannt zu machen".

Der "führende Kern" existiert also, nur wissen es "die Massen" noch nicht. Daher muß er sich ihnen "bekannt machen". Logischerweise müßte der "führende Kern" eine Werbeagentur damit beauftragen, ihm ein passendes Image zu basteln und Public Relation "unter den Massen" zu machen.

In diesem Punkt sind sich die Sektierer aller Lager einig. Am "konsequentesten" dabei die DKP, die sich gerne plattester Werbesprüche bedient ("Da muß roter Pfeffer ran", "Die Rote kommt" usw.). Die Sektierer bangen weit mehr um ihre "Attraktivität", als um die Richtigkeit ihrer politischen Linie. Mag die Politik noch so miserabel sein - solange sie nur "attraktiv" "dargestellt" wird.

Hauptsache man findet für seine Äusserungen die "starke Beachtung der Öffentlichkeit" - wie Mies sich auf der 8. Tagung des PV der DKP im Februar ausdrückte. Wie Mies meint, kommt es darauf an, daß sich die DKP in ihrer Rolle bestätigt", und ihr Pech, wenn sie dabei "nicht die notwendige Beachtung in der Öffentlichkeit" findet. "Die Erweiterung unseres Einflusses wird wesentlich davon abhängen, daß der Nachweis von der gesellschaftlichen Notwendigkeit der DKP alle Äußerungen der Partei zu politischen und sozialen Fragen durchdringt" - d.h. Propaganda der eigenen Daseinsberechtigung als wesentliche Aufgabe!

Also muß man - laut Mies - "die stärkere Hervorkehrung der Rolle unserer Partei" betreiben, "an Ansehen gewinnen", "von sich Reden machen", "mehr Profil erlangen", "ihre Attraktivität erhöhen" (alles Zitate aus dem Referat von Mies).

Aber: was ist ein "führender Kern"? Offenbar doch ein "Kern", der sich nicht nur einbildet oder für sich beansprucht, "führend" zu sein, sondern der tatsächlich führt. Der also über die entwickelte revolutionäre Theorie verfügt und gleichzeitig das Vertrauen breiterer Massen besitzt, sodaß er imstande ist, ihren Kampf mit Erfolg anzuleiten.

Der führende Kern existiert also niemals außerhalb des Bewusstseins der werktätigen Massen. Was sich erst "den Massen bekannt machen" will, ist alles mögliche, aber keinesfalls ein führender Kern.

In der vorläufigen Plattform der "KPD/AO" wurde das "Bekanntmachen" als eine bestimmende Aufgabe für das "Verhältnis der Organisation zu den Massen in der Aufbauphase" bezeichnet. Darunter wurde verstanden: "... ihre politischen und organisatorischen Prinzipien zu erläutern, das Vertrauen der Massen zu gewinnen und die Massen zu organisieren und anzuleiten".

Voraussetzung ist dabei immer, daß der "führende Kern" bereits existiert und daß seine Politik grundsätzlich korrekt ist. Diese Voraussetzung kann aber in der Aufbauphase nicht erfüllt werden, da führender Kern und korrekte Politik sich nur in engem Zusammenhang mit einer entfalteten Praxis herausbilden können. "Nur durch die Praxis des Volkes, d.h. durch die Erfahrungen kann sich erweisen, ob eine Politik richtig oder falsch ist, nur dadurch kann man feststellen, inwieweit sie richtig bzw. falsch war." (Mao Tse-Tung, Über die Industrie- und Handelspolitik, 1948).

Nach ihrer ganzen bisherigen Haltung ist es nur konsequent, daß diese Westberliner Gruppe darauf beharrt, "vom Tage ihrer Gründung an", d.h. seit Februar 1970, die Kommunistische Partei Deutschlands gewesen zu sein, wenn auch zunächst noch unter "falschem" Namen, nämlich als "KPD-Aufbauorganisation".

Mit demselben Recht könnte jeder örtliche Zirkel sich ebenfalls zur "KPD" umbenennen. Wir hätten dann in Kürze nicht nur ein halbes Dutzend ;KPD/MLs", sondern mindestens ebensoviele "KPDs", die sich alle miteinander darum balgen, "ihren Führungsanspruch durchzusetzen".

Wer profitiert davon? Die Kapitalisten, die mit allen Mitteln gegen das Entstehen einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse ankämpfen! Die Revisionisten, die sich demagogisch als die einzige einheitliche, wirksame Kraft gegenüber der Zersplitterung der Zirkel darstellen!

Es ist zu fragen, welchen Sinn es haben kann, wenn sich jeder örtliche Zirkel oder jede politische Strömung heute pathetisch zur "Kommunistischen Partei" hochjubelt und seinen "Führungsanspruch" durchsetzen will. Wem nützt das? Der Arbeiterklasse doch wohl kaum. Denn das Auftreten immer neuer Möchtegerne als "Kommunistische Partei" ist nur geeignet, das prinzipielle Mißtrauen der Arbeiter zu verstärken gegen jede kommunistische Organisation. Aus dieser Entwicklung schlagen kurzfristig auch die Revisionisten Kapital, obwohl sie bei etwas mehr politischem Weitblick sehen müßten, daß sie sich mit ihrer Demagogie gegen die Zersplitterung der Linken langfristig selbst ins Kreuz treten.

Es wäre gut, wenn weniger vom "Führungsanspruch" geschwätzt würde, sondern ausgegangen würde von der Verpflichtung der Kommunisten, sich als Führung

zu erweisen. Anspruch also nicht an die Massen, sondern Anspruch an die Kommunisten selbst, sich in der Praxis für ihre Aufgaben zu qualifizieren.

(Nachdruck aus: KAB - Arbeiterzeitung Nr.10, Hamburg, September 1971)

Fortsetzung von S.11

sonders bei Schlichtungsverhandlungen durch staatliche Stellen.

Hier sind entsprechend der Entwicklung der Tarifkämpfe Losungen aufzustellen, die sich wenden gegen Spaltungsversuche der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer und die den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse propagieren.

8. Die Tarifauseinandersetzungen müssen von den fortschrittlichen Kollegen zu einem weiteren Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger ausgeweitet werden mit dem Ziel, die Gewerkschaft wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen: Kampf gegen das Kapital heißt heute für die fortschrittlichen Kollegen notwendig zugleich gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, die sich im Kampf des Proletariats gegen das Kapital längst auf die Seite des Kapitals geschlagen haben.

PAROLE

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU EINER KAMPFORGANISATION DER ARBEITERKLASSE

9. Die ml-Zirkel müssen in den Kämpfen der Arbeiterklasse die Auseinandersetzung um die richtige Linie der Arbeiterbewegung führen. D. h. zugleich, daß falsche politische Tendenzen in der Arbeiterklasse bekämpft werden müssen. Wir müssen in der Tarifrunde die Rolle der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit der Lösung der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Ideologie des Reformismus und von seinen Vertretern in der "linken" SPD aufzeigen. Diese Lösung von der SPD kann nur erfolgen durch die Entwicklung der richtigen Linie in der Arbeiterbewegung. In der gegenwärtigen Situation noch wenig entfalteter Kämpfe der Arbeiterklasse bedeutet dabei der rechte Opportunismus die Hauptgefahr für die Entwicklung der politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Das bedeutet nicht, daß wir die Aktionseinheit mit der DKP/SEW zurückweisen müßten, viel mehr streben wir an, die Auseinandersetzung mit der DKP/SEW in Aktionsbündnissen während der Tarifrunde und im Kampf gegen das BVG vor der Arbeiterklasse zu führen.

Arbeiterbasisgruppen München
KAB Hamburg
KAG Oldenburg
Kommunistischer Bund Bremen
Kommunistischer Bund Göttingen
KB/ML Eutin
KB/ML Flensburg
KB/ML Lübeck
KB/ML West-Berlin
KB Wilhelmshaven
SALZ Bremerhaven
SALZ Cuxhaven
SALZ Hamburg
SALZ Stade
Sozialistische Betriebsgruppe Regensburg
Sozialistische Betriebsgruppe Tempelhof
SDA (Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei)
Kommunistische Gruppe (NRF) Heidelberg u. Mannheim
KAJB Göttingen

RESOLUTION DER AKTIONSEINHEIT VOM 28.9.71

Die bisherige Zusammenarbeit der Organisationen in der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 71 hat deutlich gezeigt, daß die Einschätzung des Charakters der AE, wie sie insbesondere im Vorspann der Plattform zum Ausdruck kam, von von vornherein falsch war.

Dort wird als Ziel die immer weitergehende Vereinheitlichung dieser Zirkel angegeben, deren Kreis es nur noch zu erweitern gelte. Es werden Illusionen erweckt über das Niveau der kommunistischen Bewegung, über die Gemeinsamkeit politischer Vorstellungen und die Einheitlichkeit des Vorgehens.
Insgesamt wird eine falsche Konzeption des Wiederaufbaus der KPD suggeriert, als ginge es darum, unter dem Hauptprinzip der Einheit nur die Zentralisierung der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung zu betreiben. Festzustellen ist dagegen, daß dieser Anspruch einer weitergehenden Vereinheitlichung nicht erfüllbar gewesen ist.
Es haben ferner Fehler und Verletzungen der politischen Postionen der Plattform, wie der Prinzipien der AE auf unterschiedlichem Niveau stattgefunden. So in der schwerwiegenden Verletzung der Prinzipien der Zusammenarbeit unter Kommunisten durch den provokatorischen Angriff des KBB u. KBG auf das SALZ HH und die ganze AE. KBB u. KBG haben Selbstkritik an ihrem Vorgehen geübt und innerorganisatorische Konsequenzen angekündigt.

Auch im Vorgehen sind Widersprüche aufgetreten.
Es muß betont werden, daß unter den Organisationen in grundlegenden politischen Fragen - der Frage des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei, der Einschätzung des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf, der Gewerkschaftsfrage, der Frage des anti-faschistischen Kampfes - tiefe Differenzen bestehen.

Die AE muß als der erste Versuch einer Zusammenarbeit von Organisationen angesehen werden, um die politische Linie in der Metalltarifrunde zu erarbeiten und durchzusetzen.
Das kann nur in der politischen Auseinandersetzung und im ideologischem Kampf geschehen. Dabei gilt es jedem Opportunismus und jeder Vereinheitlichungseuphorie entgegen zu treten.